



N
Nr. 2, Juni 1990 Marxismus & Linke

Marxismus & Linke

Nr. 2, Juni 1990

Hans Jörg Sandkühler:
■ **Marxismus?**

Georges Labica:
■ **Kritische Bilanz**

Klaus Peters:
■ **Theorie der Befreiung**

Georg Fülberth:
■ **Radikale Linke**

Joachim Hetscher:
■ **DKP: Hängen im Schacht?**

Frieder Otto Wolf:
■ **Grüne Politik**

Gabi Hesselbein:
■ **Erkundungen und
Optionen**

Hartwig Zander:
■ **Die Nacht der Bleistifte**

Heinz Jung:
■ **Die DDR und wir**

Wolfgang Jantzen:
■ **Subjekt und Kollektiv**

Mit der Herausgabe

von **Z- Zeitschrift Marxistische Erneuerung**

wir einen Beitrag dazu leisten, an einem Tiefpunkt der
marxistischen Bewegung unseres Landes die Chance des
Neubeginns zu ergreifen.

Unabdingbar scheint uns in der heutigen Situation die
Notwendigkeit zur radikalen Kritik und Infragestellung der eigenen
theoretischen Voraussetzung, des politischen Erbes und
traditioneller Kultur marxistischen Denkens und Handelns.
Das Projekt einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft
muss neu zu begründen; sozialistische Zukunftsvorstellungen
sind neu zu definieren.

Die HerausgeberInnen

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
1. Jahrgang
Heft 2 (Juni 1990)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung (Wiesbaden)

und

Gertrud Antoni, Christiane Bainski,
Harry von Barga, Ulrike Bohnenkamp,
Ulrich Briefs, Olaf Cless, Rainer
Einenkel, Albert Engelhardt, Heike
Flessner, Edgar Gärtner, Wolfgang
Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes
Henrich von Heiseler, Jörg Huffschmid,
Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung,
Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan
Krull, Steffen Lehndorff, Anja
Maschinski, Hans-Joachim Müller,
Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen
Reusch, Ursula Schumm-Garling,
Susanne Schunter-Kleemann, Werner
Stürmann, Cornelia Teller, Harald
Werner und Elke Vesper

Redaktion: Albert Engelhardt

4 Editorial**Marxismus und linke Politik**

- 6** *Hans Jörg Sandkühler:*
Marxismus?
Geschichte + Kritik = historische Selbstkritik
- 22** *Georges Labica:*
Für eine kritische Bilanz des Marxismus
- 31** *Klaus Peters:*
Marxismus als Theorie der Befreiung
Ein Vorschlag zur theoretischen Selbstverständigung der Linken
- 42** *Georg Fülberth:*
Von der Notwendigkeit einer gesinnungsethischen Linken
- 45** *Joachim Hetscher:*
Hängen im Schacht?
Der schwierige Neubeginn der DKP
- 51** *Frieder Otto Wolf:*
Grüne Politik und gesellschaftliche Emanzipation
Zur konkreten Zukunft marxistischer Politik
- 59** *Gabi Hesselbein:*
Erkundungen und Optionen
- 66** *Wolfgang Gehrcke:*
Linke Deutschlandpolitik und die Organisationsdiskussion
- 75** *Klaus D. Fischer:*
"Ich hoffe auf die gute Internationale"
Internationalismus - gestern und heute
- 89** *Hartwig Zander:*
"Die Nacht der Bleistifte": Ereignis und Gedächtnis in Argentinien
Traktat über Lesen und Leseerfahrung
- 106** *Wolfgang Jantzen:*
Subjekt - Kollektiv - kollektives Subjekt
- 127** *Hans-Henning Adler:*
Diktatur des Proletariats und Demokratisierung
Eine alte Debatte neu gelesen

- 135** *Rundtischgespräch:*
Modernes Sozialismusverständnis
Ein Beitrag zur sowjetischen Diskussion
- 157** *Klaus Rendgen:*
Frühe sozialistische Systeme
Hypothesen für den Vergleich
- 167** *Josef Schleifstein:*
Historische Krisen und ihre Verarbeitung
Das Beispiel des August 1914
- 174** *Heinz Jung:*
Der Zerfall des Sozialismus, der Abgang der DDR und die Linke
Ein Versuch der Rekonstruktion
- 203** *Albert Engelhardt:*
Zurück zur Bewegung und Selbstorganisation?
Die IG Medien auf der Suche nach neuen Wegen ihrer Betriebspolitik
- 211** *Sybill-Anka Klotz:*
Bewegte Frauen aus Ost und West
Gedanken zum ersten gemeinsamen Frauenkongreß
- 217** **Buchbesprechungen:**
Stalin (M. Grieger), Herwegh (Fellrath)

5 Impressum**21 AutorInnen****88 Vorschau**

Editorial

Wir haben einen Versuch gewagt. Die Resonanz stimmt uns zuversichtlich. Über 600 Abonnements und nochmals ebensoviele Einzelhefte wurden in den vergangenen Monaten bei uns bestellt. Die in Heft 1 anvisierten Ziele konnten damit sogar leicht übertroffen werden. Um das Projekt für absehbare Zeit zu einem sich selbst tragenden zu machen, benötigen wir jedoch bis Ende des Jahres eine Gesamtverkaufsaufgabe von ungefähr 2000 Exemplaren pro Ausgabe.

Das erste Heft hat die erhoffte Wirkung auch insofern erzielt, als mit der Zeitschrift besser geworben werden konnte als mit der bloßen Ankündigung ihres Erscheinens. Sammelbestellungen, das Ummünzen von 'Probelesen' in festen Bezug, die Präsenz der Zeitschrift auf größeren Veranstaltungen, die Bewerbung von 'Z' in anderen Publikationsorganen und damit die Gewinnung neuer LeserInnen sind der Weg, auf dem wir die materielle Sicherung des Projekts hauptsächlich anstreben.

Die Kosten der Herausgabe der Zeitschrift konnten im ersten Halbjahr im Rahmen der eng limitierten Vorgaben gehalten werden. Weiterhin gilt jedoch unsere Bitte, 'Z' auch durch einmalige Spenden oder regelmäßige Förderbeiträge zu unterstützen. An dieser Stelle sei allen, die dies schon tun, herzlich gedankt.

Die Reaktionen auf das Konzept der Zeitschrift und den Inhalt des ersten Heftes waren auch in anderer Hinsicht erfreulich. Es gilt: Kritische Stimmen - sei es zum drucktechnisch verunglückten Umschlag, zu Pannen in der Buchbinderei oder zum Problembewußtsein und zur Argumentationsweise einzelner Beiträge - werden ebenso gehört wie Zuspruch und Angebote der Mitarbeit. Wir bitten darum, uns Vorschläge, Kritik und Zustimmung auch schriftlich zukommen zu lassen.

Eine weitere Möglichkeit des Meinungs-austausch beabsichtigen wir nach den Sommerferien auszuprobieren. Wir wollen in regelmäßigen Abständen regionale Treffen der Redaktion mit Herausgeberinnen und Herausgebern, Autorinnen und Autoren, aber eben auch interessierten Leserinnen und Lesern durchführen. Diese Gesprächsrunden sollen ein Forum der Meinungsbildung zum Projekt 'Z', der Kritik erschienener Hefte, der Diskussion um längerfristige Vorhaben und um die Inhalte der nächsten Ausgaben sowie der Gewinnung zeitweiliger oder fester MitarbeiterInnen sein. Zu den Treffen werden jeweils 'vor Ort' lebende HerausgeberInnen eingeladen.

Editorial

5

Stefan Isensee, ehemals verantwortlicher Redakteur der Westberliner Zeitschrift "konsequent", wird als neuer Mitherausgeber von "Z" vor allem als Ansprechpartner im Berliner Raum zur Verfügung stehen.

Die redaktionelle Arbeit wird ab Heft 3 von Heinz Jung mitgetragen werden. Die ergänzten Adressen der Redaktion und des Vertriebs können dem Impressum entnommen werden.

Zum vorliegenden Heft bleibt zu sagen, daß zwei zum Schwerpunktthema erbetene Artikel - der eine zu Optionen der SPD-Linken, der andere zur Diskussion in der Frauenbewegung - bedauerlicherweise nicht geliefert werden konnten.

Die beiden weiteren Ausgaben dieses Jahres werden sich schwerpunktmäßig voraussichtlich mit folgenden Fragenkomplexen befassen: "Bleibt unter den neuen Bedingungen die Reformalternative eine tragfähige Strategieorientierung?" und "Deutschland - die neue Hegemonialmacht?". Zur Nennung in diesen Zusammenhängen wichtig erscheinender Teilaspekte, Problemstellungen, laufender Diskussionen und zur Mitarbeit bereiter Autorinnen und Autoren ist hiermit aufgerufen.

"Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden) und Gertrud Antoni, Christiane Bainski, Harry von Barga, Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf Cless, Rainer Einkenkel, Albert Engelhardt, Heike Flessner, Edgar Gärtner, Wolfgang Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes Henrich von Heiseler, Jörg Huffschild, Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull, Steffen Lehndorff, Anja Maschinski, Hans-Joachim Müller, Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen Reusch, Ursula Schumm-Garling, Susanne Schunter-Kleemann, Werner Stürmann, Cornelia Teller, Harald Werner und Elke Vesper.

Redaktion: Albert Engelhardt (06121-378851), Heinz Jung (06084-2821).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

"Z" erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 40,- (incl. Versandgebühr). Das Einzelheft kostet DM 15,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: "Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung", Langgasse 24H, 6200 Wiesbaden, und: Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt am Main 1.

Satz: Su Sanne und Pampe

Gestaltungskonzept: Udo Tremmel.

Druck: Scholl & Klug, Mörfelden.

Marxismus?

Geschichte + Kritik = historische Selbstkritik*

Die nicht erst heute durch den Zusammenbruch des 'realen Sozialismus' aufgeworfene, sondern von kritischen 'Marxisten' seit Entstehung der Theorie gestellte Frage, was denn nun bleibe vom 'Marxismus', ist immer auch eine Annäherung an eine Definition. Sie zwingt zur Selbstverständigung und zum Selbstverständlichen: *Der Marx*, von dem Generationen gesprochen haben und dem man sich heute nähert, ist immer ein Resultat geschichtlicher praktischer und theoretischer Verhältnisse; *den einen Marx* hat es nie gegeben, und es wird ihn nie geben. Entsprechend: *Der Marxismus* hat nie existiert; was als Profil 'Marxismus' geschichtlich unterschiedlich - in nationalen Kulturen und Denkweisen, unter dem Einfluß politischer Hegemonien, in verschiedensten Aktualisierungen - entstanden ist und entsteht, ist Resultat individueller Erkenntnis- und Handlungsinteressen und kollektiver ideologischer und politischer Praxen. Dies alles schließt ein: Zur Geschichtlichkeit dessen, was jeweils in der Pluralität der Interessen und Denk- und Politikformen 'Marxismus' genannt wird, gehören - unauflösbar mit der Marxschen Theorie und dem Marxismus verbunden - zwei Dimensionen der Historizität; das Ensemble der Theorien und der Marxismus sind *Werk im Werden*; und wo etwas wird, vergeht etwas: 'Marx' und 'Marxismus' sind immer auch Prozesse bewußter Veränderung und bewußtlosen Verlusts, der Revision (aber auch der Verdrängung, bis hin in die sozialistische Bewegung) und des Vergessens. Dies ist der Preis, der ohne Bedauern zu zahlen ist, wenn ein Theorie-Praxis-Verhältnis sich so sehr auf *Wirklichkeit* orientiert, um *zukunfts mächtig* sein zu können, wie dies für *den Marxismus* gilt, der seine kritische Aufgabe nicht verrät. Marxismus, verdient er sich den Namen 'Marx', ist *Kritik der Wirklichkeit* in ihren vergangenen, gegenwärtigen und zukünftig möglichen Dimensionen. Man kann dies auch anders ausdrücken: Marxismus ist Theorie der Emanzipation und Handeln auf Freiheit hin, oder er gibt sich auf.

Was bisher gesagt wurde, muß übersetzt werden, wie Marxismus schlechthin *Übersetzung* in die Sprachen jeweiliger historischer Wirklichkeit sein muß, soll die immer mögliche Variante seiner Dogmatisierung zu überhistorischen Lehr- und Leersatz-Systemen vermieden werden: 'Marxismus' ist keine anonyme Wirklichkeit; *er* tut nichts, kämpft keine Kämpfe; *er* ist nichts als das Gelingen oder Mißlingen der Leistung von Subjekten, jener also, die im Namen 'Marx' sprechen und handeln. Die gegenwärtige Krise des Marxismus, die es nahelegt, statt des mißbrauchten Namens die Sachen zu benennen, um die sich kritische

Sozialisten theoretisch und praktisch kümmern, ist u.a. daraus entstanden, daß an die Stelle der Übersetzung der theoretischen und praktischen Tradition die Fiktion des Besitzers, des Ein-und-für-allemal-Habens *des* Marxismus getreten ist und die Subjekte seiner wirklichkeitsnahen Entwicklung sich zu Marionetten von Administrationen haben machen lassen; sie wurden im Sozialismus - *nicht* ausnahmslos - verstaatlicht (und im Kapitalismus als Kommunisten allzu oft an die Leine der 'unveränderbaren Kernsätze' gelegt).

Wer angesichts von Krise und Zusammenbruch auf aufrechten Gang nicht verzichten will, tut gut daran, sich dem Marxismus als *geschichtlichem* und damit *noch immer offenen Prozeß* zu nähern. Statt bündiger Definitionen von 'Prinzipien' und 'unverzichtbaren Lehrsätzen' ist jetzt wieder einmal geschichtsbewußte Arbeit an den Problemen nötig, als deren Analyse und Lösung sich 'Marxismus' bewährt oder nicht; dies bedeutet vorrangig: Arbeit an der kritischen Rekonstruktion und Konstruktion des Marxismus im Bewußtsein, mit Geschichte, mit Vergänglichkeit und möglicher Zukunft zu tun zu haben. Wer das Modell 'Marx' erneuern will, muß mit der Arbeit der Erinnerung den ersten Schritt in Richtung dessen gehen, was Denken und Verhalten nach dem Modell 'Marx' ist - historische Selbstkritik.

Marxismus als geschichtlicher Prozeß

1. Perspektiven auf Marx und den Marxismus

Als theoretischer und politisch-sozialer, in seiner Bindung an die Person 'Marx' problematischer Typenbegriff bezeichnet 'Marxismus' zum ersten das theoretische und politische - in seiner Herausbildung im wesentlichen historische, philosophische und politisch-ökonomische - Werk von Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895), zum zweiten ist Marxismus seit der Zeit der II. Internationale das weltanschauliche ('wissenschaftlich-sozialistische') Ensemble der mit Organisation und Politik der internationalen Arbeiterbewegung in Kontroversen, Revisionen, Dogmatisierungen und Renaissance verbundenen Theorien und politischen Strategien der wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus und Ziels 'Kommunismus'; zum dritten sind 'Marxismus' bzw. 'Marxist' umstrittene Begriffe zur Selbstbezeichnung aller, die sich theoretisch und praktisch auf das Werk von Marx und Engels und - in dieser oder jener Form - auf Traditionen des Marxismus der Arbeiterbewegung beziehen; schließlich ist Marxismus ein konservativer polemischer Bezeichnungsbegriff, der wahlweise einen geschichtlich seiner Unwahrheit überführten Messianismus, Utopismus und daraus folgenden Dogmatismus, Illiberalismus und politischen Terrorismus zu verurteilen beabsichtigt.

Marxismus ist nur indirekt eine Selbstbezeichnung derer, denen zugeschrieben wird, ihn geschaffen zu haben. Als 'Marxianer' werden zunächst seit den 1850er Jahren seitens der Arbeiterkommunisten die An-

hänger der 'Partei Marx' im 'Bund der Kommunisten' bezeichnet, in den 1860er Jahren die Gegner der 'Lassalleaner'. Als positive Selbstbezeichnung tritt der Ausdruck Marxismus in den 1880er Jahren auf, d.h. in der Phase der Konsolidierung einer theoretisch und politisch-programmatisch 'marxistischen', revolutionären sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Sich gegen seines Erachtens unwissenschaftliche 'sozialistische Systememacherei' und gegen politische Sektenbildung verwahrend, hat Marx - wie Engels 1882 gegenüber E. Bernstein berichtet - betont: "ce qu'il y a de certain, c'est que moi, je ne suis pas Marxiste" (MEW 35, 388; 'Eines ist jedenfalls sicher, nämlich, daß ich selbst kein Marxist bin'). 1890 hat Engels gegenüber P. Lafargue junge Intellektuelle in der deutschen Sozialdemokratie kritisiert, "von denen Marx sagte: 'Alles, was ich weiß, ist, daß ich kein Marxist bin!'. Und wahrscheinlich würde er von diesen Herren das sagen, was Heine von seinen Nachahmern sagte: Ich habe Drachen gesät und Flöhe geerntet." (MEW 37, 450) In diesem Sinne spricht Engels auch von "the so-called Marxists" (MEW 37, 202).

Auf der anderen Seite hat Engels in einer 'persönlichen Erläuterung' in *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie* in der ihm eigenen bescheidenen Einschätzung seiner eigenen Leistung und in Hervorhebung derjenigen von Marx gesagt: "Ohne ihn wäre die Theorie heute bei weitem nicht das, was sie ist. Sie trägt daher auch mit Recht seinen Namen" (MEW 21, 291f, Fn.). Wesentlich für die Durchsetzung des Namens Marxismus war das Bestreben K. Kautskys, mit dem 1883 gegründeten zentralen theoretischen Organ *Die Neue Zeit* gegen den im damaligen Sozialismus nach seinem Urteil verbreiteten Eklektizismus, aus lassalleianischen, neukantianischen und dühringianischen Elementen gespeist, das Marxsche theoretische Werk als Erbe und Perspektive zu verteidigen.

Seit seiner Entstehung - sei es als Selbstbezeichnung, sei es als Bezeichnungsbegriff - ist Marxismus in Kontroverse und Polemik definiert worden. Dies gilt insbesondere, seitdem durch Stalin in verzerrender Würdigung des Beitrags Lenins zum Marxismus der Begriff 'Marxismus-Leninismus' oktroyiert wurde, später zu 'Marxismus-Leninismus-Stalinismus' erweitert, und als kanonisiertes Lehrgebäude bzw. als mit Monopolanspruch auftretende politische Strategie kommunistischer Parteien mit schwerwiegenden politischen Folgen in Konkurrenz trat zu andersartigen Weiterentwicklungen des Marxismus und anderen Modellen des Sozialismus, wie sie etwa im Maoismus oder im jugoslawischen Sonderweg des Selbstverwaltungssozialismus konzipiert wurden (vgl. Fetscher 1967, Favre 1980, Labica 1984).

Es kann angesichts der für den Marxismus konstitutiven Nähe zwischen Wissenschaft, Ideologie und Politik nicht verwundern, daß eine einhellige und verbindliche Definition nicht existiert und die Bedeutung von Marxismus von divergierenden Parteinahmen für theoretische

Perspektiven oder politische Strategien abhängig ist. Lexikalische Definitionen des 'Marxismus-Leninismus' wie in *Philosophisches Wörterbuch* (hg.v. G. Klaus/ M. Buhr, 1974, Bd.2, 738ff; hier gibt es keinen Artikel 'Marxismus') als "das einheitliche System der von Marx und Engels begründeten und von Lenin weiterentwickelten philosophischen, ökonomischen und politischen Lehren, die in ihrer Gesamtheit, Geschlossenheit und Folgerichtigkeit 'den modernen Materialismus und den modernen wissenschaftlichen Sozialismus als Theorie und Programm der Arbeiterbewegung...' ergeben (Lenin 21, 38)" und als "die theoretische Grundlage der praktischen Tätigkeit der revolutionären Partei der Arbeiterklasse" (ebd. 738) sind nicht voraussetzungslos, sondern als parteiliche Eingriffe in den Marxismus abhängig von der historischen Verfaßtheit des Marxismus im hegemonialen System sozialistischer Gesellschaft. Scheinbar neutrale Bestimmungen wie "Wir verstehen hier unter Marxismus die von Marx und Engels entwickelten methodologischen Prinzipien und Theorien und deren Fortbildung im Laufe der letzten 100 Jahre (*Lexikon des Sozialismus*, hg.v. Th. Meyer u.a., 1986, 423) sind abhängig vom gegen das marxistisch-leninistische Marxismus-Verständnis gerichteten sozialdemokratischen ideologischen Kontext. In definitorische Erläuterungen wie in *Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie* (hg.v. J. Mittelstraß, 1984, Bd.2, 779f), bereits Engels' "Darstellung der philosophischen, ökonomischen und sozialen Positionen" im *Anti-Dühring* stelle "in der Betonung der universellen Gültigkeit der Dialektik in Natur und Geschichte eine ... - allerdings von Marx gebilligte - Verengung" der ursprünglichen emanzipatorischen Gehalte der Marxschen Theorie dar, gehen wiederum Prämissen einer Interpretation ein, welche sich von politisch-ideologischen Perspektiven leiten läßt. Vergleichbare Vielfalt und Dissonanz begegnet in Marx- und Engels-Biographien und Darstellungen der Geschichte des Marxismus.

Die Entstehungs-, Rezeptions- und Wirkungslinien des Marxismus in Wechselwirkung
 Marxismus, die Versuche dogmatischer Fixierung, die Anstrengungen zu innovativer Wiederentdeckung und Weiterentwicklung bilden ein Labyrinth, in dem einen roten Faden der Orientierung zu finden schwer fällt. Die Geschichte des Marxismus ist begleitet von zumindest zwei sich ständig wiederholenden Topoi: dem der *Krise des Marxismus* (vgl. Dozekal 1985) und dem des *Zurück zu Marx*; für letzteren stehen Plädoyers wie Gian Mario Bravos *Ritorno a Marx* (1981), *Aktualisierung Marx'* (1983), Solangé Mercier Josas *Retour sur le jeune Marx* (1986) oder *Attualità di Marx*. Ein drittes im Konflikt einheitliches Moment ist die Debatte über die Faktizität bzw. Legitimität der *Pluralität des Marxismus*, die heute - ungeachtet unterschiedlicher Begründungen (vgl. W.F. Haug, *Pluraler Marxismus*, 3 Bde., 1985ff) - wenn nicht als beendet, so doch als entschieden gelten kann: Marxismus ist das Ensemble divergierender historischer und aktueller Formen seiner Begründung und existiert im Reichtum der Pluralität seiner Perspektiven.

Der tatsächlichen historischen Entwicklung und Existenz des Marxismus entspräche eine Darstellung jener internen und externen Dialektik, zu der gehört, daß sich der Marxismus nicht isoliert, sondern in vielfacher epistemischer und praktisch-sozialer Wechselwirkung entfaltet hat: in Rezeption und Kritik der Geschichte und Aktualität wissenschaftlichen Wissens und gesellschaftlicher Erfahrung, als Zusammenhang von Theorie und Politik, in Kontinuität und Diskontinuität seiner ursprünglichen Anliegen, vor allem aber im hermeneutischen Konflikt der Interpretationen und im politischen Konflikt mit verwandten bzw. gegnerischen Weltbildern und Gesellschaftsstrategien; so müßte der Marxismus als Ideen- und Praxis-Konstellation im Kontext des Arbeiterkommunismus, Lassalleanismus, Bakunismus, Anarchismus, demokratischem Sozialismus, Stalinismus, Maoismus usw. dargestellt werden. Marxistische Theorie, heute wie vielfach zuvor in einer Krise, kann nur aus einer prinzipiell *historischen* Rekonstruktion der Leistungen und Defizite des Anfangs erneuert werden.

2. Marxismus als Werk im Werden

Die Marxsche Theorie gehört dem 19. Jh. an. Ein trivialer Satz? Als Tatsachenaussage ist er richtig und unumstritten. Umstritten ist, was er bedeutet und was aus ihm folgt. Dem Wissenschaftshistoriker, der mit dem Verweis aufs 19. Jh. das Prinzip Vergangenheit beschwören wollte, bliebe nur Ratlosigkeit. Geschichte, auch die der Wissenschaft, wird Entwicklung nur entdecken, wenn die Erinnerung sich mit der Idee des Möglichen und des Neuen paart. Gewiß ist Marx ein Vertreter seines Jahrhunderts. Wissenschaftsgeschichtliches Interesse sollte ihm jedoch gelten, weil er als Theoretiker der Bedürfnisse seiner Zeit zugleich ein Historiker der Herkunft und der Zukunft war.

Der 'wissenschaftliche Sozialismus' gehört - hierauf sei zum zweiten aufmerksam gemacht, und wieder geht es um nichts Triviales - zu Marx, zu ihm nicht allein, aber eben auch zu ihm. Was hier gesagt wird, ist ein Veto gegen die längst selbstverständliche Redeweise, nach der eine Theorie, eine Wissenschaft, ein Weltbild 'sich' entwickelt habe. In der Sprache des historischen Objektivismus treten die Subjekte und Träger der Wissenschaftsentwicklung neben das Werk. Ob soziologische oder biologische Modelle der Wissenschaftsgeschichte, - sie lösen kognitive Veränderungen von den verändernden Subjekten, den Individuen, ab, um den objektiven Theoriestrukturen zu lauschen, als sprächen diese für sich selbst. Die Wissenschaftsgeschichte braucht gewiß allgemeine Begriffe zur Beschreibung allgemeiner Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten; was sie aber nicht darf: die Spuren der intellektuellen Subjektivität löschen, die sich im Noch-nicht-Wissen, im Erkenntnisfortschritt, im Irrtum und in der Selbstkorrektur sichtbar machen. Es ist notwendig, die kognitive und praktische Tätigkeit der Individuen im Horizont des Ensembles

gesellschaftlicher Verhältnisse und im Bewußtsein naturgeschichtlicher Bedingtheit aufzufassen, aber es ist nicht hinreichend. Die Individuen, deren Tätigkeit die Gegenstände der Wissenschaftsgeschichte begründet, sind weder Marionetten im großen Welttheater der Tradition noch Variablen von Naturkonstanten noch Funktionäre gesellschaftlicher Strukturen. Was die Wissenschaftsgeschichte braucht, ist ein Begriff von personaler, kognitiver Zurechenbarkeit, sind Begriffe vom Wissenschaftler und vom Intellektuellen. Dies bedeutet kein Plädoyer für die Ablösung der Strukturgeschichte durch Biographik, sondern eines gegen jene Anonymisierung der Erkenntnisleistungen, die das Merkmal aller Reduktionsmechanismen, auch des vulgärmaterialistischen Soziologismus und Ökonomismus ist, und für eine Wissenschaftsgeschichte, in der Freiheit und Notwendigkeit im Erkenntnisprozeß wie in den intentionalen Akten der Wissenschaftler untersucht werden, in der Subjektivität und soziale, ökonomische, politische und kulturelle Determinanten, in der die Kumulation des Wissens und der Wissensverlust durch Verdrängung, Verbrennung und Exilierung der Alternativen, in der Wahrheit und Irrtum, Einheit und Vielheit, beobachtet und erklärt werden. Erst eine solche Wissenschaftsgeschichte gewinnt Maßstäbe für ihre Urteile und ihre Kritik.

Die kognitive und praktische Tätigkeit der Subjekte der Theoriebildung vollzieht sich in einem vielschichtigen System von Welt- und Wissensbeziehungen, dessen Elemente analytisch unterschieden werden müssen, nicht aber voneinander getrennt werden dürfen. Die Erkenntnistätigkeit ist in andere gesellschaftliche Tätigkeitsformen - soziale, ökonomische, politische, kulturelle - integriert; sie ist - mit anderen Worten - vergesellschaftet. Die Wissenschaftsgeschichte wird deshalb ihre Untersuchungsgegenstände auf die gesellschaftlichen Verhältnisse beziehen, in denen sich Theorien und Theorieverhältnisse ausbilden. In den Vergesellschaftungsformen der sozialen Organisation der Wissenschaft verwirklicht sich jene besondere Vergesellschaftung des wissenschaftlichen Geistes, die zur Person gehört: ihr Name ist Individuation. Theorien entstehen gesellschaftlich, tragen die Züge der Geschichte und das Profil der Realität und sind Spiegel von Zukunftsabsichten; sie sind jedoch niemals der deckungsgleiche Ausdruck der ganzen sozialen Wirklichkeit; sie sind, nicht allein, aber auch der Ausdruck der Einmaligkeit des gesellschaftlichen Individuums. Auch die Marx-Literatur schwankt häufig zwischen den Extremen subjektivistischer und objektivistischer Mißverständnisse: das erste nennt Marx ein Genie und weiß mit der Arbeiterbewegung wenig anzufangen, ohne die Marx seine Theorie gewiß nicht hätte entfalten können; das zweite traktiert Marx als bloßen 'Ausdruck' historisch längst überwundener Verhältnisse und kann die Größe seiner wissenschaftlichen Leistung nicht wahrnehmen.

Was die Wissenschaftsgeschichte braucht

Eng mit dieser Problematik verknüpft ist ein viertes Problem. Nicht wenige der Kontrahenten im Streit um Marx lösen den Zusammenhang auf - den Marx selbst als *Dialektik* begriffen und erklärt hat -, um Marx einer 'Seite' zuzurechnen. Spontan gehen sie von der Annahme aus, die Welt der Wissenschaft sei in zwei Welten gespalten, eine bürgerliche und eine proletarische, und die entsprechenden 'zwei Wissenschaften' befänden sich auf Isolierstationen. Gerade das Marxsche Werk kann eines Besseren belehren. Es zeigt: Auch und vor allem das widerständige Denken, dem weder die empiristische Verdopplung des Status quo noch der utopistische Sprung über die Wirklichkeit hinaus genügt, existiert nicht in Enklaven.

Marx war Theoretiker der *bürgerlichen Gesellschaft*, und erst aus der Analyse der Totalität ihrer Widersprüche konnte die Theorie revolutionär werden. Marx hat die sozialistische Zielorientierung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit nie anders als aus der klaren Wirklichkeitsorientierung seiner Analysen begründet. Mit anderen Worten: Teilhabe am Ganzen der Widersprüche ist ein wesentliches Merkmal der Marxschen Dialektik. Diese Teilhabe drängt nicht in die Rolle des bewußtlosen Opfers von Tradition und Gegenwart, sondern kann als kontrollierter Prozeß bewußt gestaltet werden. Eben diese Bewußtheit bestimmt Marx' Verhältnis zur Geschichte und zur Gesellschaft seiner Zeit, zur wissenschaftsgeschichtlichen Tradition und zum modernen wissenschaftlichen Wissen, von dem Marx kontrolliert zu lernen wußte.

Es mag heute erstaunen, wie vorurteilsfrei sich Marx gegenüber der klassischen Ökonomie und Philosophie und gegenüber den Naturwissenschaften verhalten hat. Sein Konzept von 'Kritik' entspricht diesem Verhalten, das sowohl von kognitiver wie von ethischer Bedeutung ist. Marx kennt Kritik noch im umfassenden Sinne der philosophischen Herkunft dieses Konzepts: Kritik ist die Erklärung aus Gründen dafür, daß und wie etwas möglich ist; Kritik geht auf Gründezusammenhänge, Kritik ist Aufklärung. Die Leistung von Marx besteht zum einen darin, Denkformen und -inhalte als sowohl kognitiv wie praktisch-gesellschaftlich ermöglicht zu erklären und so positivistische und mechanistische Reduktionen zu vermeiden, und zum anderen gründet sie in der Erweiterung der Bedeutung von Kritik: der Bedingungs- und Zusammenhang von Erkenntnis und gesellschaftlicher Praxis besteht wechselseitig; Revolution und Emanzipation setzen Kritik als theoretische und als praktische Leistung voraus. Grundlage dieses Verständnisses von Kritik ist die Idee des dialektischen Widerspruchs, der als übergreifendes Allgemeines Bedingung sowohl des Kritisierten wie der Kritik ist. Deshalb hat Marx nur wenige Elemente des wissenschaftlichen Wissens ideologiekritisch als 'bürgerlich' verworfen, und 'Bürgerlichkeit' hatte eine präzise, politisch-ökonomische geklärte Bedeutung; aus dem Lernprozeß der Theoriebildung sind Wissensbestände mit klassenspezifisch bourgeoiser Ideologiefunktion ausgeschlossen, sie und nur sie.

Die Bescheidenheit, in der Marx seinen Beitrag zum wissenschaftlichen Fortschritt grundsätzlich mit dem Verweis auf Vorgänger und Zeitgenossen einzuschätzen wußte, war nicht gespielt. Das Neue, zu dem sich die Theorie in neuen Formen des Verhältnisses von Theorie und Empirie und wissenschaftlichem und politischem Handeln vorarbeitete, war - wie Marx begriff - ein Neues mitten in der Dialektik der Geschichte, der Geschichte auch der Erkenntnis und der Wissenschaft.

Was mit diesen vier Hinweisen auf Prinzipien der Wissenschaftsgeschichte verdeutlicht und zugleich vorbereitet werden sollte, ist auf den einfachen Nenner zu bringen: die Marx-Forschung hat es mit einem geschichtlichen, individuell geformten, gesellschaftlich bedingten und wirksamen Prozeß der Theorieentwicklung zu tun, der nicht wenn nicht mit Kategorien und Methoden der Dialektik beschrieben und erklärt werden kann.

Beispiele können dies belegen. Sie zeigen Marx als jemanden, der in wissenschaftlichen und politisch-sozialen Kontexten Kenntnisse und Erfahrungen erwarb, den jeweils erreichten Stand der Theorie nicht gegenüber neuem Wissen und neuer Erfahrung immunisierte, der lernte und verwarf, kritisierte und korrigierte; sie zeigen den Marx, in dessen Theoriebildung es einen Anfang gab und erst späte Vollendung. Sie dokumentieren eine verallgemeinerbare Entwicklungstendenz: weil die schon früh intendierte wissenschaftliche Revolution sich nicht, wie etwa bei Wilhelm Weitling und dem arbeiterkommunistischen Konzept proletarischer Wissenschaft, in den vermeintlichen Schutz der Exterritorialität und nicht in die Enklave einer Botschaft des Zukunftsreichs stellen sollte, trägt die Marxsche Theorie in ihren Anfängen die Zeichen der geistigen Kultur ihrer Zeit; die kritische Absicht verhindert nicht, daß sie die Sprache ihrer wissenschaftlichen und politischen Epoche spricht. Erst in der immer intensiveren Vermittlung der immer extensiver betriebenen Empirie mit allgemeiner Theorie sprengt das Marxsche Werk die anfänglichen Bewußtseins- und Sprachgrenzen (vgl. Sandkühler 1984, 121-224).

Marx bewegte sich in seiner Zeit

Selbst historischer Prozeß der kritischen Aneignung geschichtlich erreichten Wissens - so im wesentlichen der klassischen Philosophie von Bacon bis Feuerbach, der englischen Nationalökonomie, des englischen und französischen Sozialismus und Kommunismus und, dies wird oft vergessen, der Erkenntnisse von Mathematik, Naturwissenschaft und Technologie -, hat das Marxsche und Engelssche Werk Teil am wechselwirksamen Prozeß der Verwissenschaftlichung gesellschaftlicher Praxis und der Vergesellschaftung der Wissenschaften im 19. Jh. Dieser für die Herausbildung des Marxismus wesentliche Prozeß kann typologisch so dargestellt werden:

1. Die ökonomische und soziale Herausbildung des Proletariats führt bereits früh zu Veränderungen im Wissenschaftssystem der bürgerlichen

- Gesellschaft; sowohl das Wissenschaftsbild wie die Bestimmung der sozialen Funktion der Wissenschaft wie auch die Prioritätensetzung in der Wissenschaftsentwicklung unterliegen Veränderungen; das Verständnis von einer universellen, auf den Menschheitsfortschritt orientierten Wissenschaft wird abgelöst von *bürgerlichen* Wissenschaftsauffassungen und -praxen;
2. die gesellschaftliche Arbeit des Proletariers tritt unter das Kommando technologischer, durch Wissenschaft erzielter Produktionsstrategien des Kapitals; die Maschinerie verändert den Charakter der Arbeit und das Klassengefüge;
 3. gleichzeitig wird die industrielle Arbeit - und mit ihr der industriell produzierende Proletarier - zum Gegenstand bürgerlicher Wissenschaftsstrategien; es entstehen nicht nur mit der Lage der Arbeiter befaßte Wissenschaftszweige, sondern Ideologien der Rechtfertigung des Kapitalismus bzw. Ideologien der Befähigung des Kapitals zur Lösung der 'sozialen Frage';
 4. der Arbeiterkommunismus und die demokratische bzw. sozialistische/kommunistische Intelligenz reagieren auf diese Entwicklung mit Technologie- und Wissenschaftskritik; das Proletariat versucht, seine Rolle als Subjekt der Wissenschaft zu finden und die eines bloßen Objekts von Wissenschaft und Technologie im Kapitalinteresse zu überwinden; zwischen einem strikt proletarischen Wissenschaftsverständnis, welches die Subjektfunktionen in der Wissenschaft an proletarische Herkunft der Träger der Wissenschaft koppelt, und Wissenschaftlern bürgerlicher Herkunft, die sich mit der Arbeiterklasse in der sozialistischen/kommunistischen Bewegung solidarisieren, treten zunächst erhebliche Widersprüche auf;
 5. die Konsolidierung der Arbeiterbewegung ist begleitet von zunehmenden Anstrengungen, in proletarischen Organisationen Bildung und Wissenschaft zu institutionalisieren; diese Bemühungen werden von bürgerlicher Seite konterkariert durch Versuche, die proletarisch-kommunistische Zielsetzung der Arbeiterbildung zu unterlaufen und Wissenschaft und Bildung an ihre Interessen zu binden;
 6. die Durchsetzung proletarischer Interessen im Bereich von Bildung und Wissenschaft hat zwei Voraussetzungen, die im Marxschen Theorietypus geschaffen werden: erstens werden Wissenschaft und Technologie als gesellschaftlich notwendige Bedingungen des Fortschritts *auch* der Arbeiterklasse erkannt und erklärt, und die Wissenschaftskritik der Proletarier bezieht sich auf die ökonomische und politische Herrschaft des Kapitals über Wissenschaft und Technik; zweitens hört mit diesem Wissenschaftstypus die Trennung zwischen Wissenschaft und Weltanschauung auf: die wissenschaftlichen Ergebnisse der Marxschen Politischen Ökonomie werden überführt in weltanschauliches Wissen, Normen und Klassenbewußtsein, die politische Praxis ermöglichen;

7. die Erfahrungen der Arbeiterbewegung und die Weltbilder der Proletarier werden wissenschaftlich reformuliert: in der philosophischen Theorie des historischen und dialektischen Materialismus, der die Resultate der Schaffung der politischen Ökonomie und der Aneignung der Naturwissenschaften in sich aufnimmt.

Mit Marx ist die wissenschaftliche Theorie historisch und systematisch vor die Forderung gestellt, in sozialistischer Zukunftsperspektive alle Erkenntnismittel historischer Analyse der gesellschaftlichen Herkunft einzusetzen. Ist der Marxsche Theorietypus gekennzeichnet dadurch, daß sich Theorie und Praxis, Wissenschaft und Politik, nicht mehr als Innen-Außen-Beziehung verstehen lassen, dann ergeben sich methodologische Schlußfolgerungen für das Verständnis des Marxismus: Die Entwicklung der Erkenntnis, die bürgerliche Gesellschaft habe den Widerspruch als die ihr eigene Struktur und Bewegung, prägt das biographische Profil des Marxschen Theorietypus; der kommunistische Intellektuelle existiert und wirkt, als Individuum, als ein sozialer Träger gesellschaftsgeschichtlicher Prozesse; in Marx ist nicht allein das Resultat theoretischer Tätigkeit wahrzunehmen, sondern ein Element der Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft. Das Marx-Studium steht vor der Aufgabe, sich über die Beziehung zwischen intellektueller Subjektivität, objektiver Bestimmtheit und objektiver Wirkung intellektueller Tätigkeit und gesellschaftlicher Bewegung - vor allem des Elements Arbeiterbewegung innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Bewegung - klar zu werden; Aufmerksamkeit auf die Biographie von Marx als eines Trägers von Interessen der Arbeiterbewegung ist ein wesentlicher Zugang zur gesellschaftlichen Bedeutung seines Werks.

Marxistische Intellektuelle und bürgerliche Gesellschaft

In der Biographie von Marx durchdringen sich der Theoriebedarf der Arbeiterbewegung als Moment objektiver Determination des Erkenntnisprozesses, die subjektive Kompetenz im Lernprozeß der Aneignung des wissenschaftlichen Wissens der Zeit als Moment subjektiver Kompetenz im Lernprozeß der Aneignung des wissenschaftlichen Wissens der Zeit als Moment subjektiver Konstitution des neuen Wissens und die individuelle politische Praxis des Intellektuellen sowie die gesellschaftliche Praxis der Bewegung. Dieses Beziehungsgeflecht kann nicht mehr in den traditionellen Kategorien der Arbeitsteilung zwischen wissenschaftlicher und politischer Tätigkeit erklärt werden. Die Geschichte der Marxschen Theorie muß zunächst mit den Mitteln der Theoriegeschichtsschreibung geschrieben werden. Theoriebildung ist aber mit dem Marxschen Werk zum Be-

das, was es ist: Mangel an historischer Bewußtheit und - in der Folge - Mangel an geschichtlichem Wissen.

Marx-Engels-Forschung und Marxismus-Diskussion standen und stehen in jeder Phase ihrer Entwicklung vor zwei Fragen, deren Beantwortung zu unterschiedlichen und gegensätzlichen Perspektiven führen muß. Die erste lautet: Auf welche Gesellschaft, auf welches geschichtsmächtige Subjekt und auf welches historische Ziel ist der wissenschaftliche Sozialismus als Theoriebildung und als politische Praxis bezogen? Die zweite stellt sich grundsätzlich als Folge der ersten: Was hat in einem und von einem theoretischen Werk *Bestand*, dessen erste Norm der Bezug zur Wirklichkeit ist?

Die von Marx und Engels im Kontext der bürgerlichen Gesellschaft und der Arbeiterbewegung entwickelte Wissenschaft des Sozialismus - Wissenschaft aus dem Sozialismus, Wissenschaft im Sozialismus, Wissenschaft für den Sozialismus - hat zugleich deskriptive, empirische, analytische und normative, transempirische, synthetische Funktionen. Sie konstruiert Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Geschichte, Gesellschaft und kommunistisches Ziel nicht als spekulatives *Modell*, sondern als jenen wirklichen Gesamtzusammenhang, in dem das Einzelne und Besondere der empirischen Erscheinungen zum Allgemeinen und Notwendigen, zum Wesentlichen der Struktur und Entwicklung von Natur- und Gesellschaftsgeschichte vermittelt sind. Zum Neuen, das den Theorie- und Handlungstypus 'Marx' auszeichnet, gehört die Einsicht, daß weder die Theorie noch die Praxis - im Gegensatz zu dogmatischen Selbstverständnissen kommunistischer Parteien - einen archimedischen Ort außerhalb der realen gesellschaftlichen Bewegung und außerhalb der wirklichen Widersprüche haben - ein 'Außen' gibt es weder gegenüber der Totalität der geschichtlichen und aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse noch gegenüber der Bewegung. Dies macht die Geschichtlichkeit und Allgemeinheit des Marx-Engelsschen Werkes und des Marxismus aus. Nicht erst die Generationen von Marxisten, Sozialisten und Kommunisten nach Marx und Engels haben deshalb die Frage zu beantworten: Was hat Bestand? Diese Frage gehört untrennbar zu Entstehung und Entwicklung des Werks, und Marx und Engels haben sie in jener Weise beantwortet, die ein Maßstab des Marxismus ist: Weil der wissenschaftliche Sozialismus nicht Analyse des Wirklichen mit positivistischer theoretischer und politisch-praktischer Beschränkung auf den Status quo der Verhältnisse ist, weil sein Erkenntnisinteresse das Interesse an Geschichte, Wirklichkeit und Zukunft als *Objekt- und Zieltermination* enthält, ist er umfassend geschichtlich und in diesem Sinne mit dem auf bloße Aktualität fixierten Verständnis von Zeitlichkeit und Vergänglichkeit nicht zu erfassen.

Marx und Engels haben ihren Zugriff auf Geschichte, ihre Wirklichkeitsanalyse und ihre Antizipationen und Prognosen der Zukunft immer wieder überprüft; sie haben Fehler gemacht, erkannt, ausgeräumt;

dies gilt sowohl für manche Details deskriptiver Analyse wie für allgemeine, systematische Theoreme. Das Werk ist ein *Werk im Werden* und Übergang.

Fragt man, was bleibt, liegt so die erste Antwort auf der Hand: die nicht-positivistische Beziehung auf Wirklichkeit, die Entwicklung des Wissens, die Geschichtlichkeit der Theorie. Doch der Marxismus ist, wie jede Wissenschaft, kein unendlicher Prozeß der Reform durch Falsifikation. Gewiß trägt eine komplexe, nicht einzelwissenschaftlich begrenzte, sondern multidimensional auf Wirklichkeit gerichtete Theorie mit ihrem Geltungsanspruch und -bereich eine große Last der Überprüfung und Geltungsrechtfertigung. Der Marxismus ist nicht allein neuer Theorietypus, sondern Repräsentant eines neuen Theorie-Praxis-Verhältnisses. Die Instanzen der Geltungsprüfung sind Instanzen der Bewegung selber. So wird nicht alles Bestand haben, was in Etappen seiner Entwicklung als Marxismus behauptet worden ist; nicht alles, was mit dem Anspruch auf 'Entwicklung' auftrat, kann als Entwicklung gelten. Auch ist nicht alles bereits praktisch erprobt und überprüft, was das Werk an Wissen und Verhaltensorientierung bietet. Was nicht Bestand hat, sind die zwei falschen, d.h. praktisch dem Wesen des Marxismus widersprechenden Antworten: Revisionismus und Dogmatismus. Diese Antworten sind weder wechselseitig noch durch das Werk des Marxismus gerechtfertigt.

Im Widerspruch gegen diese falschen Antworten zeigt der Marxismus, worin das entwickelte Werk Bestand hat: Es ist die Enzyklopädie begreifenden und eingreifenden Wissens; es ist das Corpus aktiv erworbener gesellschaftlicher Erfahrung und geschichtlichen Wissens, auf dessen Grundlage neue Erfahrung und neues Wissen den Bestand vermehren. Der Bestand ist das Werk der Regeln zur Befreiung, zur freien Assoziation der freien Individuen.

Raum und Zeit sind die Koordinaten des Lebenswerks; sie sind Bedingungen seiner Möglichkeit und seiner Entwicklung; sie sind zugleich die Dimensionen seiner Wirkung in den Formen der Aneignung, der Bewahrung, der Kritik, der Weiterentwicklung, der Revision, also der Wirkung in Transformationen. Raum und Zeit sind Koordinaten der intellektuellen Subjektivität der Biographie wie der sozialen Objektivität der Gesellschaftsgeschichte, in der das Werk sich im politischen und theoretischen Prozeß vom Urheber löst und sich um neue Raum-Zeit-Erfahrungen erweitert. Was bedeutet es, wenn in historischer Vergewisserung (Aktualisierung) und zeitgenössischer Fortsetzung (Historisierung) des Vorgangs der Entdeckung, den das Werk eingeleitet hat, auf Raum und Zeit verwiesen wird? Der Verweis kann zwei Bedeutungen haben: die der Zurückweisung der Geltungsansprüche des im Werk gegebenen Wissens durch einen Relativismus, der Geschichtlichkeit mit Vergänglichkeit gleichsetzt und Gegenwart - nicht von Herkunft und

Wider Revisionismus und Dogmatismus

Tradition überhaupt, sondern - gegen *diese* bestimmte Herkunft abriegelt; oder aber es spricht sich in ihm das historische Bewußtsein aus, das im Begreifen der unumgänglichen Geschichtlichkeit eines Erbes die Überlieferung eigener Herkunft zur Aufgabe einer *Übersetzung* macht: Der Anfang wiederholt sich nicht aus eigener Kraft, sondern indem verfügbares Wissen im Eingreifen in eine Wirklichkeit geprüft und erweitert wird, die wieder nicht *sich* verändert, sondern die verändert wird. Beide Varianten zeigen an: Die Formen der Geschichtlichkeit des Werkes sind nicht beliebig und werden nicht in erster Linie vom Werk selber bestimmt; der Wirkungszusammenhang erweist sich, wie der Entstehungszusammenhang, als ein historisch bestimmter Gründezusammenhang: Das Interesse von Subjekten verändert zwar nicht den Werkbestand, das 'Werk-an-sich', doch es begründet dessen *Bedeutungen*, den Konflikt der Interpretationen und Zwecke von Gebrauch oder Mißbrauch; so erst entsteht ein 'Werk-für-uns'.

Raum und Zeit bilden als *geschichtlicher Raum* und als *gesellschaftliche Zeit* eine Einheit, die Einheit einer bestimmten *Bewegung*, das Netzwerk der *gesellschaftlichen Bewegung*. Der Hinweis auf Zeit und Raum zeigt auf *Vergesellschaftung*, die das Werk widerspiegelt und in deren bestimmten Formen es wirkt. Wie jedes Werk wird auch das von Marx und Engels im gesellschaftlichen Prozeß verändert. Formen der Veränderung sind die philologische Erweiterung des Wissens über den Bestand des Werks, die theoretische Durchdringung einzelner seiner Dimensionen nach Maßgabe fortschreitenden wissenschaftlichen Interesses und Wissens - ein Beispiel ist die späte Entdeckung der im Marxschen Werk enthaltenen Dimension 'Naturwissenschaft' (vgl. Guerraggio/ Vidoni 1982) -, die Weiterentwicklung des Werks in Gestalt des Marxismus und die Revision.

Geschichtlicher Raum und gesellschaftliche Zeit als Dimensionen der gesellschaftlichen Bewegung begründen eine bestimmte Perspektive auf das Werk: die der *Dialektik* der bürgerlichen Gesellschaft. In der Perspektive der gesellschaftlichen Bewegung als des Prozesses und der Dialektik der Gesellschaftsformation in ihrer Totalität ist weder das Marx-Engelssche Werk noch der Marxismus jemals die Widerspiegelung nur einer 'Seite'; Negation des Kapitals zu sein, ist ihr Status; sie fungieren als Bewußtseins- und Handlungsraum der Arbeiterbewegung, doch diese bestimmte ökonomisch, sozial, politisch und ideologisch konstituierte besondere Bewegung hat auch mit dem Marxismus teil am *Ganzen der gesellschaftlichen Bewegung*. Das Werk entsteht in der gesellschaftlichen Zeit des Antagonismus des *Kapitalverhältnisses* und in einem geschichtlichen Raum, dessen drei Dimensionen zeitlich eine Folge von Entwicklungsstufen sind:

1. die Tradition, Kritik und Aufhebung klassischen philosophischen, modernen positiv-wissenschaftlichen und kritisch-utopischen gesellschaftstheoretischen Wissens;

2. die deskriptive Analyse der politischen Ökonomie, die immer auch präskriptive, normative Synthese ist; sie richtet ihr Interesse auf die politische Ökonomie als realen Prozeß der Entwicklung der Produktionsweise, auf die theoretischen Widerspiegelungsweisen der Nationalökonomien und auf beide zusammen als Voraussetzungen der Möglichkeit der Revolution und des Sozialismus;
3. proletarische Erfahrung und Praxis, die in der Entwicklung vom Arbeiterkommunismus zur autonomen Klassenpartei und zum wissenschaftlichen Sozialismus politisch vergesellschaftet werden. Das Werk ist Mittel und Medium der Autonomisierung der Klasse, die auf diese Weise ihre Funktion in der gesellschaftlichen Bewegung verwirklicht. So ist es ein Werk *für* die Arbeiterbewegung und die sozialistische Revolution, doch weder *der* Arbeiterbewegung noch der Revolution allein.

Die Perspektive 'gesellschaftlicher Bewegung' erweitert den scheinbaren Ausdruck einer besonderen 'Ecke' des geschichtlichen Raums und einer besonderen 'Phase' der gesellschaftlichen Zeit mit erheblichen Folgen. Zum ersten ist das Marx-Engelssche Werk, ist der Marxismus kein Besitztitel, den eine Bewegung reklamieren sollte, um sich damit als besondere, partikuläre Bewegung zu verkennen; das Werk und der Marxismus zielen im Innersten auf eine politisch-soziale Bewegung, deren Bezug auf die Wirklichkeit den Bezug auf das Mögliche, die nicht mehr antagonistische Zukunft, die wirklich freie Assoziation der freien Individuen aktualisiert; das Werk und der Marxismus sind Momente der Menschheit; gerade in ihrer Qualität als Mittel eines Kampfes um Befreiung gegen menscheitsfremde Interessen nehmen sie Maß am Humanismus; noch sind sie eine Form, in der der Widerspruch als Ganzer sich vermittelt, und insofern sind sie niemals Insel oder exterritoriales Gelände im geschichtlichen Raum der Gesellschaften, in denen sie angeeignet, vermittelt und - grundsätzlich in der Auseinandersetzung zwischen Interessen - entwickelt werden und umstritten sind; der Marxismus, der das Werk von Marx und Engels von der Bewährung im Ganzen der Widersprüche abschotten, ihn als Besonderes einer 'Seite' und als privaten Besitz reklamieren wollte, wäre tot.

Zum zweiten folgt aus der Perspektive 'gesellschaftliche Bewegung', daß das Marx-Engelssche Werk und der Marxismus nach Allseitigkeit der Zugänge sowohl zum Werk selber wie zur Realität, die mit ihm als Mittel erkannt und verändert werden soll, verlangen. Gesellschaftliche Arbeitsteilung in der Wissenschaft, oft aber auch in kommunistischer Politik, bedroht das Verständnis der Violdimensionalität des Werks und des Marxismus; sie können dann nicht mehr als die große Neue Enzyklopädie gelesen und gehandhabt werden, in der sich Wissen, Verhalten und Handeln zum Integral verknüpfen: Philosophie, politische Ökonomie, Theorie der Technologie und der kognitiven und praktischen Funktionen der Wissenschaft-

**Der Marxismus
ist kein
Besitztitel**

ten, Fertigkeiten und Künste, Wissenschaft der Geschichte, Geschichte der Wissenschaft, Theorie der Revolution und des Staats, Methodologie theoriegeleiteter Empirie, Verhalten in der Arbeiterbewegung als Verhalten in der Gesellschaft als Ganzer, theoretische Kritik und praktische Kritik, Revolutionierung positiver Wissenschaft und wissenschaftlicher Tätigkeit, erweitert in den Raum des Politischen, Übersetzung der Gegenwart in Herkunft und Zukunft - vor diesem *Integral* ist arbeitsteilige Rekonstruktion einzelner Momente - ist sie nicht Bestandteil allseitiger systematischer Arbeit - hilflos und führt zur Verzerrung.

* Vorabdruck aus: H.J. Sandkühler (Hg.), Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Art.: Marxismus, Ziff. 1; 4 Bände, Felix Meiner Verlag, Hamburg 1990.

Literatur

- Aktualisierung Marx', 1983, hg.v. Argument, mit Beiträgen v. D. Albers u.a., Berlin-W.
 Baratta, G./ E. Giancotti/ L. Piccioni (ed.), 1986, *Attualità di Marx*, Milano.
 Bravo, G.M., 1981, *Ritorno a Marx. Partito de proletariato e teoria politica in Engels e in Marx*, Milano.
 Bravo, G.M., 1986, *Karl Marx. Friedrich Engels. In: Il pensiero politico contemporaneo, a cura di G.M. Bravo e S. Rota Ghibaudi, Vol.II*, Milano.
 Dozekai, E., 1985, *Von der 'Rekonstruktion' der Marxschen Theorie zur 'Krise des Marxismus'*, Köln.
 Favre, P. und M., 1980, *Les marxismes après Marx*, Paris.
 Fetscher, 1967, *Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten*, München.
 Guerraggio, A./ F. Vidoni, 1982, *Nel laboratorio di Marx: Scienze naturali e matematica*, Milano.
 Hahn, M./ H.J. Sandkühler (Hg.), 1978-1986, *Studien zur Wissenschaftsgeschichte des Sozialismus*, Köln.
 Hahn, M./ H.J. Sandkühler (Hg.), 1986, *Karl Marx. Kritik und positive Wissenschaft*, Köln.
 Haug, W.F., 1985ff, *Pluraler Marxismus*, 3 Bde., Berlin-W.
 Hobsbawm, E. (ed.), 1981, *The History of Marxism*, 4 Vol., Brighton.
 Internationale Marx-Engels-Forschung, 1987, hg.v. Inst. f. Marxist. Studien u. Forschungen, Red. W. Schwarz. *Marxistische Studien. Jb. d. IMSF 12*, Frankfurt/M.
 Labica, G., 1984, *Le Marxisme-Léninisme. Eléments pour une critique*, Paris.
 Labica, G., 1985, *Le Marxisme*, Paris.
 Mercier-Josa, S., 1986, *Retour sur le jeune Marx. Deux études sur le rapport de Marx à Hegel*, Paris.
 Mercier-Josa, S., 1989, *Übergänge von Hegel zu Marx. Philosophie, Ideologie und Kritik*, Köln.
 Sandkühler, H.J., 1984, *Geschichte, gesellschaftliche Bewegung und Erkenntnisprozeß*, Berlin u. Frankfurt/M.
 Sandkühler, H.J./ K. Bayertz (Red.), *Karl Marx - Philosophie, Wissenschaft, Politik. DIALEKTIK 6*, Köln.
 Tosel, A., 1974, *Le développement du marxisme en Europe occidentale depuis 1917. In: Histoire de la Philosophie, t.III*, Paris.

AutorInnen

- Adler, Hans-Henning - Oldenburg, Rechtsanwalt
 Engelhardt, Albert - Wiesbaden, Mitherausgeber und Redakteur von "Z"
 Fellrath, Ingo - Tours, Publizist
 Fischer, Klaus D. - Frankfurt am Main, Politikwissenschaftler
 Fülberth, Georg, Prof. Dr. - Marburg/L., Hochschullehrer
 Gehrcke, Wolfgang - Hamburg, Journalist
 Grieger, Manfred - Bochum, Historiker
 Hetscher, Joachim - Münster, Doktorand
 Hesselbein, Gabi - Obrigheim, Journalistin
 Jantzen, Wolfgang, Prof. Dr. - Bremen, Hochschullehrer
 Jung, Heinz, Dr. - Weilrod/Ts., Mitherausgeber von "Z"
 Klotz, Sybill-Anka, Dr. - Berlin/DDR, Dozentin
 Labica, Georges, Prof. Dr. - Paris, Hochschullehrer
 Peters, Klaus, Dr. - Köln, Publizist
 Rendgen, Klaus, Dr. - Leipzig, Dozent
 Sandkühler, Hans Jörg, Prof. Dr. - Bremen, Hochschullehrer
 Schleifstein, Josef, Prof. Dr. - Bad Homburg, Publizist
 Wolf, Frieder Otto, Dr. - Berlin (West), Privatdozent, MdEP
 Zander, Hartwig, Prof. Dr. - Frankfurt am Main, Hochschullehrer

Für eine kritische Bilanz des Marxismus*

Eine Bilanz des Marxismus - eher: eine Zwischenbilanz - steht vor der grundlegenden Frage, die von seiner Geschichte als von Anbeginn wirklicher Zukunft und als Diskurs über diese Zukunft gefordert wird:

Wie konnte ein derart hetero-doxes, kritisches, Krisen produzierendes und revolutionäres Werk Veranlassung geben zu Orthodoxie, zu vielfachen Orthodoxien, zur Fetischisierung, zur Dogmatik, zum Konservatismus, die immer wieder mit innovativen Entwicklungen - wie durch Gramsci - koexistieren? Wodurch konnte sich dieses Problem so schnell aufdrängen, mit dem sich bereits Engels bis zu seinem Tod konfrontiert sah? "Übrigens verlangen wir nicht zuviel Orthodoxie!", empfahl er Plechanow in dem letzten an diesen gerichteten Brief vom 26.2.1895 (MEW 39, 417).

Die Antwort auf das den Marxismus begleitende Problem läßt sich in zwei Worte fassen: Sie liegt im Preis für den Erfolg. Seit den 1870er Jahren hat sich der Marxismus gegenüber seinen schärfsten Konkurrenten innerhalb der Arbeiterbewegung durchgesetzt, - gegenüber dem sogen. utopischen Sozialismus, dem Mutualismus Proudhons, dem Anarchismus Bakunins. Er hat der Notwendigkeit nationaler Organisation des Proletariats und einer internationalen Zentralisierung zum Zweck der Überwindung des Kapitalismus Anerkennung verschafft. Er ist hegemonial geworden und kann innerhalb eines Jahrzehnts die klügsten Köpfe etwa Frankreichs und Rußlands seinen Thesen verpflichten.

Dies bedeutet nicht, daß damit den ideologischen Auseinandersetzungen - vor allem mit dem Anarchismus - ein Ende bereitet gewesen wäre; gewiß jedoch ist, daß dem Marxismus jenes Zusammentreffen mit der 'wirklichen Bewegung' gelungen ist, aus der hervorgegangen zu sein er beansprucht. Doch dieser Erfolg macht ihn auch suspekt. Die Theorie ist gerade von denjenigen, die sich auf sie berufen haben, schlecht angeeignet worden. Es ist bereits erwähnt, daß Marx sich am Gebrauch seines Namens störte. Und Engels widmete sich in den Interventionen der Korrespondenz seiner späten Jahre der Korrektur des größten Fehlers, des reduktionistischen Ökonomismus, der die II. Internationale beherrschen sollte. Er verwahrte sich nicht nur gegen die Verflachungen im Zusammenhang mit dem Problem der 'Determination in letzter Instanz' durch Ökonomie, sondern auch gegen das verbreitete Unverständnis des Materialismus, die Unterbewertung geschichtlicher Analyse und den Mangel an Dialektik. Er räumte frei-

lich auch ein, daß Marx und er selbst einen Teil der Verantwortung trügen, insbesondere für die überbetonte 'ökonomische Seite'.

Doch liegt hierin nicht das Wesentliche. Lücken und Mißverständnisse laden dazu ein, sich gegen die Theorie selber zu richten. Die von Engels gebotenen Richtigstellungen und die Schwierigkeiten, denen er begegnet, lassen die Unvollkommenheit der Theorie hervortreten. Wo es sich um 'Ideologie' handelt - ein wirklich neuralgischer Punkt -, erweist sich Engels als eher hilflos. Indem er auf 'Wechselwirkung' oder 'Vermittlung' besteht, erneuert er nicht etwa eine vergessene Lehre, sondern wagt sich auf noch unzureichend dechiffriertes Gebiet vor. Dies ist der Grund, warum er z.B. für die Ökonomiegeschichte die Lektüre des "alten G.v. Gülich" nahelegt bzw. auf Ausführungen in Marx' 18. *Brumaire* oder in seinem *Anti-Dühring* verweist (vgl. MEW 39, 207).

Die *Randglossen* zu den Parteikongressen in Gotha und Erfurt lassen vergleichbare Anmerkungen zu. Wie konnten so aufmerksame Redakteure wie Kautsky und Bernstein, ohne mit der Wimper zu zucken, so monumentale Fehler durchgehen lassen wie etwa, die Bauernschaft in die Nähe der einen 'reaktionären Masse' zu rücken, oder die revolutionäre Zweckbestimmung eines 'freien Volksstaats'? Es ist symptomatisch, daß Marx sich - um solche Themen zu geißeln - zu Überlegungen zum Kommunismus, über den Staat, die Kommune oder das Recht hat verleiten lassen; Vergleichbares suchte man im früheren Werk umsonst. So erklären sich auch die fast besessenen Verweise seiner Nachfolger auf die *Randglossen*, sobald es darum geht, die proletarische Macht in ihrer Neuartigkeit vorzustellen. Lenins *Staat und Revolution* ist eine perfekte Illustration des Ausreizens fragmentarischer Texte auf der Suche nach einer zu begründenden marxistischen 'Staatstheorie'.

Und ist nicht - damals noch in Unkenntnis der *Deutschen Ideologie* und der *Grundrisse* - die gerade daher berühmt gewordene eine Seite des 'Vorworts' *Zur Kritik der politischen Ökonomie* (MEW 13, 8f) immer wieder bearbeitet worden, als wäre sie die einzige Fundstelle zum Basis-Überbau-Verhältnis? Der Charakter des Werks war den ersten Schülern nicht entgangen: Labriola, dem die Geschichtlichkeit und Wirkmächtigkeit von Ideologien so vertraut waren und den man als Mitbegründer der Theorie betrachten kann; und Plechanow, dessen gleichzeitige Beschäftigung ganz ähnlich war und der den 'dialektischen Materialismus' entwickelt hat?

Die Bedeutung
'blinder Stellen'

In der Folgezeit wird die Bedeutung 'blinder Stellen' noch deutlicher hervortreten, und auch, wie schwer ihre Einordnung ist: Philosophie, von Kautsky in der *Neuen Zeit* als theoretisch offen beschrieben, von Lenin indessen als 'ein einziger eherner Block'; das Theorem der 'finalen Krise' des Kapitalismus, für mache zum Kern des *Kapital* gehörend, für andere aber schlechthin unauffindbar; die Diktatur des Proletariats, zu deren Status man einen Lenin - gewiß ihr bester Theoretiker - bei einem Irrtum über-

rascht (vgl. *Le cahier bleu*, Einl.v. G. Labica, 1977), während sie von anderen als bloßes Epiphänomen betrachtet wird.

Überdies wird der Marxismus gleichzeitig, vom Erfolg verführt, zwangsläufig konjunkturellen Zwängen unterworfen; so sehr man sich den Erfolg gewünscht hat, so unmöglich wird es, sich ihm zu entziehen. Gefordert, einen bedeutenden Platz innerhalb der Klassenkämpfe einzunehmen, muß der Marxismus praktischen Anforderungen genügen: der Bildung von Parteien, der Ausarbeitung von Programmen, der Formierung einer Doktrin mit universellem Anspruch. Theoretische Klarheit (bzw. Klarstellung) und ihr logisches Korrelat werden angesichts des Vordringlichen warten müssen. Die Einwände und Warnungen seitens Marx' und Engels' haben bereits zu deren Lebzeiten wenig Gewicht gehabt. Der Marxismus wird aus dieser Situation geboren. Ihn wahlweise als unreif oder in sich widersprüchlich zu beurteilen, bedeutete, der gewollten Verhaftung im historischen Prozeß wenig Bedeutung beizumessen, während dieser selbst in ausgezeichneter Weise unvollendet und widersprüchlich ist. Lenin war sich dessen in hohem Maße bewußt, wenn er bei seiner Lektüre der Hegelschen *Logik* schrieb: "Die Praxis ist höher als die (theoretische) Erkenntnis, denn sie hat nicht nur die Würde des Allgemeinen, sondern auch der unmittelbaren Wirklichkeit" (LW 38, 204).

Die erste, von der deutschen Sozialdemokratie ausgehende und unter ihrem Einfluß der II. Internationale übergestülpte Orthodoxie war kein Zufall. Sie hat ihren Adelsbrief in dem unter Marx' Mithilfe verfaßten *Anti-Dühring* finden können. Seine Autoren gingen das Risiko ein, das Wagnis ihres Denkens offenzulegen, d.h. ein offenes und problemorientiertes 'Werk in Bewegung' in eine konstruierte, sichere und abgeschlossene Darstellung, gar eine Art Handbuch, umzumünzen. Der bald entstehende Revisionismusstreit hat zwar die - konstituierend oder didaktisch zu nennende - Form der ersten Orthodoxie beschädigt, nicht aber ihr Prinzip. Dieses wird die II. Internationale und ihren 'orthodoxen Marxismus' überleben, den Rosa Luxemburg und Lenin als Zentrismus verurteilt haben und der seinen Höhepunkt im Stalinismus erreicht, dieser wirklichen, gesetzlichen und - unter Berufung auf den Erfolg der russischen Revolution - institutionalisierten 'Orthodoxie'.

Mit der zweifachen Legitimation der Existenz des ersten sozialistischen Staates und der III. Internationale ausgestattet, vereinnahmt die neue Orthodoxie die alte zu ihrem Nutz und Frommen und verleiht ihr eine absolute Rigidität.

Gegen Ende der 1930er Jahre ist der Prozeß vollzogen. Stalins Broschüre über den dialektischen und historischen Materialismus begründet das neue Gesetzeswerk. Der Marxismus wird hier offen für 'vollendet' und als Dok-

trin für 'endgültig' erklärt. Was bleibt, ist die immer zu erneuernde Arbeit der Auslegung, der Erstellung von Handbüchern, der Aufzählung richtiger Sätze und Leitlinien für das Gebiet des Wissens, unter Einschluß der exakten Wissenschaften, wie für den Bereich des politischen Handelns. Die Herrschaft des DIAMAT ist die eines Klerikalismus, des 'Apparats'.

Der Marxismus befindet sich so an der Grenze des Widerspruchs: Wie hat ein solches Unternehmen der Wissenschaftlichkeit, der Kritik, zielend auf die Geschichte, wie hat der 'historische Materialismus' sich verwandeln können in einen universalistischen Diskurs mit 'staatlich-philosophischer Funktion'? Der Verweis auf Individuen ('Persönlichkeitskult') klärt so wenig wie der auf Situationen (das sowjetische 'Modell'); weniger noch ist von den retrospektiven Interpretationen zu erwarten, die bei der Suche nach der Ursache immer einen Schritt weiter zurück gehen; denn nicht allein die Theorie steht in Frage, sondern ihre - von Marx gewollte - Konfrontation mit den Zwängen der Wirklichkeit, also der Klassenkampf mit seinen (un)absehbaren ideologischen Abweichungen.

Der Bolschewismus, zunächst Häresie, trug den Dogmatismus, die neue 'Orthodoxie', nicht in sich. Als genauer Marx-Leser sieht Lenin richtig, daß die Marxsche Theorie kein obligatorisches Schema der Geschichtsphilosophie oktroyiert (vgl. LW 1, 211), sondern ein Ensemble grundsätzlicher Leitprinzipien ist (vgl. LW 4, 218). Lenin privilegiert entschieden die *politische Praxis*, in der die theoretische Konzeptualisierung ständig mit Zwängen der Zeitläufe konfrontiert wird. Doch Lenin ist, im Unterschied zu Marx und Engels, Führer einer Partei und der erste marxistische Staatsgründer, und er hat ein entsprechend starkes Interesse an Fundamenten der Lehre und theoretischer 'Pädagogik'; hiervon zeugen etwa *Drei Quellen und Bestandteile des Marxismus* und *Materialismus und Empirio-kritizismus*. Seine Beziehung zu seinen Nachfolgern kann analog zu Engels' Verhältnis zu Führern der II. Internationale betrachtet werden. Hierher rühren Gründe für das Schicksal des Leninismus, der den scharfen Angriffen eines K. Korsch (*Marxismus und Philosophie*) oder eines A. Pannekoek (*Lenin als Philosoph*) ausgesetzt ist, zugleich ob seiner revolutionären Kreativität gelobt ('der einzige Theoretiker mit Marx' Niveau', schreibt Lukács) und seit Stalin Objekt der Konstruktion eines geschlossenen Systems wird.

Die Unterwerfung der Theorie unter die Politik, ein Merkmal der 'Orthodoxie', führt gleichzeitig die 'Heiligsprechung' des sowjetischen Modells und der Direktiven des III. Kongresses der Komintern mit sich. Sie werden von den unterschiedlichen kommunistischen Parteien - ob in Machtposition oder nicht - verinnerlicht und reproduziert, zumal in der Atmosphäre internationaler Spannung am Vorabend des 2. Weltkrieges.

Man sieht sich hier einem ideologisch-praktischen Phänomen gegenüber, das nicht weit von Hegels Traum der Verschmelzung von Philosophie und Staat entfernt ist (vgl. H. Lefebvre, *Logique formelle et logique dialectique*,

Die Unterwerfung der Theorie unter die Praxis

1982, Vorw.d. 2. Ausg.); wobei die Kinder der Orthodoxie das Grundmodell weiter entfalten. Faktisch freilich war die Existenz dieses Zirkels von kurzer Dauer; er wurde bald durch Konfrontation mit nationalem Kontext verbogen, die offensichtlich ohne oft tiefgreifende Veränderungen nicht beizulegen waren. Das Gelingen der, wie Lenin sagte, 'Fusion' von theoretischer Universalität und Spezifität der Arbeiterbewegung konnte niemals von der 'Anwendung' entbinden.

Die historischen Besonderheiten sozialer Kämpfe, kultureller Traditionen und von Vorstellungen mit institutionellem und ideologischem Gewicht widerstanden dogmatischer Gleichschaltung. Abweichungen, Häresien und Heterodoxien sind unter dem Banner der 'reinen Lehre' nach wie vor unter aller Augen am Werk: die jugoslawischen und chinesischen Schismata, Dissidententum, 'Konterrevolutionen'... Diese *Arbeit des Besonderen* hat als Produkt der den 'konkreten Situationen' innewohnenden Widersprüche neue Gestalten des Marxismus - wie Titoismus, Maoismus, Castrismus, Kim-Il-Sungismus - entstehen lassen; sie erlaubt es, einige bedeutende europäische, asiatische, afrikanische oder lateinamerikanische Strömungen des Marxismus einzuschließen; sie löst - manchmal radikale - Korrekturen und Aktualisierungen aus.

So haben sich nach der Auflösung der III. Internationale und nach dem XX. Parteitag der KPdSU (1956), also nach der sogen. Entstalinisierung, bestimmte kommunistische Parteien nicht gescheut, das Markenzeichen des Marxismus-Leninismus, die 'Diktatur des Proletariats' oder den 'proletarischen Internationalismus', zu verwerfen. Die Kluft zwischen verschiedenen Wegen des 'Übergangs zum Sozialismus' - real oder projiziert - sowie zwischen den Diskursen ihrer Legitimierung hat sich zusehends vertieft. Die von Marx nicht vorausgesehene Kraft der Nationalismen und die Machtkonflikte, die in jüngster Zeit zu inter-sozialistischen Kriegen geführt haben, spielen hierbei eine wesentliche Rolle.

Die 'Orthodoxie' ist nun nicht mehr als ein verschlissener Mantel, der mühsam noch den Selbstschutz der Apparate und offiziellen Pädagogiken hergibt. Die 'Lehren der Geschichte', diese Wiederkehr der Dinge, ihre Ironie und ihre Dramen, haben sich als stärker erwiesen als die Zwänge, welche sie zu beherrschen vorgaben.

Eine zweite, ebenfalls aus der Trennung von Theorie und Praxis hervorgehende Erscheinung muß im Kontext in Betracht gezogen werden: Die beharrliche Existenz eines neben den dominierenden Interpretationen bestehenden dominierten *underground*-Marxismus. Wenn er auch, verborgen und wenig sichtbar, völlig außerhalb des kommunistischen Einflßbereichs stand, durch amtierende Mächte proskribiert, geächtet und oft physisch verfolgt, so zeugt sein denkwürdiges Schicksal doch von der Kontinuität freier marxistischer Forschung.

Sie hat sich in zwei Richtungen entwickelt: diejenige der intimen Kenntnis des Werks, das sich über eine lange Periode entwickelt hat, und eine eher konzeptionell fruchtbare. Marx 'wie einen Gelehrten unter anderen' zu behandeln, um an ein Wort von L. Althusser zu erinnern, war eine wirkliche Errungenschaft. Es versteht sich, daß die fruchtbarsten Ansätze im Geiste von Marx die beiden Hauptanliegen, das Wechselspiel von Denken und Praxis, eng miteinander verbunden haben, und dies tendiert dazu, seine Wirkungen zu erweitern. Hier geht es nicht darum, Lorbeeren zu verleihen. Es bleibt dem Leser überlassen, in diesem außerordentlichen Abenteuer unserer Modernität die Gestalt heraufzubeschwören, die ihm beispielhaft erscheint - Lukács, Gramsci, Bloch, Della Volpe, um nur wenige vergessene Größen zu erwähnen. Diese verdeckte Wiederentdeckung, die - besonders gegen Ende 1960er Jahre - dem Buchmarkt eine bemerkenswerte Literatur beschert hat, hat nicht nur die Mängel der in sich hermetischen Systeme offengelegt; sie hat in allen Bereichen Problematiken, Hypothesen und Herangehensweisen erneuert und, vor allem in den Humanwissenschaften, zahlreiche Forschungsrichtungen, die sich nicht auf den Marxismus bezogen haben, dauerhaft beeinflußt.

Als Resultat des Bündels von Faktoren, die ihrerseits in das Lärmen und Toben der sozialen und ideologischen Auseinandersetzungen eingereicht sind, hat das, was man gemeinhin die 'Krise des Marxismus' nennt, zunächst einmal - man mag darin übereinstimmen oder nicht - dieses Positive: besiegte Dogmen, die Wiederaufnahme kritischer Arbeit, kühne Heuristiken, Wille zur Transformation.

In der bis heute fortgesetzten Bemühung, sich selbst neu zu bewerten, hat sich der Marxismus der stickigen Luft seiner eigenen Geschichte gestellt, deren Dekonstruktion er noch nicht abgeschlossen hat, wie man es vom Cartesianismus oder Kantianismus sagen könnte, - die vielmehr die Geschichte unserer Zeit ist. Gleichwohl ist er gefordert, seine intellektuelle Kreativität und praktische Wirksamkeit zu beweisen angesichts der Realität der heutigen Welt, die auch - mit Engels zu sprechen - 'in ihr geschichtliches Recht' einzusetzen ist. Man kann sicher sein, daß ihm dies nicht durch eine wie immer geartete Rückkehr zum Ursprung und nicht mittels einer Neubegründung der Theorie gelingen wird, sondern durch seine Fähigkeit, ein Programm zu meistern, dessen Einsätze zu bestimmen er mehr beigetragen hat als jeder andere.

So schwierig dies auch sein mag, - es ist gut, ein wenig Abstand zu nehmen. Sind denn diese Einsätze - hinter dem Schirm noch aktiver Orthodoxien, noch ungestürzter Tabus und in ihrem Weg gebremster Revolutionen - am Ende des 20. Jh. so radikal verschieden von denen, die Marx und zahlreiche seiner Nachfolger für ihren gerechten Kampf einzusetzen hatten? Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse ökonomischer, sozialer, politischer und kultureller Natur, - der Tanz um das Goldene Kalb ist noch

Die Dekonstruktion ist noch nicht abgeschlossen

nicht beendet; die Götzen sind inzwischen über den ganzen Planeten verteilt. "Aber" - schrieb Labriola 1900 an Croce - "sagen Sie mir doch, worin die *wirkliche Neuartigkeit der Welt* besteht, die in den Augen vieler die Unzulänglichkeit des Marxismus offenbart hat. Die Wirklichkeit läßt sich nicht rasonnierend begreifen, sie wird wahrgenommen." Es sei denn, der Kommunismus ist nicht 'die wirkliche Bewegung, die den bestehenden Zustand aufhebt'.

In seiner politischen Praxis hat der (geschichtlich gewordene) Marxismus zwei Strömungen hervorgebracht, eine etatistische und eine der Selbstbestimmung, um gängige Begriffe zu gebrauchen. Zweifellos war die erstere dominant und die letztere dominiert, genauer: verdrängt. Ihr Ineinanderübergehen oder Nebeneinander ist bei Marx präsent, vor allem in der Bakunin-Auseinandersetzung und allgemein in der mit dem Anarchismus, dessen Thesen sich oft karikiert finden. Auch Lenins Denken wird davon mit bestimmt; er begrüßt seit der Jahrhundertwende das Aufkommen der Sowjets als Schöpfung der revolutionären Massen und verteidigt zugleich das Prinzip ihrer Kontrolle durch die Partei. Brecht hat diese Schwierigkeit in seiner Notiz auf den Begriff gebracht: "Lenin hatte den Wunsch, daß es für die Revolution nur die Partei gebe. Für alle Menschen, die die Revolution wollten, sollte nur sie in Betracht kommen. Alle Mißstände sollten nur von ihr aus betrachtet werden. Alle Schritte zu ihrer Beseitigung sollte nur sie ergreifen. Da muß die Partei aber auch alles enthalten können, was Mißstände feststellt und zu ihrer Beseitigung revolutionäre Schritte ergreift!" (Gesammelte Werke, Bd.20, 1967, 98f)

Lassen wir die Gründe und Auswirkungen dieser Ambiguität, die bereits zu den Anfängen gehört, beiseite; sie sind bekannt. Der Etatismus, genauer: die Form 'Partei-Staat', ist unfähig gewesen, sich von der bürgerlichen Politik abzunabeln; sie hat statt dessen deren Apparate reproduziert; ja in Zwang und ideologischer Indoktrination noch verhärtet; sie hat manchmal im Namen voluntaristischer Erneuerung Regressionen zu feudalen Praktiken der Macht und zur Ausprägung messianischen Verhaltens vollzogen.

Aus diesem Grund kann man - wenn auch in sehr verkürzter Weise - feststellen, daß das, was sich gegenwärtig in der 'kommunistischen' Welt vollzieht, das durch *glasnost* und *perestroika* verkörperte Infragestellen des Alten, Ausdruck dieser Tatsachen ist. Hier hat man es mit dem Willen zur Demokratisierung und zu freier Äußerung auf allen Gebieten zu tun, mit dem Willen zur Zerstörung tief verinnerlichter Tabus - bis hin zur Aufgabe bisher unumstrittener theoretischer Grundlagen; dort mit Einstellungen gegen den Fortschritt und mit der Selbstimmunisierung von Institutionen; andernorts mit einer absoluten Härte, die polizeilich-militärische Repressionen nicht ausschließt.

Solche Erscheinungen fördern unterschiedliche Lesarten. Eine erste, so oberflächlich wie verbreitet, betont die Niederlage und die Auflösung eines

dem Marxismus zuzuschreibenden Systems sowie des Marxismus und Kommunismus selber, und dies löst nicht nur Jubel in der kapitalistischen Welt aus, sondern provoziert in ihr die Reaktivierung ideologischer und ökonomischer Gegenoffensiven. Schon präziser ist der Hinweis auf die planetarische Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen und auf die enormen Veränderungen im Produktions- und Arbeitsprozeß, die sich aufgrund beschleunigter technologischer Entwicklung vollziehen. Das Gegenbild: stagnierende Gesellschaften; die sozialistischen Länder sowie die Mehrzahl der kommunistischen Parteien waren unfähig zum Begreifen der neuen Formen der Modernität und deren wirklicher sozialer Bewegungen, unfähiger noch, sich ihnen anzugleichen. Darüber hinaus haben die von neuen Generationen erhobenen Forderungen Widersprüche verschiedenster Art hervorgebracht und erweiterte Perspektiven: nicht länger geduldet ist die Zumutung neuer Opfer und das ständige Vertagen auf ein 'herrliches Morgen'. Hiermit hängt zusammen die Begeisterung für den 'Markt', der die 'Wahrheit' über Preis und Beschäftigung schon sagen wird, für Konsum, Konkurrenz, Privatisierung, kurz: für ökonomischen Liberalismus. Signifikanter noch ist folgendes: die Rehabilitierung der westlichen Demokratie und von deren Stellvertretern - Parlamentarismus, Pluralismus, Menschenrechte, Rechtsstaat - vollzieht sich ebenso unkritisch wie die vorherige jahrzehntelange kategorische Ablehnung dieser als 'formell' verstandenen Momente. So schließt sich der Kreis bürgerlicher Politik wieder: die niemals und nirgends eingelösten Bestrebungen der von den Sowjets bzw. der Diktatur des Proletariats versprochenen sozialen bzw. 'proletarischen' Demokratie räumen ihren Platz zugunsten der Sehnsucht nach dem, was sie eigentlich überwinden sollten.

Nichts von dem ist von marxistischer Analyse **Die Büchse der Pandora** ausgenommen. Die Öffnung der Büchse der Pandora ist kein Zufall. Im auffälligen Wirrwarr der heute noch keineswegs ganz absehbaren Widersprüche (spontane Erhebungen, Wiederaufleben nationalistischer und religiöser Tendenzen usw.) setzt sich die Geschichte wieder in ihr Recht ein; sie gibt den Kräfteverhältnissen ihre verlorene Sprache zurück, vor allem den Forderungen der Masse der Menschen und dem im gesellschaftlichen Ensemble noch unbestimmt, aber materiell vorhandenen Willen, 'das Leben zu ändern'. Wie immer es erscheinen mag, - die 'Oberen', die Führungen von Staats-Parteien sind nur das Echo dieser Entwicklung und versuchen nun - mit unterschiedlichem Erfolg - die Massen zu kontrollieren und den Status quo zu erhalten; doch sind sie, wie überall sichtbar, Abhängige. Dies steht in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen auf dem Spiel, welche die Perspektive des Kommunismus nicht ausradieren.

Im Gegenteil restituieren sie diese Perspektive in einer Zeitlichkeit, deren Kalender niemand kennt; diese Perspektive erhält endlich weltweite Ak-

tualität. Dies bezeugen - im Schoß eines idealisierten 'Westens' - das außerordentliche Anwachsen von Ungleichheit und das auch von offizieller Seite diagnostizierte Zusammentreffen politischer, sozialer, kultureller und ethischer Krisen, mit anderen Worten die Krankheiten der westlichen Demokratie. Gar nicht zu sprechen von der Tragik der 'Dritten Welt', die durch verschärfte imperialistische Ausbeutung, Elend, hohe Sterblichkeit, endemische Hungersnot und so unerbittliche wie unbezahlbare Schuldenlast ausgeblutet ist. Und stehen Umwelt- und nukleare Zerstörung nicht auf der Tagesordnung?

Was der marxistischen Theorie, einem historischen Materialismus jenseits aller an Degeneration teilhabenden Orthodoxien (und seien sie heterodox) bleibt, ist, zu sichern, daß die radikal neuen Erscheinungen gemeistert werden; dies gilt für alle ihre Vertreter, ob sie nun aus den leider immer noch getrennten Welten der Arbeit oder des Denkens stammen, aus Ost oder West, Nord oder Süd. Es sei denn, der Kommunismus wäre nicht 'die wirkliche Bewegung, die den bestehenden Zweifel aufhebt', - wo immer in der Welt er auch besteht.

- Vorabdruck aus: H.J. Sandkühler (Hg.), Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Art.: Marxismus, Ziff. 4; 4 Bände, Felix Meiner Verlag, Hamburg 1990.

Klaus Peters

Marxismus als Theorie der Befreiung

Ein Vorschlag zur theoretischen Selbstverständigung der Linken

Das Problem der "Großen Worte"

"Freiheit" und "Befreiung" sind *große Worte*. Ihr Pathos löst begründete Widerstände aus, die nicht bloß der Mode und dem Zeitgeist, sondern geschichtlich relevanten Faktoren geschuldet sind. Wer sich über die Bedeutung des Marxismus als Befreiungstheorie¹ verständigen will, tut gut daran, sich die Quellen dieser Widerstände bewußt zu machen:

1. Mit der Niederlage des Faschismus schlug eine deutsche Begeisterung für "große Worte" in ein Trauma um. Die Erfahrung nicht nur der Unzuverlässigkeit, sondern der katastrophenträchtigen Gefährlichkeit kollektiver (und individueller) Überzeugungen und "weltanschaulicher" Großartigkeiten haben die ideologische Entwicklung der Nachkriegsgeneration in der BRD geprägt. Wer in der BRD kommunistisch wurde, wollte zugleich gegen den nationalen ideellen Bankrott Vertrauen in eigene Überzeugungen und die Kraft großer Ideale zurückgewinnen, sie in der antifaschistischen Tradition entdecken, politische, aber auch kulturelle und intellektuelle Identität rekonstruieren im Rückgriff auf die wissenschaftliche Erklärung des Faschismus.

2. Mit der schonungslosen Aufarbeitung der Stalinismuskritik wiederholt sich aber gespenstischerweise das Trauma der Generation des Faschismus auf kommunistischer Seite. Nicht daß die marxistische Theorie mit der faschistischen Ideologie vergleichbar wäre: keiner, der bei Sinnen ist, wird Lenins "Staat und Revolution" und Hitlers "Mein Kampf" auf eine moralische oder intellektuelle Stufe stellen. Aber abgelöst von den Inhalten gibt es ein tertium comparationis, ein gemeinsames Drittes. Es liegt in der Instrumentalisierung der Begeisterung, in der Instrumentalisierung der persönlichen Überzeugung für die Motivation und Legitimation von Verbrechen und die Stabilisierung eines verbrecherischen Regimes. Die Erfahrung dieser Instrumentalisierung begründet das Trauma auf seiten der kommunistischen Bewegung.

Dieses Trauma wirkt sich auf die ganze Linke aus; denn erst jetzt gewinnt es seine charakteristische Schärfe. Während die verbrecherischen Folgen der Begeisterung für faschistische Werte und Zielvorstellungen im Einklang stehen mit Charakter und Inhalt dieser Werte und Zielvorstellungen selbst, befinden sich die kommunistischen Ideale im inhaltlichen Wider-

spruch zu ihrer stalinistischen Instrumentalisierung. *Der Stalinismus scheint zu beweisen, daß es den Idealen nichts hilft, wenn sie gut sind.* Erst hier wird der Eindruck vollständig, daß der Mißbrauch der Begeisterung in der Form der begeisterten Überzeugung als solcher, im Ideal als solchem angelegt und vom jeweiligen Inhalt ganz unabhängig ist. -

Der Blick auf den Marxismus als Befreiungstheorie wird aber nicht nur durch die Wirkungen der Vergangenheit, sondern auch durch die gegenwärtige Lage verstellt:

3. Die Krise der sozialistischen Länder verdirbt den Geschmack an einem "Reich der Freiheit", das durch die sozialistische Revolution zuwegegebracht werden soll; das revolutionäre Pathos der Klassiker der marxistischen Theorie stößt auf die Zweifel und Ängste, die die sozialistische Realität auslöst. Man wäre ja schon zufrieden, wenn die Versorgung Moskaus mit Konsumgütern funktionieren und die Lage der Textilarbeiterinnen von Lodz auf das Niveau des entwickelten Kapitalismus gehoben würde. Das "Reich der Freiheit" scheint nicht nur vertagt, sondern durch den "realen Sozialismus" geradezu verhindert zu werden.

4. Auf ähnliche Weise fördern ökologische Krise und andere globale Probleme ein Denken in "Minimal kategorien". Indem das Überleben der menschlichen Gattung innerhalb der nächsten wenigen Jahrzehnte gefährdet ist, scheint die Frage, ob die Menschheit überhaupt noch eine historische Perspektive hat, zur Hauptsache geworden zu sein, - die Frage, worin diese Perspektive liegt, wird dann zweitrangig. Im Angesicht der drohenden Gefahr wird das Interesse möglichst auf den unmittelbar überschaubaren individuellen Bereich zurückgenommen; *das geschichtliche Denken wird suspendiert.*

Kurz: die "großen Worte" sind im Verruf. Gesunder Menschenverstand, ein radikaler Moralismus und nüchterne Skepsis, die allenfalls noch den Wert des einzelnen Menschen und den Kampf gegen alles Böse als "große Worte" gelten lassen, erscheinen als die ebenso erlösende wie plausible Alternative. (Das Verhältnis des Menschen zum Denken, das sich dabei ergibt, findet seine klassische wissenschaftliche Darstellung bei Kant; die Bourgeoisie hat recht, wenn sie in dieser Tendenz das ideologische Thema ihrer eigenen Revolution wiedererkennt.)

Nun ist es ein Fortschritt, wenn die Menschen gegen alle Arten von erbaulicher und irrationaler Pathetik spröde werden. Skepsis - verbunden mit moralischer Radikalität - ist kein geeignetes ideologisches Vehikel für Polizeistaat, Nationalismus, Rassismus, Kriegsvorbereitung und ähnliches. Im Gegenteil.

Andererseits sitzt diesem Denken die Angst vor sich selbst im Nacken. Die Traumata, von denen die Rede war, wirken sich in ihm aus, und wie einer, der flieht, noch ganz von dem bestimmt wird, wovor er flieht, so wird diese ideologische "Erlösung" ganz von den Abwegen bestimmt, die durch sie

vermieden werden sollen. Was sich selbst als Bescheidenheit und Vorsicht im Theoretischen versteht, ist in Wahrheit (mit einem Wort von Bloch) *verprügeltes Denken*. Es hat die Entfremdung von sich selbst oder von der Wahrheit als unabänderliches Faktum akzeptiert und ist mutlos und müde geworden; es ist jene "Angst vor dem Irrtum", die sich bei näherem Hinsehen als "Angst vor der Wahrheit" (Hegel) zu erkennen gibt.

Das Arrangement mit der Entfremdung vom eigenen Denken ist eigentlich die herrschende ideologische Tendenz, und die verschiedenen Positionen unterscheiden sich nur darin, wie sie sich arrangieren. Daß diese Entfremdung aufgehoben werden muß, war dagegen die vorausgesetzte Grundforderung des Denkens von Hegel und Marx. Eben darauf richtete sich ihre *Anstrengung* im Denken: die "Arbeit des Begriffs" auf sich zu nehmen und den "Mut des Erkennens" zu beweisen. Die Kritik hat ihr Ziel nicht erreicht, solange sie "die Gegenwart nur zu be- und verurteilen, aber nicht zu begreifen weiß" (Marx).

Für das verprügelte Denken, das resigniert, bevor es angefangen hat, bleibt von solchen Forderungen in der Tat nur ein pathetischer Tonfall übrig. Das Studium der marxistischen Theorie setzt aber voraus, daß man die Resignation als Resultat einer Beschädigung begreift und das Studium selbst als den Versuch, den Schaden zu beheben.

Die Theorie der Befreiung bei Marx und Engels

Marx und Engels haben - im Anschluß an Hegel - die Geschichte als Prozeß einer zunehmenden Befreiung begriffen. In diesem Prozeß sollte die sozialistische Revolution - ihrer Meinung nach - einen qualitativen Sprung herbeiführen, nämlich den Übergang in das "Reich der Freiheit" - bewerkstelligt von der Arbeiterklasse: "Die Menschen, endlich Herren ihrer eigenen Art der Vergesellschaftung, werden ... Herren der Natur, Herren ihrer selbst - frei. Diese weltbefreiende Tat durchzuführen, ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats".

Es ist in diesem Sinne richtig zu sagen, daß Marx von einer Identität der Interessen des Proletariats (an seiner Befreiung) mit den Interessen der Menschheit ausgegangen ist. Aber das ist nicht die Hauptsache an dieser Bestimmung. Eine solche Interessenidentität ist für *jede* Klasse die Realisierungsbedingung ihrer Befreiung gewesen: auch die Bourgeoisie konnte sich nur befreien, weil ihre Befreiung im Interesse der Entwicklung der menschlichen Gattung lag. Marx und Engels zielen aber gerade auf den Punkt, an dem sich die Befreiung des Proletariats von der Befreiung der Bourgeoisie *unterscheidet*.

Der geschichtliche Beruf des Proletariats - im Sinne von Marx - besteht darin, daß - *im Unterschied* zur Befreiung jeder anderen gesellschaftlichen

Das verprügelte Denken und die 'Arbeit des Begriffs'

Klasse - die Befreiung des Proletariats an die Befreiung der ganzen Menschheit als an ihre *Bedingung* gebunden ist (während die Befreiung der Bourgeoisie nur gelingen konnte, indem sie ein neues Ausbeutungs- und ein neues Herrschaftsverhältnis an die Stelle des alten setzte). D.h. die Befreiung vom Kapitalismus kann nur *als* Befreiung von allen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen erfolgreich sein.² Das - und nicht eine quasi-religiöse Verheißung - ist der Sinn des Grundgedankens von Marx. Engels hat ihn darum als *Bedingungsverhältnis* formuliert: das Proletariat *kann sich nicht befreien, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien*³. - Wenn damit überhaupt eine Prophezeiung verbunden ist, dann die, daß jeder Versuch einer Beseitigung des Kapitalismus scheitern wird, wenn er die angegebene Bedingung nicht erfüllt.

Zweifel muß also in der Begriffsbestimmung des "geschichtlichen Berufs der Arbeiterklasse" von Befreiung die Rede sein. Nicht schon die - formelle - Identität von partiellen und allgemeinen Interessen, sondern erst die - inhaltliche - Identität von partieller und allgemeiner Befreiung ist an diesem Begriff das Entscheidende: Die Partialinteressen der Arbeiterklasse und die Gattungsinteressen der Menschheit treffen sich in der Freiheit. Der "Sprung in das Reich der Freiheit" (im Sinne von Marx) muß darum nach drei Seiten aufgefaßt werden: erstens als Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitalverhältnis, zweitens als Befreiung der Menschheit von Unterdrückung, Klassenunterschieden etc. und drittens als die Einheit beider. Die Theorie von Marx ist die Theorie dieser Befreiung.

Freiheit und die Krise des Marxismus

Wenn man nach dem Grund der theoretischen Orientierungsschwierigkeiten der Linken fragt, wird man gerade an dieser Stelle suchen müssen, denn hier fällt die Entscheidung über Utopismus und Realismus eines antikapitalistischen Politik-Konzepts. Dabei kann es natürlich nicht darum gehen, Auffassungen von Marx als fertige und abgemachte Wahrheiten vorzusetzen und wie ein ärztliches Rezept auf gegenwärtige Probleme anzuwenden. Andererseits führte es genausowenig weiter, wenn man den Kern der gegenwärtigen Probleme aus aktuellen Auseinandersetzungen empirisch (begrifflos klassifizierend) herausfiltern wollte, um dann die Aussagen von Marx daran zu messen. Die marxistische Theorie steht vielmehr vor der Aufgabe, die Unklarheiten überhaupt erst auf den Begriff zu *bringen*, indem sie sie auf ihren Hauptgegenstand (Freiheit und Befreiung) bezieht.

Alle vorhandenen Streitfragen der kommunistischen Bewegung und der Linken überhaupt schießen an diesem Punkt zusammen. Vier Beispiele sollen das deutlich machen.⁴

A. In der ökologischen Krise begegnet die Menschheit ihrer eigenen Kraftentfaltung als Bedrohung ihrer eigenen Existenz; sie tritt sich selbst wie (oder als) eine zerstörerische Naturkraft gegenüber. Bisher hat sie nur gelernt, diese und jene Naturkräfte zu beherrschen (in ungeheurem Ausmaß); im übrigen beherrschen die einen Menschen die anderen. Die ökologische Krise verlangt dagegen, daß die Menschheit sich selbst zu beherrschen anfängt und der Naturwüchsigkeit ihrer eigenen Kraftentfaltung ein Ende setzt. Gerade das ist aber die Grundbestimmung des "Reichs der Freiheit" im Sinne von Marx.

Die meisten kommunistischen Ideologen haben von der "Epochenfrage" (wie seinerzeit Bakunin von der Staatsfrage) nur die politische Phrase verstanden (Sturz der politischen Macht des Kapitals) und ihren geschichtstheoretischen Inhalt vergessen. In der Folge haben sie in der ökologischen Krise den von Marx vorausgesagten Kollaps der naturwüchsigem Entwicklung der Menschheit nicht wiedererkannt. Die ökologische Krise wurde als eine Art zusätzlicher Begleiterscheinung zur "Hauptfrage der Epoche" hingestellt, als eine sich unangenehmerweise in den Vordergrund drängende Randbedingung einer politischen Revolution, statt als unmittelbarer Ausdruck der "Epochenfrage", nämlich als Ausdruck dafür, daß eine Produktionsweise, die ihre technische Basis ständig, aber ungesteuert, unbeherrscht, unkontrolliert revolutionieren muß, an ihre historische Grenze geraten ist.

Mehr noch: durch die (speziell in der DKP vertretene) These von der "prinzipiellen Beherrschbarkeit der Technik" wurde die geschichtliche Frage in eine technische und eine ethische Frage aufgelöst; die Aufgabe menschlicher Selbstbeherrschung wurde verkehrt in eine Aufgabe der zunehmenden Beherrschung technischer Mittel, modifiziert durch moralisch begründete Zurückhaltung bei ihrer Anwendung. Und das ist nun geradezu eine Grundformel des modernen Konservatismus (konsequenterweise gab es in dieser Frage auch keine Einschätzungsunterschiede zwischen Lothar Späth und der Parteiführung der DKP hinsichtlich der *Form* des Problems!). - Die grüne Bewegung war rechtzeitig auf der Straße. Für die DKP kam darin nur ein Irrationalismus zum Ausdruck, den man *ausnutzen* wollte, und nicht eine am historisch wie politisch richtigen Punkt ansetzende praktische Bewegung, die man hätte *auslösen* müssen. In der Reduktion der ökologischen Krise auf ein technisches und ein ethisches Problem spiegelte sich die utopistische Erwartung, daß sich Fragen des Umweltschutzes mit Einführung des Sozialismus früher oder später von selbst erledigen würden. Gleichzeitig war sie der Hauptgrund dafür, daß die politische Schlüsselrolle der Kritik des technischen Fortschritts für eine antikapitalistische Gesamtkonzeption vollständig übersehen wurde.⁵

B. Der Sozialismus sollte nach Marx und Engels diejenige Gesellschaftsform sein, in der - im Unterschied zu allen

Die ökologische Krise ist mehr als nur eine Begleiterscheinung

Klassengesellschaften - die Menschen "Herren ihrer selbst" werden. In der Identität von Herrschenden und Beherrschten (also in der Reflexivität der Selbstbeherrschung) liegt diejenige Aufhebung des Herrschaftsverhältnisses, die den Umschlag darstellt von Ausbeutung und Unterdrückung (Herrschaft eines Teils der Menschen über den anderen) in die Freiheit (Herrschaft der Menschen über sich selbst). Während darum die bürgerliche Revolution eine politische Revolution ist, die lediglich einen Wechsel der Herrschaftsverhältnisse herbeiführt, muß die proletarische Revolution eine soziale Revolution sein, die zur Aufhebung der Herrschaftsverhältnisse führt. Ihr sozialer Inhalt bedarf allerdings, wenn sie gelingen soll, einer politischen Form. Diese politische Form wurde 1871 "endlich entdeckt": "Was ist die Kommune, diese Sphinx, die den Bourgeoisverstand auf so harte Proben setzt?" fragt Marx, und er antwortet: "Ihr wahres Geheimnis war dies: Sie war wesentlich ... die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte." Das "in Kommunen konstituierte Volk", "die politische Herrschaft der Produzenten" hob die Verselbständigung des Staates gegenüber der Gesellschaft auf und war damit der erste Schritt hin zum "Absterben des Staates"⁶.

Angesichts der "realen" politischen Gestalt des Sozialismus ist kurz an das zu erinnern, was Marx, Engels und Lenin unter "Kommune" verstanden. Nämlich: jederzeitige Absetzbarkeit von Beamten (einschließlich Regierungs-, Gerichts- und Polizeiorganen) durch das Volk; Besorgung des öffentlichen Dienstes (einschließlich Regierung) für durchschnittlichen Arbeiterlohn und Abschaffung aller mit öffentlichen Posten verbundenen Privilegien; Ersetzung des stehenden Heeres durch das bewaffnete Volk; imperatives Mandat für die gewählten Abgeordneten des Volkes; Befreiung der Schulbildung und der Wissenschaft von allen durch die Regierungsgewalt auferlegten Fesseln; kurz: die Verwandlung des Staates aus einer über der Gesellschaft stehenden Gewalt in einen Diener des Volkes, die Verwandlung des Volkes aus einem Befehlsempfänger des Staates in den "Arbeitgeber" (so Marx bei dieser Gelegenheit) der staatlichen Organe. (Das - und nichts anderes - verstanden sie auch unter einer "Diktatur des Proletariats"⁷).

Gewiß ergeben diese Sätze noch keine Theorie des sozialistischen Staates, die heutigen Anforderungen gerecht würde; aus ihnen lassen sich aber Hinweise gewinnen auf die Bedeutung der Demokratiefrage für eine marxistisch begründete Politik⁸. Die gegenwärtige Krise des Sozialismus beweist jedenfalls, daß die Monopolisierung der Staatsmacht durch die kommunistische Partei nicht die politische Form ist, unter der die "ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte".

Das Problem gewinnt zusätzliche Konturen, wenn man es vor den Hintergrund der theoretischen Kontroverse zwischen Marx und Bakunin stellt. Bakunins Kritik richtete sich genau gegen die behauptete Möglichkeit einer Identität von Herrschenden und Beherrschten. Im Kommunistischen

Manifest ist die Rede von dem "als herrschende Klasse organisierten Proletariat". Wenn das Proletariat die herrschende Klasse sein soll, über wen, fragt Bakunin, soll es dann herrschen? Entweder gibt es zwischen Herrschenden und Beherrschten keinen Unterschied mehr, dann gibt es auch keinen Staat, oder es gibt einen Staat, dann gibt es auch einen Unterschied zwischen Herrschenden und Beherrschten; beides zusammen als neuartige Staatsform - Kommune - , wie Marx will, ist Unsinn. Marx antwortet: "Wenn ein Mensch sich selbst beherrscht, beherrscht er sich nach diesem Prinzip nicht; denn er ist doch er selbst und kein anderer." Für Bakunin verbirgt sich hinter solchen Überlegungen der Plan, daß "nach der Theorie des Herrn Marx" das Volk alle Macht in seine (Marxens) und seiner Freunde Hände geben soll, daß das Volk "ganz und gar befreit wird von der Sorge der Regierung, es wird ganz und gar eingeschlossen werden im regierten Stall. Schöne Befreiung!" (Geschrieben 1872) Bakunin hat Marx ganz und gar nicht verstanden, aber er hat offenbar vieles richtig vorausgesehen, und die richtige Prognose wiegt auf dem Hintergrund unserer Erfahrungen schwerer als die mißverständene Absicht. Darum ist die anarchistische Marxismuskritik heute ebenso aktuell wie die Marx'sche Kritik des Anarchismus: von hier fällt ein Licht auf das Verhältnis zwischen marxistischer Theorie und sozialistischer Realität. Bakunin: "Was heißt das, das Proletariat 'als herrschende Klasse organisiert'? Wird vielleicht das ganze Proletariat an der Spitze der Regierung stehen?" Marx: "Bildet z.B. bei einer Trade-Union die ganze Union ihr Exekutivkomitee?" Bakunin: "Die Deutschen zählen ungefähr 40 Millionen. Werden z.B. alle 40 Millionen Glieder der Regierung sein?" Marx: "Certainly! Da die Sache mit der Selbstregierung der Gemeinde anfängt."⁹

C Die Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse in Ländern des "realen Sozialismus" findet unter dem Titel "Einführung der Marktwirtschaft" statt. Diese Firmierung korrespondiert mit einer verbreiteten marxistischen Optik, nach der die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in den Sozialismus *per se* als historische Regression, als ein Rückfall in die Naturwüchsigkeit der ökonomischen Entwicklung verstanden wird. Für eine marxistische Bewertung dieses Prozesses ist es aber von Bedeutung, nicht auf das darinliegende Quidproquo hereinzufallen und hinterrücks die Gleichsetzung des Kapitalismus mit dem "System der freien Marktwirtschaft" zu akzeptieren. Man definiert sonst (ganz im Sinne der Apologeten des Kapitalismus) den Sozialismus durch den Gegensatz gegen die Zirkulations- und Regulierungsmechanismen des Kapitals statt durch den Gegensatz gegen das kapitalistische Produktions- und Ausbeutungsverhältnis. - Marx definiert den Kapitalismus bekanntlich *nicht* durch den Markt, sondern erst durch eine "spezifische", auf diesem Markt erhältliche Ware, die menschliche Arbeitskraft.¹⁰

Marktwirtschaft = Kapitalismus?

Der logische Springpunkt für die Bestimmung der Rolle des Marktes im Sozialismus liegt darin, daß zwischen

der Reflexivität der Selbstbeherrschung und
der Spontaneität der Unbeherrschtheit

unterschieden werden muß: das Selbstverhältnis der Freiheit (als Herrschaft der Menschen über sich *selbst*) darf nicht mit dem Selbstverhältnis der Naturwüchsigkeit (einer Entwicklung, die sich *selbst* reguliert, oder die von *selbst* geschieht) verwechselt werden. Verliert man diesen Unterschied aus dem Auge, scheint der Rückfall in das naturwüchsige Verhältnis gerade dann stattzufinden, wenn die Regelung der Produktion in die Hände der Produzenten gelegt wird. (Die marxistische Theorie schlägt dann Purzelbäume.)

Es ist richtig, daß der Markt ein spontanes Element des ökonomischen Prozesses darstellt. Aber die Naturwüchsigkeit der kapitalistischen Ökonomie entspringt nicht aus der "Privatheit" der Aktion der Produktionsmittelbesitzer als solcher, sondern erst daraus, daß zwischen Produktionsmittelbesitzer und Produzenten ein an das Privateigentum an Produktionsmitteln gebundener Klassengegensatz fällt. Eben das ändert sich mit dem Sozialismus, und für diese Änderung kann der Marktmechanismus eine entscheidende Rolle spielen.

In der staatlichen Planwirtschaft vermittelt die Trennung von Staat und Gesellschaft den Rückbezug der Gesellschaft auf sich selbst. Dabei überträgt sie im wesentlichen den Regelungsmechanismus des kapitalistischen Einzelbetriebes oder Einzelmonopols auf die Wirtschaft eines ganzen Landes. Sie kann darum nur eine Keim- und Anfangsform für die Herausbildung sozialistischer Regelungsmechanismen sein, denn wenn "die Produktivkräfte der Leitung durch das Kapital ent wachsen"(Engels) sind, sind sie der Leitung durch den Staat erst recht ent wachsen.

D Seine Verwandlung aus einer staats-kritischen, politik-kritischen Theorie in eine staatstragende, ja, eigentlich staatliche Theorie (s.o.) hat den Marxismus nicht nur in sich selbst verdreht, sondern zugleich auf tückische Weise wehrlos gemacht gegen die aufgeklärte bürgerliche Marxismus-Kritik, die sich auf den absoluten Wert des Individuums beruft gegen die "totalitären" Folgen einer geschichtstheoretisch begründeten Politik.

Marx kritisierte die bürgerliche Revolution nicht wegen der Befreiung des Individuums, sondern wegen der mangelnden Realisierung dieser Befreiung; sie blieb bei der politischen Emanzipation stehen, ohne zur sozialen Emanzipation fortzuschreiten; wer keine Produktionsmittel besaß, blieb auch als gleichberechtigter Staatsbürger in seiner nackten Existenz bedroht, sobald er seine Arbeitskraft nicht verkaufen konnte. Marx hat die *Steigerung* der politischen Befreiung als Hebel verstanden für die soziale Befreiung: "Die politische Herrschaft des Produzenten kann nicht bestehn

neben der Verewigung seiner gesellschaftlichen Knechtschaft. Die Kommune sollte daher als Hebel dienen..."

Inzwischen haben sich die Bedingungen der Marx'schen Kritik grundlegend geändert: während die hochentwickelten kapitalistischen Länder von der Arbeiterbewegung - also gerade auch durch die Auswirkungen der marxistische Theorie selbst¹¹ - zu einer Stärkung der sozialen Sicherheit des einzelnen gezwungen wurden (in einem Maß, wie es Marx und Engels sich nicht haben träumen lassen), fiel der Sozialismus unter und nach Stalin hinter die politische Befreiung, die die Bourgeoisie schon erkämpft hatte, zurück (bzw. erreichte sie nicht). Die marxistische Theorie begann, den resultierenden Zustand zu verteidigen und tat so, als habe Marx einen zeitweiligen (aber langwierigen) Verzicht auf die politische Emanzipation des Individuums als unvermeidlichen Preis für die soziale Emanzipation der Arbeiterklasse gepredigt.

Damit wurde das Verhältnis von politischer und sozialer Befreiung gegenüber der Theorie von Marx auf den Kopf gestellt - mit verheerenden Rückwirkungen, die bis in das kategoriale Fundament der Theorie hineinreichten. Während bei Marx der Begriff der Gesellschaftlichkeit des menschlichen Wesens dazu diente, die Forderung nach der sozialen Befreiung des Individuums zu begründen (s.o.), sollte er nun die Unterdrückung des Individuums zugunsten eines abstrakten Ganzen rechtfertigen (aus der ontologischen Priorität des gesellschaftlichen Zusammenhangs wurde die moralische und politische Priorität des Kollektivs); während Marx mit dem Klassenbegriff die reale Subsumtion der Individuen unter gesellschaftliche Ausbeutungsverhältnisse erfaßte - um sie zum Gegenstand der Kritik zu machen! -, schien es nun die marxistische Theorie zu sein, die die Individuen auf ihre Klassenzugehörigkeit reduzierte usw.

Es sind solche Verkehungen der kritischen Stoßrichtung **Individuum und Menschheit** ihrer Grundkategorien, die die marxistische Theorie blind gemacht haben für die vielleicht alles entscheidende Frage der Gegenwart: der Frage nach dem Zusammenhang zwischen der zunehmenden Befreiung der Individuen und der Bewältigung der Existenzkrise der Menschheit. Fordert das Überleben der Menschheit Entwicklungsbegrenzung und Freiheitsbeschränkung, oder liegt gerade in einer zunehmenden Befreiung und Entwicklung der Menschen die Lösung der ökologischen Krise und anderer globaler Gefährdungen? Hat der Kampf ums Überleben einen defensiven Charakter, indem es sich darum handelt, alle weiterreichenden Ziele bis auf weiteres zurückzustellen, oder ist das Überleben an die Bedingung eines weiteren "Fortschritts im Bewußtsein der Freiheit" (Hegel) geknüpft?

Die linke Bewegung hat eine *intuitive* und wohl auch eine moralische Antwort auf diese Frage parat. Sie nennt Themen wie "ökologische Krise" und "Frauenbefreiung" in einem Atemzug, als verstehe es sich von selbst, daß beide etwas miteinander zu tun haben. Die marxistische Theorie hätte die

Aufgabe, dieser Intuition zum Begriff ihres eigenen Wissens zu verhelfen und die Antwort so durchsichtig zu machen, daß sie konkrete politische Schlußfolgerungen erlaubt. Das wäre dann auch erst (sozusagen: nebenbei) das Ende ihrer eigenen Krise. Ihre Wahrheit reicht ja nicht weiter als die Antworten, die sie auf die praktischen Fragen der Gegenwart zu geben hat.

- 1 Beim Frankfurter "Kongreß Erneuerung" im Oktober 1989 sind von mir Thesen zum Thema 'Marxismus als Theorie der Befreiung' vorgelegt worden, die anschließend in das (letzte) Positionspapier der DKP-Erneuerer "Moderne kommunistische Partei - Marxismus als Theorie der Befreiung" eingegangen sind. Die Thesen revidieren meine frühere Auffassung, wonach die Krise des Marxismus wesentlich als eine Krise der Marxisten aufzufassen gewesen wäre. Die folgenden Überlegungen verstehen sich als Erläuterung dieser Thesen und als Beitrag zur Theorie-Diskussion des inzwischen gebildeten *Sozialistischen Forums*.
- 2 Gorbatschow hat in seinem theoretischen Grundsatzartikel vom November 1989 eben dieses Verhältnis herausgestrichen: "In unserem heutigen Verständnis ist die Idee des Sozialismus vor allem die Idee der Freiheit. Die Hauptzielsetzung der sozialen Revolution, die Emanzipation der Arbeiterklasse, haben die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus untrennbar mit der Befreiung 'aller Menschen' von jeglicher Form von Unterdrückung und Ausbeutung verbunden..." ("Die sozialistische Idee und die revolutionäre Umgestaltung", *Prawda* vom 26.11.89, zitiert nach: *sozialismus* 1/90, S. 35.)
- 3 Vgl. Vorreden zum Kommunistischen Manifest v. 1883 und 1888.
- 4 Es versteht sich, daß es im folgenden nicht darum geht, Probleme zu lösen, sondern darum, sie zu stellen. - Zwei Problemkreise, die die vorliegenden Überlegungen entscheidend motiviert haben, können hier nicht zur Sprache kommen, weil sie sich nicht in der für eine Beispielsammlung erforderlichen Weise "komprimieren" lassen. Es handelt sich erstens um die Begründung einer Theorie der Frauenbefreiung, die in der Lage wäre, ihren eigenen geschichtlichen Ort zu bestimmen, und zweitens um eine materialistische Theorie der mit dem Stalinismus verbundenen *moralischen* Probleme, die ihre Radikalität aus der Vermeidung einer moraltheoretischen Relativierung des geschichtlichen Denkens gewinnen würde.
- 5 Für eine nähere Begründung dieser Einschätzung vgl. K. Peters, "Der historische Materialismus und die Kritik des wissenschaftlich-technischen Fortschritts", in: *Marxistische Blätter* 7/88, S. 56 ff. - Natürlich war die reduktionistische Position in der Frage des Verhältnisses von Technik und Freiheit ursprünglich auch für den größten Teil der Linken außerhalb der kommunistischen Parteien charakteristisch (vgl. z.B. Herbert Marcuse, *Versuch über die Befreiung*, Frankfurt 1969, S. 27 f.); aber die kulturevolutionäre Hoffnung auf Freiheitsgewinne durch kreative Technik-Anwendung konnte sich, als die ökologische Krise unüberschaubar wurde, schnell und vor allem spontan korrigieren, während die DKP nur mit behäbigen Flexibilisierungen ihrer falschen Position auf die neuen Entwicklungen reagierte.
- 6 Marx-Zitate MEW Bd. 17, S. 335, 339 f., 342.
- 7 Vgl. Abschn. III von "Der Bürgerkrieg in Frankreich", Engels' Einleitung dazu, sowie das 3. Kapitel von Lenins "Staat und Revolution". - Für die Position Lenins in dieser Frage ist außerdem das unter dem Titel "Marxismus und Staat" veröffentlichte Exzerpt-Material von 1916/17 (Dietz Verlag, 1960) aufschlußreich, das in der Ausgabe der *Werke* nicht enthalten ist.
- 8 Vgl. Heinz Jung, "Demokratisierung. Reformistischer Paradigmenwechsel oder universelle Fortschrittsbewegung?", in: *Z-Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 1/90. Besonders S. 118 f.
- 9 Alle Zitate MEW 18, 629-638. - Das Wort "Gemeine" gebrauchen Marx und Engels als deutsche Entsprechung für "Commune".
- 10 *Das Kapital*, Bd. 1, S. 181.

- 11 Eine Einschätzung, die nicht nur von Marxisten geteilt wird: "Das Merkwürdige aber ist," schreibt Marion Gräfin Dönhoff im Leitartikel der ZEIT vom 22.9.89, "daß es gerade seine [Marx'] überzeugend-anschauliche Anklage der elenden Arbeitsverhältnisse jener Zeit war, die dazu beigetragen hat, den von ihm verdammten Kapitalismus zur Humanisierung zu zwingen und so seine Akzeptanz zu sichern...", und sie verweist auf Gefahren, die der Wegfall der "real existierenden" Alternative zum Kapitalismus für dessen weitere Entwicklung mit sich bringen könnte. Dönhoffs Artikel reproduziert die üblichen, von keiner Kenntnis getriebenen Vorurteile über die Marx'sche Theorie; aber sie zeigt auf die richtige Problemstelle. Von der Bewertung der Dialektik, die sie zur Sprache bringt, hängt die Bestimmung der politischen Identität der Linken ab. - Vgl.: S. Lehndorff, K. Peters, "Links sein nach der Niederlage des 'realen Sozialismus'", in: *Sozialismus* 5/90.

Georg Fülberth

Von der Notwendigkeit einer gesinnungsethischen Linken

Den unmittelbaren Anstoß zur Gründung des Gesprächskreises "Radikale Linke" im April 1989 bildete der Sturz des mehrheitlich ökosozialistisch und "fundamentalistisch" besetzten Bundesvorstandes der "Grünen" im Dezember 1988. Moralische Fragen - es ging vordergründig um irgendeine Steuerhinterziehungssache - werden immer dann in die Politik hineingespielt, wenn ein ohnehin inzwischen klargestelltes Kräfteverhältnis zusätzlich abgesegnet werden soll (ein anderes Beispiel: Willi Stophs dreilagiges Toiletten-Papier). Der Sturz des Vorstandes symbolisierte das Einschwenken der grünen Partei auf einen Kurs der kapitalistischen Modernisierung, die Bildung eines orange-olivengrünen Senats in Westberlin im März 1990 war - seit dem Ende des hessischen Experiments 1987 - das erste vorzeigbare Ergebnis oberhalb der kommunalen Ebene.

Immerhin wirkte die Kursbegradigung zunächst noch dramatisch. Es war denkbar, daß eine relevante Minderheit der grünen Partei nicht mitmachen werde. Thomas Ebermann kündigte denn auch bereits Ende 1989 an, er wolle landauf, landab "Klinken putzen" gehen, um die Möglichkeiten einer neuen linken Formation zu prüfen.

Das erste Treffen der "Radikalen Linken" - dieser Name wurde sofort gewählt - war schon nicht mehr eine innergrüne Angelegenheit: neben Ökosozialisten und Ökosozialistinnen, Radikalökologen und Radikalökologinnen waren nun Autonome, Redakteure linker Zeitschriften, Kader des KB und vereinzelt DKP-Mitglieder hinzugekommen. Im Juli 1989 kündigte sich eine Absetzbewegung der Autonomen an, welche im Herbst dann zur vollendeten Tatsache wurde: Sie fürchteten, die ehemaligen Häupter der "Grünen" wollten die "Radikale Linke" als Mittel benutzen, um sich innerparteilich wieder sanieren zu können. Der Parteiaustritt von Ebermann, Trampert, Christian Schmidt, Regina Bott und anderen im Frühjahr 1990 mußte diese Bedenken eigentlich wieder ausgeräumt haben. Seit Juli 1990 beteiligt sich auch die "Vereinigte Sozialistische Partei" (VSP) an der "Radikalen Linken".

Der "Entwurf einer politischen Grundlage", im Juli 1989 von Thomas Ebermann und Rainer Trampert niedergeschrieben, danach vielfältig überarbeitet und im Oktober/November veröffentlicht¹, erweckt den Eindruck größerer Einheitlichkeit, als sie zur Zeit besteht.

Die prinzipielle Kritik der beiden Erst-Verfasser an den wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen einer Produktionsweise, deren "industrialistischer" Charakter im Kapitalismus und Realem Sozialismus im wesentlichen gleich sei, haben sie bereits 1989 in ihrem Buch "Die Zukunft der Grünen" vorgetragen. Gesichtspunkte einer Kritik der Politischen Ökonomie spielen bei ihnen eine vergleichsweise geringe Rolle.

Als Gemeinsamkeit der gesamten "Radikalen Linken" kann eine Distanzierung vom Konsens der kapitalistischen Modernisierung gelten, zu dem sich seit Anfang der achtziger Jahre eine Koalition zusammengefunden hat, die von der Mitte der CDU über FDP, SPD, die Grünen bis zu der ehemaligen Erneuerungs-Strömung in der DKP reicht. Diese verfolgt das Ziel, den Kapitalismus friedensfähig zu machen und ihn ökologisch, sozial und frauenfreundlich zu gestalten.

Innerhalb des Konsensus der kapitalistischen Modernisierung gibt es zwei Hauptrichtungen: die eine setzt auf Markt-Radikalismus (FDP, die Mehrheit der CDU), "Innere Sicherheit" (CDU) und weitere Betonung des militärischen Droh-Potentials (CDU/CSU), während die Vertreter der zweiten eine stärkere soziale Abpufferung fordern und die innere und äußere "Sicherheit" schwächer gewichten - entweder aus prinzipiellen Gründen (Grüne) oder solange sie in der Opposition sind (SPD).

Beiden Optionen liegen verschiedenartige Einschätzungen der Reformfähigkeit des Kapitalismus zugrunde: die konservativen Modernisierer sind der Ansicht, daß die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaftsordnung prinzipiell imstande ist, die neuen Probleme zu lösen. Die eher "linken" Modernisierer bezweifeln dies, gehen aber davon aus, daß ein anderes Instrumentarium als das kapitalistische nicht zur Verfügung stehe. Es müsse genutzt werden, soweit es eben geht. In der Sprache Max Webers wird man diese Position wohl als eine "verantwortungsethische" bezeichnen können.

Die Radikale Linke argumentiert - im Vergleich hierzu - eher gesinnungsethisch. Von bürgerlichen Vertretern einer solchen Haltung unterscheidet sie sich durch ihre prinzipiell antikapitalistische Orientierung. Der Gegensatz zur "linkeren" Variante der Modernisierungs-Koalition ist nicht graduell, sondern grundsätzlich. Das gilt, obwohl auch die Radikalen Linken nicht bestreiten werden, daß das immanent kapitalistische Instrumentarium dort genutzt werden muß, wo zur Abwehr akuter Gefahren oder zum Erreichen von Verbesserungen nichts anderes zur Verfügung steht. Sie werden sich ihre Zähne nicht erst in einer künftigen befreiten Gesellschaft reparieren lassen, wenn sie heute schon wehtun. Andererseits: In hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften wird es immer genügend Zahnärzte geben, es bedarf nicht ihrer weiteren Vermehrung.

Die Distanz zum Konsens kapitalistischer Modernisierung

Die "linkere" Variante der Modernisierungskoalition wird stets nur der Juniorpartner sein und so letztlich eine Ordnung stabilisieren helfen, welche a) die Schäden hervorbringt, die sie anschließend wieder zu kurieren versucht, b) die Lasten der Sanierung häufig einfach externalisiert (etwa durch sozialpartnerschaftliche Stärkung des nationalen Kapitals in der internationalen Konkurrenz) und c) ihr relatives Humanisierungspotential auf eine vergleichsweise kleine Region begrenzt. In den Texten von Dieter Klein, Jörg Huffs Schmid und Heinz Jung, in denen sie eine Reformalternative zu beschreiben versuchen, fällt auf, daß Probleme der in Unterentwicklung gehaltenen Länder nur noch verbal am Rande erwähnt werden, aber nicht zum Kernbestand ihres Konzepts gehören. Das ist nicht Gedanken- oder Herzlosigkeit, sondern diese Fragen sind in einer dominant kapitalistischen Weltordnung eben nicht politisch operationalisierbar. Wer unbedingt in jeder beliebigen Situation praktische Politik machen will, wird sie vernachlässigen müssen.

Das Handlungspotential der Radikalen Linken ist so notwendig recht schmal. Es wird sich auf

1. theoretische Kapitalismus-Analyse
2. publizistische Kapitalismus-Kritik und
3. fallweise Bereitschaft zu Eingriffen durch Aktion dort, wo Menschen tatsächlich zur Gegenwehr bereit sind,

beschränken müssen. Daraus folgt: Die Radikale Linke kann auf absehbare Zeit keine Massenorganisation sein, auch keine Partei. Die Beschränkung auf die drei möglichen Arbeitsfelder ist die Voraussetzung dafür, daß diese tatsächlich bearbeitet werden können. Gelingt es, eine Organisationsform zu finden, die 1.) plus 2.) plus 3.) "vernetzt", dann ist für die Bundesrepublik bzw. ein vereinigtes Deutschland vermieden, was für vergleichbare imperialistische Zentren - allen voran: die USA - längst schon passiert ist oder sich anbahnt: daß sie nämlich ein Land ohne Linke würde.

¹ "Wir wollen die Kraft der Negation sein". In: KONKRET 11/1989, S. 41-48. Vgl. jetzt auch: Die Radikale Linke. Reader zum Kongreß vom 1.-3. Juni 1990 in Köln. herausgegeben von der Kongreßvorbereitungsgruppe. Hamburg: Konkret Literatur Verlag 1990.

Joachim Hetscher

Hängen im Schacht?

Der schwierige Neubeginn der DKP

I.

Das Auffälligste an der gegenwärtigen DKP ist zweifellos, daß es sie noch gibt. Landläufig ist die Annahme, diese Partei sei im letzten Winter, mit dem Zusammenbruch der DDR und dem Wegfall des Hauptteils ihrer finanziellen Unterstützung, restlos verdampft. In der Linken herrscht - mit unterschiedlichen emotionalen Nuancen - die Auffassung vor, die Rest-DKP bilde hauptsächlich noch einen Traditionsverein unbelehrbarer Realsozialisten, und ihre Existenzberechtigung bestehe allenfalls noch in einem gewissen Beschäftigungswert für ehemalige Apparatfunktionäre. In anderer Weise drängt die Frage nach der Daseinsberechtigung der DKP, also ihrer besonderen politischen Rolle, auch innerhalb der Partei. Sichtbarster Ausdruck dafür sind die Austritte, durch die sie mittlerweile auf weniger als die Hälfte ihrer früheren Stärke geschrumpft ist.

Der 10. Parteitag der DKP, der am 24. und 25. März in Dortmund stattfand, stand daher unter einem hohen Erwartungsdruck, auf diese Frage eine, wenn auch erste, aber überzeugende Antwort zu geben. Es kennzeichnet die eigentliche Kompliziertheit des heutigen Zustandes dieser Partei, daß auf dem Parteitag die Frage anerkannt, aber die Antwort nicht gegeben wurde, währenddessen die Kritik an der bisherigen Struktur der Partei vertagt, aber ein neues Statut beschlossen wurde. In der Auswertung trafen sich daher auch ganz unterschiedliche Meinungen im Generalnenner: Die neugewählten Sprecherinnen und Sprecher schrieben hoffnungsvoll "Die DKP wird weitermachen" (und sich erneuern), und aus Kreisen der ehemaligen "Erneuerer" klagte man "Die DKP wird weitermachen" (wohl wie bisher). Lediglich ein Blick unter die Oberfläche von Parteitagsverlauf und -ergebnissen wird also zeigen können, ob und wie die Kommunistinnen und Kommunisten, zunächst in der Bundesrepublik, weitermachen werden.

Mit der Parenthese ist bereits das erste Thema angedeutet. In Anträgen und in den Verhandlungen des Parteitags nahm die Einstellung auf veränderte Realitäten der Staatlichkeit Deutschlands eine große Rolle ein. Dabei wurde ein breites Spektrum sichtbar. Sprachen einige davon, die DKP müsse nun für den Erhalt der sozialistischen DDR eintreten, so wollten andere wiederum einen schnellen Übergang zu einer gesamtdeutschen Innenpolitik, festgemacht vor allem an Initiativen zur

Verschmelzung der DKP und anderer Linkskräfte mit der PDS. Der Antrag einer Arbeitsgruppe des Parteivorstandes setzte die Hauptakzente auf den Kampf um Sicherung sozialer Errungenschaften für die Bevölkerung - der DDR wie der BRD - im Verlauf des Vereinigungsprozesses und, in der Organisationsfrage, zunächst auf die Konsolidierung der DKP als marxistische Arbeiterpartei für die BRD. Ohne daß die Debatte zum Abschluß gebracht werden konnte, wurden schließlich die wesentlichen Anträge als Arbeitsmaterial zusammengefaßt; die endgültige Beschlußfassung soll auf einem Parteiforum Ende Mai stattfinden.

Als Erklärung für die Mühen einer solchen Positionsbestimmung böte sich an, daß die DKP eben in doppelter Weise stark auf die DDR fixiert war - in einer unkritischen Solidarität mit der SED und zugleich als schärfste Verfechter der Zweistaatlichkeit -, und daß nun ein Hauptmoment bisheriger Identität wegfiel. Damit würde aber ausgeblendet, daß der Zusammenbruch der DDR und der beginnende Prozeß des Anschlusses gegenwärtig die gesamte Linke überfordert, und zwar theoretisch, programmatisch und organisatorisch. Links von der SPD, die schon gar keine Parteien, sondern nur noch Deutsche kennt, gibt es vorerst nur hilflose Versuche: von der überdrehten Gründung eines PDS-Häufleins in Hamburg über eine ratlose Konferenz in Köln, zu der Gysi dann doch nicht kommen wollte, bis zu dem ehrenwerten, aber in der Perspektive fruchtlosen Aufruf zu einer Demonstration "Gegen Großdeutschland" in Frankfurt. Immer noch steht die positive oder negative Bezugnahme auf die DDR bzw. die Zweistaatlichkeit als das Verlorengegangene im Vordergrund. Das Gebot der Stunde ist aber, jetzt linke, demokratische, sozialistische Politik für ein neues Deutschland jenseits von BRD und DDR zu machen.

Die DKP hat hierbei sicherlich eine erhebliche Last aus ihrer Vergangenheit zu bewältigen. Sie war aber nicht eine Abteilung oder eine Kopie der SED, und sie bringt in diese neue Aufgabe der Linken zwei Voraussetzungen ein, die positiv wirken können: ihre reale Fähigkeit, linke Politik auch machen zu können, und eine politische Tradition, die über lange Zeit für ein friedliches und demokratisches Gesamtdeutschland gestanden hat.

Das Ende der Zweistaatlichkeit ist aber auch das Ende dieses vierzigjährigen Versuchs, auf deutschem Boden eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu realisieren. Die Krise des bisherigen Sozialismus war in den letzten Jahren, und seit dem letzten Herbst besonders, für die DKP der entscheidende Katalysator zur Überprüfung eigener Grundpositionen. Auf dem Parteitag wurde versucht, eine zwischenzeitliche Standortbestimmung der Kommunistinnen und Kommunisten zu geben, durch das Papier einer Kommission des Parteivorstandes "Zur Neuformierung und zum Neubeginn der DKP" und in verschiedenen Anträgen. Auch hier kam es zu keiner Entscheidung und zur Vertagung auf eine Parteikonferenz im Herbst.

Die Fülle der als kontrovers vermerkten Punkte in dieser Debatte um Grundpositionen kann hier gar nicht genannt werden. Es ist aber ganz offensichtlich, daß es zu solchen Fragen wie: Bilanz des bisherigen Sozialismus, Parteitheorie, Klassenorientierung der Politik und Sozialismusverständnis sehr unterschiedliche Auffassungen in der DKP gibt. Diese theoretische und programmatische Diskussion wird auch im Herbst noch nicht abgeschlossen sein können.

Es stellen sich aber nun die Fragen: 1) Was hält die DKP gegenwärtig zusammen? und 2) Wie kam es zu einer Situation derartiger Differenzen in Grundpositionen, wo doch die DKP geradezu berüchtigt für ihre ideologische Geschlossenheit war?

Der Versuch einer Antwort auf die erste Frage muß verschiedene Motive derjenigen nennen, die heute Mitglied der DKP bleiben. Eines dieser Motive ist das Verlangen nach einer autonomen Organisation radikaler Kapitalismuskritik, die sich nicht in einer rein papiernen Tätigkeit erschöpft. Als ein zweites kann genannt werden die Aufrechterhaltung eines den Einzelnen stützenden Diskussions- und Handlungszusammenhangs, aus dem heraus aktiv linke Betriebs-, Wohngebiets- und Bündnispolitik gemacht werden kann, wofür weder die SPD noch die Grünen aufgrund ihrer Politik, andere linke Gruppierungen aufgrund ihrer Schwäche nicht in Betracht kommen. Drittens wollen manche nicht das "Projekt DKP" aufgeben, das immerhin Erfolge für linke Politik hat erreichen können durch die Zusammenführung von marxistischem intellektuellen Potential und "Praktikern" der realen Bewegung. In diesem Sinne ist die DKP für einige Zehntausend sehr nüchtern denkende Linke konkurrenzlos, und keinesfalls aufgrund der vermeintlichen Möglichkeit, hier noch stalinistischen Illusionen nachhängen zu können. Wenn nach der Zukunftsfähigkeit der DKP gefragt wird, dann sind zuerst diese Genossinnen und Genossen, diese Erfahrungen und Motive zu nennen.

Die Motive der Mitgliedschaft in der DKP

Der Versuch einer Antwort auf die zweite Frage reißt zugleich ein weiteres Thema des Parteitages an. Die Frage ist ja nicht, daß eine ganze Reihe von ideologischen Grundpositionen der DKP nun praktisch zuende kritisiert worden sind, wo sie Entlehnungen einer nur noch affirmativen Gesellschaftstheorie der SED waren - was übrigens nur auf einen Teil der DKP-Programmatik und -Theoriebildung zutrifft. Sie lautet vielmehr, warum diese Partei erst viel zu spät einen Prozeß des Überdenkens, der Selbstkritik und Neubestimmung einleiten konnte, obwohl sie immer auch eine Partei der Theorie war (und ist).

Allerdings verbarg sich hinter dem Wort "Theorie" allerlei Verschiedenes: sowohl marxistische Wissenschaft und Diskussion als auch Parteideologie - z.B. in Gestalt der beliebten Bildungshefte - als auch programmatisch-ideologische Beschlüsse, die auf die Anforderungen des Neuen oft genug

mit den Rechtfertigungen des Alten antworteten. Was wiederum auf die Theorie zurückschlug. Die Unfähigkeit der DKP zur rechtzeitigen Entwicklung einer adäquaten und wissenschaftlichen Politik liegt also weniger in ihrer theoretischen Arbeit selbst als vielmehr in einer spezifischen Parteiverfassung begründet.

Auf dem Parteitag wurde vor allem von Delegierten aus Münster ein grundlegender Bruch mit einem solchen Parteiverständnis angemahnt. In ihrem Antrag formulierten sie, daß der Ausgangspunkt für die Einheit der Partei die innere, auf Konsens beruhende, Einheit zu sein habe, statt, wie bisher, die äußere, durch die Organisationseinheit gesetzte. Grundlage dieser "falschen" Einheit sei historisch die Überbetonung des Apparats gewesen, wie sie durch Stalin in den kommunistischen Parteien durchgesetzt wurde. Die Tradierung eines solchen Parteimodells sei zunehmend auch dadurch erfolgt, daß im politischen Modell des realen Sozialismus - quasi spiegelbildlich zur Partei - eine Überbetonung des Staates gegenüber der Gesellschaft existiert habe. Parallel zum Bruch mit einem solchen überholten Sozialismus müsse nun aber auch eine entsprechende grundsätzliche Kritik des damit verbundenen Parteiverständnisses stattfinden. Günstige Voraussetzungen beständen dabei für die DKP insoweit, als sie - anders als die SED - keine Partei der staatlichen Macht gewesen sei.

Diese Kritik traf mit ihrer analytischen Kraft den Unmut vieler Mitglieder und Delegierter über die bisherige Parteiführung und wurde auf dem Parteitag nicht widerlegt. Daß sie dennoch keine größere Wirkung erzielte, ist vor allem wohl auf folgendes zurückzuführen. Zum einen leidet die DKP noch - wenn auch mittlerweile geringer - an einer chronischen Krankheit der gesamten Arbeiterbewegung, einer Allergie gegen Kritik an der eigenen Organisation. Es kommt - zweitens - hinzu, daß die Auseinandersetzung, wie sie in den letzten Jahren zwischen den "Erneuerern" und den "Bewahrern" geführt wurde, eine solche sachliche Organisationskritik in gewissem Sinne sogar schwieriger gemacht hat: In dem Maße, wie die "Erneuerer" sich als neue Parteiführung durchzusetzen suchten, bestärkten sie das alte Parteiverständnis, in dem die Besetzung der Führung mehr die inhaltlichen Positionen bestimmte als umgekehrt. Vor diesem Hintergrund entschied sich die Mehrheit der Parteitagsdelegierten dafür, keine ausführliche Kritik der Parteistruktur in der Vergangenheit vorzunehmen und stattdessen den Neuanfang vorerst in einem veränderten Parteivorstand und einem neuen Statut zu suchen. Darüberhinaus wurde zur Untersuchung der verzwickten Probleme aus Finanz- und Wirtschaftstätigkeit der bisherigen DKP eine Kommission eingesetzt.

Das neue Statut soll lediglich bis zum 11. Parteitag der DKP 1991 gelten. An wesentlichen Änderungen müssen u.a. vermerkt werden: die Ausklammerung der wissenschaftlichen Debatte aus der Parteidisziplin (aber die Beibehaltung des Fraktionsverbot, die Aufnahme von personen- oder interesegebundenen Arbeitsgemeinschaften als Organisationsgliederungen (aber

die Beibehaltung der Parteigruppen als Grundstruktur), die statuarische Aufnahme der Quotierung, die der letzte Parteitag bereits eingeführt hatte, die Möglichkeit, statt Vorsitzenden bzw. Stellvertreter/inne/n gleichberechtigte Sprecher zu wählen. Für die zeitliche Begrenzung der Gültigkeit dieses Statuts spricht auch, daß die Diskussion darüber, welchen politischen Aufgaben der Partei ein solches Statut entsprechen muß, nur unzureichend geführt werden konnte.

Die 309 Delegierten wählten einen 46-köpfigen neuen Parteivorstand, Revisions- und Schiedskommission sowie statt Vorsitzenden einen Sprecherinnen- und Sprecherrat. Ihm gehören an: Heinz Stehr, Anne Frohnweiler, Helga Rosenberg und Rolf Priemer.

II.

Über die Zukunft der DKP ist mit diesem Parteitag also nicht entschieden. Er war ebensowenig ein grundlegender Neuanfang wie ein Abgesang. Wer auf die Korrektheit seiner politischen Buchführung Wert legt, muß mit dieser DKP weiter rechnen.

Es sind aus meiner Sicht drei Herausforderungen, an denen sich die Zukunft der DKP im nächsten Jahr entscheiden wird: der Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die Entwicklung praktischen Eingreifens, aktiver linker Politik in der Gegenwart und Qualität der Kritik an der alten DKP mit dem Blick auf einen Neuanfang.

Die Organisationsfrage ist nicht die erste Frage

Es ist mittlerweile eine Binsenweisheit, daß 1991, wenn aller Voraussicht nach der Vereinigungsprozeß zu einem deutschen Staat führen wird, die Schubladen der Linken neu geordnet werden müssen. Fatal wäre aber zu übersehen, daß die beliebte Organisationsfrage (PDS?) dabei *nicht* die erste Frage ist. Am Anfang muß ein breiter Diskussionsprozeß sowohl der Linken in der Bundesrepublik untereinander als auch mit der Linken in der DDR stehen. Wir brauchen eine Analyse, welchen Charakter die Gesellschaft und der Staat, die da auf uns zuwachsen, eigentlich haben werden, wie die Kräfteverhältnisse, wie die internationalen Bedingungen sein werden. Wir brauchen eine Debatte über eine Transformationsstrategie unter den Bedingungen des Zusammenbruchs des bisherigen Sozialismus. Wir brauchen die Bestimmung von Feldern des unmittelbaren Eingreifens in diesen Prozeß der Bildung eines deutschen Staates. Auch die Zukunft der DKP wird sich mit daran entscheiden, ob sie brauchbare Beiträge für diese Debatte und dieses Eingreifen leistet und ob sie die Absichtserklärung aus den Parteitagsdokumenten ernstnimmt, den Dialog mit anderen Linkskräften zu intensivieren. Dabei muß sicherlich innerhalb der DKP vieles an Abgrenzungsgedanken überwunden werden, aber, Hand auf's Herz, nicht nur bei der DKP.

Wenn eine Verständigung mit Linkskräften in der DDR am Ende zu einer starken gesamtdeutschen sozialistischen Partei links von der SPD - mit einem starken marxistischen Element - führen soll, dann setzt dies jetzt zunächst eine Rekonstruktion linker Perspektive und Zusammenhänge in der Bundesrepublik voraus, so paradox dies auch klingen mag. Das Hoffen auf den warmen Mantel PDS hilft uns nicht ein Stück weiter. Die Neuformierung der DKP ist ein Teil dieser Rekonstruktion. Sie steht dabei für einen Teil der Linken, der radikal antikapitalistisch ist, stark auf die Arbeiterbewegung und das "untere Drittel" dieser Gesellschaft orientiert, an einem marxistischen Charakter des Programms festhalten will und für den eine handlungsfähige Organisation unverzichtbar ist.

Der Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird zweifellos zu einer Stärkung der ökonomischen und politischen Positionen des BRD-Imperialismus führen. Dennoch zeichnen sich auch neue Chancen für linke Politik ab, die in der allernächsten Zeit aufgegriffen werden müssen. Diese resultieren zum einen aus veränderten objektiven Fragestellungen - zum Beispiel die Frage der zukünftigen militärischen Stärke eines Deutschlands oder einer neuen Verfassung. Zum anderen können auch Widersprüche zwischen den bundesrepublikanischen Absichten einer Vereinigung und den politischen Kräfteverhältnissen in der DDR entstehen - wie an der Frage des Umtauschkurses der Währungsunion oder bei der gesetzlichen Regelung der Abtreibung. Hier jetzt schon einzugreifen, wird mit darüber entscheiden, ob und wie es in einem Deutschland eine nennenswerte Linke geben wird. Es wird sie nur geben, wenn die Linke nicht nur mit Konzepten und Kritik, sondern auch in der Aktion dazu präsent ist. Die DKP ist dafür immer noch ein beachtlicher Faktor.

Das Schwerste und das Wichtigste dieser Neuformierung der DKP wird die Kritik der eigenen Struktur und Geschichte sein. Das bezieht sich sowohl auf die noch unklaren Abhängigkeitsverhältnisse von der SED als auch auf den Anteil an einer zunehmend erstarrten Parteirealität, der eher hausgemacht war. All das lastet immer noch wie ein Alb auf dieser Partei, und jeder Versuch eines Neuanfangs, der damit nicht aufräumt, wird aus sich selbst heraus scheitern. Allerdings wird die praktische Kritik, also die Entwicklung neuer Beziehungen von Theorie und Praxis, Basis und Leitung, Bewegung und Programm in einer marxistischen Organisation, nicht auf schon bereitstehende Muster zurückgreifen können. Die Erfahrungen, die gegenwärtig mit den Möglichkeiten für linke Politik bei den Grünen gemacht werden - deren Basisdemokratie immer gern mit der "starren" Organisation der DKP verglichen worden ist -, legen zumindest eine solche Form nicht nahe. Auch die Auflösung in eher publizistische oder seminariistische Zusammenhänge kommt für die meisten Mitglieder der DKP nicht in Frage. Es wird also eine sehr neue Organisation sein müssen, und auch darin wird, wenn es uns gelingt, für die Linke etwas Positives liegen, nicht zuletzt für die zukünftige Form einer gesamtdeutschen linken Partei.

Frieder Otto Wolf

Grüne Politik und gesellschaftliche Emanzipation

Zur konkreten Zukunft marxistischer Politik

Es geht heute um das Ganze. Die Krise der kommunistischen Bewegung hat nicht mehr nur eine tiefe Krise des Marxismus wieder offenbar werden lassen, die einst die stalinistische theoretische Konterrevolution gewaltsam unterdrückt und dadurch stillgestellt hatte. In der Wirklichkeit ist ihr die historische Niederlage der realsozialistischen Gesellschaften gefolgt, die in der Rückkehr der alten "Volksdemokratien" zu ihren politischen Vorkriegsperspektiven zum Ausdruck kam und die inzwischen auch in der Sowjetunion das sozialistische Erneuerungsprojekt der Perestrojka in eine tiefe Krise geführt hat. Zugleich hat sich die Menschheit, die seit über einem Jahrhundert nicht den Sprung zu der von Marx antizipierten "rationellen Regulierung" ihres "Stoffwechsels mit der Natur" geschafft hat, vor globale Probleme gestellt, die sie bei Strafe des Nichtüberlebens wird lösen müssen - und zwar in historisch relativ kurzer Frist. Noch einen "Umweg" von 60 oder auch nur von 40 Jahren kann sich die Menschheit dabei gar nicht mehr leisten.

Ein lebendiger, radikal zeitgenössischer Marxismus muß heute nicht allein die selbstkritische Selbstanwendung auf die Geschichte politischer Praxis im Namen marxistischer Begründungszusammenhänge leisten, er steht auch vor der Aufgabe, die Aufgabe der umfassenden gesellschaftlichen Emanzipation unter der unüberspielbaren Bedingung einer Lösung der Überlebensfragen neu denken zu müssen. Das verlangt eine radikal erneuerte philosophische Selbstbesinnung auf den Sinn von Begriffen wie Praxis, Klassenkampf und Emanzipation, von "klassenloser Gesellschaft" und "Absterben des Staates", eine vertiefte wissenschaftliche Analyse des Zusammenhanges von ökologischen Systemprozessen und historischen Entwicklungen, speziell auch für die gegenwärtigen ökologischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Krisenprozesse - aber zunächst und dringlich auch ein Konzept, wie derartige Einsichten in die wirklich in den führenden kapitalistischen Ländern stattfindende Politik in ihren parteipolitisch dominierten Formen einzubringen ist. In dieser Hinsicht führt kein Weg an den Grünen vorbei. Auch wenn Parteipolitik als solche angesichts der real existierenden grünen Parteien durchaus in ihrer Begrenztheit erfahrbar wird.

Das gilt auch und gerade angesichts des in Gang gekommenen deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses und der auf Sicht wohl anhalten "Ostphantasie" der westeuropäischen Wirtschaft und des weltweiten Finanzkapitals.

Vorspiel in der BRD: Die Grünen - eine linke Partei, eine Partei für die Linken

Vor den Grünen gab es eine doppelte kulturelle Revolution: *Erstens* die weltweite Jugendrevolte der 60er Jahre. *Zweitens* die ökologische Bewußtwerdung der 70er Jahre. Diese Bewußtwerdung hatte in "Bürgerinitiativen" und "Anti-AKW-Bewegung" neue Formen der politischen Organisierung und Praxis entwickelt, in denen nicht nur ganz unterschiedliche "Szenen" - wie die "Lodenmäntelszene" bäuerlich geprägter Landkreise und die "Lederjackenszene" städtischer Jugendlicher und Studenten - sich zu einem gemeinsamen Handeln zusammenfanden, sondern auch Themen dem Politikmonopol von Bürokraten und Experten entrissen wurden, die scheinbar gar nichts mit Politik zu tun hatten - wie die Entscheidung über Systeme der Energieverwendung. Und in bezug auf die eigenständige Handlung sofort möglich war, auch ohne erst auf einen Tag der abrupten Veränderung der Machtverhältnisse zu warten. Das kam besonders bei den "neuen Subjekten" aus den jüngeren Generationen an, die aufgrund des objektiven gesellschaftlichen Veränderungsprozesses, der die "bergenden Fesseln" patriarchalischer Familien- und Nachbarschaftsverhältnisse, sowohl in ihren (klein-)bürgerlichen als auch in ihren proletarischen Formen, ebenso von den autoritären Großorganisationen wie von den Unterordnungszwängen der staatlichen Institutionen abgestoßen waren.

Am Anfang der grünen Partei in der Bundesrepublik stand dann ein spannender Kompromiß: Ausdrücklich linke Positionen wurden innerhalb der Partei zugelassen - um den Preis, daß sie auch "wertkonservative" Positionen innerhalb der Partei tolerierten und faktisch auf eine scharfe ideologische Auseinandersetzung (etwa mit den späteren Gründern der ÖDP oder auch mit dem kleinbürgerlichen "Antikapitalismus" der "Zinsknechte") verzichteten. Programmatisch legten sich die Grünen dabei nicht auf radikal linke Positionen fest - im Sinne sozialistischer, kommunistischer, feministischer oder anarchistischer Traditionen -, ließen aber Anleihen bei Einzelforderungen aus diesen Traditionen zu. So waren die Linken innerhalb der Grünen punktuell mehrheitsfähig - jeweils im Bündnis mit einer politisch und ideologisch nicht so scharf konturierten grünen "Basis-Mitte", v.a. aus den ländlichen und kleinstädtischen Kreisverbänden, die für radikale Einzelforderungen durchaus zu gewinnen waren, ohne sich auf eine radikale Gesamtstrategie festlegen zu wollen.

So, wie die Grünen als Partei sehr stark von der Illusion der "Neuheit" lebten, die sie der Notwendigkeit enthöbe, sich zu den "alten Problemen" von kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterdrückung, von Staats-Gewalt gegen Bürger-Recht, von struktureller patriarchalischer Macht gegen Frauenbefreiung, noch ausdrücklich verhalten zu müssen,

haben die Linken innerhalb der Grünen sich lange Zeit der Illusion hingegen, den Umstand, daß die Grünen sich nicht ausdrücklich zur bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung und zur Staats-Gewalt usw. bekennen, ja es sogar ausdrücklich bisher abgelehnt haben, derartige Bekenntnisse abzulegen, unheimlich radikal zu interpretieren: als (latente) radikale Opposition gegen die bestehenden kapitalistischen, patriarchalischen, imperialistischen und etatistischen Herrschaftsstrukturen, statt darin zunächst den - vermutlich historisch notwendigen - Versuch zu sehen, um die Art von scharfer Konfrontation und Repression herumzukommen, wie sie die radikale Linke der 70er Jahre seitens der herrschenden Mächte erlebt hatte.

Und sobald sich die Einsicht einstellt, daß das so nun allerdings nicht gemeint ist, stellt sich flugs die Diagnose einer galoppierenden "Rechtsentwicklung" der Grünen ein: Was sich im eigenen Kopf bewegt hat, wird umstandlos auf den Gegenstand des Denkens projiziert.

Für die Linken in den Grünen war es durchaus attraktiv, sich mit den Neuheits-Illusionen der grünen Ideologie zu arrangieren: Das bedeutete nämlich vor allem auch, daß es nicht erforderlich war, eine strategische Selbstkritik zu leisten, da es doch jetzt keine strategischen Probleme mehr zu geben schien. Wovon mensch nicht zu reden bereit war, war jedermann gerne bereit zu schweigen. Auch wenn dies faktisch bedeutete, zum einen den Verzicht auf eine ausdrückliche Transformationsstrategie mitzumachen, wie er den Grundkonsens der Grünen prägte, und zum anderen im Hinterkopf, völlig unverarbeitet, seine alten strategischen Gedanken in allen disparaten Varianten einfach weiterzuhegen.

Angesichts der rapiden Veränderung der strategischen Lage - von der Phase der "Wahlbewegung" unter dem Motto "Jetzt wählen wir uns selber", über die Phase der parlamentarischen Konsolidierung der grünen Partei, der Phase der Hamburger und hessischen Verhältnisse, mit der zentralen Frage, wie die neue Partei in den zentralen politischen Mechanismus des Wechselspiels von Regierung und Opposition eingreifen sollte bzw. zur anschließenden Phase der scheinbaren Erschöpfung der parlamentstaktischen Optionen, solange weder eine Regierungsmehrheit noch starke außerparlamentarische Massenbewegungen in Sicht waren, bis zur gegenwärtigen Phase der Vorbereitung auf eine gesamtdeutsch zu praktizierende Politik - führte dieser Verdrängungsmechanismus insbesondere auch dazu, daß kollektive Arbeitszusammenhänge von Linken, die innerhalb der Grünen zunächst noch bestanden, sich individualisierten und entsolidarisierten.

Die rapide Veränderung der Lage

Immerhin gab es in den Grünen faktisch einen Minimalkonsens zwischen dem radikalen Umwelt- und Lebensschützer aus dem Hochschwarzwald und der Hamburger Radikalfeministin, zwischen dem etablierten Linksanwalt und dem Freak aus dem Selbsthilfeprojekt, zwischen der antifaschistischen Kämpferin über 60 und dem an der Hoch-

schule kämpfenden Studenten. Er bestand schlicht in der Überzeugung von der Dringlichkeit einer "radikalen Veränderung", einer "Umkehr", eines "sofortigen Stops von" oder eines "Ausstiegs aus" - als ob Gattungsfragen als solche bereits automatisch zu einem Konsens unter den ganz ungleichen Gattungsindividuen führen würden. Dieser Minimalkonsens hat auch den politischen Zusammenhang von Menschen mit ganz unterschiedlicher Vergangenheit gestiftet. Er hat aber auch dazu beigetragen, sie in allen Fragen, die darüber hinausgingen, was denn als nächstes und dringlichstes zu tun sei, gewissermaßen sprachlos, jedenfalls ohne eine gemeinsame Verständigungsebene bleiben zu lassen.

Dieser Minimalkonsens hat die Grünen tragen können, solange es einfach darum ging, den Einbruch in das politische Monopol der etablierten Parteien zu organisieren. Angesichts der Frage, wie weit der Bogen der Gemeinsamkeit gespannt werden könnte, erwies sich der Ausgang von der gemeinsamen Betroffenheit und die Konzentration auf die gemeinsame Bestimmung des "nächstes Kettengliedes" als ein durchaus fruchtbares Arbeitsprinzip. Darüberhinaus konnte es noch eine Weile weiter funktionieren, wie die Unfähigkeit der etablierten Parteien, mit der durch diesen Einbruch in die "Welt der grauen Herren" entstandenen Situation umzugehen, und der Unterhaltungswert der Neuheit der Grünen, den Grünen noch von außen Chancen zuspielte, ohne daß sie sich diese allererst mühsam erarbeiten mußten.

In dem Maße aber, wie die in der Bundesrepublik hegemonialen politischen Parteien - in der gesamten Spannweite des alten staatstragenden "Konsenses der Demokraten", d.h. CSU/CDU/FDP/SPD - es lernten, auch mit den neuen qualitativen Forderungen oberflächlich kompetent umzugehen (im Unterschied zu Zimmermann weiß Töpfer, was ein Becquerel ist) und wie die Massenmedien neue, unterhaltende Subjekte des politisch-kulturellen Geschehens - von den Zeitgeist-Yuppies über die "neue Jugendbewegung" für "Freiheit und Gleichheit" bis zu den neuen "Autonomen" - an die Front der postmodernen Langeweile werfen konnte, mußte dieser konzeptlose Minimalkonsens brüchig werden und unter den ersten wirklichen Belastungen - Niederlagen der Hamburger Tolerierungstaktik und der Hessischen Koalitionsstrategie - dann auch wirklich zerbrechen.

Seit diesem Bruch langweilt sich die grüne Parteibasis nicht etwa, aber sie steht ziemlich ratlos unter der Zirkuskuppel ihrer Programmatik, ohne klar das Bedürfnis nach einer Strategiedebatte artikulieren zu können, ja ohne überhaupt genauer zu wissen, wie sie die schwierige Lage der Partei anpacken soll.

Ein anderes Vorgehen hätte vielleicht kurzfristig einen taktischen Nachteil bedeutet: Die Linken hätten damit nicht länger als die Verteidiger des alten Grundkonsenses gegen die "Revisions"-Versuche von Realos/Realas und die - immer dogmatischeren "Querschläge" des

"Aufbruchs" auftreten können. Sie hätten sich vielmehr mit eigenen Vorschlägen an einem Tauziehen um die Neudefinition des Grünen Grundkonsenses unter veränderten Bedingungen beteiligen müssen - was durchaus das Risiko bedeutet hätte, mit den eigenen Vorschlägen in der Minderheit zu bleiben.

Daß die Linken zunächst überwiegend in Richtung Fixierung und Bewahrung des einmal erreichten Grundkonsenses tendiert haben, ist allein schon aus den Mechanismen einer Partei mit wenn auch diffuser, so doch jedenfalls radikal formulierter

Offene Diskussion statt Immunisierung

Ideologie heraus verständlich, die die Verfechter radikale Positionen leicht in Versuchung führt, auf veränderte Lagen durch Immunisierung des ideologischen Traditionsbestandes zu reagieren (nicht zufällig haben bereits die Kautskyaner auf die "neuen Fragen" Bernsteins und seiner Anhänger überwiegend nicht mit neuen theoretischen und politischen Vorstößen reagiert, sondern mit der Erfindung des "orthodoxen Marxismus").

Die Frage nach Vorschlägen der Linken für einen neu gefaßten grünen Grundkonsens setzt selbstverständlich voraus, daß offen darüber diskutiert wird, was denn das strategische Ziel linker Politik in den Grünen sein soll, zu was die Grünen als Partei also das geeignete Mittel sein sollen. Es kann nicht reichen, sich bei der Feststellung zu beruhigen, daß die Linken von den Grünen "noch gebraucht werden".

Der Blick in die Gegenwart: Politische Identität der Linken in den Grünen im Vorfeld gesamtdeutscher Politik

Die Grünen stehen seit allzu langer Zeit an einem Scheideweg - in doppelter Hinsicht: Zum einen kann eine neue Entscheidung über einen inhaltlichen politischen Grundkonsens der Partei nicht sehr viel länger hinausgeschoben werden - schon deswegen nicht weil jede Art von Neuzusammenschluß mit Kräften aus den ökologisch, feministisch und radikal-demokratisch orientierten Bewegungen der heutigen DDR eine explizite, diskursiv artikuliert und im Dialog entwickelte Neufassung dieses Grundkonsenses -, zum anderen werden die bundesdeutschen Grünen gemeinsam mit den ihnen inhaltlich nahestehenden Kräften aus der heutigen DDR festlegen müssen, was für eine Art von Partei sie eigentlich sein und werden wollen.

Diese Fragen werden zum einen dadurch kompliziert, daß sich radikal-demokratische, feministische und ökologische Kräfte in der DDR nicht nur separat entwickelt und organisiert haben; zum anderen aber auch dadurch, daß der Rest an Eigenständigkeit der von der BRD überrollten DDR-Strukturen sich politisch in einer eigenen Partei verkörpert, der PDS, die aus rein wahlarithmetischen Gründen versucht sein wird, ihren Charakter als DDR-spezifische Partei zu verleugnen, um alle "Traditions"-und

"Identifikations"-Sozialisten in der BRD um sich zu versammeln - denn mindestens 1,5% der Wählerstimmen auf dem Gebiet der heutigen BRD wird sie bei den ersten "Reichstagswahlen" schon brauchen...

Das lenkt aber nur von dem eigentlichen Problem ab, das immer noch ein Problem der Selbstprofilierung der Grünen und gerade der Linken in den Grünen ist. Was in eins fällt, sofern die Linken in den Grünen keine "besonderen Interessen zu vertreten" haben.

Die zuerst genannte Entscheidung zu treffen, das bedeutet keineswegs, daß jetzt umfassend Positionen zu räumen wären. Im Gegenteil: Alte Positionen, die inzwischen zu bloßen Formelkompromissen verkommen sind - wie das "sozial" in den vier Säulen, oder auch das Postulat der "Gewaltfreiheit" -, müssen dringend konkreter und problembewußter formuliert werden. Das geht nur, wenn die Linken aufhören, ihre Auffassungen hinter taktischen Formulierungen zu verstecken und offen aussprechen, wo ihrer Auffassung nach die Differenzen und wo die Übereinstimmungen zu anderen Teilen der Partei liegen. Zugleich sind richtige Thesen und Forderungen - wie der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie oder der NATO-Austritt - gerade angesichts der Komplizierung der Verhältnisse durch die Vereinigung von DDR und BRD - mit einem Begründungs- und Umsetzungskonzept zu verbinden, das konkret angibt, was hier und jetzt daraus an politischen Initiativen und Durchsetzungsschritten aus diesen Forderungen gefolgert wird.

Gerade angesichts des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses, dessen nationalistischen und imperialistischen Gefahrenmomenten allein durch eine Politik zu begegnen wäre, die die Menschen dort anspricht, wo sie sich ihrer sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen bewußt werden, verrät eine Politik, die sich selbst als "anti-deutsch" definiert, die Wirksamkeit genau dieses Mechanismus der antizipierten Selbstunterwerfung unter dem Deckmantel dogmatischer Unbeugsamkeit.

Die zweite Entscheidung, die über den möglichen und gewollten Partei-Typus der Grünen, bedeutet ebensowenig, daß nun die Linken in den Grünen sich kollektiv hochspezialisierten Politologen- oder Diskurs-Analysen-Seminaren widmen müßten. Es geht um einige relativ schlichte Entscheidungen. Vor allem darum, überhaupt erst einmal die Parteirealität zur Kenntnis zu nehmen, daß die Grünen ihren maßgeblichen Praxisstrukturen nach eine primär parlamentarische Partei sind - mit einem geradezu ins Auge springenden Grad von quantitativem Mißverhältnis zwischen Parteimitgliedern und WählerInnen, sowie zwischen parlamentarischen Apparaten und Parteiorganisation. Auch über die Alters- und Sozialstruktur der Grünen als Partei und als Wählerpotential wird nüchtern zu reden sein. Sowie über die organisationsstrategischen Konsequenzen, die etwa daraus zu ziehen sind, daß die Grünen ihren automatisch führenden Einfluß auf die ErstwählerInnen verloren zu haben scheinen oder auch darüber, wie die Grünen ihr offenbar großes Potential in der neuen

technischen Intelligenz (im Beruf wie im Studium) erreichen und an eine eigenständige Beteiligung an gewerkschaftlichen Aktionen heranführen können, zu der dieses Potential z.Zt. ebenso bereit ist, wie zu einem radikal-demokratischen, ökologischen und feministischem Engagement.

Ohne die darin liegenden Möglichkeiten für eine radikal oppositionelle, quer zu den politischen Integrationsmechanismen agierende Politik, ist der notwendige Doppelcharakter aller parlamentarischen Parteien als gesellschaftliche Organisationen, die innerhalb der gesellschaftlichen Bewegung durch Verankerung Einfluß erwerben und als Quasi-Staats-Organen, die die ideologischen Mechanismen der Staatsräson gegenüber den BürgerInnen vertreten, in den Grünen immer noch dafür zu nutzen, daß die von ihnen ausgelösten Mobilisierungs- und Politisierungseffekte die Integrations- und Unterwerfungseffekte überwiegen.

Gerade wenn wir wissen, daß es keinen Ort "außerhalb des Systems" gibt, an dem oder von dem aus eine "reine Systemopposition" zu machen wäre, die nicht mit Widersprüchen zu ringen hätte, wird die nüchterne Auswertung der eigenen Erfahrungen und Irrtümer für uns zur zentralen Lebensbedingung einer emanzipatorischen politischen Kraft.

Die Entscheidung für eine Fortsetzung und Erneuerung linker Politik in den Grünen ist also kein Akt der Resignation oder der Anpassung, sondern eine Konsequenz aus der nüchternen Feststellung, daß radikale Politik nicht ohne Widersprüche zu praktizieren ist, daß der Spagat zwischen radikaler Utopie und dem möglichen nächsten Schritt zwar notwendig schmerzt, aber in einer realen, nicht bloß verbal-imaginären Praxis aber unvermeidlich auszuhalten ist.

Mit dieser Überzeugung können die Linken in den Grünen sich der Debatte mit Linken, die andere strategische und taktische Optionen vertreten, ebenso stellen, wie den Teilen der Grünen, die es für erforderlich halten, zu einem dezidiert linken, antikapitalistischen und außerstaatlichen Projekt grüner Politik Distanz zu halten.

Nur eine ebenso selbstbewußte wie selbstkritische grüne Linke wird dazu in der Lage sein, zu einer wirksamen alternativen Kraft im heraufziehenden "neuen Deutschland" zu werden.

Das heißt für die grüne Linke in der BRD zunächst einmal, ihren unverzichtbaren Beitrag zu einer politischen und strategischen "Neuaufforstung" der grünen Partei zu leisten, ohne sich von linksradikaler Selbstgettoisierung oder sozialdemokratischer Diskurserneuerung ablenken zu lassen. Für die strategisch denkende Linke in der heutigen DDR heißt es, sich aktiv um eine diskursive Begegnung zwischen nachdenklichen Vertretern der radikal-demokratischen, feministischen und ökologischen Bewegungen und den selbstkritischen Vertretern von Konzepten des "modernen Sozialismus" zu bemühen - mit dem Ziel gemeinsamer politischer Rahmen-

**Selbstbewußtsein
und Selbstkritik**

strukturen, in denen eigene und eigenständige Erfahrungen bewahrt und aufgearbeitet werden können.

Und für die grünen Linken als zukunftsorientierte Kraft in BRD und DDR heißt es jede Gelegenheit zu nutzen, um sich in einem ebenso genauen wie nüchternen Verständnis der Verschränkung von Überlebens- und Befreiungsfragen zu unterstützen. Hier ist wechselseitig einiges zu lernen. Nicht zuletzt auch hinsichtlich einer wirklich kritischen, schöpferischen Anwendung von Einsichten aus dem "unvollendeten Projekt" der marxistischen Theorie.

Nur im Rahmen einer derartigen dynamischen Konzeption ist die Frage rational formulierbar, was die Linken innerhalb der Grünen zu tun haben.

Gabi Hesselbein

Erkundungen und Optionen

Der Sozialismus¹ ist von einer Realität, die seit 70 Jahren Politik geprägt hat, wieder zu einer Utopie geworden. Mit seinem Ende ist auch ein bestimmter Typus kommunistischer Organisation am Ende. So unterschiedlich die Verlaufsformen des Zusammenbruchs sein mögen: für Linke bleibt die Suche nach einer begründeten antikapitalistischen Politik und einer dafür angemessenen Organisationsform, und es bleibt die Suche nach einem "großen Wurf", nach einer Gesamtalternative, die nicht nur offenkundige Fehler des alten "Modells" vermeidet, sondern auch zahlreiche neue, in diesem "Modell" nicht berücksichtigte Faktoren verarbeitet.

Die ehemalige Strömung der Erneuerer aus der DKP ist zumindest imstande, für diese Fragestellung viele Menschen zu interessieren. Am letzten Märzwochenende waren es rund 1.200, die in Köln darüber diskutierten. Augenfällig war zunächst, daß die Zeit der negativen Abgrenzungen gegenüber DKP-Positionen wohl vorbei ist, und augenfällig war ebenfalls das Interesse der rund 200 DDR-BürgerInnen aus verschiedenen linken Organisationen, die aufgeworfenen Fragen möglichst schnell und möglichst pragmatisch zu beantworten.

Zum Szenario des Zusammenbruchs von Organisationen und bisheriger Identität gehört eine babylonisch anmutende Sprachverwirrung. Die Erschütterung früherer Gewissheiten hat die dafür verwendeten Begriffe nicht verschont. Der Begriff "Sozialismus" kennzeichnet gleichermaßen die Utopie wie die jüngste Realität, die verbrecherischsten Geschehnisse unter Stalin wie theoretische Modelle. Auch "alt" und "neu" werden unbrauchbare Angaben. Ist mit dem "Alten" die jüngste Vergangenheit gemeint, von der mensch sich gerade getrennt hat, oder die 70 Jahre reales Experiment, oder die Zeiten, als Karl Marx und Friedrich Engels ihre Analysen und Vorstellungen vom weiteren Gang der Dinge aufgeschrieben? Selbst die Begriffe "links" und "fortschrittlich" werden von Teilen des ehemals kommunistischen Spektrums abgelehnt, gleichermaßen mit der Begründung, sie seien "inhaltsleer" und "polarisierend".

Das Wahlergebnis in der DDR, die zahlreichen Ängste und Hoffnungen angesichts galoppantiger Schritte zum einheitlichen Staat auf DM-Grundlage und das Bedürfnis, dabei wenigstens mitzureden und also selbst zu schnellerer Schrittfolge in der Lage zu sein, bildeten den Hintergrund zur Debatte über Perspektiven.

Das handgreiflichste Ergebnis der Konferenz: ein Sozialistisches Forum wurde gegründet, ein 22köpfiger Koordinationsausschuß und eine Redak-

tion für das gleichnamige Organ eingesetzt. Wo aber liegen die Übereinstimmungen so vieler Menschen, wo die Differenzen? Was unterscheidet sie von traditioneller kommunistischer Position, und was wollen sie anpacken?

Die folgende Betrachtung dieser Fragen klammert die Optionen der DDR-TeilnehmerInnen weitgehend aus: das Sozialistische Forum ist ein bundesdeutsches, die politischen und kulturellen Folgen 40jähriger Trennung sind nicht in einem gesamtdeutschen Zusammenhang aufgehoben.

Zunächst: die fast allen gemeinsame Vergangenheit in der DKP begründet keine gemeinsame politische Zukunft. Das beschwörende Argument des letzten Jahres "Wir müssen zusammenbleiben" ist damit hinfällig. Aber: viele der persönlichen und politischen Motive, die einst zum Beitritt zur kommunistischen Organisation geführt haben, bestehen lebendig weiter und sind oft in ihrer allgemeinsten Form als gemeinsame Grundlage formuliert worden: Die Welt ohne Ausbeutung von Mensch und Natur, die freie Individualitätentfaltung, die Selbstbeherrschung der Gesellschaft ohne Unterwerfung unter Herrschaftsverhältnisse, seien sie ökonomisch oder außerökonomisch bedingt; dieser emanzipatorische Impuls hat weiterhin große Ausstrahlung. Im Unterschied zu anderen Linken machte es bislang die besondere Überzeugung von SozialistInnen und KommunistInnen aus, diese Ziele seien aufgrund objektiver Gesetzmäßigkeiten erreichbar und nicht mehr nur ein utopischer Menschheitstraum. Der "wissenschaftliche Kommunismus" habe bewiesen, daß die Geschichte auf diesen Zustand hinsteuere, und habe darüber hinaus der Arbeiterklasse Instrumente in die Hand gegeben, im Einklang mit der Geschichte zu handeln.

Mit dem Scheitern des geschichtlichen Experiments steht die bange Frage, ob dieses geschichtliche Ziel denn überhaupt möglich ist, und wenn ja, wie. Sie ist auch an diesem Kongresswochenende nicht beantwortet worden.

Sichtbar wurden jedoch einige Versuche, dieser Frage nicht mehr nur in ihrer allgemeinsten Art, sondern an ihren konkreten Problemauswirkungen zu begegnen. Oder deutlicher: sie nicht bloß als theoretische Konstruktion mit einem zu entwickelnden Gegenentwurf zu behandeln, sondern Teil-Antworten in Bezug zur aktuellen Deutschlandpolitik, zur Entmilitarisierung oder zur Entspannung ökologischer Probleme zu finden.

Hilfreich war, daß eine Reihe von Denkansätzen dabei aufgegriffen wurde - wenn auch oft unausgesprochen - die bereits in der "Erneuerungsströmung" geleistet wurden, in der scharfen Parteiauseinandersetzung aber immer wieder an den Rand gedrängt bzw. mit dem Verdikt "revisionistisch" belegt wurden. So sind etwa die Bezüge zur Reformalternative² oder zum Plädoyer "Für eine moderne kommunistische Partei"³ nicht zu übersehen, wenn es in der "Vereinbarung der TeilnehmerInnen des Strategiekongresses für ein Netzwerk Sozialistisches Forum" heißt:

"Eine einfache Abkehr von einer dogmatischen zu einer pluralen Sozialismuskonzeption reicht ... nicht aus... Angesichts der weiter wachsenden Bedrohungspotentiale, die eine Katastrophe der Zivilisation wahrscheinlicher werden lassen, brauchen die Menschen solche Produktions- und Politikverhältnisse, die eine humane und demokratische Kontrolle der Produktivkräfte ermöglichen. Die Entwicklung der Produktivkräfte in diesem Sinn stieß in den sozialistischen Ländern an die Grenzen, die ihnen durch das politische System gesetzt wurden, sie werden in den kapitalistischen Ländern durch das Profitsystem verhindert.

Die Produktivkräfte sind heute so weit entfaltet, daß sie eine nie dagewesene Chance für die Befreiung der Menschen von materieller Not bieten. Stattdessen wachsen die Gefährdungspotentiale, verschärft sich die Kluft zwischen arm und reich, zwischen Nord und Süd, der Raubbau an der Natur und die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen. Wir wollen eine Alternative zum modernen Kapitalismus, der diese Produktivkraftentwicklung hervorgebracht hat."⁴

Im Grunde genommen hat die Erneuerungsströmung die frühere klassische Definition von Sozialismus völlig umdefiniert - mehr unter der Hand als in öffentlichen Auseinandersetzungen. An die Stelle der drei "klassischen" Kennzeichen, die man bis vor kurzem aus kritisch-distanzierter Sicht auch "Voraussetzungen" nennen konnte (politische Herrschaft der Arbeiterklasse, gesellschaftliches Eigentum, gesellschaftliche Planung) setzte sie als qualitative Kennzeichen eine Demokratisierung, die wirksam wird gegen Umweltzerstörung, Unterdrückung und Ausbeutung.

Diese Suche nach einer Gesamtalternative begründet z.Zt. auch den Wunsch nach ideologischer und organisatorischer Autonomie, auf die später noch zurückzukommen sein wird.

Denn die einstweilige, wenn auch allgemeine Antwort wäre u.U. auch in anderen Organisationen zu vertreten:

"Demokratisierung ist Inhalt und Weg der Produktivkraftentfaltung. Demokratisierung ist der Name des Fortschritts. Sie beschränkt sich nicht auf den Parlamentarismus, sondern stützt sich auf Bewegungen von unten, auf basis- und rätedemokratische Vorstellungen. Demokratisierung, Solidarität, Internationalisierung und Feminisierung sind Prinzipien, die linke Identität begründen, unabhängig davon, ob sie in einer Gesellschaft derzeit mehrheitsfähig sind oder nicht."⁵

Die Linke als "nichtetabliertes Korrektiv", so nannte Horst Dietzel die Aufgabe derer, die von der negativen Abgrenzung zu den bisherigen Wegen oder gesellschaftlichen Ordnungen wegkommen müßten und sich "der Lösung der Menschheitsprobleme und der Individualitätentfaltung" verpflichtet sehen müßten.⁶

Die Umdefinition des Sozialismus

Um sich von einem realen Sozialismus nicht auf einen gedachten zurückzuziehen, empfahl Wolfgang Gehrcke, sich den Überlebensfragen der Menschheit zuzuwenden (Abrüstung, Ökologie, Nationalismus, Ausbeutung der Dritten Welt, Frauenemanzipation, multikulturelle Gesellschaft. Wenn Demokratisierung hier ansetze, werde sie in der Lage sein, linke Identität zu bestimmen, und zwar als gesellschaftliche Gegenkraft, nicht als "Quasi-Anwärter auf die Staatsmacht".⁷

Individualitätsbezogene, humanistische Zielsetzungen und Grundwerte forderte Peter Degkwitz⁸ als Ausgangspunkte politischer und programmatischer Aktivität. Zu brechen sei im Grunde mit der Vorstellung, "einem sich letztlich naturgesetzlich vollziehenden Prozess durch Analyse auf die Spur zu kommen und sich dann als kommunistische Partei zum Katalysator zu machen".⁹ Das habe das Entwerfen von Modellen und das Modeln der Wirklichkeit danach begünstigt. Ohne entsprechende Analyse des Scheiterns laufe man Gefahr, auf eine "wissenschaftlich fundierte Gesamtsicht der Realität" zu verzichten.¹⁰

Erfolgersprechende Ansatzpunkte sehen Degkwitz und andere in einer Weiterentwicklung der "Reformalternative", die eine intellektuelle und kulturelle Reform der bundesrepublikanischen Gesellschaft voranbringen soll, die sich gegen den Neokonservatismus richtet. Seines Erachtens besteht das Hauptproblem der kommunistischen Strömung darin, "daß wir eine solche kulturelle Reform, die Schaffung eines neuen Gesamtwillen auf die ökonomische Seite reduziert haben, sie im wesentlichen aus solchen Entwicklungen begründet haben."¹¹

So wesentlich dieser Teil der Fragestellung zur Entwicklung von Alternativen und Hegemoniefähigkeit ist, so übergeht er doch eine Hauptschwäche der ehemals kommunistischen Linken, nämlich die fehlende Analyse(fähigkeit?) ökonomischer Prozesse - sowohl des realen Kapitalismus als auch insbesondere des realen Sozialismus. Die eingeforderte "wissenschaftlich fundierte Gesamtsicht der Realität" ist - überspitzt formuliert - gegenwärtig darauf reduziert, eine erstaunliche Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus inclusive beachtlicher sozialer Absicherung zu konstatieren und dem realen Sozialismus den fundamentalen Voluntarismus gegenüber ökonomischen Gesetzmäßigkeiten vorzuwerfen. Die zutiefst berechnete Abkehr von plumper Widerspiegelungsmechanik zwischen ökonomischer Basis und gesellschaftlichen Überbau hat bislang nicht zu einer plausiblen Erklärung dieser Zusammenhänge geführt.

Die Erkenntnis dieser Defizite ist zugleich ein starkes Argument für die weitere Arbeit am Konzept der Reformalternative. Dazu gibt es eine Arbeitsgruppe, dazu gibt es Positionspapiere wie z.B. das von Torsten Bultmann, der anzupackende Aufgaben u.a. so umschreibt: "...das komplizierte Problem, auf welche Weise die Ökonomie Gesellschaft und Politik bestimmt, .. ist eben ...theoretisch und praktisch ungelöst...."¹²

Reicht aber der bisherige Umriss von Stadtpunkten, wie sie in der "Vereinbarung" zum Ausdruck kommt, bereits für das so oft geforderte und auch gewollte politische Eingreifen?

Müssen sich die vielen Menschen, die aus der kommunistischen Tradition kommen, auf längere Sicht mit Orientierungslosigkeit und "Theoriedefiziten" herumplagen und im übrigen den Mund halten?

Denn ein anderer Problemkomplex kommt dazu: der Begriff "Stalinismus" steht nicht nur für die verbrecherische, autoritäre, undemokratische Seite des realen Sozialismus, sondern wird in der Diskussion zunehmend als Synonym für Entmündigung, Nicht-Wahrnehmung eigener Verantwortung oder Handlungsspielräume oder auch für jeden bürokratischen Unsinn verwendet. Das erschwert die Bestimmung dessen, wovon man sich trennen will und warum, zugunsten eines allumfassenden Schuldkomplexes, der Partei und DDR-Staat, eigene Geschichte und individuelle Psyche, Organisiertheit und erprobte Handlungsmöglichkeiten als einziges Krisenknäuel erscheinen läßt und eine wirkliche Analyse erschwert. Der daraus resultierende Druck ist mit dem Austritt aus der DKP oder SED in der Regel nicht gewichen - jedenfalls nicht bei den KonferenzteilnehmerInnen, die sich ja nicht völlig ins private Aufräumen zurückziehen wollten, sondern nach Möglichkeiten eines politischen Zusammenschlusses suchten - ohne die Zwänge und entmündigenden Strukturen ihrer bisherigen Organisation.

**Schuldkomplexe
und eigenes Engagement**

Gibt es außer dem verbindenden "großen Ganzen" eine konkrete politische Plattform und eine Organisationsstruktur, die zum Eingreifen ins Hier und Jetzt nützlich sein könnte?

Sie wurde z.T. vehement gefordert, auch als Signal, daß die "Negationsphase" (H.H. Adler) abgeschlossen sei. Der Verweis auf zahlreiche politisch-programmatische Unklarheiten und "Theoriedefizite" samt benötigter Abkehr vom Kampagnenstil wurde gekontert mit dem Hinweis: "Die PDS, die sicherlich mehr aufzuarbeiten hat als die Erneuerer aus der DKP, hat es immerhin fertiggebracht, ein politisches Programm zu formulieren". - Und eine Plattform sei weniger als ein Programm.¹³

Hier lag einer der wichtigsten Kulminationspunkte der gegenwärtigen Auseinandersetzungen von Menschen aus kommunistischer Tradition.

Kann die bisherige Auffassung vom Verhältnis von Politik und einer (bestimmten) Organisation aufrechterhalten werden? Wenn nach einer systemüberwindenden Strategie der Linken gesucht wird, und so wird die Reformalternative ja verstanden, erfordert das dann eine bestimmte Organisationsform? Welche?

So meinte z.B. Andreas Achenbach im Oktober 1989: "Dieser Reformalternative, dieser radikalen Kapitalismuskritik, entspricht als Organisationsform die Assoziation."¹⁴

Die Frage stand auf dem Strategiekongress nicht mehr theoretisch, sondern praktisch. Während noch im Januar, als der Kongress von rund 400 TeilnehmerInnen in Hamburg vorbereitet werden sollte, ein deutlicher Trend namens "Nie wieder Organisation" festzustellen war, drehte sich die Debatte nun darum, ob man nicht schleunigst eine PDS in der Bundesrepublik gründen solle. "Die Idee erscheint verlockend...Ist es ... nicht gerade das, was wir in der Auseinandersetzung um die Erneuerung der DKP versucht hatten, zu erreichen? Eine politisch eingriffsfähige Kraft, die sich... von stalinistischen Traditionen getrennt hat? Die nicht auszuschließende schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten und mögliche gesamtdeutsche Wahlen würden zudem aktuell die Frage entsprechender Reaktionen der Linken aufwerfen."¹⁵ Auch Hochrechnung von Wahlergebnissen auf gesamtdeutsche Verhältnisse machten die Runde.

Auch wenn die Skepsis gegenüber einer sturzgeburtartigen oder importierten PDS-Gründung groß war und die Furcht, sich ebenso lächerlich zu machen wie die Hamburger Gründungsväter und -mütter, die das im März versucht haben, so wurde doch deutlich, daß es ein großes Bedürfnis nach einer pluralistischen Sozialistischen Partei gibt und ein ähnlich großes, solche Entscheidungen nicht oder wenigstens jetzt nicht zu treffen. Das Forum entschied sich letztlich gegen eine Vorentscheidung in diesem Sinne und wählte den pragmatischen Ansatz, vorhandene und sich weiter ausdifferenzierende örtliche und thematische Gruppen in einem losen Netz zu verknüpfen, in seinen Reihen also Strömungen und unterschiedliche Plattformen, u.a. für eine Sozialistische Partei, zu vereinen. Dabei waren mehrere Gesichtspunkte ausschlaggebend:

Zum einen sei ein Vereinigungsprojekt der Linken, die so tief in der Krise stecke, zur Zeit nicht forciierbar. Umgruppierungen und neue Optionen - auch außerhalb des kommunistischen Teils der Linken - würden einen solchen Ansatz zur Zeit schnell scheitern lassen. Wesentlicher sei aber noch die Frage, ob es neben der Sozialdemokratie und den Grünen auf Dauer einen Platz für eine sozialistische Partei gebe, was auch ein entsprechendes Wählerpotential erfordere. Die Erfahrungen in anderen westeuropäischen Ländern spreche eher dagegen. Und auch das Verhältnis von Bewegungen - zur Zeit eher schmerzlich vermisst - und Parteien und in diesem Zusammenhang das Selbstbewußtsein der ehemaligen "Strömung" sei noch recht unklar. Dazu kam eine gewisse Skepsis über den Erneuerungsprozess der PDS, den man aber mit beeinflussen wolle. Der Wahlkampf habe die in der PDS gärenden Probleme noch nicht voll zur Entfaltung kommen lassen. Die Angst, ein zweites Mal in die gerade überwundenen Strukturen zu geraten, war überdeutlich.

So verständigte man sich auf die Organisationsform "Netzwerk" und auf einige Projekte, die man gemeinsam in nächster Zeit angehen will: Die Zeitschrift "Sozialistisches Forum", eine Reihe von Tagungen und weiteren Kongressen, eine Aktion "Normannenstraße" beim Verfassungsschutz in

Köln und vor allem Beiträge zur Bundesrepublik ohne Armee (BoA). Auf konkretere politische Aussagen konnten sich die TeilnehmerInnen darüber hinaus zur Deutschlandpolitik und in einer Resolution zu Frauenrechten in Ost und West verständigen.

Zu vermuten steht, daß der Kapitalismus auch, nachdem er wieder größere Spielräume hat, antikapitalistischen Protest hervorrufen wird. Zu vermuten ist auch, daß die Menschen aus kommunistischer Tradition dabei mitwirken werden. Ob es ihnen allerdings gelingt, eine humanistische und systemüberwindende Perspektive zu gewinnen, ist ausgesprochen offen. Denkbar ist nämlich immer noch, daß die 70jährige Tradition am Ende einer Sackgasse angekommen ist.

Optimismus am Ende der Sackgasse

Aber die Tatsache, daß so viele darüber nachdenken und nach Alternativen suchen, stimmt optimistisch, wenn es auch für Zukunftsprognosen noch zu wenig Anhaltspunkte gibt.

¹ Da mir ein einfaches Umdefinieren "Das war ja nie Sozialismus" unangebracht, da auseinandersetzungshemmend scheint, verwende ich den Begriff trotz inhaltlicher Unschärfe weiter.

² vgl. Huffschnid/Jung, "Reformalternative", Frankfurt 1988

³ Barloschky, Lehdorff u.a., "Für eine moderne kommunistische Partei", Bremen/Hamburg/Köln, April 1989

⁴ "Vorschlag für eine Vereinbarung der TeilnehmerInnen des Strategiekongresses für ein Netzwerk Sozialistisches Forum", Korrespondenz Erneuerung (KE) 5/90, Seite 23

⁵ ebd.

⁶ Horst Dietzel, "Gesamtdeutschen Diskussions- und Aktionszusammenhand entwickeln", KE 5/90, Einzelblatt zu Kapitel I

⁷ Wolfgang Gehrcke, "Drei Fragen, der Versuch einer Antwort und die Provokation des Offenen", KE 5/90, Ergänzungsblatt zu Kapitel I

⁸ Peter Degkwitz, "Ergänzungen zu Torstens Vorüberlegungen", KE 5/90, Seite 19

⁹ ebd, Seite 18

¹⁰ ebd, Seite 10

¹¹ ebd, Seite 19

¹² Torsten Bultmann, "Vorüberlegungen zur AG Reformalternative, KE 5/90, Seite 20

¹³ Hans-Henning Adler, "Schritte zur Parteigründung", KE 5/90, Seite 20

¹⁴ Andreas Achenbach, "Plädoyer für eine marxistische Assoziation. Sechs Thesen", Arbeitsheft Organisation zum Kongress Erneuerung, Seite 2

¹⁵ Michael Schwabe, "In der BRD die Partei des Demokratischen Sozialismus gründen?", KE 5/90, Seite 39

Linke Deutschlandpolitik und die Organisationsdiskussion

Die "Deutschlandpolitik" wird für einen langen Zeitraum die öffentliche Diskussion bestimmen. Die Initiative wird von Rechts angegeben. Die Linke erscheint gelähmt, wenig fähig sich mit ihrer Niederlage auseinanderzusetzen, und es fällt ihr schwer, sich eine Identität in Deutschland vorzustellen.

Mühsam ringen Linke in Ost und West - soweit sie diese Bezeichnung für sich überhaupt noch gelten lassen - um ihren eigenen Standort in der DDR und in der BRD und gehen die ersten Schritte, sich auf Gemeinsamkeiten einzulassen. Links weiß wenig voneinander: Die offiziellen "Studiendelegationen" und "Staatskontakte" tragen nicht für das Heute. Eine linke Kulturrevolution erscheint unumgänglich, ehe der Schritt über gemeinsam getragene politische Initiativen zu gemeinsamen Politikvorstellungen überhaupt möglich wird.

Und trotzdem ist, bevor eine inhaltliche Diskussion sich überhaupt entfaltet hat, eine Organisationsdebatte entbrannt. Es spricht für ein mangelndes Selbstbewußtsein von Teilen der Linken West, wenn sie sich der eigenständigen Aufarbeitung der Ursachen ihres Scheiterns, die nicht unbedingt völlig identisch sind mit dem Scheitern der DDR, durch eine rasche Flucht zu einem neuen Hoffnungsträger zu entziehen sucht. Umgekehrt zeigt sich diese geistige Fluchtbewegung bei Linken in Ost und West in dem Versuch, an einer zu leistende Bestandsaufnahme durch eine Ausgrenzung der PDS vorbeikommen zu können. Eine Beschränkung der Diskussion auf den Zeitpunkt, wann, wer und ob überhaupt eine/r sich von einer autoritären Sozialismuskonzeption, die es nicht nur in Gestalt der DDR gab, gelöst hat, vermag zur Aufarbeitung der Niederlage nichts beizutragen.

Obwohl linke Alternative in der Deutschlandpolitik und eine Diskussion über mögliche Umgruppierungen in diesem Zusammenhang nicht identisch sind und nicht gleichgesetzt werden sollten, besteht ein innerer Zusammenhang. Diesem nachzugehen sind nachfolgende Thesen gewidmet.

Ein Deutschland, zwei Deutschlands oder eine andere Republik?

1. Die Spaltung Deutschlands war wesentlicher Ausdruck, daß sich im Verhältnis der Siegermächte der Kalte Krieg anstelle einer

beschränkten Kooperation durchgesetzt hatte. Deutschland wurde zur explosivsten Schnittstelle zwischen den Systemen und zum latenten Gefahrenherd eines möglichen dritten Weltkrieges.

Die Abkehr der westlichen Siegermächte von Jalta und Potsdam und die Abwendung zahlreicher demokratischer Kräfte von einem Bündnis mit der Sowjetunion, nachdem die Ausstrahlung des Sieges über den Faschismus durch die Realität der stalinistischen Sozialismuskonzeption überlagert wurde, führte zur Spaltung Deutschlands und zur Eingliederung der jeweiligen Teile in entsprechende Pakt- und Bündnisssysteme. Die Aufteilung der Welt in Interessenszonen zementierte sich. DDR und BRD entstanden als Kinder des Ost-West Konfliktes. Wobei anfänglich sich in Gestalt der DDR und der BRD nicht Sozialismus und Kapitalismus als Alternative gegenüberstanden, sondern eine antifaschistisch-demokratische, neutrale Republik Deutschland sich mit der Konzeption einer westgebundenen kapitalistischen Bundesrepublik rieb. Zumindest für diesen Zeitpunkt läßt sich die These von einem inneren Zusammenhang zwischen der DDR als Staat und einem sozialistischen Gesellschaftssystem nicht aufrecht erhalten. Diese Ausgangslage widerspiegelt sich in der DDR Verfassung von 1949, auf die sich in der heutigen Verfassungsdiskussion insbesondere konservative Kreise in der DDR berufen.

Die Abkehrbewegungen der Nachkriegszeit

2. Die Politik der Sowjetunion und in ihrem Kontext die der DDR war zumindest bis zum Ende der fünfziger Jahre auf eine Wiedervereinigung zuerst in der Form eines "demokratischen-antifaschistischen" Nationalstaates, der keinem Paktsystem angehörte, und später durch eine Konföderation selbstständiger Staatengebilde bestimmt. Das ändert sich erst Anfang der sechziger Jahre, vor allem nach dem Bau der Mauer. Diese Linie der Sowjetunion (Wiedervereinigung und Neutralität vor Sozialismus) führt zu Auseinandersetzungen zwischen der SED-Spitze und der SU und zeitweilig heftigen Verwerfungen in der SED-Spitze selbst. Inwieweit die Politik für ein antifaschistisches, demokratisches und neutrales Deutschland vor dem Hintergrund des Verständnisses der Politik der friedlichen Koexistenz als Klassenkampf Ausstrahlung und Glaubwürdigkeit erreichen konnte, kann hier nicht untersucht, muß aber hinterfragt werden.

3. Bis in die jüngste Zeit hinein, hält sich - befördert durch Abschnitte gemeinsamer Geschichte, gemeinsamer Leiden und gemeinsamer Vorstellungen, befördert durch KPD-Verbot und Emigration, aber auch durch Abhängigkeiten in den Führungen der Kommunistischen Partei, quasi unter der Hand offizieller Verlautbarungen und Programme - die These von Sozialismus in Deutschland durch Wiedervereinigung. Die Linke in der BRD und vor allem die KommunistInnen werden als Außenposten einer solchen Politik betrachtet und agieren in ihrem eigenen Verständnis als Teil einer solchen Politik. Die fünfziger Jahre stellen sich

als Zeit der verpaßten Chancen der deutschen Einheit dar. Die CDU-Lösung "Freiheit und Westbindung" vor Einheit und Entmilitarisierung wird zum gemeinsamen Konzept offizieller Politik. Selbst nach den Aufständen 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und Warschau hätten andere Alternativen bestanden oder erst recht bestanden.

4. Mit dem Bau der Mauer 1961 verschärft sich der Ost-West-Konflikt in eine Phase akuter Kriegsgefahr und eines tiefen Einschnittes in alle menschlichen Beziehungen in Deutschland, und zugleich deutet sich eine erste Wende, weg von einer Politik der scharfen Blockkonfrontation hin zu einer Politik der Kooperation an. Die Linie "Freiheit und einseitige Westbindung" beginnt sich zu differenzieren, bis in den siebziger Jahren zwei Konzepte daraus entstehen: Die CDU, die politisch an diesem Kurs festhält, gerät auch aus diesem Grunde in die Minderheit, es setzt sich eine sozialdemokratisch-liberale Alternative "Wandel durch Annäherung" durch. Die Entspannungsverträge der Siebziger (Moskau, Warschau, Grundlagenvertrag, KSZE-Schlußakte u.a.) bestätigen das. Aus dieser veränderten Lage werden in wichtigen Bereichen keine oder nur halbherzige Konsequenzen gezogen. Die Chancen werden auf der Linken, namentlich auf der Seite der realsozialistischen Länder vertan. Wenn die Mauer und die Spaltung Ergebnis des Ost-West Konfliktes war, hätte eine Normalisierung der Verhältnisse zum spürbaren, gezielten Abbau der Mauer, der Realisierung von Grund und Menschenrechten, von individuellen Freiheitsrechten führen müssen. Während auf der Seite der paktschließenden Staaten West kollektive Grund- und Freiheitsrechte wesentlich taktische Zugeständnisse waren, geschieht ähnliches auf der Seite der Unterzeichner Ost, wo nie ernsthaft über eine Verwirklichung von individuellen Freiheitsrechten nachgedacht wird. Der Einmarsch der Warschauer Paktstaaten 1968 in die CSSR, gegen eine andere Sozialismuskonzeption gerichtet, wird, von heute aus betrachtet, zum Vorboten des Scheiterns des Sozialismus und führt zu einer tiefgreifenden bis heute wirkenden Isolierung kommunistischer und sozialistischer Vorstellungen. Er zementiert real und geistig in der kommunistischen Bewegung eine monolithische Vorstellung des Sozialismus.

Die Politik der Entspannung verliert ihre Dynamik, kommt unter den Druck der Reagan-Politik und von Wechsela hin zu konservativen Regierungen fast völlig zum Erliegen, um sich erst im Ergebnis des Kurswechsels in der SU durch Gorbatschow auf neuer Grundlage kurzfristig wieder zu entfalten. Die siebziger Jahre, Zeit der verpaßten Chancen Ost.

5. In der BRD hat sich eine eigene Identität herausgebildet, bei der Masse der Bevölkerung lange vor dem Bau der Mauer. Ihre Parameter heißen kurz genannt: Wohlstand, individuelle Freiheitsrechte und westliche Kooperation. Ein Teil der Linken ist kritischer Teil dieser BRD-Identität (vor allem die Sozialdemokratie), ein anderer Teil der Linken steht außerhalb dieser Identität (vor allem der kommunistische

Teil). In ihrem Kampf um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR verbindet sich ihre Sozialismuskonzeption (Vorbild DDR) mit ihrem Streben nach friedlichen Verhältnissen in Europa und gesicherten Grenzen.

In der DDR scheint sich nach 1961 eine eigene Identität herauszubilden. In beiden Staaten verschwindet nach und nach die Wiedervereinigungsdiskussion oder hat ihren Platz in wenig ernstgenommenen Sonntagsreden.

Wege zur Selbst- anerkennung

Tatsächlich sind es vor allem die demokratischen Bewegungen der Endsechziger und die Friedensbewegung sowie Veränderungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik, die eine Eingliederung der Linken in dieses Land herbeiführen.

Umbestritten konnte sich keiner auf der Linken bis zum Dezember 1989 vorstellen, in "Deutschland" zu leben. Hingegen waren Vorstellungen einer sich internationalisierenden Identität in Westeuropa bei allen Vorbehalten gegen die EG wesentlich präsenter, während in der DDR eine stärkere "Internationalisierung" als Teil der "Sozialistischen Staatengemeinschaft" vermutet wurde. Gorbatschows "Gemeinsames Haus Europa" wurde beidseitig mehr oder weniger als Propagandaformel verstanden und so behandelt.

6. Zu den Ursachen der Niederlage des Sozialismus und der linken Bewegungen in West und Ost ist bisher wenig gearbeitet worden. Der Wunsch nach Aufarbeitung verdrängt die Aufarbeitung selbst. Die angebotene Erklärung, beim "Realen Sozialismus" hätte es sich nicht um einen Sozialismus gehandelt (April! April!) ist wenig tauglich, eben weil die Sozialismusvorstellungen eine solche Entwicklung zuließ und der Sozialismus in der Realität überall in einer bürokratischen Form staatlich agierte. Tatsächlich erwies sich der reale Sozialismus nicht als Systemalternative, da er auf Grundlage einer gleichen Entwicklungsrichtung der Produktivkräfte, ähnlichen Wert- und Moralvorstellungen und einer schlechteren politischen Kultur und weniger Individualrechten, nur als das "schlechtere System" und nicht als die Systemalternative in Erscheinung trat. Gerade das ermöglicht für viele den nahtlosen Übergang in eine West-Identität und das Beibehalten autoritärer Denk und Lebensformen.

Gescheitert ist der Sozialismus nicht primär unter den Angriffen eines anderen Gesellschaftssystems oder der inneren Konterrevolution, überwunden wurde er nicht revolutionär, sondern seine Transformation vollzieht sich durch eine innere "Impllosion", fast ohne Gegenwehr.

7. Gescheitert ist auch, und das bereits lange vorher, der bisherige Typ von Kommunistischer Partei. Nicht nur an seinen stalinistischen Deformationen, sondern weil dieser Parteityp seine historische Kraft und jegliche Innovationsfähigkeit verloren hat. Deswegen ist die Diskussion

über eine Erneuerung dieses Parteityps eine Sisyphusarbeit, die selbst beim besten Willen nicht zum Ziel führen kann, da nichts erneuert werden kann, was keine Lebensfähigkeit mehr aufweist. Bruch und Transformation zu völlig anderen linken Formationen oder dauerhafter Platz an gesellschaftlichen Rändern sind wohl die realen Alternativen, wenn man sich nicht mit Argumentationen, die eine KP aus sich selbst heraus begründen ("Im Geburtsland von Marx und Engels muß es eine Kommunistische Partei geben!"), zufrieden geben wird. Diese Frage wird im Westen und Osten vor allen Linken stehen. Ebenso wird diese Frage in anderer Form klassische Organisationsformen der Arbeiterbewegung (Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei) berühren. Politische Großorganisationen überhaupt werden über die Problematik Individualität und fremdbestimmte Entscheidung mehr und mehr hinterfragt werden.

Vor diesem Hintergrund verbindet sich die Neuordnung der gesellschaftlichen und staatlichen Realität Deutschlands mit einer Neuformierung der Linken. Durch ein Einlassen auf diesen politischen Prozeß, wird inhaltlich und organisatorisch Neues entstehen.

Linke Bewegung und Politik in Deutschland

1. Die Vereinigung von BRD und DDR ist eine politisch nicht mehr aufzuhaltende Entwicklung. Sie wird sich im wesentlichen im Rahmen des Artikel 23 GG vollziehen. Das ist *nicht* völlig identisch mit einem Anschluß. Nach raschen grundlegenden Schritten wird eine lange Phase der Integration folgen, in der Elemente vorheriger Selbstständigkeit weiter wirken. Besondere Einschnitte werden u.a. sein:

Rechtsordnung von Eigentumsfragen, Militär und Bündnisstatus, mögliche Verfassungsdebatte, Bodenreform, Demokratiefragen und ökologische Probleme, Regelung der Beziehungen zu den Nachbarn (insbesondere zu Polen und der UdSSR).

Im Rahmen dieser Entwicklung wird, nach generellen Entscheidungen über die Vereinigung, die Existenz oder Nichtexistenz eines eigenständigen Zentralparlamentes der DDR eine der entscheidenden Faktoren sein. Abgekürzt: Solange die Volkskammer als zentrales Parlament der DDR besteht, solange besteht, unter welchen Abhängigkeiten auch immer, die DDR. Die grundsätzlichen Fragen der Vereinigung werden mit einer gemeinsamen Verfassung und einem gemeinsamen Zentralparlament abgeschlossen sein. Das beeinflußt den Fahrplan der Herrschenden, wie die Diskussion über einen möglichen Termin und die Modalitäten "Gesamtdeutscher Wahlen" zeigt.

Dieser Prozeß ist nicht mehr offen. Offen sind die Formen und einige konkrete Inhalte, die er annimmt. Zu einem überschaubaren Zeitpunkt wird

ein kapitalistisches Deutschland entstehen, das Mitglied der EG und wahrscheinlich in irgendeiner Form mit der Nato verbunden ist.

2. Im Zuge einer solchen Entwicklung wird sich eine Annäherung der Parteien und politischen Organisationslandschaft in "beiden Teilen" vollziehen. Auch bei "grundsätzlicher" Übereinstimmung von Parteien und Organisationen in "beiden Teilen", wird das kein glatter Gang, da zumindest unterschiedliche politische Kulturen und persönliche Ambitionen aufeinandertreffen. Es wird sich in einem ungefähr ähnlichen Tempo wie der Vereinigungsprozeß vollziehen. Ein Zusammenwachsen jeweils der Sozialdemokratischen und Christdemokratischen Parteien West und Ost wird wahrscheinlich relativ rasch gehen. Die Liberalen werden einen ähnlichen Weg einschlagen. Unklar ist, ob mit CSU und DSU eine deutschlandweite Rechtspartei entsteht (Wildbad Kreuth in neuester Variante). Auf alle Fälle ist mit nennenswerten Rechtsparteien zu rechnen. Aus der gemeinsamen Fraktion von Bürgerbewegungen in der DDR könnte ein Partner von Realo-dominierten Grünen erwachsen. Die PDS ist bisher ohne Partner in der BRD.

Die Zukunft der Organisationslandschaft

Von annähernd gleicher Bedeutung wird die "Vereinigung" der Gewerkschaftsbewegungen der BRD und der DDR sein. Der Preis für eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung scheint das Gewerkschaftsgesetz der DDR und der FDGB zu sein.

3. Das ganze trifft auf eine sich in einer fundamentalen Krise befindende Linken. Im Gesamtkaleidoskop der Linken in Deutschland scheint die PDS nicht nur die zahlenmäßig größte und wahlpolitisch erfolgreichste, sondern auch die insgesamt stabilste Kraft. Was noch keine Prognose auf die Zukunft sein muß. Aber sie ist von allen Parteien der DDR wohl die typische DDR-Partei. Die Verteidigung der DDR macht wohl auch, neben der Ausstrahlung von Personen, einen guten Teil ihres Wahlerfolges aus. Dies trägt bei "gesamtdeutschen Wahlen" nicht mehr.

Die heutige Defensive der Linken ist ohne Beispiel in den letzten Jahrzehnten. In einer Krise gibt es immer auch neue Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt, und es ist richtig, darauf immer wieder die Gedanken zu konzentrieren. Aber ohne Verständnis der Ursachen der Krise wird ein Neubeginn nicht möglich sein. Die Krise der Linken wird längerfristig bestehen und nicht im Sinne einer linken Einheitsorganisation überwunden werden können. Eine solche Lösung ist weder real noch sollte sie angestrebt werden.

4. Die Krise der Linken bringt sowohl eine Verschärfung des Abgrenzungsdrucks (siehe PDS-Debatte bei den Grünen), aber auch mehr Toleranz für andere Positionen mit sich. Fast alle relevanten Fragen werden innerhalb der Linken unterschiedlich beantwortet: Markt,

Eigentum, Ökologie, Individualität, dritte Welt, Friedenspolitik, Deutschlandpolitik, Feminismus etc. Das Konzept einer Reformalternative als "Sozialismuskonzept der Bewegung" und der Sozialismus als "reale Bewegung" sind umstritten. Eine inhaltlich Debatte hat kaum begonnen. Die verschiedenen Teile der Linken verfügen über partielle Vorstellungen für die BRD - die PDS über ein Wahlprogramm für die DDR. Die kulturellen Identitäten der Linken in der BRD und der DDR sind unterschiedlich - entsprechend den unterschiedlichen Erfahrungen. Schon aus diesem Grunde würde eine schematische Ausweitung zum Beispiel der PDS auf die BRD zu einem Fiasko werden.

5. Die Notwendigkeit einer linkssozialistischen Partei oder einer linkssozialistischen Kraft in der BRD entsteht aus der "Eingriffsnotwendigkeit" in einer historischen Umbruchssituation, aus der Notwendigkeit eines modernen Politikkonzeptes und aus dem aktuellen politischen Versagen von Sozialdemokratie und Grünen in dieser Situation.

Deshalb muß ein modernes Politikkonzept der Reformalternative für Deutschland entwickelt werden, das nicht einfach in Umkehrung bisheriger Positionen von Planung auf Markt umschwenkt, das sich durchgehend der Verantwortung für die globalen Fragen, insbesondere Frieden und Ökologie stellt, das sich nicht auf den Parlamentarismus beschränkt, den Feminismus nicht nur als Losung vor sich herträgt und sich durchgehend als "Befreiungsbewegung" versteht. Daran wird zu arbeiten sein.

6. Für diese Notwendigkeit gibt es derzeit keine subjektive Basis in der Bundesrepublik. Ohne den Faktor "Deutschland" gäbe es derzeit - und in dem nächst überschaubaren Zeitraum - keine realistische Möglichkeit für eine neue linke Parteiformation. Anders sieht das wahrscheinlich für sozialistische Bewegungen aus, die Nicht-Partei sind (z.B. Sozialistisches Forum o.ä.). Eine ausschließliche Sammlung von "Resten" der ehemaligen DKP, der DKP, linken Grünen und verschiedener anderer linken Gruppen trägt nicht und wäre die sicherste Garantie, die Sache gegen den Baum zu fahren.

Hinzu kommen selbst unter diesem Teil der Linken nach wie vor tiefgehende politische und programmatische Meinungsverschiedenheiten, die eine plurale Bewegung aber nicht eine Partei aushalten kann.

7. Die aktuellen Diskussionen um eine PDS - die zugenommen haben - entspringen keinem entwickelten Stand der Aufarbeitung von linker Politik in der Bundesrepublik. Unterschiedliche Motive und Begründungen ergeben eine "Gemengelage". Dazu gehören:

- die Krise der Linke, Zusammenbruch der DKP, vollzogene oder drohende Abspaltungen in den Grünen, Auflösungstendenzen innerhalb kleinerer linker Organisationen;

- mangelnde linke Alternativen zur "Deutschlandpolitik", ein zunehmender Wille in diesem Deutschland politisch aktiv werden zu wollen, bei gleichzeitig und nicht vorhandenen Vorstellungen dafür;
- der Suche nach einer politischen Heimat, die das einzelne Subjekt wieder handlungsfähig macht;
- die Ausstrahlung und der Wahlerfolg der PDS.

Dynamik und Tempo gewinnen die Diskussionen unter dem Vorzeichen erster gesamtdeutscher Wahlen. Und in der Tat werden über solche Wahlen Termine gesetzt, über die nicht einfach hinweggegangen werden kann. Ob wir wollen oder nicht, mit den gesamtdeutschen Wahlen tritt die Frage einer Linken Partei, einer Linkssozialistischen Partei, einer PDS... in Deutschland in eine Entscheidungsphase.

8. Obwohl eine neue linke Kraft sich vor allem auf basis- **Die Gewalt der Wahlfrage** und rätedemokratische Vorstellungen, auf außerparlamentarische Bewegungen konzentrieren sollte, käme ein Verzicht, bei halbwegs(?) realistischen Chancen, eine parlamentarische Verankerung anzustreben einem linksradikalen Kursschwenk in der Frage des Parlamentarismus gleich und würde praktisch den Verzicht auf eine realistische Reformpolitik und unweigerlich ein "Abschmelzen" in kommunalen und Länderparlamenten nach sich ziehen.

Zu einer sinnvollen Kandidatur gehört nach meinen Vorstellungen als Minimum:

- eine Programmatik für Deutschland, die von Linken aus der BRD und DDR gemeinsam entwickelt werden muß,
- Kenntnisse und Kontakte im jeweils anderen Teil,
- öffentliche Debatten über die Kandidaturfrage und ein Einbringen in außerparlamentarische Bewegungen.

9. Eine solche Kraft sollte in den modernen, meinungsprägenden Teilen der Bevölkerung verankert sein und sich nicht als Opfer der Entwicklung verstehen. Sie wäre eine Oppositionskraft, Teil außerparlamentarischer Bewegungen. Wenn Wahltermine eine solche einschneidende Wirkung haben, sollten darüber hinausgehende Fragen der Organisation von Linken in Deutschland nicht unter ihrem Druck gefällt werden. Über eine "Entkoppelung von Wahl- und Parteifragen" muß nachgedacht werden. Vielleicht lassen sich Formen finden, die unter der Schwelle einer gemeinsamen Partei in Deutschland liegen und mehr einem Bündnis entsprechen. Dieser Prozeß könnte und sollte so offen sein, daß die Zustimmung zu einer neuen Linkspartei in Deutschland nicht zur Eintrittsfrage wird, sondern als ein gemeinsamer Lern- und Diskussionsprozeß organisiert wird. In diesem Kontext muß auch das Verhältnis von Parteien und Bewegungen neu durchdacht werden.

Was Parteien angeht, so scheint mir der Gedanke, sie anzukoppeln an Tätigkeit in Parlamenten, sie ihres zentralistischen Politikmodells und Stellvertreterhabitus zu entledigen und politische Arbeit in außerparlamentarischen Basisbewegungen zu leisten, außerordentlich realistisch.

10. Neue Formationen korrespondieren zumeist mit außerparlamentarischen Bewegungen. So waren die Grünen auch ein Ergebnis der Ökologie- und Friedensbewegung, die "neuen Parteien" in der DDR des gesellschaftlichen Umbruchs, und so wird die Herausbildung einer linken Partei Ergebnis des Vereinigungsprozesses in Deutschland sein. Kann sich eine solche Gründung korrespondierend mit außerparlamentarischen Bewegungen vollziehen und Ausdruck eines gesellschaftlichen Widerstandes sein? Derzeitig sind alle außerparlamentarischen Bewegungen rückläufig, während gleichzeitig der Konfliktstoff (ökologisch, sozial, Frieden, Frauenrechte etc) zunimmt. Zu prognostizieren sind schärfere soziale Auseinandersetzungen gerade im Zuge der Vereinigung. Die Auseinandersetzungen gegen Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit werden zunehmen. Und gerade weil wir uns mit den "deutsch-deutschen" Problemen auseinandersetzen, dürfen wir uns nicht den Blick auf die globalen Weltprobleme verstellen lassen.

Wie auch immer: Die Diskussion müssen jetzt aus den Hinterzimmern heraus und öffentlich werden. Sturzgeburten - gleich mit welcher Absicht - sind dieser Situation nicht angemessen.

Klaus D. Fischer

"Ich hoffe auf die gute Internationale"

Internationalismus gestern und heute

Er hoffe auf die gute Internationale, sagt der jüdische Blechschmied Jefim in dem sowjetischen Film "Die Kommissarin".

Vor 146 Jahren erhob Marx die Forderung "*zum kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*"¹, und zeigte schon an gleicher Stelle auf, wieso "*die Auflösung der bisherigen Weltordnung*" perspektivisch dem Proletariat - "*denn es ist die faktische Auflösung dieser Weltordnung*"² - zukomme.

Vier Jahre später skizzierten Marx und Engels in der "Gründungsurkunde" der kommunistischen Bewegung die dem zugrunde liegenden ökonomischen Entwicklungstendenzen, durch die "*die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet*" sowie die "*nationale Einseitigkeit und Beschränktheit (...)* mehr und mehr unmöglich (wird)"³.

Unter den spezifischen Aufgaben der KommunistInnen nannten sie hier an erster (!) Stelle, daß diese "*in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen*"⁴.

Im Kampf für "*eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist*"⁵, wollten die sich damals als Partei konstituierenden KommunistInnen "*überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände*" unterstützen und "*endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder*"⁶ arbeiten.

Mit dem Aufruf "*Proletarier aller Länder vereinigt Euch!*" wurde die Plattform des Bundes der Kommunisten beschlossen - multinational in seiner Zusammensetzung, internationalistisch in Herangehensweise und Programmatik.

Mit Beginn des 1. Weltkrieges wurde der Internationalismus der sich auf Marx und Engels berufenden internationalen Arbeiterbewegung seiner bis dahin größten Bewährungsprobe unterworfen. Noch zwei Jahre zuvor hatte der Baseler Kongreß der II. Internationale den Kampf gegen den drohenden Krieg als wichtigste Aufgabe genannt. Bekräftigt worden war die entsprechende Resolution des Stuttgarter Kongresses von 1907, in der es geheißen hatte: "*Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitende Klasse und deren parlamentarischen Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, (...) alles aufzubieten, um durch die Anwen-*

dung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch eine Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."⁷

Doch schon am Tag nach der Kriegserklärung des Deutschen Reiches an die Adresse Rußlands beschloß die (sozialdemokratische) Vorstandskonferenz der deutschen Gewerkschaften am 2.8.1914, für die Dauer des Krieges alle Lohnkämpfe und Streiks einzustellen ("Burgfriedenspolitik"); zwei weitere Tage später bewilligte der Reichstag einstimmig - d.h. mit allen Stimmen der Sozialdemokratie - die Kriegskredite.⁸ Ähnlich war die Haltung fast aller Parteien der II. Internationale - mit Ausnahme v.a. der russischen.

In polemischer Auseinandersetzung mit dem "selbst (von) chauvinistischen Vaterlandsverteidiger(n)" beschworenen "Internationalismus in Worten" bekräftigte Lenin im September des Kriegsjahres 1917 den Grundgedanken der Baseler Resolution:

"Es gibt nur *einen* wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im *eigenen* Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) *eben eines solchen Kampfes*, eben einer solchen Linie und *nur einer solchen allein* in ausnahmslos *allen* Ländern. Alles andere ist Betrug und Manilowerei."⁹

In seiner zuvor im gleichen Jahr veröffentlichten Arbeit "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" hatte Lenin unter Bezugnahme auf Äußerungen von Marx und Engels über Ursachen des Opportunismus in der englischen Arbeiterklasse dessen materielle Grundlagen (jetzt auch in anderen Ländern) untersucht und war zu folgenden Schlüssen gekommen:

"Ursachen: 1. Ausbeutung der ganzen Welt durch das betreffende Land; 2. seine Monopolstellung auf dem Weltmarkt; 3. sein Kolonialmonopol. Wirkungen: 1. Verbürgerung eines Teils des englischen Proletariats; 2. ein Teil des Proletariats läßt sich von Leuten führen, die von der Bourgeoisie gekauft sind oder zumindest von ihr bezahlt werden. Der Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat die Aufteilung der Welt unter einige wenige Staaten zu Ende geführt, von denen jeder gegenwärtig einen nicht viel kleineren Teil der 'ganzen Welt' ausbeutet (im Sinne der Gewinnung von Extraprofit) als England im Jahre 1858..."¹⁰

Nach der Oktoberrevolution gründete der von Lenin geführte revolutionäre Flügel der internationalen Sozialdemokratie Anfang März 1919 die Kommunistische (III.) Internationale. Auf ihrem 2. Kongreß (Juli 1920) verabschiedeten die Delegierten 19 Bedingungen für die Aufnahme.

Da deren Erfüllung auch unter völlig veränderten internationalen und nationalen Konstellationen für Jahrzehnte die (internationale) Politik fast aller kommunistischen Parteien prägen sollte, seien hier vier der (nicht nur für unser Thema hier) wichtigsten ganz oder teilweise zitiert:

"8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen müssen die Parteien jener Länder, deren Bourgeoisie Kolonien besitzt und andere Nationen unterdrückt, eine besonders klare und eindeutige Linie verfolgen. Jede Partei, die der III. Internationale angehören will, ist verpflichtet, die Machinationen 'ihrer' Imperialisten in den Kolonien schonungslos zu entlarven, jede Befreiungsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer eigenen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes wahrhaft brüderliche Gefühle für die werktätige Bevölkerung der Kolonien und der unterdrückten Nationen zu wecken und in der Armee ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der Kolonialvölker zu treiben.

(...)

13. Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut sein. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkriegs wird die kommunistische Partei nur dann ihre Pflicht erfüllen können, wenn in ihr eine eiserne Disziplin herrscht, die an militärische Disziplin grenzt, und wenn ihr Parteizentrum ein starkes, autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmachten ist, das das allgemeine Vertrauen der Parteimitgliedschaft genießt.

(...)

15. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale angehören will, ist verpflichtet, jede (!-d.Verf.) Sowjetrepublik in ihrem Kampf gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlos zu unterstützen....

(...)

17. Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend. Die Kommunistische Internationale, die unter Bedingungen des schärfsten Bürgerkriegs tätig ist, muß viel zentralisierter aufgebaut sein als die II. Internationale. Dabei müssen selbstverständlich die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer gesamten Tätigkeit all den mannigfaltigen Verhältnissen Rechnung tragen, unter denen die verschiedenen Parteien arbeiten und kämpfen, und dürfen allgemeinverbindliche Beschlüsse nur in Fragen fassen, in denen solche Beschlüsse möglich sind."¹¹

In den Bedingungen Nr. 8, 15 und 17 finden sich die - später zum Dogma erhobenen - "Prinzipien des proletarischen Internationalismus"¹², die

schon wenige Jahre nach Verabschiedung von Stalin und seinem Apparat als Herrschaftsinstrument gegenüber allen Parteien der Komintern genutzt werden sollte, die im Wesentlichen bis in die 80er Jahre hinein Gültigkeit behielten und bis dahin auch Grundlage des oft instrumentellen Verhältnisses der regierenden Parteien (besonders der KPdSU) gegenüber allen anderen war.

Hier im Jahre 1920 und bis zu Lenins Tod waren sie Resultat der aktuellen Einschätzung, sich international in einer "Epoche des verschärften Bürgerkrieges" (s.o.) zu befinden, einer Situation, in der es auf der "Tagesordnung" zu stehen schien - wie Lenin in seinem Referat auf dem gleichen Kongreß sagte - "die proletarische Weltrevolution, die Schaffung einer weltumspannenden Sowjetrepublik"¹³ zu vollenden.

Dies schien reale Möglichkeit, war aber auch Ausdruck von Lenins häufiger geäußerten Hoffnung auf Entlastung und Unterstützung der russischen Revolution durch Revolution(en) in höher entwickelten kapitalistischen Ländern. Besonders drastisch formulierte er dies vor dem 3. Weltkongreß der Komintern im Juni 1921:

"Entweder kommt uns die internationale Revolution zu Hilfe, und dann ist uns der Sieg ganz sicher, oder wir machen unsere bescheidene revolutionäre Arbeit in dem Bewußtsein, daß wir selbst im Falle einer Niederlage der Sache der Revolution dienen und daß unsere Erfahrungen den anderen Revolutionen von Nutzen sein werden. Es war uns klar, daß ohne die Unterstützung der internationalen Revolution, der Sieg der proletarischen Revolution (in Rußland - d. Verf.) unmöglich ist."¹⁴

Nach dem Abflauen der revolutionären Nachkriegskrise, nach Lenins Tod, nach der Proklamation des "Aufbaus des Sozialismus in einem Land" (Dezember 1927) hatte sich in der sowjetischen Partei endgültig Stalin als unumschränkt herrschender Generalsekretär durchgesetzt. Von "demokratischem" Zentralismus konnte spätestens jetzt weder in der KPdSU noch in der Komintern die Rede sein. Die entscheidenden politischen Weichenstellungen wurden nun mehr und mehr bis in die nationale Arbeit wichtiger KPs hinein von Stalin und seinem engsten Beraterkreis vorgenommen. Die verhängnisvollsten Auswirkungen hatte dabei Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre die verpflichtende Orientierung auf den Kampf gegen den "Sozialföschismus" als den Hauptfeind. Damit einher gingen Ausschaltung und Ausschluß von "Rechten" und "Versöhnlern", die sich dieser Linie widersetzten und die Aktionseinheit mit der Sozialdemokratie gegen den drohenden Faschismus anstrebten. Vollends zu Grabe getragen wurde der zur Rechtfertigungsideologie für Stalins unumschränkte Herrschaft in der Komintern pervertierte "proletarische Internationalismus" spätestens seit der Mitte der 30er Jahre. Viele der in ihrem sowjetischen Exil hilflos dem Stalinschen Repressionsapparat ausgelieferten Mitglieder von "Bruderparteien" wurden Opfer des NKWD, "unter anderem die Führungskader der kommunistischen Parteien Österreichs, Un-

garns, Deutschlands, Lettlands, Litauens, Polens, Rumäniens, Finnlands, Estlands und Jugoslawiens"¹⁵. Ende 1937 löste das Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) gar die Kommunistische Partei Polens auf Verlangen Stalins auf, weil sie angeblich völlig von Agenten des polnischen Geheimdienstes unterwandert worden war.¹⁶ Kaum eines ihrer Mitglieder überlebte das sowjetische Exil wie auch nur wenige jener schätzungsweise 1 000 deutschen KommunistInnen und AntifaschistInnen die 1940 vorgenommenen Auslieferungen an SS und Gestapo überlebten.¹⁷

Man muß heute im Grunde davon ausgehen, daß es sich bei den Führungsmitglieder zahlreicher KPs, die das sowjetische Exil überlebten, um "zuverlässige Kader" im Sinne Stalins und des NKWD gehandelt haben muß. So wirkt es im Nachhinein auch fast wie zwangsläufig, daß nach dem Krieg in den meisten "Volksdemokratien" (aber auch z.B. in der KPD) auf Geheiß des von Moskau gelenkten Kominform-Büros und unter dem Vorwand der Bekämpfung von "Titoismus" und "Trotzkismus" vorwiegend West-Emigranten den gewaltigen Partei-"Säuberungen" zum Opfer fielen.¹⁸

Auch nach der Auflösung von Komintern und Kominform und nach dem Tode Stalins änderte sich im Prinzip nichts am überkommenen Verständnis des "proletarischen Internationalismus". Auch ohne den offiziellen Zentralismus der Komintern wurde - bei wenigen Ausnahmen - bis weit in die 80er Jahre hinein ein "informeller" Zentralismus als Kernbestandteil des "proletarischen Internationalismus" befolgt. Eine mittelbare Folge dessen war v.a. in Westeuropa eine Verkümmerng der Fähigkeit und ein Rückgang der Bereitschaft der KPs zu horizontaler Kooperation, eine Degenerierung der Kontakte zu einem weitgehend fruchtlosen "Diplomatismus" ohne schöpferischen Meinungsstreit und ohne praktische Ergebnisse.

Letzte "Weiterentwicklung" dieses Internationalismus-Dogmas war der "sozialistische Internationalismus"¹⁹, der die Legitimationsbasis für das "Recht" des KPdSU-Politbüros abgab, in "Bruderstaaten" zu intervenieren, wenn es dort das von ihm exportierte Sozialismus-Modell in Gefahr sah.

Natürlich wäre es nicht die ganze Wirklichkeit, würde man übersehen, daß sich in all den Jahren Millionen von KommunistInnen gleichzeitig von wirklich internationalistischen Gefühlen und Auffassungen leiten ließen, daß von ihren Parteien umfangreiche praktische Solidarität geleistet wurde - von der Unterstützung der chinesischen Revolution seit den 20er Jahren über die Solidarität mit Vietnam bis hin zur solidarischen Hilfe für die BefreiungskämpferInnen unserer Tage. An dieser Stelle würde es zweifellos zu weit führen, der Frage nachzugehen, inwieweit sich die herrschenden, stalinistisch geprägten Partei- und Staatsbürokratien der "realsozialistischen" Länder im jeweils konkreten Fall vom weiterwirkenden Impuls des marxistischen Internationalismus oder von macht-

**Das mühsame
Ende von Komin-
tern und Komin-
form**

politischem Kalkül ("der Feind meines Feindes ist mein Freund") leiten ließen.

Zweifellos bleibt aber auch richtig: ohne die Herausbildung des "sozialistischen Weltsystems" nach dem 2. Weltkrieg, ohne die schnelle Überwindung der Folgen dieses Krieges durch die UdSSR und ihren Aufstieg zur Weltmacht wäre das Kolonialsystem nicht so "schnell" zusammengebrochen, hätten viele Völker der Dritten Welt ungleich größere Opfer beim Kampf um ihre nationale Unabhängigkeit bringen müssen.

Konnte bis Mitte der 70er Jahre die Einschätzung, sich in einer "Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus" zu befinden, eine gewisse, von realen Veränderungen im weltweiten Kräfteverhältnis genährte Plausibilität beanspruchen²⁰, so war sie doch angesichts der Stabilität der entwickeltsten kapitalistischen Länder²¹, der realen (Un)Möglichkeit, in der Dritten Welt nichtkapitalistische Entwicklungswege zum Sozialismus erfolgreich beschreiten zu können, und vor allem angesichts der welthistorisch prinzipiell neuen Situation, die sich aus dem Entstehen globaler Probleme ergab, realitätsfremd und verfehlt.

Es konnte deshalb für KommunistInnen von diesem Zeitpunkt an eigentlich auch nicht mehr "nur" um eine Befreiung ihres Internationalismusverständnisses von stalinistischen Deformationen gehen, sondern um eine radikale, den grundlegend veränderten Gegebenheiten Rechnung tragende Neudefinition.

Einen Durchbruch in diese Richtung hätte der Diskussionsbeitrag von Antonio Rubbi, damals Mitglied des ZK der PCI, mit dem Titel "Der neue Internationalismus" in der Nr. 1/1977 der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" in der internationalen kommunistischen Bewegung auslösen können (bzw. müssen). Ausgehend von der Herausbildung globaler Probleme (er benutzte den Begriff zwar nicht, benannte sie aber im einzelnen) und neuer sozialer Bewegungen kam Rubbi zu der Auffassung, daß "angesichts der neuen Maßstäbe der sich auf internationaler Ebene entwickelnden Bewegung... die Definition des Internationalismus als 'proletarischer' einschränkend geworden ist und der neuen sozialen Wirklichkeit nicht entspricht", und daß es darauf ankomme, daß "der Internationalismus... mit den vor der Welt stehenden wichtigsten Problemen verbunden sein und dabei von den jeweiligen Erfordernissen der nationalen Wirklichkeit ausgehen (muß)"²².

Verbunden wurden diese Überlegungen mit der impliziten Ablehnung der Allgemeingültigkeit des sowjetischen Sozialismusmodells, mit der Erwartung, daß der Sozialismus in Westeuropa mit einer "weitere(n) Entwicklung der Demokratie einhergehen..., bei maximaler Entwicklung der Rechte und Freiheiten des Menschen (sich) vollziehen (werde)", und daß "die sich aus der Geschichte dieser Länder selbst ergebende Vielfalt (Pluralität)... garantiert sein (würde)". Der Artikel schloß mit der Bekräftigung, daß der "neue Internationalismus" auch die "Notwendigkeit neuer

Beziehungen, die auf der Anerkennung der Autonomie und Gleichberechtigung jeder Partei beruhen"²³, beinhalten müsse.

Die Gelegenheit für eine schöpferische Diskussion wurde gründlich verpaßt. Gebetsmühlenartig wurde in zahlreichen folgenden Artikeln der "proletarische Internationalismus" als "die nichtrostende Waffe der Arbeiterklasse"²⁴ verteidigt.²⁵

Die prägnanteste, zusammenfassende Abrechnung mit dem "neuen Internationalismus" erschien zwei Jahre später: Juri Krassin und Boris Leibson warfen seinen VerfechterInnen vor, "sich still und leise vom Bekenntnis zur führenden Rolle der Arbeiterklasse fortzuschleichen, den proletarischen Internationalismus in der Solidarität sämtlicher antiimperialistischer Massenbewegungen aufgehen zu lassen und des Klasseninhalts zu berauben"²⁶. In scharfer Abgrenzung brachten sie noch einmal die "spätstalinistische" Definition des "proletarischen Internationalismus" auf den Punkt: er sei "sowohl ein Prinzip der Politik als auch eine ethische Kategorie und eine Norm der Beziehungen marxistisch-leninistischer Parteien untereinander"²⁷. Praktisch heiße das u.a.: "Im System internationalistischer Wechselbeziehungen der revolutionären Kräfte in der Welt müssen sich zwangsläufig Schwerpunkte der Solidarität herauskristallisieren. Die internationale Solidarität der kommunistischen Parteien mit dem vietnamesischen Volk während der amerikanischen Aggression z.B. war ein solcher Schwerpunkt. Jetzt ist es (wieder?! - d.Verf.) das sozialistische Weltsystem."²⁸

"Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Selbständigkeit" als "Normen der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien... haben für Kommunisten einen Sinn nur (! - d.Verf.) im Rahmen des proletarischen Internationalismus, nicht aber in Entgegensetzung wider ihn."²⁹ Wer also Breshnews (Honeckers etc.) Politik nicht vorbehaltlos unterstützt, verteidigt und vertritt, verrät den "proletarischen Internationalismus", gehört also im Grunde nicht in die Reihen der kommunistischen Weltbewegung.

Wenden wir uns nun kurz der Weltlage am Ausgang des 20. Jahrhunderts zu, um daraus Schlußfolgerungen für einen adäquaten Internationalismus heute ziehen zu können.

Alle mit den entsprechenden Fragen befaßten WissenschaftlerInnen gehen (z.T. schon längere Zeit) davon aus, daß

1. die Anhäufung und weitere Ausbreitung eines gewaltigen Arsenal von Massenvernichtungswaffen, das die Menschheit mehrfach vernichten könnte,
2. die fortschreitende (von manchen Experten schon für irreversibel gehaltene) Zerstörung der Biosphäre unseres Planeten und
3. die schnell zunehmende Verelendung von etwa der Hälfte der Menschheit in der Dritten Welt

**Abrechnungen
des alten Inter-
nationalismus**

ein miteinander verwobenes Bündel globaler Problemlagen bilden, dessen rasche Bewältigung zum kategorischen Imperativ unserer Generation geworden ist, soll die Menschheit insgesamt über die ersten Jahre/Jahrzehnte des kommenden Jahrtausends hinaus überhaupt noch existieren.³⁰ Mit fast 20jähriger Verspätung ist diese Erkenntnis nach 1985 von Gorbatschow auch in großen Teilen der kommunistischen/sozialistischen Bewegung verankert worden. Auf der 19. Parteikonferenz der KPdSU faßte er den Kerngedanken seiner Politik wie folgt zusammen:

"Wir waren bemüht, von den Positionen der Gegenwart, für die die anwachsende nukleare Gefahr, die Verschärfung anderer globaler Probleme und die zunehmende Internationalisierung aller Prozesse in der Welt - einer immer ganzheitlicheren und bei all ihrer Widersprüchlichkeit von immer mehr wechselseitigen Abhängigkeiten durchzogenen Welt - charakteristisch sind, die dem Marxismus ursprünglich immanente Idee der Verknüpfung von klassenmäßigen proletarischen und allgemeinemenschlichen Interessen tiefer gedanklich zu erfassen. Das führte uns zu dem Schluß, daß in unserem Zeitalter die allgemeinemenschlichen Werte den Vorrang haben. Das ist der Angelpunkt des neuen politischen Denkens."³¹

Konkreten, praktischen Ausdruck fand dies auf der Ebene globaler zwischenstaatlicher Kooperation in den "Vorschlägen über die Schaffung eines allumfassenden Systems des internationalen Friedens und der Sicherheit", die der 42. Vollversammlung der UNO im Herbst 1987 unterbreitet wurden.³² Sie basieren im Einzelnen

- auf der Voraussetzung, daß alle Massenvernichtungswaffen beseitigt werden;
- auf allgemeiner Abrüstung bis zur allgemeinen Angriffsunfähigkeit;
- auf der Demokratisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen bei Gleichberechtigung und gleicher Verantwortung;
- auf der Schaffung internationaler ökonomischer und ökologischer Sicherheit;
- auf der globalen, umfassenden Verwirklichung der Menschenrechte.

Die Vielzahl empfohlener praktischer Maßnahmen erweiterte und konkretisierte Gorbatschow noch in seiner UNO-Rede im darauffolgenden Jahr, indem er

- die gemeinsame "Suche nach einem prinzipiell neuen Typ des industriellen Fortschritts" verlangte;
- die "Freiheit der Wahl" (des politischen und wirtschaftlichen Systems) zu einem "allgemeingültigen Prinzip" erklärte,
- und weitere, z.T. detaillierte Vorschläge für die Lösung der Probleme der Unterentwicklung, der ökologischen Bedrohung und der Abrüstung machte.³³

Viele gleichartige Konzeptionen wurden in den vergangenen Jahren von oppositionellen Parteien und Bewegungen in den entwickelten kapitalistischen Ländern ausgehend von der jeweiligen nationalen Situation für verschiedene dieser Politikfelder entwickelt.³⁴ Zur Grundlage von Regierungspolitik wurden sie in diesem Teil der Welt allerdings bisher nirgends. Das wird aber zu einer immer drängenderen Notwendigkeit:

"Die Menschheit als Ganzes unter den heutigen Bedingungen in einem umfassenden System internationaler Sicherheit und in der kreativen Kooperation der Staaten der Weltgemeinschaft als Subjekt zu formen, das mit größtmöglicher Einheitlichkeit und Zielstrebigkeit handelt, um das Überleben und die friedliche Zukunft der Völker zu gewährleisten und die anderen akuten Daseinsprobleme zu lösen - das ist die große weltgeschichtliche Aufgabe der Gegenwart..."³⁵

In seinem Aufsatz über "Moral und Verantwortung in der Wissenschaft - Die Menschenrechte als Grundlage des Wissenschaftsethos"³⁶ wies Hans Jörg Sandkühler m.E. schlüssig die Notwendigkeit, aber auch die Existenz allgemeingültiger "Maßstäbe des Verhaltens in der Welt und der planmäßigen Gestaltung der Welt"³⁷ für alle Individuen (und implizit Organisationen) nach:

"Noch wirkt keine globale Perspektive, die universell genug ist, alle Menschen, und konkret genug, jeden Menschen als Verhaltensmaßstab zu leiten. Daß sie nicht wirkt, heißt nicht, daß sie fehlt. Es gibt sie. Diese Perspektive lautet *Humanismus*."³⁸

Im folgenden zeigte er auf, daß es

"keinen detaillierteren Normenkatalog für ein humanistisches moralisches Verhalten (gibt)" als die Menschenrechte. Diese "bilden einen universellen Verbund politischer *und* ökonomischer *und* sozialer *und* kultureller Rechte (...), die Grundlage einer universellen Widerstandsmoral gegen jede Zerstörung natur- und menschengeschichtlicher Zukunft.(...) Ihre Werte stehen in Opposition zu jeder Moral der Herrschaft partikulärer Interessen.

Von der Bill of Rights, Virginia, 12. Juli 1776, bis zur Internationalen Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 12. Dezember 1966 zieht sich ein roter Faden von Generationen der Erweiterung und Konkretisierung der Rechte der Menschen. 1776 hieß es bereits: 'Alle Menschen sind von Natur aus gleichermaßen frei und unabhängig'. Und heute können wir handeln unter Berufung auf die 'Erkenntnis >so die Konvention 1966<, daß im Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte >vom 10. Dezember 1948< das Ideal freier Menschen, die frei von Furcht und Not sind, nur erreicht werden kann, wenn Verhältnisse geschaffen werden, unter denen jeder seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sowie seine politischen und Bürgerrechte genießen kann.' Diese Rechte sind verpflichtend, für Staaten wie für Personen, für die Allgemeinheit wie für die Wissenschaft."³⁹

Die Universalität der Menschenrechte

Hinzuzufügen bleibt hier noch das bislang wenig beachtete "Recht auf Entwicklung" (Erklärung der UNO-Generalversammlung v. 4.12.1986) als Menschenrecht der "dritten Generation", dessen Artikel 1 festschreibt:

"Das Recht auf Entwicklung ist ein unveräußerliches Menschenrecht, kraft dessen alle Menschen und Völker Anspruch darauf haben, an einer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung, in der alle Menschenrechte und Grundfreiheiten voll verwirklicht werden können, teilzuhaben, dazu beizutragen und daraus Nutzen zu ziehen.

Das Menschenrecht auf Entwicklung bedingt auch die volle Verwirklichung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung, wozu vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen der beiden internationalen Menschenrechtspakte auch die Ausübung ihres unveräußerlichen Rechts auf uneingeschränkte Souveränität über alle ihre natürlichen Reichtümer und Ressourcen gehört.⁴⁰

Die Universalität (d.h. das die ganze Welt umfassende, für sie insgesamt gültige Wesen) des "Verhaltensmaßstabes Humanismus" ist die Konsequenz aus der neuen Epoche, in der der Menschheit für immer ihre Unsterblichkeit genommen wurde, und sie verleiht dem Humanismus zugleich einen zutiefst internationalistischen Charakter. Daraus folgt umgekehrt, daß ein Internationalismus, der diesem Verhaltensmaßstab nicht gerecht wird, nicht wirklich umfassend internationalistisch sein, sondern letztlich auch nur partikuläre Interessen verfolgen kann. Internationalismus und Humanismus werden eins.

In diesen neuen, humanistischen Internationalismus fügen sich alle anderen Internationalismen (gewerkschaftlicher, christlicher, humanitärer, antiimperialistischer etc.) ein. Er bildet sich schon seit einiger Zeit auf allen Kontinenten und in allen Gesellschaftsordnungen in Diskussion und Praxis heraus und fördert die Bereitschaft zum regionalen und globalen Zusammenwirken; einem Zusammenwirken, das auf Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung basiert, in dem Ansprüche auf ein Wahrheitsmonopol und eine Führungsrolle beliebiger Partner zurückgewiesen werden, das von der Lernfähigkeit und -bereitschaft aller Beteiligten ausgeht und lebt und deshalb den offenen und öffentlichen, kritischen und selbstkritischen, solidarischen Dialog voraussetzt.

Besondere Verantwortung bei der Bewältigung der globalen Probleme kommt natürlich jenen Gesellschaften (als Ganze und in ihren Teilen) zu, die maßgeblich zu ihrem Entstehen und zu ihrer Verschärfung beitragen und beitragen, die aber zugleich auch über die größten ökonomischen und technologischen Potenzen für diese Aufgabe verfügen. Dazu zählen an vorderster Stelle wir hier in der Bundesrepublik. Neues internationalistisches Handeln muß deshalb in diesem Land

- ein friedensfähiges Deutschland erkämpfen, in dem Rüstungsexporte verboten sind, in dem Rüstungsproduktion auf sozial nützliche und der

Entwicklung der Dritten Welt dienliche Produktion umgestellt wird, das mit Milliardenbeiträgen, die durch Abrüstung frei werden, über den UNO-Fonds "Abrüstung für Entwicklung" einen substantiellen Beitrag zur Beseitigung von Unterentwicklung, Hunger, Krankheiten und Massensterben in der Dritten Welt leistet;

- eine vollständige Streichung der Schulden der Entwicklungsländer herbeiführen und die Bundesregierung zu einer konstruktiven Haltung gegenüber einer neuen, gerechten Weltwirtschaftsordnung sowie zu einer Entwicklungshilfepolitik bewegen, die diesen Namen verdient;
- eine Ökologisierung der Produktivkräfte erkämpfen, die zur Stabilisierung der Biosphäre beiträgt, jeden Giftmüll-Export hinfällig machen und den Raubbau an den natürlichen Ressourcen v.a. der Dritten Welt beenden würde;
- das Verbot von Investitionen in und des Handels mit rassistischen und faschistischen Staaten erwirken und die Gleichstellung von Arbeitskräften ausländischer Niederlassungen deutscher Konzerne mit den einheimischen Belegschaften erkämpfen;
- die Frage nach der sozial-, umwelt- und entwicklungspolitischen Verträglichkeit von Produkten und Lebensweisen thematisieren, ins öffentliche Bewußtsein und ins tägliche Leben transportieren;
- sowie Antirassismus und Internationalismus zu alltäglich gelebten Grundwerten machen.

Integraler Bestandteil des neuen Internationalismus ist natürlich auch die Solidarität mit dem Befreiungskampf in Afrika, Asien und Lateinamerika gegen (Interventions-) Kriege und nationale Unterdrückung, gegen neokolonialistische Abhängigkeit und Ausbeutung. Diese Solidarität trägt dazu bei, in den demokratischen und sozialen Bewegungen, in der gesamten Bevölkerung Bewußtsein und Verantwortungsgefühl für die katastrophale Lage der großen Mehrheit der Menschheit zu wecken, die Legitimität ihrer Forderungen und Kämpfe zu vermitteln, und durch die Darstellung der großartigen kulturellen Vielfalt der Menschheit, Völkerfreundschaft zu entwickeln und eine internationalistische, solidarische Grundeinstellung zu fördern.

MarxistInnen sollten sich auf allen Feldern ihres Wirkens von diesem komplexen, neuen, humanistischen Internationalismus leiten lassen. Der Imperativ des Marx'schen materialistischen Humanismus, wonach "der Mensch das höchste Wesen für den Menschen"⁴¹ ist, muß (wieder) uneingeschränkt, universell gelten.

Internationalismus und die Solidarität mit der Dritten Welt

¹ K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: K. Marx/F. Engels, *Ausgewählte Werke in sechs Bänden*, Band 1, Frankfurt/M. 1972, S. 18

² ebd., S. 24

- 3 K. Marx, F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEAW 1, S. 420
 4 ebd., S. 429f
 5 ebd., S. 438
 6 ebd., S. 451
 7 zit. nach: Fünfundsiebzig Jahre Industriegewerkschaft 1891 bis 1966, hrsg. von der IG Metall, Frankfurt/M. 1966, S. 175
 8 vgl. G. Fülberth, Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg 1914 - 1918, in: J. v. Freyberg u.a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863 - 1975, Köln 1975, S. 54
 9 W.I. Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei), in: W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Band 3, Frankfurt/M. 1971, S. 92f - "Manilowerei": nach einer Figur aus Gogols Roman "Die toten Seelen"
 10 W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: LAW 2, S. 748f
 11 W.I. Lenin, Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale, in: LAW 5, S. 632-635
 12 so die Zwischenüberschrift in Die internationale kommunistische Bewegung, Gesamtdirektion W.W. Sagladin, Berlin (DDR) 1984, S. 543
 13 W.I. Lenin, Referat über die internationale Lage und die Hauptaufgaben der Kommunistischen Internationale (19. Juli 1920), in: LAW 5, S. 660
 14 W.I. Lenin, Referat über die Taktik der KPR (5. Juli 1921), in: W.I. Lenin, Werke, Band 32, Berlin (DDR) 1970, S. 503; vgl. zu dem Problem auch: K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie, in: K. Marx/F. Engels, Werke, Band 3, Berlin (DDR) 1981, S. 34f, und AG Sozialismus der MASCH Köln, Perestroika als Chance für ein modernes, aufgeklärtes Sozialismusverständnis, in: Reader "Marxismus in Zukunft", Köln 1989, S. 68ff
 15 Die Kommunistische Internationale. Eine Bilanz ihrer Tätigkeit, in: Sowjetunion heute, Köln, Nr. 3/1989, S. 42
 16 vgl. F. Firsov/I. Jashborowskaja, Auf Stalins Befehl, in: Neue Zeit, Moskau, Nr. 2/1989, S. 38ff
 17 vgl. H. Weber, "Weiße Flecken" in der Geschichte, Frankfurt/M. 1989, S. 36ff; vgl. auch die persönliche Schilderung ihres Leidensweges durch Margarethe Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, München 1949
 18 vgl. u.a. Laszlo Rajk und Komplizen vor dem Volksgericht, Berlin (DDR) 1949, S. 3ff, dok. in: K.W. Fricke, Warten auf Gerechtigkeit. Kommunistische Säuberungen und Rehabilitierungen. Bericht und Dokumentation, Köln 1971, S. 133ff; Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky. Beschluß des ZK v. 20. Dezember 1952, in: Dokumente der SED, Band IV, Berlin (DDR) 1954, S. 199ff, dok. in: ebd., S. 166ff
 19 vgl. Die kommunistische Weltbewegung. Abriß der Strategie und Taktik, Gesamtdirektion W.W. Sagladin, Frankfurt/M. 1973, S. 429f
 20 um nur einige Beispiele zu nennen: Aufbau des Sozialismus auf Kuba in den 60er Jahren, Sieg Vietnams über die US-Aggression, Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreiches, Sturz der faschistischen Regimes in Griechenland, Portugal und Spanien etc.
 21 daß diese Stabilität u.a. daraus resultiert(e), daß "abtropfende" Teile des neokolonialistischen Extraprofits "die Arbeiter der unterdrückenden Nation bis zu einem gewissen Grade (zu) Teilhaber(n) ihrer Bourgeoisie bei der Ausplünderung der Arbeiter (und der Masse der Bevölkerung) der unterdrückten Nation" macht(e) - W.I. Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus, in: LW 23, S. 48 - wurde verdrängt und fand in der praktischen Politik keine Berücksichtigung; seit Lenins Hinweis auf diesen Tatbestand sind diese Extraprofite zudem von ca. "8 - 10 Milliarden Francs" auf ca. 400 Milliarden Dollar gestiegen - vgl. die Berechnung von H. Faulwetter/U. Hoffmann, Die Ausbeutung der Entwicklungsländer durch den Imperialismus, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin (DDR), Nr. 4/1984, S. 595ff
 22 Probleme des Friedens und des Sozialismus (PFS), Prag, Nr. 1/1977, S. 112f
 23 ebd., S. 115

- 24 so die Überschrift des Artikels von Michael O'Riordan, Generalsekretär der KP Irlands, in: PFS Nr. 2/1977, S. 221
 25 vgl. u.a. Adam Wirth, Der internationale Faktor in der Leninschen Revolutionstheorie, in: PFS Nr. 3/1977, S. 368ff; Ib Nörlund, Weshalb der proletarische Internationalismus aktuell ist, in: ebd., S. 376ff; Amath Dansoko, Proletarischer Internationalismus und revolutionärer Prozeß in Afrika, in: ebd., Nr. 5/1977, S. 644ff; Boris Ponomarjow, Geschlossenheit der Kommunisten - sicherer Weg zum Erfolg der Sache des Friedens und des Sozialismus, in: ebd., Nr. 7/1977, S. 875ff - der Verfasser will nicht verhehlen, daß er in jenem Jahr und für lange Zeit von diesen "Widerlegungen" des "neuen Internationalismus" vollauf überzeugt war
 26 J. Krassin/B. Leibson, Revolutionäre Theorie und revolutionäre Politik, Moskau 1979 (russ.), zit. nach: Sozialismus: Theorie und Praxis, Moskau, Nr. 5/1980, S. 39
 27 ebd., S. 36
 28 ebd., S. 43
 29 ebd., S. 45; vgl. im Rückblick auf diese Kontroversen: Der "neue Internationalismus" - ein Drama mit glücklichem Ausgang? (Gespräch mit A. Rubbi), in: PFS Nr. 4/1989, S. 525ff
 30 aus marxistischer Sicht vgl. Globale Probleme der Zivilisation, hrsg. v. I.T. Frolow, Düsseldorf 1988
 31 zit. nach: Die Wahrheit - Garantie für eine bessere Zukunft, Düsseldorf 1988, S. 11
 32 vgl. M. Gorbatschow, Realität und Garantien für eine sichere Welt, in: Sowjetunion heute Nr. 10/1987, S. 1ff
 33 vgl. Sowjetunion heute Nr. 1/1989, S. 1ff
 34 hier nur zwei Beispiele aus der BRD: Thesen zur Umsetzung einer umwelt- und sozialverträglichen Weltarbeitsteilung der Konferenz der Nord-Süd-Kampagne, Bonn, im Februar 1989 (hektogr.); L. Volmer, Entwicklung als Befreiung - Umriss einer Nord-Süd-Politik, Bonn 1989 (hektogr.)
 35 W. Eichhorn, Geschichtliche Vernunft. Geschichtsphilosophische Aspekte des Wirkens für Frieden und Fortschritt, in: Der Frieden und die politische Theorie der Gegenwart, hrsg. v. K.-H. Röder, Berlin (DDR) 1988, S. 22
 36 Reader "Marxismus in Zukunft", S. 78ff
 37 ebd., S. 80
 38 ebd., S. 83
 39 ebd., S. 92f
 40 Vereinte Nationen, Bonn, Nr. 6/1987
 41 K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, a.a.O., S. 18

Vorankündigung

Gemeinsame Tagung des IMSF e.V. und der Redaktion
"Sozialismus" (VSA-Verlag)

**Perspektiven jenseits der 35-Stunden-Woche
- Gewerkschaften in den neunziger Jahren"**

am 6./7. Oktober 1990
in Frankfurt am Main, Haus der Jugend

Nachfragen und Anmeldungen an die Adresse

IMSF e.V.
Kölner Straße 66
6000 Frankfurt 1

V o r s c h a u

Z - Nr. 3

erscheint im September
mit dem Schwerpunktthema

"Abschied von der Reformalternative?"

und

Internationale marxistische Diskussion
AusländerInnen in der DDR
Marxismus und Demokratie
Triumphalismus und Wirtschaftsdaten
Sozialismus und Zivilisation

Hartwig Zander

"Die Nacht der Bleistifte": Ereignis und Gedächtnis in Argentinien

Traktat über Lesen und Leseerfahrung

Es ist mit dem Bilde der Stadt und der Menschen dasselbe wie mit dem Bilde der geistigen Zustände. Die neue Optik, die man auf sie gewinnt, ist der unzweifelhafte Ertrag eines russischen Aufenthaltes. Mag man auch in Rußland noch so wenig kennen - was man lernt, ist Europa mit dem bewußten Wissen von dem, was sich in Rußland abspielt, zu beobachten und zu beurteilen. ... Heimkehrend findet man vor allem eins: Berlin ist eine menschenleere Stadt.

(Walter Benjamin, Moskau)

Begreifen wir Lesen als einen Vorgang, den wir an uns selbst erfahren, so können wir an ein Ereignis denken, das uns aus dem Kontinuum unseres Alltags herausführt. Selten nur trifft uns dieser Schnitt unvermittelt. Der Bruch, der sich zwischen den Erfahrungen auftut, aus denen der Lesestoff gemacht ist, und dem Material, aus dem sich unsere eigene Erlebniswelt bildet, wird schon dadurch abgeschwächt, daß wir als Leser in den Kalkül des Textes treten, der mit Leseverhalten experimentiert. Diese Regel setzt sich insbesondere in jener Art literarischer Produktion durch, die, wie die theoretische, dem Produzenten nahelegt, das, was der Leser noch nicht kennt, habe linear an das sich anzuschließen, was der Leser weiß. So gilt, daß das literarische Produkt bereits im Vorgang seiner Herstellung an einer Leseerfahrung teilhat, aus der auch wir Anleitungen für unsere Lektüre entnehmen.

Tritt einmal der Fall ein, daß zwischen den Erfahrungen, aus denen der Lesestoff gemacht ist, und unserem Lesen nichts mehr zusammengeht, weil die Exotik der einen mit der Gemütlichkeit des anderen sich nicht mehr verträgt, so bleibe immer noch der Ausweg einer Übersetzung, die den Lesestoff unter genauer Berechnung der geläufigen Gewohnheiten unseres Lesens neu ins Werk setzt. Allerdings ist diese Art der Verträglichung, dies lehrt der Umgang mit Übersetzungen, ohne Verzicht auf Leseerfahrung in der Regel nicht zu bewerkstelligen. Vielmehr stellt sich ein übersättigtes Lesen ein; ein Lesen, das sich selbst nicht mehr erfährt.

Dem europäischen Leser der "Nacht der Bleistifte" ist die Erfahrung verwehrt, aus der der Stoff gemacht ist. Deshalb montiere ich die stofflichen Bauteile als Voraussetzungen einer sich selbst erfahrenden Lektüre. Gelingt die Montage, so wäre dem deutschen Text Leseerfahrung als historische Konstellation mitgegeben. So etwas kann nur der Ertrag eines argentinischen Aufenthaltes sein. Er resultiert aus der genauen Beobachtung des

Materials und seiner Verfügbarkeit in einer konkreten Konstellation, an deren Bildung das Buch einen gewichtigen Anteil besitzt.

Das Experiment über die Bildung von Lesen hat einen genau bemessbaren Ausgangspunkt, den es zwar ständig überschreitet, im Zweifelsfall aber immer wieder aufgreifen kann: die Abweichungen zwischen dem Original und der deutschen Ausgabe. Nach Maßgabe dieser Regel kann der Versuch folgendermaßen beginnen: Das Codewort soll Alfredo Fernandez gefunden haben. Er gab der Operation den Namen "Die Nacht der Bleistifte". Auf den Haftbefehl für die Schülerin Maria Claudia Falcone vermerkte er unter dem Stichwort "Grad der Gefährlichkeit": "gering". Die sieben Schülerinnen und Schüler des Colegio Nacional in La Plata "verschwanden" einfach, wehrlos.

Gewöhnlich leitete Fernandez die kriminalpolizeilichen Ermittlungen in der Provinz von Buenos Aires. Seine Behörde hatte ihren Sitz in La Plata, der Provinzhauptstadt. Samt ihrem Leiter unterstand die Behörde zu jener Zeit dem Oberbefehl des Heeres. Auf dem erhalten gebliebenen Haftbefehl - in der Regel "verschwanden" diese Papiere mit den durch sie bezeichneten Personen - steht links oben "Argentinisches Heer", darunter "ICIA 601". Fernandez unterstützte logistisch die Operationen des Bataillons Nr. 601. Dieses Bataillon war eigens für Aufgaben der inneren Sicherheit geschaffen worden. Es bestand aus einer nicht genau bekannten Anzahl flukturierender "grupos de tareas", autonom operierender Einsatzkommandos. Jedes Kommando umfaßte zwölf bis fünfzehn Männer. Nominell waren sie Angehörige der Streitkräfte; die meisten arbeiteten als Geheimdienstler; alle standen sie im Offiziersrang. Das Bataillon Nr. 601 operierte bis 1978 hauptsächlich in der Provinz von Buenos Aires. Anschließend beteiligte es sich am Militärputsch in Bolivien. Ab 1979 begann es, von Honduras aus, mit dem Aufbau gegenrevolutionärer Eingriffe in Nicaragua. Zur Zeit des Malvinenkrieges wurde es formell aufgelöst.

In der Regel operieren die Kommandos mit vier, fünf nicht identifizierbaren Wagen. Sechs bis acht häufig verummte Männer brechen in die Wohnungen ein, brüllen die Anwesenden an und werden handgreiflich. Sie verschleppen ein oder zwei, überrumpelte und verschreckte Personen und nehmen mit, was ihnen so in die Finger fällt, so am 16.9.1976 in La Plata um 0.30, um 2.35, um 4.40 und um 5.00; den letzten überlebenden Zeugen der "Nacht der Bleistifte" griffen sie fünf Tage später, um 4.00. Es ist gar nicht mal so sicher, daß die operativen Kommandos in der Nacht des 16.9.1976 auch den oder die greifen, um die es geht. Wenn zufällig zwei beisammen sind, "verschwinden" eben beide: die terroristische Diffusion von Gewalt erweist sich als unberechenbar. Auf dem Haftbefehl werden wir vergeblich einen Grund für die Festnahme suchen. Das wäre auch grotesk; denn dann hätte auf dem Schriftstück als Anlaß vermerkt werden müssen: "Störung der öffentlichen Ordnung wegen verbilligter Schülerkarten". Das Zeugnis des Schülers, der überlebte, lenkt auf eine andere Spur.

Es ist offenbar, daß keine und keiner der Heranwachsenden eines politischen Gehalts wegen "verschwindet".

Hier scheint vielmehr etwas stattzufinden, was um seiner selbst willen geschieht. Abläufe eines Vorgangs ('proceso'), die sich nicht mehr begreifen lassen; die sich noch Jahre später als Alptraum äußern. So rückt der 'Alptraum' ins Zentrum des Buches. Er ist der Punkt, auf den die Komposition des Textes zuläuft.

Drei Teile verknüpfen den Text zu einem Buch. Dem mittleren, der den Buchtitel trägt und vom "Alptraum" handelt, gehen die in der historischen Konstellation des "Sturms" gefügten Porträts der "Heranwachsenden" voran. Ihm folgt die Wiederherstellung des "Gedächtnisses", eine Zusammenstellung von 'Habeas-Corpus'-Spuren, Nachforschungen, Erinnerungen - bis hin zu diesem und an deren Büchern als Darstellungen zurückgewonnener Erfahrung. Den härtesten Gang tut der überlebende Zeuge. Er stellt seinen Alptraum, die Wochen und Monate gelebter Vernichtung, ausgelöschte Lebenszeit, die es genausowenig gibt wie es "Verschwundene" gibt, dem "Gedächtnis" zur Verfügung, das die Methodik der Vernichtung aufbricht.

Losgelöst von der Objektivierung des "Gedächtnisses" geht der Alptraum in die Traumatisierung des Erlebten ein: das Unerträgliche auszustellen, das Nicht-Sichtbare dem Blick zu öffnen, der von außen eindringt.

Sprechen wir also von dem, was sich ausstellen läßt, von "Verfahren", von "Operationen", von "Exekutoren", kurz, davon, wie eine bestimmte Verfügung ins Werk gesetzt wird; davon, daß wir aus der Kenntnis der hier wirkenden Vorgänge Erfahrungen gewinnen können, die auf uns gerichtet sind.

In Argentinien fand zwischen März 1976 und September 1979 ein nichtdeklariertes Krieg statt, ein Krieg mitten im Alltag, ein Krieg auf niedriger Stufe, ein Krieg, vor dem die Mehrheit der Bevölkerung, die weiter ihren Geschäften nachging, durch eine militärische Besetzung geschützt wurde; ein lautloser Krieg, von dem sie nichts wissen will und von dem sie deshalb auch nichts sieht und hört; ein Krieg, den die, die ihn führten, niemals begründeten und der deshalb einfach "el proceso" hieß; ein Krieg, dessen Führung sich rationaler Berechnung entzog. Die Personen, die in diesem dreieinhalbjährigen Krieg mitwirkten, verhielten sich als Elemente an einem Vorgang. Nie aber handelten sie, bezogen auf ein Motiv, eine Absicht, einen Zweck. "Solo contaba el método", kommentierte, Jahre später, ein Oberst. Mit der Verselbständigung eines einfachen Vorgangs sollte sich die klassische Definition des Krieges, Mittel eines diesen transzendierenden Zwecks zu sein, zur Forderung verkehren, Krieg von nun an als zweckloses Mittel zu denken, als reines Mittel. Es hat ganz den Anschein, als sei die Sache, um die es während des Vorgangs ging, nur durch die Methodik der reinen Mittel zu definieren. Hierzu gehören

Äußerungen eines anderen Offiziers, der wie viele seiner Kollegen in den 60er Jahren von Angehörigen der "Französischen Mission" ausgebildet wurden. Das waren OAS-Offiziere, die ihre Schulung im algerischen Kolonialkrieg erhalten hatten. Verwundert hatte er gefragt, gegen wen die Taktik der Kolonialkriegsführung angewandt werden sollte, wenn nicht gegen das eigene Volk.

Nun dürfen wir vermuten, daß dieser Offizier im Laufe seiner Ausbildung bemerkt haben wird, daß die in der Aufstandsbekämpfung erfahrenen Franzosen wußten, daß und wie man einen Krieg wenngleich nicht gegen "das eigene Volk", so doch inmitten der Zivilbevölkerung führt. In Algerien, einem Krieg, der bereits der "schmutzige" hieß, waren hierfür spezielle "Dispositifs opérationnels de protection" gebildet worden. Mit der für sie eigens entwickelten Methodik militärischen Handelns sollten sie die öffentliche Aufmerksamkeit von dem politischen Gehalt des Volksaufstandes fort und auf die Techniken seiner Ausführung hinlenken. Die Technik der Niederschlagung des Aufstandes sollte dessen Durchführung als ihr wechselseitiges Korrelat definieren. Das setzte voraus, daß der Einsatz der Mittel freigegeben wurde; daß die Frage nach der Berechtigung der eingesetzten Mittel sich als falsch gestellte Frage erwies und die Bekämpfung eines Volksaufstandes operational als Vorgehen gegen eine Handvoll "subversiver Elemente" bezeichnet wurde. Die Verselbständigung der Mittel habe, so die spätere Lehre, in die Veralltäglichsung militärischer Verfahren einzumünden.

Der Begriff einer Sache, die in Argentinien "Der Prozeß" genannt wurde, geht uns an. Wir werden einer Sache nachgehen, die durch die "operationalen Dispositive" terminologisch festgelegt wurden. Hier haben sich, in den Jahren zwischen 1956 und 1976, lexikalisch die Gewichte verschoben. Es geht nun nicht mehr um den - gerechten - Schutz definierbarer Bevölkerungsgruppen, sondern um ein bloßes Abstraktum: die "innere Sicherheit" und die diese regelnden Verfügungen. An deren Begriff wird sich der Gehalt des "Gedächtnisses" bilden, das wir suchen.

Zu Beginn unseres Weges stehen Bruchstücke, Mosaiksteine aus Erfahrungen Anderer: "Das brauchst Du nicht - aber nimm den Roman mit! - Hier, das habe ich gefunden, steck Dir das ein! - Kennst Du die Gespräche mit Gelman, die in seinem römischen Exil aufgezeichnet wurden?". Mit der Einführung solcher Mosaiksteine in die Wiederherstellung des verlorenen Gedächtnisses beginnt auch die Rückführung der Lektüre dieses Buches in die eigene Leseerfahrung: der Ertrag eines argentinischen Aufenthaltes.

Nach dem Zusammenbruch der Militärherrschaft verlangten die Menschenrechtsorganisationen die Bildung einer unabhängigen parlamentarischen Untersuchungskommission. Der gewählte Präsident, Alfonsín, lehnte diese Forderung ab. Stattdessen setzte er eine "Nationale Untersuchungskommission" ein, die allein ihm, der Exekutive, zugeordnet

war. Sie wurde beauftragt, jeden einzelnen bekannt gewordenen Fall von Menschenrechtsverletzung zu dokumentieren. Deren Leitung übertrug er Ernesto Sábato, einem großen Schriftsteller und würdigen alten Herrn. Seine Person verkörperte, in den Augen der Exekutive und der Bevölkerung, die Unparteilichkeit der Nachforschungen und die Distanz den Geschehnissen gegenüber, welche die Nachforschungen ans Tageslicht bringen sollten. Unparteilich und distanziert lautete in jenen Tagen das Prädikat, das denen zugeschrieben wurde, welche die Überzeugung teilten, es habe da zwei Parteien, Gegner gegeben, die gegeneinander Krieg geführt hätten. Da es sich um einen "schmutzigen", "subversiven" Krieg handelte, hießen die Gegner "Dämonen". Aus dieser Überzeugung resultierte die offizielle "Doktrin der beiden Dämonen". Im ersten Jahr des Militärregimes war Sábato gemeinsam mit Jorge Borges, noch berühmter, würdiger und ergrauter als er selbst, einer Einladung des damaligen Juntachefs, Videla, gefolgt. Sie speisten. Wenig verband sie miteinander, wäre da nicht das Alter und die gemeinsame, von der Bevölkerungsmehrheit geteilte Sorge vor dem 'Chaos' gewesen, das die provozierten, die eben just in diesem Augenblick "im Sturm heranwachsen".

Die in die Konstellation des "Sturms" gesetzten Porträts der sieben Heranwachsenden erinnern daran, daß die Vergreisung der vergangenen und die Zerstörung der Zukunft einer kommenden Generation so manches miteinander zu tun haben. "Jugend" besitzt hier einen genauen politischen Gehalt. In ihr stellt sich der Peronismus der siebziger Jahre als politische Bewegung dar. Aufgebrochen 1968/69 aus langen Jahren des Widerstands, siegreich 1973 in der zweiten Generation, verkörpert "Jugend" von nun an den gesellschaftlichen Gehalt einer nationalen Befreiungsbewegung. "Sturm" stellt als Metapher aus, was eine historisch alternde Bourgeoisie an "Jugend" zurückweist: die Bewegung auf die soziale Befreiung hin, die das Gefühl weckt, mit "Jugend" breche die Gewalt in die gesellschaftlichen Verkehrsformen ein.

Die "Nacht der Bleistifte" erschien am 25. Juli 1986. Bis zum 16. September 1987 wurde das Buch siebenmal aufgelegt. Der Fernsehfilm gleichen Namens erreicht fast alle Haushalte. "Die Nacht der Bleistifte" avanciert zum Ereignis innerhalb des Ereignisses. Nirgends wird der konkrete Weg, den die Erinnerung durchläuft um sich zu kollektiven Erfahrung zu bilden, so deutlich sichtbar wie an diesem Fall. Ein Volk sieht, wie es selbst an der Wiederherstellung seines "Gedächtnisses" arbeitet. Dieses Gedächtnis, in dem sich die Erinnerungen der Einzelnen vergegenständlichen, ist sein Ereignis. Blicken wir genauer hin, so erkennen wir, wie das sich bildende "Gedächtnis" Zeiträume absteckt; Zeiträume, die eine Erinnerung durchlaufen muß, um zur Erfahrung einer Kollektivität zu gerinnen. Der Titel des Buches gemahnt an einen Zeitpunkt, mit dem wahrscheinlich begonnen werden sollte, an eine Begebenheit des 29. Juli 1966. In dieser Nacht bricht das Militärregime des Generals Onganía brutal in die Hochschulen ein und zerstört deren autonome, seit der Reform von 1918 drittelparitä-

tisch zusammengesetzte Selbstverwaltung. Die Nacht trug den Namen "La noch de los batones largos", "Die Nacht der langen Stöcke".

Wir suchen ein Terrain, von dem aus die Lektüre ihre eigenen Optik auf die Wirklichkeit richtet. Das Terrain heißt "Leseerfahrung". Dieses Terrain wollen wir gewinnen. Zunächst jedoch hätten wir die Stelle zu bezeichnen, bei der die Lektüre einsetzt. In der Perspektive einer noch ungefestigten Leseerfahrung suchen wir die Markierungen, an denen die Lektüre sich hält, soll sie sich selbst erfahren. Sie bildet sich, wie wir wissen, aus dem Stoff, aus dem die Welt unserer eigenen Sinneserlebnisse besteht. Auf sie hätten wir einen kritischen Blick zu werfen; von ihr uns abzugrenzen. Zu fragen wäre nach der Optik, in der sich unsere Wahrnehmung einrichtet, nach den Bildern, aus denen sich unsere Vorstellung einer "Nacht der Bleistifte" zusammensetzt. Denn von den Vorstellungen, die wir uns hiervon machen, gehen die Abstraktionen aus, in denen wir uns hierüber verständigen. Die Reizquelle, aus der sich die Bilder speisen, die unsere Vorstellungen affektieren, ist die Ungeheuerlichkeit der Tat, welche die "Nacht der Bleistifte" dokumentiert. Vor ihr erschauern wir. Zugleich aber findet in unseren Vorstellungen etwas statt, das wir Entzug der Phantasie durch mediale Überfülle nennen könnten. Wir stellen an unseren Sinneserlebnissen einen Vorgang fest, den wir als Homogenisierung der Einbildungskraft bezeichnen, als Optik unseres Blicks auf Zustände, die wir, in verständiger Abstraktion, schon immer gewußt haben. So bleibt unsere Perspektive den Dingen gegenüber geprägt durch die einfache Verschiedenheit zwischen einer uns entgegentretenden Sache und den eigenen Sinneserlebnissen, deren Bilder uns das Gefühl medial vermittelter Sicherheit gewähren. Die optisch inszenierte Überfülle geht einher mit unserer Betroffenheit den Opfern gegenüber. Einfach, und weil einfach, deshalb zugleich abstrakt manifestiert sich die Verschiedenheit zwischen "uns" und "jenen", da "jene" nur als entlegene Punkte in unsere Wahrnehmung treten. So verschmelzen "deren" Elend und "unser" Grauen zu einer einzigen Wahrnehmungskategorie. "Wer ein Buch liest, in dem von Schmerzen die Rede ist, wird ... etwas wie einen von sehr weit her geworfenen Schatten dieser Schmerzen fühlen" (J. Ph. Reemtsma). Von dem Schatten meinen wir, er verberge etwas. So blicken wir angestrengt auf ihn, weil wir etwas suchen, was "hinter" ihm sei. Unser Blick soll die einfache Realität, die uns gegenübersteht, gleichsam durchleuchten. Doch verkennen wir nur, daß der Schatten ein Indiz der eigenen Einbildungskraft ist, der Überfülle der Bilder. Messen wir nicht den Grad unsrer Entrüstung, unsrer Empörung und unsrer Solidarität den Geschehnissen gegenüber, die aus der Ferne auf uns zukommen, an dem reichhaltigen Bild von Elend und Grauen, das wir uns selbst machen und das uns eben deshalb so leicht eingeht.

Von den durch mediale Überfülle erzeugten Vorstellungen soll die Konstruktion einer Leseerfahrung befreien. Diese setzt sich der medialen Flut endlos gleicher Bilder entgegen. Ihr Gegenstand ist gerade nicht Elend

und Grauen, sondern das *Gedächtnis*, zu dem sich ein Volk bildet. Insofern diese Bewegung eine dialektische ist, die Bildung des *Gedächtnisses* die Bilder von Elend und Grauen "nichtet", beziehen wir sie negativ auf uns selbst. Bedeutung Einbildungskraft immer auch, das Objekt an Kriterien zu messen, die unsere Erlebniswelt setzt, so wird diese, in der entgegengesetzten Bewegung, an dem *Gedächtnis* negiert, das sich wiederherstellt.

Indessen dürfte es uns nicht leicht fallen, einzusehen, daß, lösen wir uns von den reichhaltigen Bildern der eigenen Optik auf die Dinge, wir uns zugleich von der verständigen Abstraktion befreien, die uns so leicht zur Hand ist.

Am 28. April 1983, im Zuge der "Übergabe" der Regierungsgewalt an eine zukünftige zivile Exekutive, legte die fünfte und letzte Militärjunta das "Abschlußdokument" einer mehr als siebenjährigen militärischen Machtausübung vor. Das Motiv, das die Generäle bewog, an die Öffentlichkeit zu treten, war eine Generalamnestie; eine Forderung, die Argentinien's Innenpolitik noch heute in Atem hält. Kernpunkt der Amnestie ist die Bewertung der Politik der "inneren Sicherheit" und ihrer Methodik. Sprachregelungen wurden getroffen, welche die Neigung vieler Menschen fördern sollten, "innere Sicherheit" an der durch sie definierten Sache, "Terrorismus", "Subversion", und nicht an ihrer Methodik, der Vernichtung zu messen. So bezeichnete das Dokument die Operationen der Einsatzgruppen, also der "Gruppen mit besonderen Aufgaben", verwaltungstechnisch als "actos de servicio", "Diensttätigkeiten". Dabei hatten die Militärs von der Sache, mit der sich diese Dienste zu "befassen" hatten, einen äußerst operativen Begriff.

Als im März 1976 die "innere Sicherheit" zur Staatsdoktrin erhoben wurde, als mit Ausnahme der Gewerbefreiheit alle gesellschaftlichen Tätigkeiten "der Exekutive zur Verfügung standen", zögerten einige Offiziere im Landesinnern noch, die mit den peronistischen Basiseinheiten kooperierenden "Dritte-Welt-Priester" sofort zu liquidieren. Sie warnten. Befragt, was denn an ihrer priesterlichen Arbeit "subversiv" sei, wurde ihnen geantwortet: "Unir los pobres". Als "subversiv" galt die Gesellung. Die Priester sollten ihre Tätigkeit auf die "spirituelle Seelsorge" beschränken, darauf, daß das Individuum seinen Blick auf sich selbst, die Priester ihren auf die Individualisierung des Individuums richten.

Die Sache, um die es ging, war die "Verteidigung der Freiheit". "Freiheit" stellt sich der "inneren Sicherheit" als ein Prozeß unabschließbarer Individualisierung dar. Eine Jugend, die hier ausbrach, die sich gesellte, mußte als Bedrohung der Freiheit erscheinen. "Ausbrechen", das lehrt die Lektüre, bildet sich als "Heranwachsen im Sturm" ab. Denn "Ausbrechen" verweist auf Befreiung, auf etwas, was mit der Verteidigung der Freiheit nicht verträglich ist. In der Konstellation der frühen 70er Jahre bedeutet "Ausbrechen" Widerstand.

Im Oktober 1989 verfügte der zweite zivile Präsident der argentinischen Postdiktatur eine Amnestie und einen Straferlaß. Die Verfügung kam jenen Offizieren zugute, die beschuldigt worden waren, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Im Gegenzug amnestierte Menem eine Handvoll ehemaliger Kader der Montoneros, die entweder als Geiseln ohne Gerichtsverfahren in Untersuchungshaft saßen oder bisher noch nicht aus dem Exil zurückgekehrt waren. Die Amnestie und der Straferlaß sind das Erbe einer nunmehr sechs Jahre währenden Vergangenheitsbewältigung. Diese durchzieht, einem roten Faden gleich, die "Doktrin der beiden Dämonen". Mit ihrer Verkündung, im Dezember 1983, begann die Epoche der Postdiktatur.

Am 13. Dezember ließ Alfonsín, der soeben die Leitung der Exekutive übernommen hatte, zwei Erlasse bekanntgeben. Der zweite leitete die Strafverfolgung der Militärjungen ein, die zwischen 1976 und 1983 die politische Macht usurpiert hatten. Er legte ihnen Völkermord sowie die weiteren Verbrechen "Freiheitsberaubung", "physische und psychische Vernichtung von Gefangenen", "Folter", "Mißachtung der sexuellen Selbstbestimmung", "Sklaverei", "Kindesraub" und "Plünderung" zur Last. Ihm ging, nur um Stunden, ein anderer Erlaß voraus. Dieser eröffnete die Strafverfolgung gegen ehemalige Guerrillakader, die im Exil überlebt hatten. Sie wurden beschuldigt, zwischen dem 25. Mai 1973, dem Tag, an dem der damalige Präsident Campora eine Amnestie aller politischen Gefangenen verfügte, und dem 24. März 1976, dem Tag des Putsches, folgende Straftaten begangen zu haben: "Totschlag" bzw. "Mord", "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung", "Anstiftung zu Straftaten", "Verherrlichung von Straftaten" sowie verschiedener "Delikte gegen die öffentliche Ordnung". Das Motiv der Beschuldigungen führt uns zu den Schülern und Schülerinnen zurück, die in eben diesen Jahren "im Sturm heranwuchsen". Gruppen von Personen hätten, so das Argument, politisch unter Anwendung von Gewalt gehandelt, in der Absicht, durch Ausübung von Zwang sich die Macht anzueignen. Diese Gruppen hätten sich häufig aus einer Jugend rekrutiert, "die, begierig nach Gerechtigkeit, und weil sie die Wege und Mittel demokratischen Zusammenlebens nicht kannten, das Land und seine Bewohner der Gewalt und der Unsicherheit unterworfen" hätten.

Dieser Vorgang vom Dezember 1983 weckt unsere Aufmerksamkeit. An ihm beobachten wir, wie Erinnerungslosigkeit politisch in Szene gesetzt wird. Die "Doktrin der beiden Dämonen" bietet der Bevölkerung, die in ihrer großen Mehrheit den Blick nicht zurückwenden will, weil sie ihn dann auf sich selbst richten müßte, zur Bewältigung zwei gesellschaftliche Gruppen an, von denen sie sich gleichermaßen distanzieren und denen sie zu gleichen Teilen die Schuld für die herrschenden Zustände zuweisen kann. Deren Inbegriff heißt Gewalt; und Gewaltlosigkeit beschreibt die Welt, welche die schweigende Mehrheit stets für sich reklamiert hat. Beide "Dämonen" illustrieren ihr, jeder für sich, die Unterwerfung der Politik unter die Gewalt, der "Dämon Militär" und der "Dämon Jugend". Als die

ersteren die Gewalt der letzteren "Subversion" oder "Terrorismus" nannten, taten sie dies mit Billigung durch die Bevölkerungsmehrheit. Als die letzteren sich daranmachten, gegen die ersteren das "Gedächtnis" des argentinischen Volkes wiederherzustellen, stand die Mehrheit abseits. Wieder einmal war die Geschichte an ihr vorbeigegangen.

"Dämon" für die einen, "Sturm" die anderen. Wir werden dem "Sturm" Konturen geben, ihn als Konstellation nachzeichnen. Denn aus dem "Sturm" wächst der Widerstand, aus diesem das sich befreiende "Gedächtnis". Eine Lektüre, die an die Repression verhaftet bliebe, genügt nur der europäischen Optik auf die Opfer. Erst die "Befreiung" als der historische Gehalt, als den sich das "Gedächtnis" wiederherstellt, negiert die verzerrende Optik, richtet den Blick auf die Leseerfahrung, an der wir arbeiten.

Der "Sturm" erhob sich 1973, mit den Vorgängen um die Rückkehr Perons aus dem spanischen Exil. Nach achtzehn Jahren der Unterdrückung hatten die Peronisten im australen Herbst 1973 einen triumphalen Wahlsieg errungen. Nur - wessen Triumph war das? War das der Triumph der aus einem bereits legendär verklärten Widerstand hervorgegangenen "Jugend", oder war das der einer in der Kollaboration erstarkten Partei- und Gewerkschaftsbürokratie? Die Gesellschaftsentwürfe, die diese antagonistischen politischen Kräfte mit der Rückkehr Perons verbanden, standen sich unversöhnbar gegenüber.

Für die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, in deren Augen der Verzicht der Militärs auf die weitere Machtausübung ein Ergebnis zäher Verhandlungen bildete, sollte Peron in ein durch sie "befreites" Land heimkehren; "befreit" von dem traditionellen Programm der Exportoligarchie, das wirtschaftliche Freiheit frei von politischer Demokratie verhieß; das keinen Widerspruch zwischen der Freiheit unbeschränkten Wirtschaftens und der Unfreiheit der Bevölkerung zuließ. Die Heimkehr Perons sollte eine Epoche abschließen, die mit dem Sturz Perons begann, mit dem sanften Übergang in einen Peronismus ohne Peron endete.

In der Sicht der peronistischen Jugend, die zwar ohne Peron, doch im peronistischen Widerstand aufgewachsen war, versinnbildlichte Perons Rückkehr eine revolutionäre Situation, die den Beginn einer neuen Epoche ankündigte, die der Vereinheitlichung von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung. Mit ihr zieht der "Sturm" herauf.

Am "Sturm" schärft die Leseerfahrung ihre Aufmerksamkeit für die gegenständlichen Konturen, aus denen sich das "Gedächtnis" formt. Der "Alptraum" hingegen geht uns unmittelbar nichts an. Wir haben solange zu warten, bis es uns gelingt, ihn aus den Schmerzen, dem Trauma des Erlebens, aus dem Ansichsein eines Menschen in das Fürsichsein des "Gedächtnisses" zu übertragen. Das "Gedächtnis" eines Volkes ist gebrochen, vielfach vermittelt und weist in seinen Bewegungen auf gegenständli-

Im Oktober 1989 verfügte der zweite zivile Präsident der argentinischen Postdiktatur eine Amnestie und einen Straferlaß. Die Verfügung kam jenen Offizieren zugute, die beschuldigt worden waren, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Im Gegenzug amnestierte Menem eine Handvoll ehemaliger Kader der Montoneros, die entweder als Geiseln ohne Gerichtsverfahren in Untersuchungshaft saßen oder bisher noch nicht aus dem Exil zurückgekehrt waren. Die Amnestie und der Straferlaß sind das Erbe einer nunmehr sechs Jahre währenden Vergangenheitsbewältigung. Diese durchzieht, einem roten Faden gleich, die "Doktrin der beiden Dämonen". Mit ihrer Verkündung, im Dezember 1983, begann die Epoche der Postdiktatur.

Am 13. Dezember ließ Alfonsín, der soeben die Leitung der Exekutive übernommen hatte, zwei Erlasse bekanntgeben. Der zweite leitete die Strafverfolgung der Militärjungen ein, die zwischen 1976 und 1983 die politische Macht usurpiert hatten. Er legte ihnen Völkermord sowie die weiteren Verbrechen "Freiheitsberaubung", "physische und psychische Vernichtung von Gefangenen", "Folter", "Mißachtung der sexuellen Selbstbestimmung", "Sklaverei", "Kindesraub" und "Plünderung" zur Last. Ihm ging, nur um Stunden, ein anderer Erlaß voraus. Dieser eröffnete die Strafverfolgung gegen ehemalige Guerrillakader, die im Exil überlebt hatten. Sie wurden beschuldigt, zwischen dem 25. Mai 1973, dem Tag, an dem der damalige Präsident Campora eine Amnestie aller politischen Gefangenen verfügte, und dem 24. März 1976, dem Tag des Putsches, folgende Straftaten begangen zu haben: "Totschlag" bzw. "Mord", "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung", "Anstiftung zu Straftaten", "Verherrlichung von Straftaten" sowie verschiedener "Delikte gegen die öffentliche Ordnung". Das Motiv der Beschuldigungen führt uns zu den Schülern und Schülerinnen zurück, die in eben diesen Jahren "im Sturm heranwachsen". Gruppen von Personen hätten, so das Argument, politisch unter Anwendung von Gewalt gehandelt, in der Absicht, durch Ausübung von Zwang sich die Macht anzueignen. Diese Gruppen hätten sich häufig aus einer Jugend rekrutiert, "die, begierig nach Gerechtigkeit, und weil sie die Wege und Mittel demokratischen Zusammenlebens nicht kannten, das Land und seine Bewohner der Gewalt und der Unsicherheit unterworfen" hätten.

Dieser Vorgang vom Dezember 1983 weckt unsere Aufmerksamkeit. An ihm beobachten wir, wie Erinnerungslosigkeit politisch in Szene gesetzt wird. Die "Doktrin der beiden Dämonen" bietet der Bevölkerung, die in ihrer großen Mehrheit den Blick nicht zurückwenden will, weil sie ihn dann auf sich selbst richten müßte, zur Bewältigung zwei gesellschaftliche Gruppen an, von denen sie sich gleichermaßen distanzieren und denen sie zu gleichen Teilen die Schuld für die herrschenden Zustände zuweisen kann. Deren Inbegriff heißt Gewalt; und Gewaltlosigkeit beschreibt die Welt, welche die schweigende Mehrheit stets für sich reklamiert hat. Beide "Dämonen" illustrieren ihr, jeder für sich, die Unterwerfung der Politik unter die Gewalt, der "Dämon Militär" und der "Dämon Jugend". Als die

ersteren die Gewalt der letzteren "Subversion" oder "Terrorismus" nannten, taten sie dies mit Billigung durch die Bevölkerungsmehrheit. Als die letzteren sich daranmachten, gegen die ersteren das "Gedächtnis" des argentinischen Volkes wiederherzustellen, stand die Mehrheit abseits. Wieder einmal war die Geschichte an ihr vorbeigegangen.

"Dämon" für die einen, "Sturm" die anderen. Wir werden dem "Sturm" Konturen geben, ihn als Konstellation nachzeichnen. Denn aus dem "Sturm" wächst der Widerstand, aus diesem das sich befreiende "Gedächtnis". Eine Lektüre, die an die Repression verhaftet bleibe, genügt nur der europäischen Optik auf die Opfer. Erst die "Befreiung" als der historische Gehalt, als den sich das "Gedächtnis" wiederherstellt, negiert die verzerrende Optik, richtet den Blick auf die Leseerfahrung, an der wir arbeiten.

Der "Sturm" erhob sich 1973, mit den Vorgängen um die Rückkehr Perons aus dem spanischen Exil. Nach achtzehn Jahren der Unterdrückung hatten die Peronisten im australen Herbst 1973 einen triumphalen Wahlsieg errungen. Nur - wessen Triumph war das? War das der Triumph der aus einem bereits legendär verklärten Widerstand hervorgegangenen "Jugend", oder war das der einer in der Kollaboration erstarkten Partei- und Gewerkschaftsbürokratie? Die Gesellschaftsentwürfe, die diese antagonistischen politischen Kräfte mit der Rückkehr Perons verbanden, standen sich unversöhnbar gegenüber.

Für die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, in deren Augen der Verzicht der Militärs auf die weitere Machtausübung ein Ergebnis zäher Verhandlungen bildete, sollte Peron in ein durch sie "befreites" Land heimkehren; "befreit" von dem traditionellen Programm der Exportoligarchie, das wirtschaftliche Freiheit frei von politischer Demokratie verhielt; das keinen Widerspruch zwischen der Freiheit unbeschränkter Wirtschaftens und der Unfreiheit der Bevölkerung zuließ. Die Heimkehr Perons sollte eine Epoche abschließen, die mit dem Sturz Perons begann, mit dem sanften Übergang in einen Peronismus ohne Peron endete.

In der Sicht der peronistischen Jugend, die zwar ohne Peron, doch im peronistischen Widerstand aufgewachsen war, versinnbildlichte Perons Rückkehr eine revolutionäre Situation, die den Beginn einer neuen Epoche ankündigte, die der Vereinheitlichung von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung. Mit ihr zieht der "Sturm" herauf.

Am "Sturm" schärft die Leseerfahrung ihre Aufmerksamkeit für die gegenständlichen Konturen, aus denen sich das "Gedächtnis" formt. Der "Alptraum" hingegen geht uns unmittelbar nichts an. Wir haben solange zu warten, bis es uns gelingt, ihn aus den Schmerzen, dem Trauma des Erlebens, aus dem Ansichsein eines Menschen in das Fürsichsein des "Gedächtnisses" zu übertragen. Das "Gedächtnis" eines Volkes ist gebrochen, vielfach vermittelt und weist in seinen Bewegungen auf gegenständli-

che Konstellationen. Am konstruktiven Umgang mit jener Übertragung des erinnerten Alptraums in das vergegenständlichte "Gedächtnis" sollte unsere Lektüre definitiv in das bewußte Wissen der "argentinischen Zustände" umschlagen. Deshalb ist die Leseerfahrung, gleich wohl sie unsere Sache ist, nicht der terminus ad quem, auf den hin das in ihr dargestellte "Gedächtnis" sich gleichsam von sich aus zur Wirklichkeit wendet. Den terminus ad quem bildet vielmehr die wirkliche Bewegung, welche das "Gedächtnis" an sich selbst vollzieht. Doch welche Bewegung? Die, welche sich durch die Leseerfahrung hindurch auf unsere Wirklichkeit richtet: "El proceso", ein zweckloser militärischer Vorgang, die Destruktion als reines Mittel, oder, technischer gewendet: *Innere Sicherheit als Methodik*.

Im Vorfeld der inneren Sicherheit. In der historischen Konstellation lateinamerikaner Befreiungsbewegungen bezeichnete Widerstand den Entwurf der "Jugend" auf die eigene Zukunft. Mit den Volksaufständen der Jahre 68 und 69 drang das ganze Potential gesellschaftlicher Kräfte, das der Widerstand an die nächste Generation weiterreichte, ins öffentliche Bewußtsein. Der Entwurf auf die soziale Befreiung nahm Gestalt an in den Fabrikkommissionen, in den politischen Basiseinheiten, der sozialmedizinischen Versorgung der Arbeiterwohnviertel, in den Agrarkommunen, der Volkserziehung, in der Öffnung der Universitäten: überall dort, wo die Menschen aus der mit militärischen Zwangsmitteln auferlegten Individualisierung heraustraten.

Das gespannte Kräfteverhältnis zwischen den "Kollaborateuren" und der "Jugend" befand sich zu jener Zeit im Stillstand. Der Stillstand wurde durch einzelne Akte paramilitärischer Brutalität, durch Massaker und Attentate immer wieder erschüttert. Bis zum Ende der Amtszeit Perons, also Juli 1974, standen die beiden Stützen der zukünftigen Repression, die physische Liquidierung der Personen und die bürokratische (später militärische) Besetzung der Institutionen, noch unverbunden nebeneinander. Erst nach dem Tode Perons, als das mächtige Wohlfahrtsministerium unter Lopez Rega den Tötungskommandos seinen Apparat als Logistik zur Verfügung stellte, ging der labile Stillstand in eine Phase offener Verrohung über. Innerhalb des nächsten Jahres töteten die Killerkommandos des Ministeriums ca. 500 Personen, in der Mehrzahl Kader der "Jugend". Die Streiks und Fabrikbesetzungen im australen Winter 1975 brachten den Wohlfahrtsminister zu Fall. Dessen Apparat wurde durch einen militärischen Handstreich entworfen. Die Welle politisch motivierter Morde ebte ab. Die Institutionen indessen blieben besetzt. In die Zeit zwischen dem australen Frühjahr 1975 und dem australen Winter 1976 fallen die Vorgänge, die die im Buch gezeichneten Porträts der Heranwachsenden umrahmen.

Doch bereits zu Beginn dieses Zeitraums, im Frühjahr, unbemerkt von der Öffentlichkeit, erhielten die Streitkräfte die legalen Vollmachten, Dispositive der inneren Sicherheit ins Werk zu setzen.

Die Methodik. Im Mai 1987 legte die Exekutive dem Kongreß einen Gesetzesentwurf vor. Das Gesetz hatte nur einen Sachverhalt zu regeln, den "Befehlsnotstand". Im Grunde genommen handelte es sich um die juristische Ergänzung jener Absolution, die der Oberste Gerichtshof, mit knappster Stimmenmehrheit, im Dezember 1986 den Oberkommandierenden der drei Teilstreitkräfte erteilt hatte. Beide Male geht es, wenngleich unter entgegengesetzten Vorzeichen, um die Normativität des Rechtsbegriffs der Täterschaft. Im Anhang der argentinischen Ausgabe der "Nacht der Bleistifte" sind die Urteilsbegründungen abgedruckt, die sich argumentativ auf die Aussagen des überlebenden Zeugen stützen. Das zuständige Gericht hatte den Tatbestand der Freiheitsberaubung anerkannt. Zu überprüfen hatte es nun die strafrechtliche Verantwortung. Konnten die Richter begründet annehmen, daß die in der Sache beschuldigten Befehlshaber der Teilstreitkräfte von den bezeugten Vorgängen soweit Kenntnis hatten, daß sie sie auch veranlaßt haben mußten. Das Gericht verneinte den Tatbestand der Kenntnis. Gegen die mit diesem Spruch verbundene Auffassung von der nur unmittelbar wirkenden Taturheberschaft legte der Generalstaatsanwalt Berufung ein. Mit drei gegen zwei Stimmen lehnte der Oberste Gerichtshof die Berufung ab; Befehlsgewalt im Sinne unmittelbarer Taturheberschaft habe nicht nachgewiesen werden können. Zweifel an der dogmatischen Geltung des Begriffs wurden zurückgewiesen.

Das Gesetz vom Mai 1987 sollte also den Exekutoren, in der Regel gehemdienstlich tätigen Offizieren, billigen, was ihren Vorgesetzten bereits Recht war.

Wie zu erwarten war, mußte sich das "exposé des motifs" der Gesetzesvorlage zu Fragen der Methodik des "anti-subversiven Krieges", zur Methodik der "inneren Sicherheit" äußern. Der Text weckt Verständnis für die psychischen Konstitution der Exekutoren. Natürlich wolle ihnen niemand post festum die faktische Macht absprechen, im Einzelfall zu entscheiden, wer "verschwindet", wer nicht. Gleichwohl hätten sie nicht autonom, sondern im psychischen Zustand eines ihr Handeln konditionierenden Notstandes gewirkt. Sie seien "indoktriniert" worden, "die Menschennatur (condición humana) des Feindes zu leugnen und, hiervon überzeugt, eine operative Methode anzuwenden, die in dieser Leugnung der Menschennatur gründet. ... Diese Methode" habe mit großer Wucht eingeschlagen und ein "moralisches Klima geschaffen, in dem jeder, der diese Charakterisierung des Feindes nicht teilte, als dessen Vertrauter galt".

Das Wort "Indoktrinierung" könnte auf eine falsche Spur lenken; so als ob es Motive gegeben habe, die der Exekution, also der Methodik, vorgegangen sei. Gewiß gab es eine vielfältig einsetzbare verständige Rhetorik. Diese kreiste um Abstraktionen, die auch uns leicht eingehen, den christlichen Kämpfer, der die abendländische Freiheit gegen die Subversion, den Terrorismus, das Imperium des Bösen verteidigt. Doch einen ideologi-

schen Gehalt würden wir in diesen rhetorisch beliebig gestaltbaren Varianten der Doktrin nationaler Sicherheit vergeblich suchen.

"Innere Sicherheit" heißt die Sache, um die es bei der Gewinnung von Leseerfahrung geht. Definiert wird sie durch die Bewegungen ihrer Methodik. Deren operative Vollzüge gilt es Stück um Stück freizulegen.

In ihrem Minderheitsvotum stellen die beiden Richter am Obersten Gerichtshof denn auch lapidar fest, die "Operativität" der argentinischen Streitkräfte wirke als "innere Sicherheit", innerhalb einer subkontinentalen Gesamtstrategie - der security's doctrine, wie wir hinzufügen könnten.

Deren Methodik setzt sich aus drei Teilen zusammen, die sowohl nacheinander wie miteinander operativ eingesetzt werden können: der Neutralisierung des Umfelds; der Vernichtung; der Beseitigung der Ursachen.

Die Neutralisierung des Umfelds. Unter diesem Begriff fällt die Ausnutzung der legalen und der im nachhinein legalisierten Handlungsspielräume, um Verfügungen zur "inneren Sicherheit" ins Werk zu setzen. Die legale Handhabung, durch die jeweilige Exekutive einen Ausnahme- bzw. Belagerungszustand verkünden zu lassen, bestand seit 1966. In diesem Jahr hatten die Streitkräfte zum ersten Mal als Institution die Staatsgewalt usurpiert. Zuvor hatten sich immer einzelne Offiziere der Exekutive bemächtigt. Doch die Verkündung des Ausnahmezustandes hat, unter methodischen Gesichtspunkten, noch nichts mit "innerer Sicherheit" zu tun. Der Ausnahmezustand definiert nur die Besetzung der Institutionen durch das regierende Militär. Anders stellt sich die Lage im australen Sommer 1975 dar. Mit dem Geheimerlaß vom Februar 1975 ermächtigte die Exekutive das Militär, auf einem von diesem selbst ausgewählten Territorium "das Handeln der subversiven Elemente zu neutralisieren und/oder zu vernichten". Von einem Anti-Guerrillakrieg konnte ernsthaft keine Rede sein. Selbst der zuständige Befehlshaber gab später unumwunden zu, die militärische Kapazität der "Subversion" hätte sich zwischen 300 und 500 Personen bewegt. Die Neutralisierung des Umfeldes diente allein der experimentellen Erprobung der "inneren Sicherheit". Dazu zählte übrigens auch, daß störende Einflüsse, wie die Killerkommandos des damaligen Wohlfahrtsministers, sich aus dem Experimentalfeld zurückzogen.

Die Vernichtung. Auf dem ihm verfügbar gemachten Experimentalfeld erprobte das Heer folgende Verfahren der "inneren Sicherheit": Organisieren eines taktischen Untergrundes, der zukünftige Diensthandlungen gegenüber Strafverfolgung immunisierte; Vernichten von Beweismitteln; Bildung operativer und wechselnder Einsatzgruppen die nur aus Offizieren bestanden; die mündliche Weitergabe von Befehlen; die Offiziere lernen, in Zivilkleidung und aus Zivilfahrzeugen heraus dienstlich tätig zu werden; Schulung in Nachrichtenbeschaffung und -manipulation. Die einzelnen Kommandos, die operativen Grundelemente der Einsatzgruppen handeln als subversive Zellen. Ihr Zugriff richtet sich nur gegen

Individuen; diese verschwinden; der Zugriff selbst findet häufig in Anwesenheit von Augenzeugen statt. Er soll, unter Wahrung der Anonymität, einschüchtern, verunsichern, desolidarisieren, individualisieren.

Im Oktober ermächtigt ein zweiter Geheimerlaß der noch zivilen Exekutive das Heer, die Methodik der "inneren Sicherheit" auf das gesamte Territorium des Landes auszudehnen. Der Text dieses Erlasses verzichtet auf den weiteren Gebrauch des Ausdrucks "neutralisieren".

Gut ein Jahr darauf, im Dezember 1976, wir befinden uns in den Monaten des "Alptraus", verfügt der Stabschef der Streitkräfte nun auch die Streichung des Wortes "Handeln". In den "Instruktionen für Sicherheitsoperationen" wird die "Vernichtung der subversiven Elemente" gefordert. Das Vokabular hat die Wirklichkeit eingeholt.

Die Beseitigung der Ursachen. Mit einem Runderlaß vom Oktober 1976 hatte die Führung der Streitkräfte feststellen lassen, der militärische Kampf gegen die "Subversion" sei siegreich abgeschlossen. So gesehen fallen die Geschehnisse vom September 1976, über die das Buch berichtet, an das Ende einer Epoche. Hatte nicht der eingangs zitierte Haftbefehl die "Gefährlichkeit" der 17jährigen Oberschülerin als "gering" eingestuft. Gleichwohl beeindruckt der operative Aufwand, mit dem da zugegriffen wurde. Methodisch unterscheidet er sich in nichts von dem, der gegenüber "gefährlichen", weil bewaffneten "Objekten" betrieben wird. Wenn aber die Methodik keinen Unterschied zwischen bewaffneten und unbewaffneten "Kriegsobjekten" macht, so doch offensichtlich deshalb, weil der Begriff des "Krieges" diese Differenz nicht mehr kennt. Der "Krieg" hätte sich banalisiert; er stellte sich als "innere Sicherheit" aus. Der Runderlaß vom Oktober 1976 spricht die Sache, die sich wirklich ereignete, nicht mehr aus.

Der Ort der Folter und Vernichtung ist der Ort, an dem die Lebenszeit der Überlebenden zerbrochen wird. In der Sprache der Erinnerung tritt die Zeit davor, die Zeit danach ins Bewußtsein der Sich-Erinnernden. Die Vorgänge, die sich zwischen den beiden bewußten Zeitpunkten abspielen, sind Vorgänge vernichteter Zeit. Was dem Überlebenden der "Nacht der Bleistifte" als Alptraum wieder und wieder begegnet, ist ohne die Sprache der Fiktion nicht darstellbar. So tritt der Ort des Alptraums der Einbildungskraft des Lesers im übersättigten Bild eines finsternen, ortlosen, erschreckenden und schmerzenden Verlieses entgegen. Wir kennen heute den Namen des Unortes: "El pozo de banfield", das 'Loch von Banfield'; einer von mehreren geheimen Orten im Großraum Buenos Aires, an dem Menschen "verschwanden".

Es gab Ausnahmen, so die berüchtigte und weltbekannt gewordene "Mechanikerschule der Marine", Versinnbildlichung der Folter und der Vernichtung. Doch in sehr vielen Fällen lagen die geheimen Haftzentren nicht auf militärischem Gebiet. Schließlich waren nur wenige Angehörige

der Streitkräfte in die "Vernichtung" eingeweiht. Zudem sollte nicht vergessen bleiben, daß zahlreiche Rekruten "verschwanden". Die Ausführung der "inneren Sicherheit" lag in den Händen von Geheimdienstlern, und die kollaborierten dann doch lieber mit bestimmten Polizeidienststellen.

Das "Loch von Banfield" hat mit dem Bild, das wir uns von diesem Unort machen, nichts zu tun. Es gibt nichts Banaleres, nichts was dem Auge leichter entgeht, nichts, was dem eigenen Blick gewöhnlicher erscheint als das Gebäude, das Henker und Opfer gemeinsam das "Loch von Banfield" nennen. Das Foto zeigt ein unauffälliges Zweifamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoß. Es liegt in einem gutbürgerlichen Viertel von Lomas de Zamora. Der Betrachter und die Betrachterin sehen ein Anwesen, das von einer hübschen kleinen Mauer umgeben ist, die eine gepflegte Hecke abschließt. Auch der Garten machte einen ordentlichen Eindruck. Insgesamt ist es ein gefälliges Anwesen, in dessen unmittelbarer Nachbarschaft ein mehrgeschossiges Wohnhaus steht, offenbar eine Eigentumswohnanlage. Der Grundriß, den die "Nationale Untersuchungskommission" zeichnen ließ, öffnet den Blick hinter die Fassade bürgerlichen Wohnens. Im zweiten Stock waren vierundzwanzig, im ersten noch einmal neun Blockzellen eingebaut worden. Der Rest des Hauses stand den Kommandos zu Dienstzwecken zur Verfügung.

Lesen ist ein aktiver, konstruktiver Vorgang. Die Banalität des Anschaulichen, die mit dem Alptraum der Erinnerung kontrastiert, führt uns zur Bildung eigener Leseerfahrung hin. An der Banalität des Ortes, an dem der Schrecken exekutiert wird, lernt sie die Differenz zwischen der "inneren Sicherheit" und der Besetzung eines Landes durch ein Militärregime beurteilen. Welche Motive der militärischen Planung auch immer vorausgegangen sein mögen, das Konzept der "Besetzung" ist kein Element der "inneren Sicherheit". Diese hatte sich, Banalität des Methodischen, längst verselbständigt. Von den Besetzungsmaßnahmen blieb sie unberührt. Maßnahmen, welche die militärisch überwachte "Normalisierung von Wirtschaft, Erziehung, Religion und Wohnviertel" betrafen, wurden in den Grenzen der Besetzung als Organisationsprinzip vollzogen. Eigens als solche definierte "Diensthandlungen" dagegen fielen aus dem organisatorischen Rahmen der "Besetzung" heraus. Es war nicht Sache eines der "inneren Sicherheit" vorgeschalteten Inquisitionsgericht der Besatzer, zu entscheiden, ob diese Schrift oder jene Gesinnung als "subversiv" zu inkriminieren seien. Erst die Ausführung eines Dispositivs der "Inneren Sicherheit" legt die Handlungen des "Feindes" als "operaciones psicológicas e informativas de indole subversiva" fest.

Soweit wir die Aussagen von Zeugen auswerten können, deuten diese darauf hin, daß die Methodik der "inneren Sicherheit" die Ursachen "psychologischer und informativer Operationen" für Attribute des "subversiven Menschen" hielt. Ihre Verfahren zielten also auf die Beseitigung dieser Attribute. Dies rückte sie in die Nähe der Inquisition. Die

Überprüfung, ob die eingesetzten Maßnahmen erfolgreich verlaufen waren, konnte nur durch den "subversiven Menschen" selbst geleistet werden, durch sein Geständnis. Dieses hatte die gleiche Aufgabe zu erfüllen wie das Geständnis vor dem 'auto de fe': die Läuterung der Seele als Nachrichtengewinnung. Auch dieses Mal, so scheint es, kam der "Läuterung" die größere Bedeutung zu. Einer der Generäle, der über die "innere Sicherheit" die Befehlsgewalt besaß, gab am 2. September 1977 ein Interview. Neben der Freiheit, so der Kern seiner Aussagen, verteidige ihre "Doktrin" "los calores cristianos de la vida y el concepto del hombre como ser espiritual con un destino trascendente". Dem Grundsatz, heilig sei das Menschenleben, fügt der General die Erläuterung hinzu, sofern den Menschen eine transzendente Bestimmung auszeichne. Methodisch betrachtet liegt es natürlich nahe, Instrumente einzusetzen, die den Körper des Menschen brechen, um dessen Seele der transzendenten Bestimmung zuzuführen. Solche Redeweise läßt vermuten, es gehe den Exekutoren nur noch um die Ausrottung des Bösen. Dieses Böse sei eine körperliche Substanz, deren menschliche Attribute linear "Subversion" und "Terrorismus" verursachen.

Überlebende berichteten, im Folterzentrum der Marine hätten die Exekutoren, wenn eines ihrer Opfer starb, geäußert "se va para arriba". Was soviel heißt wie "er oder sie fahren nun gen Himmel".

Widerstand. Scheinbar ging es den Heranwachsenden nur um die Durchsetzung verbilligter Schülerfahrkarten. Doch die Lektüre der Porträts schärft den Blick für Äußerungen eines Grundbedürfnisses, das der Gesellung. Die Schüler und Schülerinnen kämpfen für das Recht auf Gesellung. Die öffentliche Gesellung bildete eine der Grundforderungen des Volkes während der französischen Revolution. In der öffentlichen Gesellung bekundete sich die tätige Befreiung vom Despotismus und dessen Zwang, den Menschen als isolierten Untertanen in die Privatheit der Individualität zu verbannen. In der Optik der "inneren Sicherheit" galt, wie wir sahen, die Gesellungsform "unir los pobres" als subversiv. Unter den Dispositiven der "inneren Sicherheit" sich zu gesellen, das hieß, deren Verfahren zu widerstehen, bedeutete, im Widerstand zu leben.

Zum ersten Mal trat das "Gedächtnis" als Form öffentlicher Gesellung im September 1979 an die Öffentlichkeit.

Damals hielt sich in Buenos Aires die "Interamerikanische Kommission für Menschenrechte" auf. Sie stellte Nachforschungen über Menschenrechtsverletzungen an. Die justizialistische Partei der Peronisten, in deren Reihen zu allererst die Opfer der Vernichtung zu suchen waren, veröffentlichte aus diesem Anlaß eine detaillierte Dokumentation. Gemeinsam mit anderen Organisationen, die ebensowenig Zugang zur Öffentlichkeit hatten, nutzte sie den Schutz der Kommission und demonstrierte täglich vor deren Sitz. So gewannen die Demonstranten die Aufmerksamkeit der Medien. Das Bild, das die internationale Presse nunmehr von der argentinischen Wirklichkeit verbreitete, mochte dem bislang vorherrschenden

Selbstbild der Freiheit verzerrt erscheinen; so dem des populären Kommentators einer gern gehörten kommerziellen Rundfunkstation. Hatte nicht gerade eine argentinische Fußballmannschaft, dieses Mal im fernen Japan, wieder einen Welpokal gewonnen? Der Erfolg motivierte ihn, die "neue, heitere und glückliche Jugend" des Landes aufzurufen, der Weltöffentlichkeit ein unverzerrtes Bild der Freiheit zu vermitteln, in der diese Generation heranwuchs. Wieviele dem Aufruf gefolgt sind, läßt sich nicht genau feststellen. Auf jeden Fall fand vor dem Sitz der Kommission ein denkwürdiger Vorgang statt. Als nämlich die Jugendlichen sich dem täglichen Demonstrationszug näherten, sahen sie, daß unter all den Eltern, Großeltern und Kindern die fehlten, mit denen sie sich hätten gesellen können. Sie erahnten, daß die "Verschwundenen" ihre Altersgenossen waren.

Die öffentliche Demonstration versinnbildlicht die Gesellungsform, in der sich Widerstand äußert. Der Gehalt, für den sie kämpft, tut sich in der Wiederherstellung des *Gedächtnisses* kund. So gesehen bilden die Formen, in denen sich die gesellen, die widerstehen, nur Vorstufen auf dem langen Weg, den ein Volk durchläuft, das in seinem *Gedächtnis* die Wiedergewinnung der eigenen Zukunft zum geschichtlichen Ereignis macht. Dessen Gegner sind nicht die militärischen Besatzer, noch nicht einmal das diktatorische Regime als Prinzip staatlicher Organisation. Seine wirklichen Gegner sind die Banalität des Alltäglichen, Privatheit und Individualisierung als Elemente der Methodik der "inneren Sicherheit".

Wir hätten zu beobachten und zu beurteilen, aus welchen Gründen Dispositive der "inneren Sicherheit", Zwecksetzungen sich sperrend, jeder Kontrolle, also auch der Berechenbarkeit der Selbstkontrolle sich entziehen. Die "innere Sicherheit" ist eine Ordnung, welche die äußerste Formlosigkeit endlos individualisierbarer Vernichtung erzeugt.

Hierüber hätten wir ein bewußtes Wissen zu bilden, den Gang des *Gedächtnisses* als einem historischen Ereignis zur Wahrheit unserer Leseerfahrung zu wenden. Das hieße, die Dynamik der Vernichtung begreifen, die Wirkungen analysieren, die von der Methodik reiner Zwecklosigkeit ausgehen. Sie wären im Begriff der *Geschichtslosigkeit*, der Zerstörung der Zukunft zu suchen, gegen die sich das *Gedächtnis* wehrt, und zu der die Völker verurteilt sind, die sich dem europäischen Diktat der Universalgeschichte beugen.

So könnte der Ertrag eines argentinischen Aufenthaltes die nun gewonnene Leseerfahrung zurücklenken auf W. Benjamin und dessen "positiven Begriff des Barbarentums": Denn wohin bringt die Armut an Erfahrung den Barbaren? Sie bringt ihn dahin, von vorn zu beginnen; von Neuem anzufangen; mit Wenigem auszukommen; aus Wenigem herauszukonstruieren und dabei weder rechts noch links zu blicken. (W.B., Erfahrung und Armut)

Das Material der Leseerfahrung

Das Original: Seoane, Maria/Ruiz Nunez, Hector: *La noche de los lapices*, editorial Contrapunto, Buenos Aires 1986; dt.: *Die Nacht der Bleistifte*, Schmetterling-Verlag, Stuttgart 1988.

Der Roman: Bonasso, Miguel, *Recuerdo de la muerte*, Bruguera, Buenos Aires 1984.

Über die Vorgeschichte: Fronius, Sigrid: *Nicht besiegt und noch nicht Sieger*. Argentinien und die Entwicklung der peronistischen Arbeiterbewegung, Rotbuch Verlag, Berlin West 1977. - *La guerre d'Algérie* (Dossier et témoignages réunis et présentés par Patrick Eveno et Jean Planchais), Paris 1989.

Aus dem Exil: Escobar, Justo/Velázquez, Sebastián: *Examen de la violencia argentina*, Fondo de Cultura Económica, México 1975. - *Comisión Argentina por los Derechos Humanos*, Argentina: *Proceso al Genocidio*, Elias Querejeta, ediciones, Madrid 1977.

Die Wiederherstellung des Gedächtnisses: Verbitsky, Horacio: *Ezeiza*, editorial Contrapunto, Buenos Aires 1986. - *Feinman, José Pablo, López Rega: La cara oscura de Perón*, Legasa, Buenos Aires 1987. - *Janzen, Ignacio González: La Triple-A*, editorial Contrapunto, Buenos Aires 1986. - *Cerbitsky, Horacio: La posguerra sucia. Un análisis de la transición*, Legasa, Buenos Aires 1985. - *Ciancaglini, Sergio/Granovsky, Martin: Crónicas del apocalipsis*, editorial Contrapunto, Buenos Aires 1986. - *Verbitsky, Horacio: La última batalla de la tercera guerra mundial*, Legasa, Buenos Aires 1984. - *Mignone, Emilio F.: Iglesia y Dictadura*, Ediciones del pensamiento nacional, Buenos Aires 1986. - *Argentina - Juicio a los Militares*, Cuadernos de la Asociación Americana de Juristas No 4, Buenos Aires 1988. - *Mittelbach, Federico: Informe sobre Desaparecidos*, Punto 30, Ediciones de la Urraca, Buenos Aires 1986.

Das Zitat: Reemtsma, Jan Philipp, *Das Heer schätzt den Menschen als solchen. Ein neues Jahrhundert der Folter*. Warum das Hamburger Institut für Sozialforschung NUNCA MAS hat übersetzen lassen, in: *Konkret*, 6/87, S. 32.

A Ana M. del C.

Wolfgang Jantzen

Subjekt - Kollektiv - kollektives Subjekt

Vorbemerkungen

Ich versuche mich zum erstenmal in dieser Form an dem Thema. Die Frage nach der Konstitution von Subjektivität in einer Gesellschaftsformation, in gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen zu stellen, bedeutet natürlich und vorweggehend tiefgreifendes Nachdenken über die Verfaßtheit, über die objektive Struktur, über den Reproduktionszyklus dieser gesellschaftlichen Verhältnisse als Ganzes, sonst bliebe nichts anderes als ein nicht näher bestimmbares, beliebiges Überstrapazieren des Subjektbegriffs. Von kollektiver Subjektivität zu reden verlangt gleichzeitig, über eine Theorie zur objektiven Verfaßtheit der Strukturen zu verfügen, in denen kollektive Subjektivität sich entwickelt und entäußert.

Mir geht es darum, diesen Gesamtzusammenhang zu rekonstruieren. Ich werde in drei Schritten vorgehen; so, wie das Thema sich aufbaut - Subjekt, Kollektiv, kollektives Subjekt -, wobei ich den Kollektivbegriff als die Vermittlung dieser beiden Formen von Subjektivität betrachte.

1. Subjekt

Nach dem Philosophischen Wörterbuch (Klaus/Buhr 1985, S. 1189) ist Subjekt "der gesellschaftliche Mensch als aktiver Träger von Erkenntnisfähigkeiten und Erkenntnisfunktionen, der auf der Grundlage der gesellschaftlichen Praxis zielgerichtet auf seine Umwelt einwirkt, um sie sich materiell und geistig anzueignen". Selbstverständlich ist es nicht falsch, daß der "gesellschaftliche Mensch" Subjekt ist, aber er ist bereits als Mensch Subjekt. Und als Mensch kann er nur gesellschaftlich gedacht werden. Er ist das Resultat einer Naturgeschichte der Subjektivität, einer Subjekt-Tätigkeit-Objekt-Beziehung, die mit der Naturgeschichte des Psychischen selbst beginnt. Ich habe in meinem gestern vorweggegangenen Vortrag (Jantzen 1989) aufgezeigt, wie sich im historischen Rückgriff, in der logisch-historischen Rekonstruktion der Naturgeschichte des Psychischen die einfachen Momente der Arbeit, die konstitutiv für ein entwickeltes Menschenbild sind, rehistorisieren lassen, wie sie in der Geschichte selber auftauchen (vgl. auch Jantzen 1986a, 1987, Kap. 5).

Menschliche Subjektivität (gekennzeichnet durch die einfachen Momente der Arbeit und das Bauen des Produkts im Kopf - so die Fassung des allgemeinen Arbeitsbegriffs im "Kapital") ist einerseits ein Resultat der Weltgeschichte und entäußert sich andererseits in einem bestimmten System, das selbst evolviert ist. Denn das System "Subjekt-Tätigkeit-Objekt" ist mit Säugetier-Niveau ein System der zur Gattung und zur Objektwelt über die innerartliche Aufzucht *vermittelten* Beziehungen geworden und ist auf menschlichem Niveau weiterhin zu einem über den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter *vermittelten* System geworden (vgl. Jantzen 1986 b). Die Genese des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters fällt zunächst mit der Genese der Menschwerdung zusammen. Es stabilisiert sich der biologisch-morphologische Typ, nämlich homo sapiens sapiens, der am besten den Bedingungen der notwendigen Konstitution und Binnen-Strukturierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters entspricht (vgl. Jantzen 1990).

Wenn man sich dies verdeutlicht und sich dann weiterhin klarmacht, daß mit der Klassentrennung der gesellschaftliche Gesamtarbeiter im Unterschied zur Urgesellschaft nicht mehr den Menschen unmittelbar gegeben ist, sondern aufgegeben ist, geistig rekonstruiert werden muß bis hin zum Menschheitsprozeß, dann zeigt es sich, welche Erfordernisse, Notwendigkeiten an die Entfaltung menschlicher Subjektivität gestellt sind. Entsprechend entwickelt sich menschliche Subjektivität in konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen und zugleich über sie hinaus auf die Aneignung des Gesamtarbeiters, oder sagen wir besser, auf die Aneignung des Gattungsverhältnisses selbst bezogen. Diese wiederum ist als Naturmöglichkeit angelegt durch die Grundbedürfnisse der Reproduktion und Produktion des Lebens, die ich ebenfalls gestern aus der Naturgeschichte entwickelt dargestellt habe (vgl. auch Jantzen 1987, Kap. 5 u. 6) und die wir bei Marx und Engels zum einen als das Bedürfnis nach Arbeit finden. Dabei darf das "Bedürfnis nach Arbeit" nicht verkürzt nur im Sinne von körperlicher Arbeit erfaßt werden, sondern ist seinem Wesen nach das Bedürfnis nach geistiger Durchdringung der eigenen Tätigkeit, der eigenen menschlichen Existenz, d.h. nach geistiger wie praktischer Aneignung der Welt (vgl. z.B. Suchomlinski 1962). Zum anderen ist mit Marx und Engels das Bedürfnis nach Vermittlung zur Einheit der Gattung zu unterscheiden, das Bedürfnis der vollen Realisierung der Sinalichkeit, insbesondere der höheren Sinne (vgl. MEW Erg.Bd. 1, S. 533 - 546), der vollen Entwicklung der eigenen Humanität.

Diese sinnhaften und bedeutungshaften Strukturen verlangen die Herausbildung eines Weltbildes, das von der realen Welt getrennt ist und zugleich auf sie bezogen. Denn das Gattungssubjekt, auf das sich der je einzelne bezieht, das ist jetzt nicht mehr der gesellschaftliche Gesamtarbeiter in der Urhorde, sondern dies ist der gesellschaftliche

Subjektivität und Aneignung des Gattungsverhältnisses

Gesamtarbeiter im eigenen Staat, im eigenen Land, im eigenen Volk, bis hin zum Menschheitsprozeß. Das heißt, in immer umfassenderer Weise wird jetzt das Problem "gesellschaftlicher Gesamtarbeiter" als Gattungssubjekt thematisiert. Dieser kann aber nicht unmittelbar angeeignet werden, sondern muß vermittelt angeeignet werden in einem inneren, sich mit Bedeutung füllenden Weltbild, um einen Terminus von Leontjew (1981, vgl. auch Stetsenko 1989) zu verwenden. Das ist dadurch möglich, daß ein Medium entsteht, in dem die gesamte gesellschaftliche Erfahrung präsent ist. Und auf dieser Basis der gesamten präsenten Erfahrung (nämlich in der Sprache) kann eine neue Realität stabilisiert werden, auf die bezogen mit diesem Medium selbst dann reflektiert werden kann. Georg Klaus (1969) kennzeichnet dies als den Aufbau der ersten sprachlichen Ebene über der Nullebene der gesellschaftlichen Praxis und der zweiten sprachlichen Ebene, der metasprachlichen Ebene über dieser ersten sprachlichen Ebene.

In vergleichbarer Weise tauchen diese Ebenen bei Friedhart Klix im Übergang von zwischenbegrifflichen Relationsbildungen zu innerbegrifflichen Relationsbildungen auf. Hoffmann spricht von einer Justierung der Begriffe in der Innenwelt und Luria von einem Übergang von der Ereigniskommunikation in die Relationskommunikation (vgl. Jantzen 1987, Kap. 5.5). Im Denken selbst taucht jetzt eine Reversibilität von Raum und Zeit auf. Das hier von Chomsky bemühte Problem der Transformationsgrammatik resultiert aus nichts anderem, als daß im Denken selber eine Herausbildung (Konstruktion) eines inneren Raumes erfolgt, in dem dann mit den bisher erworbenen Mitteln der grammatischen Strukturen in den Begriffen selber auf- und abgestiegen werden kann, bzw. diese Strukturen jetzt verallgemeinert als Dimensionen des inneren Raumes verwendet werden können. Ich kann das hier nicht im Detail entwickeln; ich habe versucht, diese Auffassung in der "Allgemeinen Behindertenpädagogik" relativ genau zu begründen (Jantzen, ebd.).

In diesem inneren (Quasi-)Raum, der über seine eigenen historisch geschaffenen Raum-Zeit-Koordinaten verfügt, ist nun die restlose Historisierung des Denkenden im Verhältnis zur Menschheit und zu sich selbst möglich. Man kann sich gedanklich an den Anfang der materiellen Welt und an das Ende der materiellen Welt setzen. Man kann sich als Einwirkenden so wie als Ausgelieferten in diesem Prozeß denken und sich Stufe für Stufe zur Welt ins Verhältnis setzen. In diesem Sinne spricht Leontjew (1981) von einer "5. Quasi-Dimension" der Bedeutungen. Erst mit der Herausbildung dieser 5. Quasi-Dimension der Bedeutungen wird die umfassende Vergesellschaftung der Menschheit zum Subjekt ihres eigenen historischen Prozesses möglich. Diese Möglichkeit wird hervorgebracht durch die allzeitige Entfaltung des Kapitals, durch die Subsumtion des Weltverkehrs unter das Kapital und die notwendige Struktur der Aneignung für die Beherrschten, diesen Weltverkehr sich geistig und praktisch

anzueignen, um ihre eigene Entfremdung und Entsubjektivierung aufzuheben, um sich dadurch von durch das Kapital gesetzten abstrakten Individuen zu wirklich konkreten Individuen zu machen (vgl. Marx u. Engels in der "Deutschen Ideologie", MEW Bd. 3, S. 54, 60, 67 f.). Dies ist das Problem der Grundstruktur menschlicher Subjektivität in der gegenwärtigen Epoche.

Es folgt nun der weitere Aufbau der Innenwelt, der inneren Position, der im wesentlichen dann mit dem Schulalter stattfindet. In dieser Herausbildung der inneren Position erfolgt nicht nur eine bedeutungshafte Aneignung der Welt, sondern zugleich eine sinnhafte, die Aneignung von sich als Mensch und gleichzeitig die Herausbildung der eigenen Würde als Mensch und des Gattungsbezuges. Im Schulalter entwickelt sich diese Aneignung besonders über die Kooperation. Die Tätigkeit des Schulkindes findet in der Kooperation statt. Die Kooperierenden werden jetzt mit der Herausbildung der inneren Position in ihrer Subjektfunktion für den, der kooperiert, angeeignet, und ihre Aneignung bestimmt mit die Würde und den Wert dessen, der kooperiert. D.h., in diesem Alter konstituiert sich Selbstwert in der inneren Position als Möglichkeit, sich selbst in der Innenwelt als in der Kooperation anerkanntes Subjekt der praktischen Tätigkeit zu antizipieren, ohne daß dieser Selbstwert schon der Reflektion zugänglich ist.

Dies wird er erst mit der sogenannten zweiten sozialen Geburt der Persönlichkeit, wo, so Leontjew (1979), das Abbildbewußtsein selbst zum Tätigkeitsbewußtsein wird. Dies geschieht

Die zweite soziale Geburt

dort, wo ich über meine geistigen Bewegungen in der Innenwelt selbst reflektieren kann und mich als Tätigen von der praktischen Seite meiner Tätigkeit trennen kann. Dies geschieht, indem in der Frühpubertät die Motive hinter den eigenen Handlungen sichtbar werden. Damit wird im eigentlichen Sinne die Tätigkeit sichtbar, die sich ja auf die bedürfnisrelevanten Aspekte der Welt richtet, sich aber nur in Form von Handlungen vollziehen kann. Mit dem Erkennen der Motive in der Innenwelt erfolgt in diesem Alter ein Rollenmoratorium; zahlreiche neue Rollenkonfigurationen werden im Geiste durchgegangen. D.h., in diesem Alter kommt dann den Tagträumen die gleiche Rolle zu wie in der frühen Kindheit dem Spiel, nämlich die Welt im Abbilden umzubilden, mit dem Ziel, mich selber in dieser Welt als mit mir im Einklang zu bestimmen. Die zahlreichen Tätigkeitsformen, in denen unterschiedliche eigene Rollen in den Tagträumen durchgegangen werden, konstituieren dann schließlich ein reflektives Ich. Sie synthetisieren sich zu einem reflexiven Ich-Bewußtsein und damit zur Erfassung des persönlichen Sinns.

In diese Erfassung des persönlichen Sinns gehen natürlich in einer neuen Weise Prozesse von Selbstachtung und Selbstmißachtung ein. Es schließen sich in diesen Synthesen zunächst einmal die verallgemeinerten Aspekte der bisher erfahrenen, bedeutsamen anderen Menschen

zusammen: über die Eltern-Kind-Beziehung, Freundschaftsbeziehungen usw. Diese unmittelbar erfahrenen "bedeutsamen anderen", einschließlich der vermittelt erfahrenen "bedeutsamen anderen", wie sie z.B. aus der Literatur bekannt werden, gehen ein in das Bild vom "verallgemeinerten anderen", nämlich des Gattungssubjekts, von dem aus ich mich reflektiere; also des Ichs, von dem ich mich als Du betrachte. (Betrachte ich in der Innenwelt Realitätsbereiche, einen anderen Menschen oder mein Körper-Ich, so fallen "Ich als Du" und Gattungs-Ich jeweils als reflektierendes Ich zusammen; vgl. auch Dubrowski u. Tschernoswitow 1980). Dieses Gattungssubjekt kann übrigens wieder zerfallen. In der Schizophrenie zerfällt es u.U. wieder in einzelne "bedeutsame andere", die dann als Stimmen im Kopf auftreten. Und weiter: Die Herausbildung meines "Ich als Du" erfolgt aufgrund der Erfahrung, wie ich mich als "bedeutsamer anderer", als fähiger oder unfähiger anderer in der sozialen Kooperation erfahren habe. Und die Gefühle, die ich dort auf mich gerichtet erfahren habe, richte ich nunmehr vom Standpunkt der Menschheit auf mich in dieser inneren Synthese. Ich besetze mich also selber mit Gefühlen und Bindungen und zugleich erfahre ich Gefühle und Bindungen. In diesem reflexiven Prozeß, in dem ich mich auf mich selbst beziehe, kann ich einerseits spontan handeln und andererseits reflexiv handeln. Wenn ich spontan handle, handle ich selber, handle ich reflexiv, betrachte ich mich als Handelnden vom Standpunkt der Menschheit oder eines eingeschränkten Teils der Menschheit im Sinne einer Klasse, Rasse, eines Soziums. Dies ist wesentlich, um den Kern der Konstitution von Subjektivität zu betrachten.

In diesem Kern der Herausbildung von Subjektivität taucht nun das Problem der zwei Grunddimensionen menschlicher Bedürftigkeit erneut auf. Nämlich das Bedürfnis nach Arbeit, nach geistiger Durchdringung der Welt, nach produktiver Auseinandersetzung mit der Welt. Diese produktive Tätigkeit kann sich in praktischer Form äußern: Auf die Nullebene bezogen in der Form konkret-einzelner Arbeit oder bezogen auf die Sprachenebene 1 (als Realitätsebene), in der Form konkret-allgemeiner, also wissenschaftlicher Arbeit. Sie kann in theoretischer Form erfolgen, indem ich das Produkt im Kopf baue, die Welt geistig durchdringe. Diese Tätigkeit kann aber auch in reproduktiver Form erfolgen. Denn mit immer höheren Synthesen im Prozeß der Persönlichkeitsentwicklung ändern sich meine Reproduktionsbedürfnisse, die sich auf mein "Ich als Du" richten. Reproduktionsbedürfnisse, die im Kern mehr und mehr dazu hinführen, mich als geliebtes wie liebendes Subjekt, mich als anerkanntes wie anerkennendes Subjekt zu erfahren, in mir sozusagen ein harmonisches Gleichgewicht, einen goldenen Schnitt (so nennt das Chartschew 1976) zwischen Sein und Sollen zu entwickeln, zwischen dem, was mir aufgegeben ist und dem, was andere mit mir zusammen tun im Interesse meiner Humanisierung und meiner Vermittlung mit dem Prozeß der Menschheit.

In dieser reproduktiven Sicht frage ich nunmehr in der Innenwelt, im Verhältnis zu mir: Was ist mir gegeben, was ist mir aufgegeben? Dieser Prozeß kann als humaner Anspruch ("ethische Instanz" nach Wygotski) an mich in Erscheinung treten, von dem aus ich meine Einheit zur Gattung reflektiere und vor dem ich als Fähiger und als Mich-selbst-Möglicher bzw. -Achtender erscheine. Es kann aber auch als "strafendes Über-Ich" erscheinen, als ein in mich hineingepflanztes Gewissen, das - um einen Gedanken von Althusser anzuführen - von äußeren Instanzen angerufen und besetzt werden kann ("ideologische Subjektion") und gegen das ich mich nicht wehren kann, dem ich im Inneren unterworfen bin, dem ich ausgeliefert bin, wobei ich mich dann reproduziere als den Unfähigen gegenüber dem in mich aufgenommenen Herrschaftssubjekt (vgl. Behrens u.a. 1979, Kap. 5). Wie kommt ein solches Herrschaftssubjekt in mich hinein? Dies erfolgt über soziale Vermittlungsformen, die wir in Strukturen der Moral und Sitte finden. Aber gleichzeitig sind es die Strukturen der Moral, die es verhindern können, daß ein solches Herrschaftssubjekt auf dem Weg der "ideologischen Subjektion" in mich hineinkommt. Es ist klar, jedes dieser Verhältnisse zu mir selbst, jedes dieser Verhältnisse meiner Sinnggebung ist über die Bedeutungen vermittelt, die mir zugänglich sind.

Die Bedeutungen, die mir zur Selbstkonstitution zugänglich sind, das sind die vor allem in Moral und Sitte historisierten, sozialisierten üblichen Bedeutungsverweisungen zwischen Subjekt und Gattung, innerhalb derer ich mich auf das Gattungssubjekt beziehen kann. Sie selbst sind historisch. Sie sind von Entfremdung durchdrungen, sind aber auch gleichzeitig auf Aufhebung von Entfremdung angelegt.

Einer der wichtigsten bedeutungsweisenden Prozesse findet in der Religion statt. Ich will ihn ein Stück weit verfolgen, um das Problem der Herausbildung des Gattungssubjekts als Problem kollektiver Subjektivität weiter zu entwickeln.

Es geht also nicht nur darum, daß ich auf die Welt nach außen einwirke, sondern daß ich in mir mich in einer adäquaten Weise zur Gattung verhalte. In der ältesten Form entwickelt sich dieses Gattungssubjekt aus dem Alltag des ursprünglichen Allgemeinwesens heraus, aus der Erfassbarkeit des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters in den gesetzten gesellschaftlichen und Naturverhältnissen. In dieser ältesten Form verantworte ich mich vor der Reihe meiner Ahnen, die gleichzeitig als lebendig, aber nicht mehr zugänglich für mich begriffen werden und in die ich mich nach dem Tode einreihe, sozusagen als Ausdruck von Naturprozessen. Und genauso, wie meine Ahnen weiterleben, ist auch die Natur belebt. Tote und Lebende und Natur bedingen den Rahmen meiner Gattungssubjektivität, mit der ich mich (über bestimmte Sitten und Bräuche) vermittele (vgl. Kon 1983).

In diesem Prozeß erfolgen nun durch die Entstehung der Klassengesellschaften notwendig Einschnitte, weil mir der gesellschaftliche Gesamtar-

Die erste und zweite Religion

beiter, das Gattungssubjekt als Ganzes nicht mehr gegeben ist (zum Problem der hiermit veränderten subjektiven Bedeutungsräume siehe Kuckhermann und Wigger-Kosters 1985). Entsprechend konstituiert sich mit Notwendigkeit von Seiten der Beherrschten her, aber auch mit Notwendigkeit von Seiten der Herrschenden her, in Sitte und Normen gegossen eine zweite Religion über der unmittelbaren Natur- und Ahnenreligion, in der das Gattungssubjekt sich noch durch die konkrete Erfahrung bestimmt hatte, die mythologisiert wurde. Diese zweite Religion bezieht sich auf das Gattungssubjekt als allgemeines, das mir aber nicht unmittelbar zugänglich ist, sondern durch seine Vertreter vermittelt wird. Diese neue Religion orientiert sich an dem weltlichen Vorbild der Priester-Könige, derer, die Macht haben, aber die in diesen ursprünglichen Gesellschaftsformationen auch Verantwortung haben. Und das Verhältnis der Verantwortung für die Teile des Gemeinwesens zu der Machtausübung ist, wenn man sich die vorderasiatische Produktionsweise ansieht, dort noch in einer ganz anderen Weise gegeben als in späteren Klassengesellschaften. In der Mythologisierung und dann Verhimmelung dieses Verhältnisses konstituiert sich der Gattungsbezug als Monotheismus (vgl. Tokarew 1968). Zunächst sind die Götter noch gleich den irdischen Herrschern; erst danach kommt es zur Transformation in den monotheistischen Gott. Das hat einen ungeheuren Vorteil, denn der noch so von dem gesamten Subjekt der Menschheit - denken wir an die ungeheure Dimension des Römischen Reiches - entfernte einzelne Mensch kann das Gattungssubjekt als Ganzes denken, nämlich als den monotheistischen Gott.

Dieser monotheistische Gott, der den Gattungsbezug im Jenseits sichert, sofern im Diesseits bestimmte Normen und Regeln eingehalten werden, bleibt nicht gänzlich verhimmelt und damit abstraktes Gattungssubjekt. Die Möglichkeit der Selbstrealisierung im Gattungssubjekt im Jenseits bedarf der Konkretisierung. Dies erfolgt im Christentum mit der Figur von Jesus Christus, indem die Auferstehung dem möglich ist, der umfassend die Humanisierung des Alltags als allen Menschen prinzipiell zugängliche Dimension realisiert. Eine Humanisierung des Alltags, die aber - so wird das später umgeformt -, da jedermann Untertan der Obrigkeit zu sein hat, die Gewalt aber ihn hat, letztlich dann ins Jenseits verwiesen wird, sofern die Macht der hier Herrschenden tangiert wird. D.h., hieraus entwickelt sich dann klassenspezifisch und in dieser Transformation die Lehre von den zwei Regimenten Gottes. Dies ist zum einen das Irdische, in dem notwendigerweise jedermann Untertan der Obrigkeit sein muß, weil die Obrigkeit die von Gott eingesetzte ist, die das Satanische im Kampf mit dem Göttlichen auf Erden bekämpft. Zum anderen ist es das himmlische Regiment Gottes, in dem dann die Einheit in der Gattung oder die Einheit in Jesus Christus im Jenseits möglich ist, obwohl sie praktisch für das Diesseits konzipiert ist. Dieses bereits konkret sichtbare diesseitige, jedoch erneut ins Jenseits verschobene Gattungssubjekt wird mit der gesellschaftlichen Entwicklung aus der Feudalstruktur in die beginnende

bürgerliche Gesellschaft im Protestantismus umgeformt in einen höchst persönlichen Gott, vor dem jeder sich persönlich zu verantworten hat und gegenüber dem jeder seine Verantwortung hier auf Erden im persönlichen Prozeß und nicht durch ein bloßes Bekennen von Schuld und Sühne zu realisieren hat (vgl. Kon 1983). Der Calvinismus ist eine in diesem Sinne deutliche Ausdrucksform, aber auch in anderen Formen des Protestantismus findet ein weiteres Stück Verweltlichung statt. Man darf dabei nicht übersehen, daß zugleich Prozesse der ideologischen Subjektion sich vertiefen und verfeinern. Gott als verhimmelt Gattungssubjekt wird durch spezifische Sozialisationsmechanismen von der bürgerlichen Gesellschaft als "strafendes Über-Ich" geradezu zum Kern der ideologischen Subjektion der Individuen.

Zugleich wird hier der Ort erreicht, wo die Konstitution des Gattungssubjekts gänzlich wieder ins Diesseits zurückgeholt wird. Dies geschieht ansatzweise in der Theologie des Thomas Müntzer. In der Philosophie vollzieht sich dieser Prozeß als Naturalisierung in Spinozas Pantheismus bzw. in der materialistischen Auflösung des Gottesproblems in Feuerbachs Religionskritik. Dieser identifiziert das Göttliche als im Kern nichts anderes als die von Menschen untereinander hergestellten humanen Verhältnisse. Freilich noch, ohne einen Begriff von Verhältnissen als gesellschaftlichen Verhältnissen zu haben. Erst dieser Begriff ermöglicht dann die irdische Herausbildung des Gattungssubjekts, zumindest im Vorgriff, als universelle Herstellung von Humanität, so wie im Marxschen kategorischen Imperativ dann angelegt: "Alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen ist" (MEW 1, S. 385). Und "alle" heißt "alle": Hier und überall, im Alltag bis zum Staat, bis zum Weltprozeß. Genau in dieser Weise ist dann der Begriff der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Analyse und zum politischen Eingreifen aufgegeben.

Entsprechend dieser Herausbildung des Gattungssubjekts findet natürlich zugleich eine Herausbildung des Ichs statt. Diese Herausbildung des Ichs ist nicht beliebig. Die Konstitution des Ichs, von der aus das Gattungssubjekt in historisch vorgefundenen Bedingungen angeeignet und wieder verweltlicht werden kann, ist selber historisch bestimmt. Ich verweise exemplarisch auf die Studie von Igar Kon "Die Entdeckung des Ich" (1983), wo er dies in einer soziogenetischen Sichtweise zu entwickeln versucht.

Ich will nur kurz folgende Gedanken anführen: Die allgemeine Verfügbarkeit über Produktion und Verkehr konstituiert die Begriffe. Der Warenaustausch schafft mit Notwendigkeit über das Geld als Äquivalent das erste Maß- und Meßsystem und schafft damit die Grundlage abstrakten Denkens in real-historischen Prozessen. Denn hier geschieht nichts anderes, als daß Operationen von Operationen (nach Piaget ein Kennzeichen abstrakt-logischen Denkens) erfolgen. Die Maßeinheit in Geld muß in eine belie-

**Die
Herausbildung
des Ichs**

bige Maßeinheit der Ware zurückgeführt werden, die dann wieder konkret produziert werden muß. Diese allgemeinen Maßstäbe des begreifenden Erkennens müssen sich gesellschaftlich verallgemeinern und mit Notwendigkeit in der Entwicklung der Subjektivität jedes einzelnen gesetzt sein, damit mit gleicher Notwendigkeit Denkformen entstehen können, die eine irdische Verwirklichung des vorher verhimmelten Gattungsbezugs ermöglichen. Das geschieht erst mit der gesellschaftlich allgemeinen Freisetzung der Arbeitskraft als Ware, indem der freie Arbeiter sich selbst wertbezogen denken muß, d.h. mit der Maßeinheit des Geldes als Lohn seine Lebensmöglichkeiten analysieren und mit der Maßeinheit seines Arbeitsvermögens (abstrakte Arbeit) und seiner notwendigen Reproduktion in der Freizeit zugleich die ihm gegebenen Arbeitsmöglichkeiten überprüfen muß. D.h., das damit entstehende, notwendigerweise verdinglichte Bewußtsein ist zugleich die Voraussetzung, um die Verdinglichung zu überwinden. Es schafft überhaupt erst die Möglichkeit wissenschaftlichen Denkens der Produzenten als massenhaften Prozeß. Daß es die Möglichkeit schafft, heißt aber nicht, daß sie dem Arbeiter ohne weiteres zur Wirklichkeit würde, als solche muß sie erkämpft werden.

Der Bildungsprozeß der Arbeiterklasse ist insofern - wie Marx das im Kommunistischen Manifest herausarbeitet - eines der wesentlichen Momente für die Konstitution des denkenden Vorgriffs auf die neue Gesellschaft als sozialistischer, d.h. nichtentfremdeter Gesellschaft. Ich will diesen Zusammenhang mit einer kleinen Nebenbemerkung zusätzlich verdeutlichen: Wir hatten jetzt in Bremen nach 70 Jahren erstmalig eine gemeinsame Veranstaltung von Kommunisten und Sozialdemokraten zum Gedenken der Bremer Räterepublik. Was war die Besonderheit dieser Räterepublik? Es war die, daß eine hochentwickelte Arbeiterklasse, versehen mit einem hohen Grad an Bildungsmomenten, diesen Kampf führte. Es bestand nämlich die Besonderheit, daß in Bremen eine sozialistisch orientierte Lehrerschaft vorhanden war. In Anbetracht der durch den Stalinismus gesetzten Intellektuellenfeindlichkeit in der Arbeiterbewegung wäre erneut über die Problematik der "Bildungsmomente" (MEW Bd. 4, S. 471) bei der Konstitution des sozialistischen Gattungssubjekts nachzudenken. In dieser Konstitution ist gleichzeitig der Entfremdungsprozeß aufzuheben, der voranschreitet. D.h., in dieser Entwicklung ist es mehr und mehr notwendig, nicht die produktive Seite alleine zu beachten, das Eingreifen in den gesellschaftlichen Prozeß, sondern gleichzeitig die reproduktive Seite. Wie reproduziert sich das historische Subjekt in seinen Innenbezügen, während es sich entwickelt? Denn wenn in diesem Prozeß die Individualisierung, die Entwicklung der Persönlichkeit weitergeht, so werden sich notwendig im kollektiven Subjekt auch die Formen der Bindung der Persönlichkeit an das kollektive Subjekt und die Herausarbeitung der Selbstbindung weiterentwickeln, wird mit Notwendigkeit der autoritäre Appellationstypus, der vorher gegeben ist, verschwinden im Sinne einer universellen Humanisierung der eigenen Persönlichkeit. Diesen Konstitu-

tionstypus kann man allenthalben beobachten in der Entwicklung des Jugendbewußtseins - dort ist es besonders deutlich - sowohl in der BRD wie in der DDR, wie in der Sowjetunion, wie in Frankreich. Es erfolgt - darauf verweist auch Kon (1983) eine zunehmende Verinnerlichung der Persönlichkeit, Subjektivierung der Persönlichkeit.

In dieser Herausbildung dieses Prozesses kann aber der Kampf um die Zukunft nicht mehr realisiert werden, wenn er nicht zugleich um die Gegenwart und für die Zukunft ebenso wie für die Gegenwart in humaner Weise geführt wird, also eine Adäquatheit von Ziel und Mittel entsteht. D.h., der Prozeß der Sinnbildung selber wird zum Hauptmotor der Entwicklung des kollektiven Subjekts, so, wie das Sève (1986) schreibt, daß in dieser Situation bei Strafe des Untergangs jeder Mann und jede Frau sich zur allseitig entwickelten Persönlichkeit herausbilden müssen.

Und damit sind wir bei der Kernbedingung der Konstitution des Subjekts und fragen nun: Wie soll das gehen? Es zeigt sich nun etwas sehr Interessantes: daß nicht nur aus der klassischen Philosophie und aus der Entwicklung der Arbeiterbewegung heraus die Verhimmelung des Gattungssubjekts aufgehoben wird, sondern daß es unter den heute durch die zunehmende Vergesellschaftung des Weltverkehrs gesetzten Bedingungen der Persönlichkeitsentwicklung aus der Theologie einen in gleicher Weise dorthinführenden Prozeß gibt. Eine Theologie, die das Göttliche im Diesseits, nicht mehr im Jenseits ausmacht, die den neuen Menschen als Möglichkeit der Wiedergeburt Jesu Christi im Diesseits ausmacht - etwa Ernesto Cardenal (1980), der diesen neuen Menschen in der Figur von Ernesto Che Guevara ausmacht. Ich denke, daß es überhaupt kein Zufall ist, denn eben dieser Che Guevara hat ein zutiefst humanes Prinzip der Revolution formuliert, indem er als erste revolutionäre Tugend die Liebe zu den Menschen bestimmte (1984). Ich denke, daß dieses nicht zufällig ist, sondern gesetzmäßige Bewegungsformen der Entwicklung von Subjektivität beinhaltet.

Wenn ich dann bei Norbert Greinacher (1988) lese: "Wir brauchen also eine gemeinsame Ethik, die von Atheisten, Deisten, Skeptikern, Theisten, Christen, Sozialisten und Marxisten vollzogen werden kann", dann kann ich nur sagen: "Ja, die brauchen wir." Und wir finden gerade in der modernen diesseitigen Theologie, in jener Theologie, die sich aktiv in die Klassenkämpfe einmischt und Partei ergreift, die Momente dieser Theologie. Dies will ich noch kurz skizzieren. Für Dorothee Sölle (1985) ist Gott die Kraft der Beziehung zueinander, zur Menschheit und zur ganzen Schöpfung. Das eigentliche Kriterium des Glaubens ist ihrer Überzeugung nach die Befähigung, zu lieben und Gerechtigkeit zu üben. Sie wendet sich in ihrer materialistischen Bibelexegese gegen das Privateigentum, gegen jene durch das Privateigentum geschaffenen Herren der Erde, die zugleich die Extermination alles Lebendigen betreiben. Sie entwickelt dagegen eine Theologie

**Moderne
diesseitige
Theologie**

der Schöpfung, die die Menschen als Mitschöpfer in einem nicht abgeschlossenen Schöpfungsprozeß betrachtet. Hier wird also ein zutiefst humanes Verhältnis der Naturdialektik, das den Menschen mit einbegreift, entwickelt. Sie begreift den theologischen Auftrag im Sinne einer anderen Biblexegese als Auftrag, entsprechend dem Exodus aus Ägypten, zur Befreiung von Fremdherrschaft, d.h. unter diesen historischen Bedingungen zur Befreiung von Ausbeutung. Und sie sieht den Schöpfungsakt des neuen Menschen darin, daß der Tod im Leben überwunden wird. Die Auferstehung findet im Leben statt und nicht nach dem Leben. Nämlich indem Egoismus, Ichbezogenheit, apolitisches Sein im Leben abgestoßen werden. "Der neue Mensch ist ein liebendes Wesen, das als Mit-Schöpfer an den drei Arten des Schöpfungsprozesses beteiligt ist: an der Erneuerung der Erde, an der Befreiung von Sklaverei und am Widerstand gegen den Tod und die todbringenden Mächte" (S. 212). Der Tod, damit ist gemeint der eigene Tod im Leben, d.h. das entfremdete Dasein und die todbringenden Mächte, das sind jene, die die Welt mit der Zerstörung bedrohen. Ich denke, daß wir hier am Ende eines langen Weges der Rekonstruktion des Gattungssubjektes im persönlichen Bewußtsein sind, die an verschiedenen Stellen gleichzeitig erfolgt und mit Gesetzmäßigkeit zusammenführt. D.h. aber, sie wird in sozialen Formen zusammengeführt.

Wie haben wir uns nun die Gesetzmäßigkeit dieser sozialen Form zu denken? Ich komme jetzt zum Problem des Kollektivs als zweitem Punkt meiner Ausführungen.

2. Kollektiv

Das Kollektiv ist in einer abstrakten Definition, die sich auf Kollektive schlechthin - mathematische wie menschliche - bezieht (aus dem Philosophischen Wörterbuch von Klaus und Buhr 1985, S. 639), "eine geordnete Gesamtheit gleichartiger Gegenstände". Das menschliche Kollektiv ist in dem Philosophischen Wörterbuch nicht aufgeführt. Bei Makarenko (Werke Bd. 5, S. 220) ist das Kollektiv "ein zielbewußter Komplex von Individuen, die sich organisiert haben und Organe des Kollektivs besitzen. Dort, wo es eine Organisation des Kollektivs gibt, dort gibt es auch Organe des Kollektivs, dort gibt es eine Organisation bevollmächtigter Personen, Beauftragter des Kollektivs, und die Beziehungen von Kamerad zu Kamerad sind nicht solche der Freundschaft oder der Liebe oder der Nachbarschaft, sondern stellen eine verantwortungsvolle gegenseitige Abhängigkeit dar". In der Theorie des Kollektivs läßt sich ebenfalls finden, daß es eine Gefühlsbasis des Kollektivs gibt. Diese Gefühlsbasis des Kollektivs ist die Solidarität. Der Unterschied des Kollektivs zur diffusen Gruppe ist insbesondere von Petrowski (1983) gründlich analysiert worden. In seiner stratometrischen Theorie des Kollektivs geht er davon aus, daß sich in der

Entwicklung von Kollektiven verschiedene Straten, verschiedene Ebenen zeigen.

Im Unterschied zur nichtmarxistischen Psychologie, die die **Kollektiv und diffuse Gruppe** als einzige Form der Organisation von Menschen kennt, arbeitet Petrowski erstens heraus, daß das Kollektiv gegenüber der diffusen Gruppe durch deutliche Unterschiede gekennzeichnet ist. Die diffuse Gruppe ist gekennzeichnet durch das Anpassen an Autoritäten als Konformität, so daß sich die Persönlichkeit gerade nur durch Herausziehen aus dem Gruppendruck und gegen die Gruppe entwickeln kann. D.h., Erziehung zur Gruppenfähigkeit würde in diesem Kontext zum Abbau von Autonomie führen. Gänzlich anders die Struktur des Kollektivs selbst, die erstens gekennzeichnet ist durch kollektive Selbstbestimmung. Auch gegen Gruppendruck wird argumentiert, wenn es um die Werte des Kollektivs geht. Zweitens sind Kollektive im Unterschied zu diffusen Gruppen durch eine Gruppeneinheitlichkeit der Wertorientierung gekennzeichnet, und drittens beinhalten Kollektive wirksame, emotionale Identifikationen mit der Gruppe. D.h., im Kollektiv selbst gibt es sinnhafte Verbindungen. Petrowski unterscheidet in der Entwicklung drei Ebenen. Die erste Ebene ist die der diffusen Gruppe. Die zweite Ebene, die durch die genannten Merkmale der kollektiven Subjektivität gekennzeichnet ist, ist dann aber letztlich bei ihm die Ebene der Gemeinschaft, während die eigentliche Ebene des Kollektivs noch über kernbildende Strukturen verfügt, die er noch nicht konkreter feststellen kann. Diese kernbildenden Strukturen lassen sich vertiefend behandeln, wenn wir noch einmal einen kleinen Exkurs vornehmen zur Basis dessen, was Kollektivität überhaupt hervorbringt. Denn Kollektivität, Gemeinsamkeit in der Wertorientierung, wird nur durch Gemeinsamkeit der Praxis, also durch Kooperation hervorgebracht.

Wenn wir uns das 11. Kapitel des Kapitals (Marx, MEW Bd. 23, S. 341 ff.) vornehmen und dort die Bestimmung von Kooperation lesen, dann ist sie die gemeinsame Arbeit vieler, bezogen auf ein gemeinsames Produkt, d.h. in demselben oder in verschiedenen, aber zusammenhängenden Produktionsprozessen. Dadurch erfolgt eine Verdichtung des Raumes, eine Verdichtung der Zeit, oder kritische Momente, wie beim Einbringen der Ernte, werden überwunden. Hieraus resultiert ein erster Leistungsvorteil der Kooperation. Zweitens wird dieser Leistungsvorteil durch den Wettstreit der Kooperierenden hervorgebracht. D.h., daß ich mich reflexiv in der Gemeinsamkeit dieses Produktionsprozesses im je anderen spiegele als potentiellen Mitproduzenten am kollektiven Produkt. Aber die Reflexion richtet sich auf den produktiven Prozeß selbst. Das Dritte, was Marx nennt, ist, daß die Kooperation die "animal spirits", die Lebensgeister, erregt (S. 345). Dies ist ein Hervorheben des gleichen Aspektes, den Engels im Lawrow-Brief (MEW Bd. 34) als "Gesellschaftstrieb" identifizieren. Er ist die Aufgegebenheit der sinnhaften, subjektiven, gefühlhaften Ver-

mittlung zur Gattung. D.h., im Zentrum dieser dritten Ebene steht mein reflexives Ins-Verhältnis-Setzen zum Kollektiv, indem ich mich auf das Kollektiv spontan einlasse und es zugleich als Kollektiv, das mir die Realisierung meiner Humanität sichert, reflektiere, erfahre ich emotional meine Identifizierung mit dem Kollektiv als Solidarität. Das ist der ästhetische Prozeß der Entäußerung und Rücknahme, wie in Lukács (1987) als Kern des mimetischen Prozesses kennzeichnet, der in der Produktion, in der Widerspiegelung der Realität im Produkt, meine Gefühle synthetisiert und auf höheres Niveau hebt. Vergleichbar erfolgt in der Rezeption dieser Prozeß über das Moment der Katharsis, deren Dialektik von Entäußerung und Rücknahme in den Prozessen der reflektiven Innenwelt erfolgt (vgl. Wygotski 1976, Kap. 9). Damit, so denke ich, haben wir wesentliche Momente gewonnen, um die Theorie des Kollektivs weiter zu entwickeln und die kernbildenden Strukturen zu begreifen. Am deutlichsten ausgearbeitet sind diese kernbildenden Strukturen, die sich nur unter Respektierung der vollständigen Würde der jeweiligen Einzelmitglieder des Kollektivs entwickeln können, im Werk von Suchomlinski (1979). Die kernbildenden Strukturen des Kollektivs, die aufs engste verbunden sind mit der Realisierung und Respektierung der Würde des Einzelsubjekts, können sich nur entfalten, wenn das Kollektiv als solches restlos demokratisiert ist, d.h., wenn die Leitungsfunktion prinzipiell wechseln kann und jedem aufgegeben werden kann. Dies ist ein Kennzeichen reifer Kollektive, wie es Makarenko herausarbeitet (vgl. Sauer mann 1987, S. 109). Gleichzeitig realisieren sich in diesem Wechsel der Leitungsfunktion noch weitere Aspekte, auf die Suchomlinski verweist. Das Verhältnis zwischen Persönlichkeit und Kollektiv gestaltet sich als Verhältnis gegenseitiger Verantwortung. Verantwortung nicht im Sinne jenes querliegenden "ver", wie Verweigerung u.ä. In diesem Sinne würde Verantwortung heißen, Antworten zu verweigern und wegzunehmen, sondern in dem, sich verantwortlich machen, sich selber Antworten aufgeben für die Probleme des kollektiven Prozesses und für die Probleme der je anderen. D.h., im Mittelpunkt würde also nicht nur die Produktion stehen, sondern die Frage der Reproduktion des Kollektivs als Kollektiv.

Und in dieser Dimension steht ein Projekt, das wir in Bremen aufgebaut haben. Es ist die "Solidarische psychosoziale Hilfe". Auf sie will ich kurz in einem Beispiel eingehen. Wir haben in den Traditionen der Arbeiterbewegung, insbesondere der Roten Hilfe, einen Selbsthilfeverein von Laien, Betroffenen und Professionellen aufgebaut für Menschen, Freunde, Genossen mit psychischen und psychosomatischen Störungen. In dem Kontext dieses kollektiven Prozesses, den wir als solchen begreifen und befördern wollen, hat sich folgendes ereignet: Ein SDAJ-Genosse ist in der Stadt unterwegs, um für Radio Mandela zu sammeln. Er trifft auf einen italienischen Mitbürger, der zutiefst verzweifelt ist und Selbstmord begehen will. Dieser junge Genosse läßt seine Sammlung, nimmt den Italiener mit, redet mit ihm, ruft beim Bezirksbüro der DKP an, bei der

SDAJ-Landesleitung und kommt schließlich mit dem Mann zu unserem Verein. Er bleibt dabei, bis das erste Beratungsgespräch fertig ist und ein erster Schritt zur Hilfe realisiert ist.

Was sich hier zeigt, ist nichts anderes als das, was Suchomlinski die "moralische Schönheit" des Menschen nennt. Denn abstrakt gesehen, war die Sammlung Mandela wichtig, aber konkret war das Eintreten für diesen italienischen Mitbürger im Sinne des Marxschen Imperativs, im Sinne der Realisierung von Humanität das Richtige. D.h., im Konkreten hat sich hier die humane Wahrheit und die Moralität einer marxistischen Weltanschauung gezeigt, die nur als radikal-humanistische sein kann und darf, aber hier beileibe keinen Exklusivitätsanspruch hat. In diesem Sinne, denke ich, formuliert Suchomlinski moralische Schönheit des Menschen als Kernprinzip der Ästhetik. Übrigens nicht nur er. Bei Gramsci, bei Lukács, aber auch bei weiteren Autoren finden wir ähnliche Überlegungen, am deutlichsten noch einmal bei Peter Weiss.

Die 'moralische Schönheit' des Menschen

Gut, ich denke, es ist uns ein Stück weit klar geworden, was die Struktur des Kollektivs ausmacht; d.h., sie ist auf Respekt, auf Würde, auf gegenseitige Anforderungen im Sinne der Übernahme von Verantwortung in einer humanen Atmosphäre gegründet, nicht aber auf die Dimension von Disziplin und Furcht. Ich zitiere Suchomlinski (1979, S. 52): "Wo sich jedoch moralische Disziplin auf Furcht gründet, gibt es weder ein Kollektiv noch wirkliche Willenskraft noch Selbstdisziplin. Furcht gleicht Stricken, mit denen man nicht nur den Willen, sondern auch das Denken der Schüler fesselt." In einer ähnlichen Weise formuliert das Spinoza in seinem "politischen Traktat" (1989). In ihm definiert er das Verhältnis von Staat und Individuum als Machtverhältnis, in dem Rechte des Individuums als Bürgerrecht an den Staat gegeben werden, damit sich das Naturrecht der Individuen als Möglichkeit ihrer Vernunftwerdung realisieren kann. Dieses durch die Abgabe von Rechten an den Staat begründete Machtverhältnis ist notwendig, weil aus der Naturmöglichkeit des Menschen die Vernunft nicht ohne weiteres gegeben, sondern aufgegeben ist. Daher "muß die Machtausübung so organisiert sein, daß die daran Beteiligten, seien sie von Vernunft oder von Gefühlsregungen geleitet, sich keinesfalls zu Untreue oder verantwortungslosem Handeln verführen lassen" (S. 11). Wo dieses Machtverhältnis jedoch auf Angst und Unterdrückung beruht, dort stellt Spinoza fest: "Übrigens ist ein Staat, dessen Frieden nur auf der Feigheit seiner Untergebenen beruht, die wie die Tiere geführt werden, damit sie nichts als dienen lernen, eher als Stall, denn als Staat zu bezeichnen" (S. 37).

Ich denke, hier ist der Zusammenhang des Aufeinander-verwiesen-seins von Gesellschaft und Individuum und die Frage der Binnenstruktur des kollektiven Subjekts aufgeworfen. Was Spinoza hier in allgemeiner Form und klassenunspezifisch entwickelt hat, ist nichts anderes als das Problem

der reproduktiven Konstitution des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, nicht der produktiven, sondern seiner reproduktiven Verhältnisse, nämlich der Binnenverhältnisse als Organisation humaner Verhältnisse. In ihr bedarf die Dialektik von individuellem Sein und Sollen und gesellschaftlichem Sein und Sollen harmonischer Übergänge und Realitätsformen im Sinne kathartischer Prozesse, in denen Sinngebung erfolgt. Ich gehe nun über zur Untersuchung kollektiver Subjektivität.

3. Kollektives Subjekt

Über die in dieser allgemeinen Erörterung des Kollektivs herausgearbeiteten Momente hinausgehend, bestimmt sich das kollektive Subjekt durch seinen Subjektcharakter, und damit auch durch seinen Objektbereich, auf den er sich in der Tätigkeit bezieht. Im weitesten Sinne kann die Menschheit kollektives Subjekt sein. Kollektives Subjekt kann aber im engeren Sinne schon eine zusammen handelnde Familie sein. Dazwischen gibt es sehr viele Ebenen. Und uns sollte besonders interessieren das in diesen Zeiten bedeutsamste, historische, kollektive Subjekt - nach wie vor und auch in Zukunft -, nämlich die Partei der Arbeiterklasse, die marxistische Partei als Möglichkeit der Herausbildung kollektiver Subjektivität in der Form der Demokratisierung und der Durchdringung aller gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne ihrer restlosen Humanisierung.

Hierzu möchte ich die Überlegungen von Antonio Gramsci aufgreifen. Ich glaube, daß er in dieser Frage der marxistische Denker ist, der am weitesten vorangedrungen ist. Ich muß dazu kurz erörtern, wie Gramsci sich diese Problematik vorstellt. Dazu ist aber noch eine Vorbemerkung notwendig. Gramsci reflektiert in seinen Überlegungen nicht das, was er voraussetzt, nämlich die materielle innere Struktur der bürgerlichen Gesellschaft. D.h., wir müssen die bürgerliche Gesellschaft im Verhältnis von Basis und Überbau, in ihrer Binnenstruktur, in ihren Infrastrukturen, d.h. in ihrem Institutionscharakter auf allen Ebenen begreifen. Institutionen sind gesetzt aufgrund der inhaltlichen und formellen Reproduktion einer Gesellschaft. Das Setzen der Institution, sei es nun eine Institution im Bildungsbereich, im Gesundheitsbereich, im repressiven Apparat, hat jeweils eine inhaltliche Dimension. Es hat aber auch jeweils eine formelle Dimension, insofern die Institution entsprechend dem Wertgesetz den Energiedurchsatz in dieser Gesellschaft optimiert. Wo das Wertgesetz dem Mehrwertgesetz subsumiert ist, wird in einer entsprechend klassenspezifischen Weise versucht, diese Energiedurchsätze (abstrakte Arbeit als wertschaffende Potenz) so zu optimieren, daß ein Großteil der Wertproduktion in Form des Mehrwerts von dem Neuwert abgezogen wird und nur ein geringer Teil zur Reproduktion der beherrschten Klasse (und damit wesentlicher Teile des gesellschaftlichen Ganzen) zur Verfügung steht. Dies ist vorausgesetzt. Wir denken jetzt dagegen, wir denken gegen diese institu-

tionelle Form, und wie sie zu durchdringen ist, wie also der institutionelle Apparat hegemonial gewonnen werden kann.

Von der Frage der Bildung des kollektiven Subjekts her sind die in diesen Institutionen Tätigen qua politischer Funktion Intellektuelle. Sie sind in dieser politischen Funktion jedoch nur die soziale Verbesonderung - so Gramsci - der allgemeinen menschlichen Spezifik, Intellektueller zu sein. Genauso, wie jeder Mensch Intellektueller ist, ist jeder Mensch Philosoph, aber nicht alle Menschen nehmen sozial die Rolle eines Intellektuellen oder Philosophen ein. D.h., Philosophie wird als der historische Gesamtausdruck der ideellen Prozesse betrachtet, die in besonderer Weise durch die Intelligenz als soziale Schicht ausgeformt werden. "In besonderer Weise durch die Intelligenz ausgeformt werden" heißt, daß die Philosophie selbst, wie die ideologischen Prozesse im Überbau überhaupt, Gegenstand des Klassenkampfes sind und sich in ihnen die Ideologie der beherrschten oder der beherrschenden Klasse ausdrückt. Und wenn Intellektuelle sich selber als ideologiefrei bestimmen, d.h. in den Traditionen der bisherigen Genese der jeweiligen Intelligenz als Stand, gerade dann werden sie als "traditionelle Intellektuelle" notwendig funktional für die herrschende Klasse und als Träger des herrschenden Konservatismus einfügbar in den historischen Block des Kapitals. Organische Intellektuelle sind dagegen jene Teile der Intelligenz, die in ihrer sozialen Funktion als Intelligenz sich bewußt auf eine der Seiten stellt, entweder auf die Seite der herrschenden oder der beherrschten Klasse. Dieser Prozeß der Herausbildung der Intelligenz findet im Alltag statt, im Kulturprozeß.

Das Interesse der Herrschenden und auch der traditionellen Intelligenz ist ein auf enzyklopädisches Wissen gerichteter Kulturprozeß, in dem die Herrschenden dann jeweils die gebildeten Leute sind, die am umfassendsten an der Kultur und an der Bildung teilnehmen. Das Interesse der beherrschten Klasse ist es, Wissen, nicht enzyklopädisch, sondern schöpferisch sich anzueignen. Wissen in der Reproduktion des geistigen Aufsteigens im Erkenntnisprozeß, vergleichbar dem des Aufsteigens des Wissenschaftlers im Erkennen. Aber dieses Aufsteigen im Erkennen kann nur human werden, nur revolutionär werden, wenn es zugleich kathartisch angeeignet wird, wenn es zugleich in seiner Dimension für die Entfaltung von Humanität angeeignet wird. Hier liegt der Kern der Aufgabe der proletarischen Partei, des "modernen Fürsten", des "principe moderno" - wie dies Gramsci ausgehend von Machiavellis Staatsanalyse entwickelt -, diesen Kampf zu führen und zu synthetisieren. D.h., diese Synthesen, die notwendig sind für die Herausbildung revolutionären Bewußtseins, finden nicht zufällig statt, sondern müssen organisiert werden. Um Bewußtsein und damit intellektuelles Hinterland zu organisieren für die herrschenden wie die beherrschten Klassen, existieren die politischen Parteien, deren

Gramscis Intellektuelle

Aufgabe es ist, in spezifischer Form traditionelle Intelligenz an organische Intelligenz zu binden, für die Herrschenden wie für die Beherrschten.

Ich gehe auf eine Besonderheit ein, die Gramsci nicht behandelt, aber über die wir nachdenken sollten. Wesentlich ist es ja, für die Herausbildung des historischen Blocks des Sozialismus die traditionelle Intelligenz zu gewinnen, die in Italien vor allem noch auf dem Lande sitzt, in den Städten schon beginnt aufzuweichen. Diese traditionelle Intelligenz sitzt, wie ich Gramsci verstehe, zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen, hat aber eine besondere Bedeutung in Form jener Kreise, die wir klassenanalytisch als Kleinbürgertum kennzeichnen und die insbesondere in der reproduktiven Infrastruktur sitzen. Also, seien das Pfarrer, Ärzte, Lehrer u.ä., die ja auch in der Weimarer Republik den Kern konservativen und profaschistischen Denkens letztlich ausgemacht haben. Was bedeutet es aber nun - über Gramsci hinausgedacht -, wenn der gesellschaftliche Prozeß nun so weit voranschreitet, daß im Rahmen der Produktivkraftentwicklung die menschliche Persönlichkeit derartig in den Mittelpunkt tritt, um die Weitergestaltung der Produktivkräfte durchzuführen, wie dies in den letzten drei Jahrzehnten der Fall war? Siehe Bildungskatastrophe, Sputnik-Schock u.ä. (nicht den jetzigen - den damals!). Dann taucht natürlich das Problem auf, in welches Verhältnis diese traditionelle Intelligenz zu ihrem Arbeitsgegenstand tritt, der jetzt umfassende Reproduktion der Vergesellschaftungsfähigkeit als Persönlichkeitsentwicklung bedeutet. Und genau hier ist durch die Studentenbewegung zu einer wesentlichen Neubestimmung gekommen. Ebenso haben Teile der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik wesentlich zu dieser Neubestimmung beigetragen (vgl. z.B. die Auseinandersetzung um die Hessischen Rahmenrichtlinien zu Beginn der 70er Jahre). Und mit dieser Neubestimmung des Gegenstandes ist fortschrittliches, demokratisches und auch revolutionäres Bewußtsein entstanden, indem erkannt wurde, daß unter diesen Bedingungen der notwendig höheren Vergesellschaftung der Reproduktion der Arbeitskraft das Kapitalverhältnis das Haupthindernis für eine solche Reproduktion ist. D.h. also, diese Strukturen, die nach Gramsci als Entstehungsorte der traditionellen Intelligenz gelten können, haben ihre Eigendynamik, die unterdessen dort hinführt, daß im Weltmaßstab betrachtet die demokratischen Bewegungen der hochentwickelten kapitalistischen Länder allmählich eine eigene revolutionäre Kraft bilden.

Nun aber zurück zu Gramsci. Wie stellt er sich die Entwicklung der kollektiven Subjektivität vor? Zunächst einmal muß am Alltagsbewußtsein angesetzt werden, denn das Alltagsbewußtsein ist vielfältig. Jeder Mensch hat letztlich seine eigene Sprache. Aber die Sprachen vermitteln sich natürlich über den sozialen Verkehr, über den ständigen Bezug auf Praxis hin, indem sie gemeinsame Inhalte wieder herstellen. In diesem Alltagsbewußtsein gibt es unterschiedliche Formen der Entwickeltheit von Bewußtsein, auf die zurückgegriffen werden kann. Gramsci

analysiert zunächst (1) die Solidarität, die aber keine langfristige Perspektive möglich macht, weil die Solidarität für den Augenblick trägt, aber nicht in den Niederlagen gleichzeitig den Entwurf für die Zukunft noch parat halten kann.

Er analysiert dann neben der Solidarität (2) das Alltagsbewußtsein des Arbeiters, das gerade durch Beharrung geschützt ist. Denn sonst könnte ihn ja jeder, der ihm intellektuell überlegen ist, in jedem Moment neu überzeuhen. Dieses Beharrungsmoment beinhaltet gleichzeitig ein problematisches Element für die Entwicklung des revolutionären Prozesses, weil die zuletzt entwickelten Einsichten natürlich die am wenigsten stabilsten sein werden, die am leichtesten wieder verloren gehen. D.h., insofern müssen gerade hier zur wissenschaftlichen Bildung wiederum der Kulturbildungsprozeß und die kathartische Verschmelzung auf höherem Niveau hinzutreten, müssen das Aneignen von Humanität und eigenes humanes Handeln im Mittelpunkt stehen. Drittens analysiert Gramsci das deterministische Moment: "Im Augenblick arbeiten die Verhältnisse gegen uns, aber die Gesetze der Geschichte sind auf unserer Seite." Es ist relativ klar, daß Gramsci hier vor allem in der Arbeiterbewegung dominierende Formen des Determinismus vor Augen hat. Auch diese Form des Bewußtseins muß überwunden werden. Denn in dem Augenblick, wo diese deterministische Moment, das großes Beharrungsvermögen und Stärke beinhaltet, politisch an die Führung kommt, wird diese Führung nicht in der Lage sein, den revolutionären Prozeß zu entwickeln. D.h., im revolutionären Prozeß muß eine gänzliche Rehistorisierung der Verhältnisse im Denken und Handeln an die Stelle ihrer deterministischen Fassung treten.

Gramsci kennzeichnet diese Rehistorisierung als Einheit **Rehistorisierung und Hegemonie** von wissenschaftlichem Begreifen und kathartischem Prozeß, die er als Herausbildung von Hegemonie sieht. Das Mittel der Herausbildung von Hegemonie ist für ihn der pädagogische Prozeß, der par excellence der Prozeß der Herausbildung des Hegemons ist. Also Erziehung und Bildung, wissenschaftliche Entwicklung wie Gefühlsbildung (Katharsis). Ich kennzeichne kurz die Rolle des kollektiven Subjekts in dieser Rehistorisierung des eigenen Verhältnisses zur Gattung schließe mit diesen Gedanken dann meinen Vortrag ab. Es geht nicht nur um das Eingreifen des kollektiven Subjekts (des principe) in diesen Prozeß, sondern auch um Selbstkonstitution. Es geht um Reproduktion und Rolle der proletarischen Partei nach außen und nach innen.

Gramsci (1967, S. 287 f.) notiert: "Ein wesentlicher Teil des *Modernen Principe* muß der Frage einer intellektuellen und moralischen Reform gewidmet sein, d.h. der religiösen Frage der Weltanschauung. (...) Zwei grundsätzliche Punkte. Die Bildung eines national-volkshaften Gesamtwillens, dessen Organisator und zugleich aktiv wirksamer Ausdruck der *Modernen Principe* ist, sowie die intellektuelle und moralische Reform sollten die Struktur der Arbeit liefern. (...) Kann eine kulturelle Reform stattfinden

den, ein staatsbürgerlicher Aufschwung der notleidenden Schichten der Gesellschaft, ohne daß ihr eine wirtschaftliche Reform und Veränderung in den gesellschaftlichen Positionen und im Wirtschaftsleben vorausgehen? Deshalb muß eine intellektuelle und moralische Reform mit einem Programm der wirtschaftlichen Reform verbunden sein." Das eine ist also der Produktionsaspekt, die intellektuelle und moralische Reform. Und weiter: "Ja, das Programm einer wirtschaftlichen Reform stellt geradezu die konkrete Form dar, in der jede intellektuelle und moralische Form sich ausdrückt. Indem er sich entwickelt, stürzt der *Moderne Principe* das gesamte System der intellektuellen und moralischen Verhältnisse um; gerade seine Entwicklung bedeutet, daß jede Handlung als nützlich oder schädlich, tugendhaft oder verbrecherisch aufgefaßt wird, weil der alleinige Bezugspunkt der *Moderne Principe* selber ist und alles dazu dient, seine Macht zu vergrößern oder sich ihr zu widersetzen. Im Bewußtsein der Massen nimmt der *Principe* den Platz einer Gottheit oder des kategorischen Imperativs ein, wird zur Grundlage eines Laizismus und einer vollständigen Laizisierung des ganzen Lebens und sämtlicher Sitten, Gebräuche und Verhaltensformen". D.h., er tritt an die Stelle des überirdisch gedachten und vermittelten Gattungssubjekts. Aber: Nur und insofern er in jeder der Stufen dieser Entwicklung intellektuelle und moralisch diesen Prozeß zu organisieren weiß und sich intellektuell und moralisch realisiert, stürzt er das System der intellektuellen und moralischen Verhältnisse um.

Der Gedanke taucht erneut bei Gorbatschow auf dem 27. Parteitag der KPdSU auf, wenn er von der notwendigen Konkretion der Avantgardefunktion und von der Einheit der Avantgardefunktion als politischer und moralischer Avantgardefunktion spricht. Das ist die Konstitution des Principe, also des kollektiven Subjekts nach außen, um Hegemon, d.h. als kollektives Subjekt dem Anspruch nach Gattungssubjekt zu werden. Also Humanität zu realisieren und damit hegemonial Menschen gewinnen zu können. Wie ist die Struktur nach innen? Die Struktur nach innen ist zunächst so zu denken wie in jeder Partei. Eine Partei setzt sich aus drei Elementen zusammen. 1. Ein verbreitetes Element gewöhnlicher, durchschnittlicher Menschen, deren Teilnahme in Disziplin und Treue besteht. 2. Das Hauptelement des Zusammenhangs, das auf nationaler Ebene zentralisiert und ein Ensemble von Kräften wirksam werden läßt. 3. Dazwischen ein mittleres Element, das beide nicht nur räumlich, sondern moralisch und intellektuelle verbindet (Gramsci 1967, S. 304 f.).

Moralisch, darunter versteht Gramsci nicht moralisierend, sondern Moral ist für ihn die Entsprechung von Ziel und Mitteln im Prozeß des Humanwerdens. Nicht der ist moralisch, der nach äußeren Moralgesichtspunkten, die als Moralismus an ihn herangetragen werden, handelt, sondern der in der Einheit von Ziel und Mitteln im Prozeß der Humanisierung handelt. D.h. aber (was Gramsci als Kernpunkt einer Theorie des kollektiven Subjekts herausarbeitet), daß das kollektive Subjekt auf dem Wege zum Gat-

tungssubjekt nach außen hin durch die Moralität und die Intellektualität seines Handelns an die Stelle des bis dahin verhimmelten Gattungssubjekts zu treten hat. Nach innen hin, in seinen inneren Reproduktionsbeziehungen, hat es diese neue gesellschaftliche Humanität bereits zu realisieren. Denn nur dieser innere Zusammenhang macht dann dieses kollektive Subjekt im äußeren Zusammenhang überlegen und konstituiert es dauernd aufs neue in neue Synthesen, d.h. inneren kulturbildenden Prozessen.

Ich denke, daß hier in diesem Kontext gramscianischen Denkens, wie ich ihn hier entwickelt habe, tiefgreifende Einsichten verborgen sind, denn gerade die Höherentwicklung der Persönlichkeit verlangt mit Notwendigkeit eine Höherentwicklung des kollektiven Subjekts, d.h. den Übergang zu einem neuen Typ kollektiver Organisation. Hier deuten sich mit Gesetzmäßigkeit neue Verknüpfungen an, die aus alten Formen entwickelt werden müssen. Mit Gesetzmäßigkeit, weil zum einen der Entwicklungsstand der Persönlichkeit außerordentlich hoch ist und die geistige Aneignung des Weltverkehrs als Aufhebung der durch das Kapitalverhältnis gesetzten abstrakten Individualität unmittelbar bevorsteht und organisiert werden muß. Zum anderen, weil gleichzeitig in dieser Entwicklung die Widersprüche bis aufs äußerste getrieben sind, die Existenz des Gattungssubjekts Menschheit bis aufs äußerste gefährdet ist. Gerade hier bedeutet auch die Rehistorisierung in den äußeren Handlungen, die Hervorhebung des Subjektcharakters - ich komme zu Sölle zurück - als Teilhabe an der Schöpfung, als Kampf gegen Ausbeutung und Kampf gegen den Tod - den äußeren wie den inneren - die zentrale Struktur, von der aus gedacht werden kann, gedacht werden muß.

* Vortrag bei dem Interdisziplinären Seminar "Methodologische Fragen der philosophischen Forschung" vom 20.2. - 3.3.89 an der Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie der Karl-Marx-Universität Leipzig. Überarbeiteter Tonbandmitschnitt.

Literatur

- BEHRENS, M. u.a.: Theorien über Ideologie. Argument-Sonderband 40, Berlin/West: Argument 1979
- CARDENAL, E.: In Kuba. Wuppertal: Hammer 1980
- CHARTSCHEW, A.G.: Abriß der Geschichte der marxistisch-leninistischen Ethik in der UdSSR. In: A.G. Chartschew und R. Miller: "Ethik". Berlin/DDR: OVdW 1976, 11 - 70
- CHE GUEVARA, E.: Mitleid oder Solidarität? In: ders.: Der neue Mensch. Dortmund: Weltkreis-Verlag 1984, 48 - 60
- DUBROWSKI, D.I. und TSCHERNOSWITOW, J.W.: Zur Analyse der subjektiven Realität - Sinn und Wertaspekt -. Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 33 (1980) 9, 965 - 976
- GORBATSCHOW, M.: Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. In: Sowjetunion zu neuen Ufern? Dokumente und Materialien. Düsseldorf: Brücken-Verlag 1986, 21 - 165

- GRAMSCI, A.: Philosophie der Praxis. Frankfurt/M.: S. Fischer 1967
- GREINACHER, N.: Von der ungeheuerlichen Gemeinsamkeit von Christen und Sozialisten. Deutsche Volkszeitung/die tat v. 20. Mai 1988, Nr. 20, 5
- JANTZEN, W.: Naturgeschichte und Gesellschaftlichkeit des Psychischen. Dialektik 12 (1986), 230 - 240 (b)
- JANTZEN, W.: Allgemeine Behindertenpädagogik. Bd. I: Sozialwissenschaftliche und psychologische Grundlagen. Weinheim: Beltz 1987
- JANTZEN, W.: Sinn und Bedeutung in der Naturgeschichte des Psychischen. Vortrag bei dem Interdisziplinären Seminar "Methodologische Fragen der philosophischen Forschung" vom 20.2. - 3.3.1989 an der Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie der Karl-Marx-Universität Leipzig, unveröff.
- JANTZEN, W.: Menschwerdung. In: H.J. Sandkühler: Europäische Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaften. Hamburg 1990
- KLAUS, G.: Semiotik und Erkenntnistheorie. Berlin/DDR, DVdW 1989, 2. Aufl.
- KLAUS, G. und BUHR, M.: Philosophisches Wörterbuch. Berlin/W.: Das Europäische Buch, 13. Aufl. 1985
- KON, I.: Die "Entdeckung" des Ichs. Köln: Pahl-Rugenstein 1983
- LEONTJEW, A.N.: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit. Berlin/DDR: Volk und Wissen 1979 (Köln: Pahl-Rugenstein 1982)
- LEONTJEW, A.N.: Psychologie des Abbilds. Forum Kritische Psychologie Bd. 9 (1981) 5 - 19
- LUKACS, G.: Die Eigenart des Ästhetischen. 2 Bde. Berlin/DDR und Weimar: Aufbau 2. Aufl. 1987
- MAKARENKO, A.S.: Werke Bd. 5, Berlin/DDR: Volk und Wissen 1974
- MARX, K. und ENGELS, F.: Werke. MEW Bd. 1, 3, 4, 23, 34, Erg. Bd. 1, Berlin/DDR: Dietz, versch. Jahrg.
- PETROWSKI, A.W.: Psychologische Theorie des Kollektivs. Berlin/DDR: Volk und Wissen 1983
- SAUERMAN, Ekkehard: Makarenko und Marx. Praktisches und Theoretisches über die Erziehung der Arbeiterjugend. Berlin/DDR: Dietz 1987
- SEVE, L.: Historische Individualitätsformen und Persönlichkeit. Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 10: Marxistische Persönlichkeitstheorie. Internationale Beiträge. Frankfurt/M.: 1986, 17 - 41
- SÖLLE, Dorothee: Lieben und Arbeiten. Eine Theologie der Schöpfung. Stuttgart: Kreuz 1985
- SPINOZA, B.: Politischer Traktat. Leipzig: Reclam 1988
- STETSENKO, A.P.: The Concept of an "Image of the World" and Some Problems in the Ontogeny of Consciousness. Soviet Psychology 27 (1989) 4, 6 - 24
- SUCHOMLINSKI, W.: Die weise Macht des Kollektivs. Berlin/DDR: Volk und Wissen 1979
- TOKAREW, S.A.: Die Religion in der Geschichte der Völker. Köln: Pahl-Rugenstein o.J. (Nachdruck der Ausgabe im Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1968)
- WYGOTSKI, L.S.: Psychologie der Kunst. Dresden: Verlag der Kunst 1976

Hans-Henning Adler

Diktatur des Proletariats und Demokratisierung

Eine alte Debatte neu gelesen

Der administrativ-bürokratische Sozialismus-Typ hatte zur Rechtfertigung seiner Herrschaftsstrukturen natürlich auch eine Ideologie. Ein wesentlicher Bestandteil war der Rückgriff auf den von Marx, Engels und Lenin verwandten Begriff der Diktatur des Proletariats (im folgenden abgekürzt: DdP). War das schlüssig? Wurden die Klassiker falsch verstanden, oder wurde ihre Theorie gar selbst durch die Praxis widerlegt? Was bleibt von der "Lehre von der Diktatur des Proletariats" für die heutige Zeit, in der die Demokratie zu einer Losung geworden ist, die die ganze Welt in Bewegung setzt, wie Jakowlew auf dem 9. Parteitag der DKP formuliert hatte?

Diese Fragen können mit diesem Artikel natürlich nicht abschließend beantwortet werden. Ein Einstieg in eine eigentlich sehr alte Debatte sollte aber schon geleistet werden, wobei der Blick auch auf längst vergessene theoretische Beiträge verschiedener Marxisten gelenkt werden soll. Z.B. auf K. Kautsky, der in einer Polemik gegen die Oktoberrevolution unter dem Titel "Die Diktatur des Proletariats" auch geschrieben hatte: "Leute ... werden bei einem Scheitern des Versuchs nicht untersuchen, aus welchen Ursachen er nicht gelang. Sie werden nicht in der Ungunst und der Unreife der Verhältnisse den Grund suchen sondern im Sozialismus selbst und werden schließen, er taue überhaupt nichts".¹

In der DKP hat eine Streitbare Auseinandersetzung um die DdP nie stattgefunden. Im KPD-Urteil war sie die zentrale Kategorie für die Begründung des Parteiverbotes. Daraufhin wurde sie in der DKP weitgehend tabuisiert und in dem allgemeineren Begriff "politische Macht der Arbeiterklasse" aufgelöst, was zur Folge hatte, daß je nach Verwendungszusammenhang damit unterschiedlichste Inhalte verbunden werden konnten.

In den theoretischen Schriften von Marx, Engels und Lenin ist die DdP nicht irgendein Nebenaspekt. In seinem bekannten Brief an Wedemeier stellt Marx heraus: "Was ich neu tat, war ... nachweisen, ... 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt, 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet."² Bei Lenin können wir die Zusammenfassung in "Staat und Revolution" lesen: "Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt."³ Wir sollten es uns deshalb nicht zu einfach machen, z.B. den Begriff darauf zu reduzieren, daß Marx und Engels nur die Wahl der Funktionsträger vom Volk, ihre jederzeitige Abwählbarkeit und die

Abwesenheit von Privilegien damit gemeint hätten⁴. Sie gingen schon darüber hinaus.

Etwas komplizierter wird die Angelegenheit nämlich, weil Marx und Engels den Begriff der Klassendiktatur sowohl in einem weiteren Sinne, als Synonym für den Staat als Klassenherrschaft, für die Entscheidungsgewalt über die politischen Machtmittel, als auch in einem engeren Sinne als Synonym sowohl für die konterrevolutionäre Staatsgewalt der alten herrschenden Klasse zur Verhinderung oder Liquidierung der Revolution, als auch für die revolutionäre Staatsgewalt einer progressiven Klasse zur Brechung des Widerstandes der gestürzten herrschenden Klasse verwendet haben⁵.

In diesem weiteren Sinne entwickelt Marx bei der Analyse der Klassenkämpfe in Frankreich während der Revolution 1848/49 den Gedanken einer "roten Republik", die er als Diktatur des Proletariats und seiner Verbündeten vorstellt⁶. Auch in den späten Schriften von Marx, speziell in seiner "Kritik des Gothaer Programms", bezeichnet er den Staat der Übergangsperiode zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft als "revolutionäre Diktatur des Proletariats"⁷. Dies schließt ein, daß die Formen des Staates sehr unterschiedlich sein können. Dazu Lenin: "Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus muß natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen, aber das Wesentliche wird dabei unbedingt das eine sein: die Diktatur des Proletariats."⁸

Auch sozialdemokratische Theoretiker des Marxismus haben in diesem Sinne die DdP interpretiert, so z.B. Arkadij Gurland, ein linker Sozialdemokrat aus der Zeit der Weimarer Republik, der die DdP als einen soziologischen Begriff verstand, den er von dem Diktaturbegriff der juristischen Normologie oder der praktischen Politik abgrenzte⁹.

Der späte Kautsky argumentierte ähnlich in seiner Kampfschrift gegen die Oktoberrevolution "Die Diktatur des Proletariats", in der er diese als "Zustand" bezeichnete und von der Diktatur als "Regierungsform" abgrenzte¹⁰.

Marx, Engels und Lenin sahen in der DdP aber auch zugleich die Fortsetzung des Klassenkampfes mit den Mitteln der zu erobernden Staatsmacht. Engels fordert, daß das siegende Proletariat seine eroberte Macht geltend machen müsse, damit es "seine kapitalistischen Gegner niederhalten und diejenige ökonomische Revolution der Gesellschaft durchsetzen kann, ohne die der ganze Sieg enden müßte in einer Niederlage und in einer Massenabschlachtung der Arbeiterklasse, ähnlich derjenigen der Pariser Commune."¹¹ Diesen Gedanken finden wir dann auch bei Lenin immer wieder, der auch von einem Bündnis spricht, "um das Kapital restlos zu stürzen, den Widerstand der Bourgeoisie und Restaurationsversuche von ihrer Seite endgültig niederzuschlagen"¹².

Interessant ist, daß diese Seite auch von linken Sozialdemokraten so gesehen wurde. Otto Bauer sprach z.B. von der Möglichkeit, daß das Proletariat "in einem historischen Augenblick gezwungen sein könnte, vorübergehend die Mittel der Gewalt zur Niederhaltung eines Gegners, eines unbarmherzigen, eines grausamen, eines durch den Kampf um seinen Besitz wütend gewordenen Gegners anzuwenden, daß selbstverständlich das Proletariat irgendwo, irgendwo, wo es das muß, zur Gewalt und damit zur Diktatur greift"¹³. Etwas anders akzentuiert finden wir diesen Gedanken auch bei Otto Bauers Parteifreund aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, bei Max Adler, der zunächst vom weiten Begriff der DdP ausgeht, zugleich aber auch die Bedrohung durch die gestürzte Klasse im Auge hat: "Der sozialen Funktion nach ist jede Klassenherrschaft Diktatur. Sie äußert sich nicht immer als Diktatur. Aber sie äußert sich sofort als Diktatur, wenn sie bedroht ist ... Das Proletariat muß erkennen, daß alle politische Demokratie, d.h. alle Majoritätsherrschaft in Diktatur übergehen kann und daher ihrer Anlage nach Diktatur ist"¹⁴.

Bei Max Adler finden wir auch die Synthese des weiten wie engen Begriff der DdP: "Es kann gar kein Zweifel sein, daß diese Diktatur während einer ganzen historischen Epoche *andauern* muß, nämlich der Epoche des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft, daß sie während der selben eine Regierungsform aufrecht erhält, die des proletarischen Staates, und daß sie vermittels derselben - auf der Grundlage der Demokratie, ja als Ausfluß derselben - einen permanenten Kriegszustand gegen die Bourgeoisie unterhält"¹⁵. Max Adler sieht das Revolutionäre folglich wesentlich im "In-Freiheit-Setzen" der Elemente einer neuen Ordnung, womit er eine Formulierung von Marx aus dem "Bürgerkrieg in Frankreich" aufgreift¹⁶.

Soweit die Grundlagen. Noch interessanter wird es, wenn wir die marxistische Literatur nach Differenzierungen durchsuchen, in welcher Art, mit welchen Mitteln oder in welcher Form denn die DdP ausgeübt werden sollte. Einen Hinweis auf die Staatsform finden wir in den letzten Schriften von Engels: "Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Dies ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats"¹⁷.

Rosa Luxemburg hatte nie Zweifel daran gelassen, daß die DdP auch eine repressive Seite hat, "aber diese Diktatur muß das Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d.h., sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihren unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen."¹⁸

Die Gefahr, daß die zu bestimmten Zeiten notwendige repressive Seite der DdP in die Diktatur einer Parteibürokratie umkippen kann, sah auch A. Gramsci, der zwischen "expansiver" und "repressiver" DdP unterscheidet: "Das wesentliche Problem besteht in der Natur der Beziehungen, die die oder der Führer mit der Partei der Arbeiterklasse haben, in den Beziehungen, die zwischen dieser Partei und der Arbeiterklasse bestehen: Sind sie rein hierarchisch, von militärischer Art, oder sind sie historisch und organisch?". Wenig später fügt er hinzu: Bei der expansiven oder "hegemonischen" DdP entstehe "eine ständige Bewegung von unten nach oben, ein ständiger Austausch durch alle sozialen Adern, ein ständiger Kreislauf von Menschen"¹⁹.

Bei diesen Differenzierungen gibt es natürlich zwei Möglichkeiten: Sie können rein theoretisch vorgenommen werden, dann werden bestimmte staatliche Prinzipien verkündet und ihre Verwirklichung gefordert. Sie können aber auch in den historischen Entwicklungsprozeß eingeordnet werden, nur dann haben sie etwas mit der Realität zu tun: Die Enthistorisierung schafft hier wie überall positiv oder negativ bewertete Fetische, die die konkreten gesellschaftlichen Bewegungen (und die sie hervorrufenden Gesetze) nicht klären, sondern verdunkeln und verwirren²⁰.

Nimmt man die späten Schriften von Kautsky, die er gegen die Oktoberrevolution geschrieben hat, so wird diese Enthistorisierung deutlich. Als die Bolschewiki gerade wenige Monate an der Macht waren, verkündete Kautsky: "Für uns ist Sozialismus ohne Demokratie undenkbar". Die Bolschewiki hätten die diktatorische Methode gewählt, richtig sei jedoch die demokratische²¹. Lenins Verteidigung diktatorischer Methoden demgegenüber ist vor allem von der Begründung her interessant, weil diese Begründung zeigt, daß diese Methoden eben nur in der damaligen Situation richtig und notwendig waren. Gegen die von Kautsky geforderte Gleichheit zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten schreibt er: "Es kann keine Gleichheit geben zwischen den Ausbeutern, die viele Generationen lang durch ihre Bildung, durch ein Leben in Reichtum und durch ihre Routine eine Sonderstellung einnahmen, und den Ausgebeuteten, die selbst in den fortgeschrittensten demokratischsten bürgerlichen Republiken in ihrer Masse niedergedrückt, unwissend, ungebildet, verängstigt und zersplittert sind. Die Ausbeuter behalten noch lange Zeit nach dem Umsturz unvermeidlich eine Reihe gewaltiger tatsächlicher Vorteile: Es bleibt ihnen das Geld (die sofortige Abschaffung des Geldes ist unmöglich), es bleiben ihnen gewisse, oft bedeutende Mobilien, die Kenntnisse aller 'Geheimnisse' (Gebrauche, Methoden, Mittel, Möglichkeiten) der Verwaltung, es bleibt ihnen die höhere Bildung, der enge Kontakt mit dem (bürgerlich lebenden und denkenden) leitenden technischen Personal, es bleibt ihnen die unvergleichlich größere Routine im Militärwesen (das ist sehr wichtig) und so weiter und so fort. Wenn die Ausbeuter nur in einem Lande geschlagen sind ..., so bleiben sie doch stärker als die

Ausgebeuteten, denn die internationalen Verbindungen der Ausbeuter sind außerordentlich groß."²²

Aufschlußreich ist auch die Begründung für die Beschränkungen der Pressefreiheit, welche die Bolschewiki vorgenommen hatten. Lenin bezeichnete die Pressefreiheit vor dem ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale als einen Betrug, "solange die besten Druckereien und die größten Papiervorräte sich in den Händen der Kapitalisten befinden und solange die Macht des Kapitals über die Presse bestehen bleibt. Um wirkliche Gleichheit und wirkliche Demokratie für die Werktätigen zu erobern, muß man zuerst dem Kapital die Möglichkeit nehmen, Schriftsteller zu dinge, Verlagsanstalten anzukaufen und Zeitungen zu bestechen. Doch dazu ist es notwendig, das Joch des Kapitals abzuschütteln, die Ausbeuter zu stürzen und ihren Widerstand zu unterdrücken." Und weiter: "Wirkliche Freiheit und Gleichheit wird die Ordnung bringen, welche die Kommunisten errichten und in der es ... keine objektive Möglichkeit (geben wird), direkt oder indirekt die Presse der Macht des Geldes zu unterwerfen, wo nichts dem im Wege stehen wird, daß jeder Werktätige (oder eine beliebig große Gruppe von Werktätigen) das gleiche Recht auf Benutzung der der Gesellschaft gehörenden Druckereien und Papiervorräte besitzt und verwirklicht."²³ Diese programmatische Rede sah Einschränkungen der Pressefreiheit für die Bourgeoisie also gerade deshalb vor, weil sie aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse im Vorteil war, sozusagen um diesen Vorteil auszugleichen. Die Pressefreiheit sollte damit nicht aufgehoben, sie sollte damit verwirklicht werden.

Diese Worte stammen aus einer Rede vom 2. März 1919, als sich die Delegierten zum Beginn des Kongresses zum Andenken an die gerade ermordeten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von den Plätzen erhoben hatten. Lenin entlarvte daher auch die "in der deutschen Republik", einer - wie er sagte - der freiesten und fortgeschrittensten Republiken der Welt, vorhandene "Freiheit", die "verhafteten Führer des Proletariats ungestraft zu ermorden"²⁴. Vor diesem historischen Hintergrund muß man die Äußerungen Lenins verstehen, nach der Revolution den Ausbeuterklassen keine Versammlungs- und Pressefreiheit zu gewähren.

Eine solche Methode, die nicht mit ewigen Wahrheiten operiert, sondern die konkreten historischen Voraussetzungen berücksichtigt, finden wir auch bei dem Sozialdemokraten Otto Bauer: "Auch die Prinzipien der Demokratie sind keine ewigen Wahrheiten. Auch die Demokratie ist Entwicklungsprodukt und Entwicklungsphase. Nur auf bestimmter Entwicklungsstufe der Produktivkräfte, der Klassenkämpfe, der kulturellen Reife der Massen ist Demokratie möglich. Wo diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, ist der Despotismus einer fortgeschrittenen Minderheit eine

**Wirkliche
Gleichheit und
Demokratie**

transitorische Notwendigkeit, ein zeitweilig unentbehrliches Instrument des historischen Fortschritts. Das ist in Rußland der Fall.²⁵

Wann diese Notwendigkeit des Despotismus in der Sowjetunion und in den anderen Ländern mit sozialistischer Entwicklungsgrundlage obsolet geworden ist, wäre gesondert zu untersuchen. Spätestens in den siebziger Jahren hat das, was zur Absicherung der zunächst schwachen sozialistischen Staaten gegen seine Feinde zwingend notwendig war, die Bildung zentralistischer Herrschaftsformen in Staat und Gesellschaft, im Laufe der Zeit zunehmend seine Kehrseite gezeigt, nämlich die Verstaatlichung des Sozialismus nach einem Muster, in dem die Partei mit dem Staat verquickt war und nicht nur die gesellschaftliche Konzeption, sondern auch die meisten aktuell politischen Fragen entschieden hatte²⁶.

Solange der Sozialismus in einer gegenseitig unabhängigen Welt der schwächere war und ist, konnte er nur als künstlich abgeschottetes System mit autoritären Strukturen nach innen existieren oder als System, das sich den kapitalistischen Einflüssen des Weltmarktes stellt und sich daher anderen Deformationen beugen muß. Je mehr die Interdependenz der Systeme und der Druck der globalen Probleme zunahm, mußte sich die letzte Lösung durchsetzen.

In der heutigen Zeit, die geprägt ist von der wissenschaftlich-technischen Revolution und einem hohen Bildungsstand der Werktätigen, sind deshalb viele Voraussetzungen entfallen, die Lenin noch - aus guten Gründen - zur Niederhaltung der politischen Gegner vorfand. Man denke nur an die oben zitierten Äußerungen über den Bildungsstand der werktätigen Massen.

Eine weitere Differenzierung der DdP ergibt sich zwingend aus dem Zusammenhang zur Frage Reform-Revolution. Marx hatte die DdP als Fortsetzung der Revolution mit den Mitteln der Staatsmacht verstanden. Hieraus folgt, daß ein Weg zum Sozialismus über Reformen ohne Bürgerkrieg und mit gesetzlichen Mitteln natürlich auch einen ganz anderen sozialistischen Staat hervorbringen wird, den man am besten überhaupt nicht mehr "Diktatur des Proletariats" nennen sollte, da die repressive Funktion eines derartigen Staates allein darin liegen würde, die unterschiedlichen militärischen und gesellschaftlichen Kräfte an der Anwendung undemokratischer Mittel, namentlich an der Anwendung von Gewalt, zu hindern, was vor allem für die Gegner des Sozialismus Bedeutung hat²⁷.

Soweit man an die DdP im weiteren Sinne denkt, ist es ausreichend, von einer Herrschaftsform der arbeitenden Bevölkerung auszugehen, in der der Einfluß der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen in den verschiedenen staatlichen Bereichen ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht²⁸. Diese Überlegungen werden natürlich gar nicht erst aufkommen, wenn man ein allmähliches Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus prinzipiell ausschließt, wie dies W. Gerns und R. Steigerwald noch 1989 getan haben²⁹.

Mindestens als Möglichkeit im Rahmen der Strategie der Demokratisierung sollte dieser Weg m.E. durchdacht werden, zumal er auch von den Klassikern nie ausgeschlossen worden ist. Engels hielt das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus immerhin in solchen Ländern für möglich, "wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat." Er sah diese Voraussetzungen damals in Frankreich, Amerika und England als gegeben an³⁰.

Wenn wir unter den heutigen Bedingungen davon ausgehen, daß der Weg zum Sozialismus nur über die Reformalternative, die Strategie der allseitigen Demokratisierung der Gesellschaft gehen kann, dann liegt die durchaus notwendige machtpolitische Absicherung der Veränderungsprozesse in der Einbeziehung der Mehrheit des Volkes, also in der Demokratisierung selbst.

Das bedeutet keineswegs, daß die spezifisch marxistische Herangehensweise an die Staatsfrage damit obsolet geworden ist. Für die Untersuchung jedes Staates bleibt die Frage erkenntnisbereichernd, welche Klassenkräfte den entscheidenden Einfluß ausüben, z.B. eine Klasse, Teile davon, mehrere Klassen im Bündnis oder Übergangsformen der Doppelherrschaft, vielleicht sogar Systeme der Doppelherrschaft (was eine Kategorie zur theoretischen Erfassung post-realsozialistischer Gesellschaften sein könnte). Die so ermittelte Dominanz einer oder mehrerer Klassen im Staat ist aber auch nicht das alleinige Beurteilungskriterium. Auch die jeweilige Staatsform hat ihre eigene Bedeutung. Sie wird häufig selbst zum Inhalt gesellschaftlicher Kämpfe. In ihr können sich bereits im Alten Entwicklungslinien für eine neue Gesellschaft zeigen³¹.

An globalen Fragen sich entwickelnde demokratische Bewegungen bilden eigenständige Fortschrittspotentiale klassenübergreifender Natur heraus. Für sie wird sich natürlich auch die Frage stellen, wie der Staat beschrieben werden soll, der nach dem Sieg dieser Bewegungen eine neue Ordnung heranzubildet, sicher nicht als DdP, weil hier nur einseitig eine Seite der verschiedenen Fortschrittspotentiale zur Bestimmung des Staates herangezogen würde. Gleichwohl müßte dieser Staat eine revolutionäre Seite haben im Sinne der oben von Marx zitierten Formulierung des "Freisetzen" von allen Hindernissen, was somit - unter Anwendung rechtsstaatlich begrenzter Methoden - auch repressiv wirken kann z.B. gegen Rüstungsgewinnler, Umweltverbrecher, Neonazis. Die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft ist hierfür nicht nur kein Hindernis. Sie ist die Existenzform dieses Prozesses.

1 K. Kautsky: Die Diktatur des Proletariats, Wien 1918, S. 39.

2 MEW 28, 508.

3 LW 25, 424.

- 4 So offenbar Klaus Peters im Aufsatz "Marxistische Theorie", Reader Kongreß Erneuerung 1989, S. 13.
- 5 J. Schleifstein: *Marxismus und Staat*, Frankfurt 1982, S. 35.
- 6 MEW 7, 84.
- 7 MEW 19, 28.
- 8 LW 25, 425.
- 9 A. Gurland: *Marxismus und Diktatur*, Frankfurt 1981 (Neuaufgabe), S. 157.
- 10 K. Kautsky, a.a.O., S. 20.
- 11 Marx: MEW 17, 545 f.; Engels: MEW 36, 11 f.
- 12 LW 29, 370.
- 13 Otto Bauer: *Werkausgabe*, Band V, S. 414.
- 14 Max Adler: *Protokoll des Linzer Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs 1926*, S. 292.
- 15 Max Adler: *Die Staatsauffassung des Marxismus*, Wien 1922, S. 204.
- 16 Ebenda, S. 163 und MEW 17, 343.
- 17 MEW 22, 235.
- 18 R. Luxemburg: *Werke* Bd. 4, S. 363 f. und S. 444 f.
- 19 Bucì-Glucksmann: *Gramsci und der Staat*, Köln 1981, S. 173.
- 20 Georg Lukács: *Sozialismus und Demokratisierung*, Frankfurt 1987, S. 9.
- 21 Karl Kautsky: *Die Diktatur des Proletariats*, Wien 1918, S. 3 und 5.
- 22 LW 28, 251 f.
- 23 LW 28, 475.
- 24 LW 28, 477.
- 25 Otto Bauer, *Werkausgabe*, Band II, S. 293.
- 26 Reader Kongreß Erneuerung 1989, S. 60.
- 27 Ebenda, S. 61.
- 28 Ebenda.
- 29 W. Gerns/R. Steigerwald: *Demokratische Alternative und antimonopolistische Strategie - Replik auf Krassin*, *Marxistische Blätter* 3/89, S. 74.
- 30 MEW 22, 234.
- 31 W. von Heiseler: *Zur Aktualität fortdauernder Kontroversen*, *Marxistische Blätter* 2/1989, S. 22 f.

Rundtischgespräch

Modernes Sozialismusverständnis

Ein Beitrag zur sowjetischen Diskussion *

Poschataew: Vor allem möchte ich Ihnen meinen Dank aussprechen für Ihre Bereitschaft, am Rundtischgespräch über solch ein wichtiges Thema wie ein neues Sozialismusverständnis teilzunehmen. Die Diskussion auf den "Prawda"-Seiten nach der Veröffentlichung des Artikels von M.S. Gorbatschow "Die sozialistische Idee und die revolutionäre Umgestaltung" veranschaulichte, wie brennend aktuell dieses Problem ist - die Bestandsaufnahme der Vergangenheit, die Einsichten in die Gegenwart und die Zukunft der von uns aufgebauten Gesellschaft. Dieses Problem beschäftigt nicht nur die Wissenschaftler, sondern buchstäblich einen jeden Menschen, alle Bevölkerungsschichten. Davon zeugen unter anderem auch die Briefe an unsere ideologische Abteilung. Mit der Eröffnung der Diskussion schwillt der Briefstrom in geometrischer Progression an. Das Gespräch von heute setzt das Suchen nach Lösungen von den allerakutesten Problemen des Sozialismus in Theorie und Praxis fort. Wir brauchen ein neues Erkennen der Gesellschaft, die wir aufgebaut haben und die wir aufbauen wollen.

Demokratie - Taktik oder Strategie?

Iskenderow: Aus meiner Sicht gilt es in erster Linie die Grundfrage zu beantworten: was für eine Gesellschaft wir eigentlich aufgebaut haben, inwiefern sie mit wahren sozialistischen Idealen im Einklang steht? Heutzutage sind unter den Theoretikern kaum Meinungsverschiedenheiten festzustellen: sie ist weit entfernt von den Vorstellungen der Klassiker. Sie wird in Diskussionen unterschiedlich bezeichnet - bald als Kasernensozialismus, bald als feudal-leibeigenschaftlicher Sozialismus. Das Wesen ist klar: das Antlitz des von uns aufgebauten Sozialismus entpuppte sich als menschen- und demokratiefeindlich ...

Es wäre höchste Zeit, die Ursachen dafür zu klären, was alles passierte. Es geht nicht um irgendwelche oberflächlichen, sondern um tieferliegende eigentliche Ursachen. Sie sind recht zahlreich. Ich möchte nur auf eine solche Ursache eingehen. Ich glaube, daß das Wichtigste darin besteht, daß der Sozialismus sich ohne Demokratie durchsetzte. Hier klaffen Theorie und Realität weit auseinander. Wir verkündeten laut - Sozialismus und Demokratie gehören untrennbar zueinander. Mehr noch - Lenin behauptete, daß es keinen Sozialismus geben kann, der nicht konsequenteste Demokratie verwirklichte. In der Realität aber lief die Entwicklung un-

seres Sozialismus der Demokratie zuwider. Er scheint andere Wurzeln gehabt zu haben. Nämlich - die Überzeugung, daß der Sozialismus nur durch Massenrepressalien, nur durch Gewaltanwendung aufzubauen ist. Die Gewalt aber konnte nur das in die Welt setzen, was sich wirklich gesetzt hat - ein administrativ-bürokratisches System. Trotzki, Sinowjew, aber auch Bucharin brachten den Aufbau des Sozialismus in Verbindung mit der Gewaltanwendungstheorie. Ganz zu schweigen von Stalin. Der war schon ein absoluter Höhepunkt. Leider schloß auch Lenin in der Praxis nicht Gewaltanwendung aus, gab ihr mitunter den Vorzug vor der Demokratie. Wenn auch gezwungenermaßen, aber doch.

Ohne derartige Erkenntnisse aus unserer Geschichte erreichen wir nie vollständige Klarheit über die Deformationen in unserem Sozialismus, sowie Klarheit über unsere nächsten Schritte. Für die Ausarbeitung einer quasi-neuen Theorie und einer neuen Konzeption des Sozialismus müssen wir tiefer greifen, als bloß Stalin bzw. den Stalinismus zu geißeln ...

Lazis: Im Prinzip bin ich mit der These einverstanden, daß seit der Etablierung der Stalinherrschaft und hin bis zur Perestrojka die Variante eines sich auf die Menschenkommandierung durch Gewalt gründenden Sozialismus, allen Modifikationen zum Trotz, unangetastet geblieben war. Bloß würde ich keinesfalls Gewaltanwendung mit Repressionen gleichsetzen. Lenin ging nur während des bewaffneten Kampfes so weit, daß er repressive Elemente der Gewaltanwendung akzeptierte. Und die nachfolgenden Repressalien resultierten keineswegs aus seiner Vorstellung von der Gewaltanwendung. Gerade umgekehrt - sie standen zu ihnen im Widerspruch.

Iskenderewo: Ich führe dahingehend aus, daß wir wohl eindeutig sagen müssen, was wir verwerfen und was wir in der Perspektive sehen. Unter anderem bin ich der Meinung, daß wir bis jetzt die ganze Wahrheit von der Diktatur des Proletariats noch nicht gesagt haben. Meines Erachtens zahlte sie sich nicht aus, und gerade weil sie mit der Gewalt verbunden war. Die Wiedergeburt des Sozialismus muß mit der Wiedererschließung seiner demokratischen Ansätze beginnen, die wir künstlich unterdrückt haben. Demokratie muß zu unserer strategischen Linie werden. Mancher kann meine Aussagen für zu scharf halten. Erstens erhebe ich keinen Anspruch auf die Wahrheit in letzter Instanz, ich suche erst nach der Klarheit. Zweitens besteht meine tiefe Überzeugung darin, daß im Hinblick auf den bevorstehenden Parteitag wir alle Fragen sehr offen, akut und mutig aufwerfen müssen. Sonst erhält auch eine neue Sozialismuskonzeption kein Vertrauen. Und es stellt sich die Frage: ist unsere Gesellschaft bereit zu solch einem offenen Gespräch?

Poschataew: Zur Frage der mutigen Kritik. Wir haben bestimmt noch nicht die ganze Tiefe der Probleme ausgelotet. Das gilt nicht nur für den historischen Rückblick, sondern auch für die neuen Problemstellungen. Was soll z.B. aus dem Projekt der Perestrojka, des Aufbaus einer neuen

sozialistischen Gesellschaft werden? Das ist sicher ein breites Diskussionsfeld ...

Arab-ogly: Eine Bemerkung über die Bereitschaft unseres Volkes zur Offenheit. Ich halte alles Gerede von seinem "Kinderalter" für ein politisches Spielchen der Bürokraten an der Macht. Es ist gar kein Dummkopf oder Unmündiger, wie man es bisweilen hinstellen sollte. Das Volk ist bereit. Das ist meine Überzeugung.

Ein paar Worte über die Wurzeln unserer Gesellschaft. Wo muß nach ihnen gesucht werden - streiten sich einige Theoretiker - in der Februar- oder in der Oktoberrevolution? Zwei Revolutionen hatten wir nicht. Es war eine einzige - die Große Russische Revolution, die sich etappenweise entwickelte, bis hin zum Schluß des Bürgerkrieges. Dort muß man nach den Wurzeln Ausschau halten.

Der Markt bedeutet nicht unbedingt Spontaneität

Lazis: Für unsere Gespräche zum Sozialismus sind drei Zielrichtungen besonders relevant. Erstens muß selbstverständlich am früheren Sozialismusverständnis und an der alten Praxis Kritik geübt werden. Zweitens ist ein neues Lesen der Klassiker, vor allem Lenins vonnöten. Und drittens müssen - was auch das Schwierigste ist - die Fragen beantwortet werden, die sich zu Lenins Lebzeiten überhaupt nicht stellten oder ganz anders aussahen.

Mit Berücksichtigung aller drei Zielsetzungen möchte ich von unserer Wirtschaft, unter anderem vom Verhältnis zwischen Sozialismus und Markt sprechen.

Noch heute wird der Markt von einem nicht unbeträchtlichen Teil unserer Ideologen und Praktiker als ein Träger der Spontaneität aufgefaßt, was an sich absolut falsch ist. Der Markt läßt sich durchaus verwalten und regulieren. Das ist theoretisch wie praktisch bewiesen.

Mehr noch, Planmäßigkeit ist ohne Markt nicht möglich, und der Markt selber kann ohne gewisse Planansätze nicht wirksam sein. Wenn wir uns nur daran erinnern, daß die Planmäßigkeit keine Papierflut von oben nach unten ist, sondern eine reelle Unterordnung realer wirtschaftlicher und sozialer Prozesse unter den bewußten Willen der Gesellschaft, oder um mit Lenin zu sprechen: "eine bewußte Proportionalität", so kommen wir zu folgendem Schluß: diejenige wirtschaftliche Realität, die sich hierzulande aus der Negation des Marktes herausgebildet hat, hat auch nichts mit Planmäßigkeit zu tun. Das war und ist zum Teil auch heute noch eine verbürokratisierte Anarchie und keinesfalls eine Planwirtschaft.

Es wäre grundfalsch, den Sozialismus mit dem Plan, und den Kapitalismus mit dem Markt gleichzusetzen. Beides ist den beiden Gesellschaftsformationen zu gleichem Maße eigen.

Das wichtigste Spezifikum des Sozialismus, genauer gesagt sein Vorteil, ist die Arbeit des Menschen für sich selbst. Der Mensch arbeitet für sich besser als für einen Ausbeuter. Dabei ist selbstverständlich ein Markt notwendig, notwendig sind vielfältige Eigentumsformen.

Mir ist unverständlich, warum mancher Wissenschaftler wütend wird, sobald er auch nur ein Wort von der Privatwirtschaft zu hören bekommt. Wir treten für den Sozialismus nicht aus irgendwelchen religiösen Motiven heraus ein, sondern weil er überzeugend beweist: gesellschaftliche Großproduktion ist im großen und ganzen leistungsfähiger als irgendeine andere. Und wenn dem so ist, muß die Gleichberechtigung aller Eigentumsformen anerkannt und ihnen freie Entwicklungsmöglichkeit zugebilligt werden, in der sicheren Annahme, daß die führende Rolle nach wie vor die gesellschaftliche Großproduktion spielen würde.

Poschataew: Gewähren die neuen Gesetzesentwürfe gleiche Chancen für diesen Wettbewerb?

Lazis: Ich habe den Eindruck, daß sie solche Möglichkeiten schaffen. Die reale Praxis aber wird nicht nur durch die Annahme von neuen Gesetzen bestimmt, sondern auch durch ihre Umsetzung.

Ich möchte eine Frage aufwerfen, die von Lenin nur kurz skizziert wurde. Lenin leistete eine bewunderungswerte schnelle Evolution in seinen Vorstellungen von der sozialistischen Wirtschaft. Bis zum Jahr 1921, d.h. bis zur NÖP, schwebte ihm der Sozialismus als ein staatliches Monopol vor, untergeordnet den Interessen der Arbeiterklasse und insofern nicht mehr kapitalistisch. Dann, einen generellen Paradigmawechsel in Fragen des Sozialismus anerkennend, begann er buchstäblich am Rande des Grabes von einer Gesellschaftsordnung der zivilisierten Genossenschaftler zu sprechen. Das Grundsätzliche besteht darin, daß die Gesellschaftsordnung der zivilisierten Genossenschaftler und die des staatlichen Monopols zwei grundverschiedene Systeme sind. Lenin war aber kaum dazu gekommen, in seinen letzten Werken über die Genossenschaften diese Worte zu buchstabieren. Das System selber arbeitete er nicht aus.

Ich bin der Meinung, daß wir jetzt zu dem abgebrochenen und dann vernachlässigten Streit auf dem XIV. Parteitag zurück müssen. Bucharin behauptete damals, Lenin hätte einen zweiten NÖP-Plan, verbunden mit der Idee einer Gesellschaftsordnung der zivilisierten Genossenschaftler gehabt. Lenin soll das in ihren letzten Gesprächen angedeutet haben. In einigen seiner Arbeiten um die Mitte der 20er Jahre stellte Bucharin diesen Leninischen Plan dar, mit seinen eigenen Ergänzungen, versteht sich. Aber Krupskaja kritisierte sehr scharf diese Behauptung, sagte, es hätte keinen zweiten NÖP-Plan gegeben. Und das ganze Problem versandete allmählich. Heute aber ist es für uns sehr wichtig, denn es wäre naiv, einfach zurück zur NÖP zu wollen. Das ist perspektivlos. Wir haben heute ein anderes Land, eine andere Sozialstruktur. Meines Erachtens müssen wir

aufmerksam die Evolution des Leninschen NÖP-Verständnisses verfolgen, es weiter entwickeln und mit Blick auf die Realitäten von heute bereichern.

Soziales bedeutet Gemeinschaftliches

Sdrawomislow: Bei einer Analyse des Vergangenen darf die Rolle der theoretischen Konzeption auf Kosten von realen Interessen nicht überbewertet werden. Die Historizität ist gut am Platze. Heute lebt die sozialistische Idee in der Form der Perestrojka. Die Perestrojka selber, die Idee des Sozialismus und die Grundfragen des Sozialismus (die Idee der sozialen Gerechtigkeit zum Beispiel) bekommen recht unterschiedliche Deutung in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Deshalb brauchen wir über die Historizität hinaus noch eine sozialpolitische Analyse, die die Idee mit konkreten Interessen verschiedener Sozialgruppen verbinden sollte. Da muß wieder mal die Frage nach dem Verhältnis von Ökonomie und Politik gestellt werden.

Und das Problem der Wechselwirkung zwischen Gattungs-, Klassen- und Nationalmäßigem steht ins Haus. Es ist einfach unmöglich, von einem neuen Sozialismusverständnis zu sprechen, ohne gewisse Vorarbeiten auf diesem Feld geleistet zu haben. In diesem Zusammenhang scheint mir der Artikel von M.S. Gorbatschow besonders wichtig zu sein. Er leistet eine Synthese von vielem, was in den Diskussionen, veranstaltet von der Akademie der Wissenschaften, vom Institut für Marxismus-Leninismus, zur Sprache gebracht wurde, was im öffentlichen Bewußtsein herangereift war. Der Artikel enthält mehrere neuen Herangehensweisen, gemessen auch an den Aussagen vor zwei Jahren. All das bedarf gründlicher Überlegungen.

Ich wollte etwas zu einer Frage sagen, die für mich sehr wichtig ist. Rein intuitiv wird sie zwar aufgegriffen, bisher aber nicht gesondert analysiert. Wir sprechen vom Sozialismus als einer Idee, einer Gesellschaftsformation, einer Bewegung. Aus meiner Sicht ist es wichtig zu betonen: der Sozialismus ist auch ein bestimmtes Kommunikationssystem. Dieser Sinn wohnt dem Begriffswortstamm inne. Soziales bedeutet Gemeinschaftliches. Das ist eine Idee, ein Leben, eine Form der gesellschaftlichen Organisation, die die Menschen zusammenführen und nicht auseinander oder gegeneinander bringen soll.

In diesem Zusammenhang stellt sich das Problem der Formierung von neuen Kommunikationsinstitutionen, einer neuen Rolle der Presse. Die letztere fungiert nicht nur als ein Kritiker oder ein Agitator, sondern auch als ein Kommunikationszentrum unter den Menschen. Das ist, wenn Sie wollen, eine Komponente einer neuen Praxis des Sozialismus.

Es geht um einen neuen Stil der Kommunikation, damit eine Idee irgendwo in einem bestimmten Milieu nicht steckenbleibt, sondern sofort allseitig und unter verschiedenen Gesichtspunkten weiter aufgegriffen und

behandelt wird, damit sich z.B. der Arbeitsstil des Leiters einer Partei- oder gesellschaftlichen Organisation ändert. Gleichzeitig tritt auch das Problem der Führung auch als ein Problem des Wechsels der Kommunikationsformen auf den Plan. Diejenigen, die nicht zu kommunizieren verstehen und ihre Funktion nur im Kommandieren sehen, werden vom Leben selbst abgestoßen. Entwicklung, Vielfalt von Kommunikationsformen bilden meiner Ansicht nach eine der Hauptachsen des modernen Sozialismus.

Abschied vom gewaltsamen Umgang mit der Geschichte

Kelle: Wir dürfen nicht mal wieder in neue Extreme verfallen, wieder einen "unbeschränkten Weg" betreten und neue soziale Experimente wagen wollen, von welchen viele zu einem dicken Ende führten. Das Wichtigste aus unseren historischen Erfahrungen muß, aus meiner Sicht, erkannt werden: weg von der Vergewaltigung der Geschichte! D.h. wir müssen von der Praxis Abschied nehmen, die Geschichte in Einklang mit unserem Sozialismusideal (soweit wir es verstanden) zu bringen zu versuchen - schematisch, ohne Berücksichtigung objektiver Gesetzmäßigkeiten.

Ich glaube, daß es nicht nur daran haperte, daß sich der Sozialismus ohne Demokratie entwickelte. Die Hauptursache der Krise liegt darin, daß das Befehlssystem zusammengebrochen ist, sich als funktionsunfähig erwiesen hat, fingierte wirtschaftliche Phänomene hervorgebracht hat. Die Umgestaltung begann, weil wir in eine wirtschaftliche Sackgasse gelangten. Und das für uns Allerwichtigste ist heute eine Rückkehr zum natürlichen historischen Prozeß. Das bedeutet die Schaffung von wirtschaftlichen und politischen Mechanismen, die die Menschen zu einem bestimmten Verhalten veranlassen sollen.

Wir wiederholen, der Sozialismus besitze ein enormes Potential. Was für ein Potential? Was verstehen wir darunter? Meiner Meinung nach besteht das Potential des Sozialismus vor allem in der Ausweitung des Spielraumes für Initiative. Erst wenn ein Mechanismus für die Förderung der Initiative, der Aktivitäten der Menschen für gemeinschaftliches Wohl geschaffen worden ist, kann man von einer Erneuerung des Sozialismus sprechen. Es ist notwendig, daß die Menschen aus ihrem eigenen Willen heraus die vor dem Land stehenden Aufgaben anpacken.

Ich meine, daß eine Rückkehr zur naturmäßigen historischen Entwicklung, die Erschließung des sozialistischen Potentials, der Welterfahrungen und der gesamtzivilisatorischen Prinzipien gerade den Weg für unsere Perestrojka weisen.

Iskenderew: A propos Erfahrungen. Man behauptet, daß die Oktoberrevolution viel mehr dem Weltkapitalismus als dem Sozialismus zugute ge-

kommen ist. Der Kapitalismus erhielt Impulse für eine beschleunigte Entwicklung im sozialen, menschlichen Bereich.

Kelle: Ja, es stimmt. In gewissem Sinne kam sie dem Kapitalismus wirklich zugute, zwang ihn zu manchen strukturellen Veränderungen. So ist es. Wenn der Erneuerungsversuch des Sozialismus gelingen und wir den derzeitigen Krisenzustand überwinden sollten, dann würden wir zur Behauptung berechtigt sein, daß die proletarische sozialistische Revolution, Selbstkritik ühend, aus ihren negativen Erfahrungen gelernt hätte und vorangeschritten wäre. Davon würden wir alle profitieren, klug werden aus den schweren, tragischen Erfahrungen.

Weg von der Utopie - Hin zur Realität

Ambartsumow: Vorab wollte ich bemerken, daß wir selbst ungewollt unsere Überlegungen einschränken, indem wir uns ausschließlich in unserem traditionellen Rahmen bewegen: Marx, Lenin, marxistischer Sozialismus, proletarische sozialistische Revolution. Der Ideengehalt des Sozialismus darf doch nicht auf diesen Begriffskreis reduziert werden, der sich im wesentlichen, meiner Auffassung nach, schon erschöpft hat.

Bevor wir uns anschicken, Überlegungen über ein neues Sozialismusverständnis anzustellen, müssen wir herausgefunden haben, was eigentlich im alten Verständnis konzeptionell falsch war. In diesem Zusammenhang muß natürlich auch das Maß an Utopismus in der Konzeption des Kommunismus erwähnt werden. Es ist unmöglich zu behaupten, bei Marx finde sich kein Körnchen des Utopismus. Er hat sehr vieles bei seinen Vorgängern, den Utopisten entliehen. Der Kommunismus ist eine Idee und keine Doktrin, kein Wunsch, eine ideale Gesellschaft aufzubauen. Je früher wir eingestehen, daß in einigen Punkten diese Doktrin unrealistisch war, desto besser.

Nehmen wir zum Beispiel die Pariser Kommune als Vision einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft. Was akzeptabel und für eine kurze Zeit realistisch in einer Stadt war, ist unrealistisch im Rahmen eines riesengroßen Staates mit seinen unheimlich komplizierten Verbindungen, wo unmittelbare Selbstverwaltung unmöglich ist. Oder nehmen wir die Unterbewertung der Freiheitsproblematik, die vor der Idee der Gleichheit zurücktreten mußte. Und der ethische Relativismus, der später in eine Art moralischen Nihilismus hinübergewachsen war?

Wichtig ist es, den Sozialismus als eine Bewegung, als Prozeß aufzufassen, und hier muß man sich an andere ideologische Quellen des Sozialismus wenden, sich an den ethischen Sozialismus erinnern, an Bernstein.

Denken sie an unsere heutige Diskussion. In der westlichen Gesellschaft wäre es nicht möglich, daß Fragen nach den unverzichtbaren Grundcharakteristika der kapitalistischen Gesellschaft oder nach dem Wesen des

Kapitalismus zur Diskussion stünden. Das beschäftigt sie dort drüben nicht. Wir aber sind immer dabei, eine Theorie zu basteln und uns zu beschweren, alles Übel erkläre sich aus den Theoriedefiziten. Laßt uns an Lenin erinnern. Für ihn war ein Schritt einer praxiswirksamen Bewegung immer wichtiger als ein Dutzend von Programmdokumenten.

Die Umgestaltung läuft leer, ungeachtet ihrer unbestreitbaren großen Ergebnisse. Wir sind eine andere Gesellschaft geworden, laufen aber, leider, meistens leer. Laßt uns in der Welt umschaun. Erstens fällt unser Blick auf die aus Tradition als sozialistisch bezeichneten Staaten: in diesen Nachbarländern sind die Ideen des Sozialismus diskreditiert. Heute sind wir mit der Situation konfrontiert, daß die Ideen des Sozialismus bergab gehen und andere Parteien - bestenfalls die sich an der sozialdemokratischen Doktrin orientierenden Parteien und schlimmstenfalls die konservativen Parteien - die Oberhand gewinnen. Den Kommunisten bleibt die Rolle der Juniorpartner in Koalitionsregierungen übrig oder gar die der Opposition.

Nebenbei bemerkt - in der gegenwärtigen Situation verfügen wir über keine andere Struktur außer der Struktur der Partei, die die Stabilität der Gesellschaft sichern könnte. Aber es wäre recht naiv, bestreiten zu wollen, daß schon morgen die Parteienpluralität auf uns zukommen wird. In diesem Kontext müssen wir ganz nüchtern nicht nur Marx, sondern auch Lenin sehen. Wir müssen uns auch keine Kritik an dem an und für sich sehr guten Artikel von Gorbatschow verkneifen, weil viele Dinge dort ausgeklammert blieben, z.B. der Pluralismus, das Demokratieverständnis. Wir leben noch mit einem eingeschränkten Demokratieverständnis, das von Lenin herrührt, da er den Pluralismus in der Wirtschaft, aber nicht in der Politik akzeptierte.

Es ist an der Zeit, von unserem Idealismus, vom missionarischen Geist abzurücken, in erster Linie von der totalitären Gesellschaft. Bei uns soll sich eine wirklich pluralistische Gesellschaft etablieren - in der Wirtschaft, in der Politik und in der Ideologie. Sehr wichtig war die Überlegung von Kelle, wir müßten zurück, zum sozusagen allgemeinen zivilisierten Entwicklungsweg, wir müßten uns im klaren sein, daß der reduzierte Weg, auf dem wir eine gerechte Gesellschaft errichten wollten, in die Sackgasse führt.

Wir brauchen keine Kristallschlösser zu bauen, die sich später als nichts anderes als Luftschlösser erweisen. Wir müssen einfach normalerweise entwickeln, unsere eigenen Ansichten rechtzeitig korrigieren und uns alle Werte der Weltzivilisation zueigen machen.

Sdrawomilow: Da drängen sich alles andere als einfache Fragen auf: was ist das - eine normale Entwicklung? Was bedeutet diese Rückkehr zum naturmäßigen Prozeß der Geschichte? Soll das etwa heißen, daß Revolutionen eine Anomalie darstellen?

Eine Synthese zwischen Arbeit und Eigentum

Meshujew: Ich möchte zwei Fragen streng auseinanderhalten. Die erste ist die über unser Verhältnis zu der Idee des Sozialismus am Ende des XX. Jahrhunderts, in seiner marxistischen oder nicht-marxistischen Variante. Das ist eine rein theoretische Frage. Und die andere ist, was wir mit unserem Land tun müssen, welche wirtschaftlichen, rechtlichen und anderen Reformen zu ergreifen sind, um es aus dem Sumpf herauszuziehen.

Es wird viel um den Stalinismus gestritten. Man reduziert ihn auf die Gewaltherrschaft. Sein Wesen liegt aber viel tiefer - in der Identifizierung der Ideen und der Realität, in der Idee eines gesiegtens bzw., wie wir ihn bis vor kurzem bezeichneten, entwickelten Sozialismus. Im Endergebnis haben wir die Geschichte vergewaltigt und die Idee in Verruf gebracht. Vor allem waren es die Kommunisten, die die Idee des Sozialismus am schwersten kompromittiert haben. Wir malten den Sozialismus mit allerschönster Epitheta aus: Humanismus, soziale Gerechtigkeit, höchste Arbeitsproduktivität u.ä.m. Das sind leere Floskeln. Der Inhalt des Sozialismus besteht in einem bestimmten Verhältnis zwischen Arbeit und Eigentum. Der Sozialismus als eine Idee, als eine programmatische Orientierung überhaupt, als ein Ziel wird erst dann sinnvoll, wenn sich die Frage stellt, auf welche Art und Weise wir diese historisch auseinanderdivergierten Seiten zusammenführen. Fehlt oder hat solch eine Situation im Lande gefehlt, können wir beliebig lange von einem Sozialismus sprechen, gelöst wird praktisch ein ganz anderes Problem. Z.B. sind wir heute bestrebt, das Eigentum von der Macht zu trennen und einiges gegen die vollzogene Verstaatlichung des Eigentums zu unternehmen. Jedoch ist das kein sozialistisches Problem, seinerzeit wurde es vom Kapitalismus gelöst, das war die klassische Idee der bürgerlichen Nationalökonomie - wie das Eigentum von dem Staat hätte getrennt werden sollen.

Wir begreifen einfach die Idee des gemeinschaftlichen Eigentums nicht, die für den Sozialismus fundamental ist. Unter einem gemeinschaftlichen Eigentum verstehen wir etwa folgendes: alle Habseligkeiten werden zu einem großen Haufen zusammengeschleppt und das wäre Gemeinschaftliches, egal ob ein Hakenpflug oder eine Haue. Das hat doch mit Sozialismus nichts zu tun.

Die Grundidee der Vergesellschaftung bestand nicht im Wechsel des Eigentumsobjekts (bis dato hatte einer Eigentumsrechte und nun haben wir kollektives Eigentumsrecht), sondern im Wechsel des Eigentumsobjekts. Nicht alles läßt sich vergesellschaften. Das Geld z.B. kann nicht vergesellschaftet werden, es ist teilbar. Wenn ich für mich selber einhundert Rubel ausgegeben habe, so kann kein anderer es auch für sich beanspruchen.

Stepin: Kann auch eine Zahnbürste gemeinschaftlich benutzt werden?

Meshujew: Man hat auch das versucht. Vergesellschaftet werden muß nur das, was einem einzelnen und allen gehören kann. Ist so ein Ding über-

haupt vorstellbar, das wir alle besitzen und das dabei nicht abgenutzt wird? Ja, sicher. Das wäre Wissen, das wäre Kultur, das wäre Kunst.

Wenn ich aber zu vergesellschaften trachte, was noch durch eine konkrete, d.h. parzellierte, spezialisierte Berufsarbeit geschaffen wird, so hat das mit dem Sozialismus nichts zu tun ...

Karpinskij: Und wird zur Beute einer anderen sozialen Gruppe.

Meshujew: Genau. Die Idee des Sozialismus - wenn wir uns auf die Idee als solche beschränken wollen - bezieht sich auf solch ein Niveau der Produktionsentwicklung, auf welchem die Wissenschaft tatsächlich zur Hauptproduktivkraft wird und sich der Prozeß der Umwandlung der gesamten Gesellschaft zur Quelle allen Reichtums vollzieht, und ein Wissenschaftler den Arbeiter ablöst.

Und was haben wir getan? Wir beherzigten die Idee des Sozialismus, versuchten sie auf einem Produktionsniveau zu verwenden, das auch einem kapitalistischen unterlegen ist. Was tun?

Der Sozialismus das ist bestimmt keine Idee der freien Wirtschaft, die Marktwirtschaft wurde vom Kapitalismus geschaffen. Der Sozialismus ist eine Idee der Freiheit des Menschen von der Wirtschaft. Aber welcher Freiheit? Nicht so einer, in der man den Menschen um seine Existenzmittel bringt, sondern jener, in welcher die Wirtschaft in der Lage ist, mich zu versorgen, ohne dabei auf meine unmittelbare lebendige Arbeit angewiesen zu sein. Und das Grundsätzlichste in der Idee war, daß die gesamte gesellschaftliche Basis der Gesellschaft nicht mehr meine Arbeitszeit als Arbeitskraft, sondern die Zeit werden sollte, in der ich mich als ein intellektuelles, denkendes Geschöpf entwickle, d.h. zur gesellschaftlichen Grundlage wird Freizeit. An dieser Idee ist nichts Utopisches. Im XX. Jahrhundert ist sie ein reales Programm aller hochentwickelten Länder geworden.

Karpinskij: Soll es bedeuten, daß Sie die Idee des Sozialismus von der des Kommunismus trennen?

Meshujew: Nein. Das hat Marx schon selbst getan. Präzise gesagt, war für Marx das Wort "Sozialismus" eine kritische Zielscheibe. Unter diesem Begriff verstand er all die Theorien, die erklärten, daß die sozialen Probleme, das Problem des Arbeit-Kapital-Verhältnisses inklusive, im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft nicht lösbar seien.

Laßt uns auch mal den Klassikern Ruhe gönnen

Antonowitsch: Vor unseren Augen vollzieht sich eine der dramatischsten Phasen der Weltgeschichte - der alte Sozialismus liegt überall auf der Welt im Sterben, und wir wissen soviel, daß ein neuer, ihn ablösender Sozialismus ganz anders aussehen wird. Die Umstellung auf parlamentarische

Strukturen legt in unserer Ländergruppe äußerst ungünstige Prognosen nahe: 6 bis 8 % der Wähler werden für die Kommunisten ihre Stimmen abgeben, im günstigsten Fall. Das ist ein Drama der Weltgeschichte, das weiterer Überlegungen bedarf.

Einer könnte denken, daß, wenn schon der Geschichtsprozeß das bürokratisch-administrative System zurückweist, so auch der ganze Sozialismus hiermit zurückgewiesen wird, denn eine andere Existenzform als die des administrativen Befehlssystems ist nicht bekannt. Also wir kehren zu den Urquellen zurück, und die Bemerkung von Kelle über natur-geschichtliche Entwicklungsbedingungen des Sozialismus klingt sehr richtig.

Laßt uns gründlicher die Natur des administrativen Befehlssystems analysieren. Wir hatten recht, als wir es als eine Mißgeburt des Stalinismus bezeichneten, laßt uns endlich die ganze Wahrheit sagen. Das administrative Befehlssystem erwuchs nicht aus dem Voluntarismus von Stalin alleine, es erwuchs aus den objektiven geschichtlichen Bedingungen. Die sozialistische Revolution in Rußland fand nicht in einem maximal für die neue Gesellschaft historisch-reifen Milieu statt, sondern in einem minimal zulässigen. Nur ein Minimum an Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution war vorhanden, aber es wurde dank dem Leninschen Genie aktiviert. Und dennoch war es in gewissem Maße eine Revolution unter unausgereiften Bedingungen.

Theoretische Postulate, entliehen dem klassischen Modell des Sozialismus, aneinanderreihen zu wollen, ist recht unvorsichtig. Laßt uns den Klassikern ein wenig Ruhe gönnen, denn manche schicksalträchtige Faktoren der modernen Geschichte wurden von ihnen nicht vorausgeahnt, und das darf auch nicht ihnen zur Schuld gemacht werden. Aber sollen wir wirklich unser Haupt mit Asche bestreuen, wie wir es momentan tun, und den Bolschewiken Vorwürfe machen für die Machtergreifung im Jahre 1917 oder den anderen kommunistischen Parteien, die nach dem Zweiten Weltkrieg an die Macht kamen? Wir können und dürfen es nicht. Schicksal und Aufgabe einer jeden Partei ist die Machtübernahme. Das ist ein Unheil der Partei, daß sie, im Besitz der Macht, bei der Realisierung des sozialistischen Umgestaltungsmodells, geerbt von den Klassikern, versagte. Für was wir uns wirklich schämen müssen, das ist die Herrschaft von Mittelmäßigkeiten, die die Macht für ihre privaten Ziele usurpierten. Wofür wir uns wirklich schämen müssen - das ist das Vergreifen am Volkseigentum, die Korruption, die Sauferei usw. Das Drama des Sozialismus und das der Partei sind die Dramen der Entartung in eine Institution für die Bewirtschaftung einer einzigen Person.

Poschataew: Und wie soll, nach Ihren Vorstellungen, die Partei in der gegenwärtigen Etappe handeln?

Antonowitsch: Gut, ich versuche die Frage zu beantworten. Der Sozialismus ist heute in der ganzen Welt einer scharfen Kritik unterzogen, darunter auch in unserem eigenen Lande. Die Stabilität der entstandenen gesell-

schaftlichen Strukturen ist aber bei weitem höher, als es sich diejenigen vorstellen, die glauben, daß nachdem den Kommunisten die Macht entrisen worden ist, sie auch den Sozialismus los sind. Wir dürfen auch solche Varianten nicht ausschließen, daß der Sozialismus ohne Kommunisten oder unter ihrer minimalen Mitwirkung aufgebaut werden wird. Die Wahrheit aber ist doch die, daß im ganzen Verlauf des XX. Jahrhunderts die Massen immer nach dem Sozialismus strebten, weil der Sozialismus ein natürlicher Zustand für den Werktätigen ist. Von daher bedarf das spontane sozialistische Ideal der Massen sorgfältiger Forschungen, auf dieser Grundlage muß auch unsere Theorie gründlich korrigiert werden. Laßt uns endlich Ansprüche, Bedürfnisse, Orientierungen, geistige Verfassung der Massen respektieren und ihnen folgen. Dort steckt ein recht lebenskräftiges sozialistisches Element, das irgendwie ausformuliert und auch ins Leben umgesetzt werden muß.

Das Ziel: Humanismus

Dilgenskij: Offensichtlich ist es kaum möglich, die Begriffe "Sozialismus", "Kommunismus" inhaltlich mit den Begriffen "Kapitalismus", "Feudalismus" aneinander zu reihen. Kapitalismus und Feudalismus sind (oder waren) real existierende Gesellschaften, die später theoretisch erkannt wurden. Ein gegenteiliger Fall ist der Sozialismus: zuerst erblickte die heute so umstrittene Idee das Licht der Welt, und erst später, nach der Oktoberrevolution, begann man mit deren realen gesellschaftlichem Unterbau.

Viele teilten im XIX. Jahrhundert die Illusion (Marx und Engels übrigens am wenigsten), daß es möglich ist, ein gesellschaftliches Projekt auszuarbeiten und dann nach ihm etwas aufzubauen, etwa wie ein Baumeister ein Gebäude baut. Versuchte man solche Bauprojekte zu realisieren, bekam man ein wesentlich anderes Resultat, denn im Unterschied zum gewöhnlichen Bauverfahren sind die Menschen, die zwischenmenschlichen Beziehungen eben keine Bau- und Ziegelsteine. In der Gesellschaft wirken die Gesetze der Wirtschaft, die des menschlichen Verhaltens, die Interessen verschiedener Kräfte.

Im Ergebnis haben wir ein gesellschaftliches Gebilde, und nun streiten wir darüber, ob es Sozialismus oder kein Sozialismus ist. Ist die Fragestellung an sich korrekt? Der Sozialismus, das ist eine Idee. Das ist ein Traum, dessen Bezugsrahmen über den Marxismus hinausreicht. Das ist ein ewiger Traum der Menschheit, der Traum von einer alternativen Gesellschaft, wo die Interessen so weitgehend harmonisiert würden, daß die Feindseligkeit unter den Menschen verschwinden sollte. Wenn dieser eindeutig utopische Wunschtraum die Politik eines großen Staates zu bestimmen beginnt, dann entsteht ein historisch neues Gebilde, daß sich wohl genauer als staatliche Produktionsweise bezeichnen läßt. Alles wird vom Staat untergeordnet: die

Wirtschaft wie das soziale Leben. So was entspricht keinesfalls den Idealen des Sozialismus.

Der Sozialismus ist vor allem ein System der Werte, die ihrem Inhalt nach zutiefst humanistisch sind. Da die Gesellschaft und der Mensch im ständigen Wandlungsprozeß sind, bedeutet das, daß in einem jeden Abschnitt der Geschichte - bei uns wie im Westen - konkrete Probleme der Humanisierung, der Sanierung, der Verbesserung, der Veredelung des Lebens, die Probleme einer weiterreichenden Emanzipation usw. existieren. Diese Probleme sind immer sehr konkret, und es gilt, ihnen eine Prioritätstellung zu verschaffen. Alles übrige ist bloß ein Mittel. Und die letzteren müssen wirksam sein. Mir ist es vollkommen egal, ob mit Hilfe des Gemeinschafts- oder Privateigentums oder aber irgendwie anders die Interessen des Menschen befriedigt werden. Hauptsache, es soll optimal geschehen.

Und zum Schluß: Die Parteien, als eine Form des politischen Lebens, stecken im Westen in einer ersten Krise. Sie existieren weiter, sie handeln, aber die aktive Massenunterstützung läßt tendenziell nach. Ein wohlbekanntes Motiv bei allen empirischen Forschungen: ich mag die Parteien nicht, weil sie sich mit echten Problemen nicht auseinandersetzen wollen. In der westlichen Soziologie wird sehr ernst folgendes Problem behandelt: wäre es nicht an der Zeit, von den Parteien zu gesellschaftlichen Bewegungen überzugehen, die ohne Machtanspruch in ihrem Wirken die Interessen verschiedenartigsten Gruppierungen durchsetzen?

Karpinskij: Die Bewegungen - schön und gut, bei uns aber wollen sie sich schleunigst als Parteien formieren.

Dilgenskij: Einige Volksfronten haben es nicht so eilig. Der Volksdeputierte Stankewitsch bemerkte sehr zurecht, daß die Moskauer Volksfront, in der er selber aktiv ist, eine populistische Bewegung darstellt. Er ist Experte in amerikanischen Fragen und weiß genau, was der Populismus ist. Das Wort bekam bei uns einen minderschätzigen Sinn, wie etwa Demagogie. Der Populismus ist, natürlich, nicht in erster Linie eine Demagogie. Wenn wir bei Amerika bleiben, so kann man sagen, daß der Populismus ein Zusammenfließen aller möglichen sozialen Kräfte mit vielfältigsten politischen und religiösen Ansichten ist, das die Gesamtheit von sehr weiten Interessen artikuliert und gegen einen gemeinsamen Gegner gerichtet wird. Dabei ist er für mich eine typische Bewegung, das habe ich gemeint.

Ein System für den Menschen

Letorskij: Zunächst ein paar Vorbemerkungen. Erstens: Die Ideen des Sozialismus und des Kommunismus waren für Marx nie vordergründig, sie waren für ihn ein Mittel zur Lösung eines anderen wichtigeren Problems, das des Menschen, das der Entfremdungsüberwindung, d.h. eines humanistischen Problems. Wie sollte die Entfremdung aufgehoben werden?

Warum ist der Kapitalismus schlecht? Weil der Mensch dort entfremdet ist, und der Sozialismus die Überwindung dieser Entfremdung ermöglicht. Nur so können diese Begriffe gedeutet werden, nur als Mittel. Und der Sozialismus muß sich daran messen lassen, inwiefern er diesem Ziel gerecht wird, und wenn nicht, dann bedeutet es, daß er schlecht ist. Meiner Meinung nach müssen alle Diskussionen um das Gemeinschafts- und Privateigentum in diesem Kontext verlaufen.

Zweitens möchte ich feststellen, daß in unserem Sozialismusverständnis eine Vorstellung festsetzt, die nicht so sehr von Marx herrührt, eher von den Ideen, die in den ersten Jahren nach dem Oktober eine starke Verbreitung hatten. Ich meine die Vorstellung vom Sozialismus als einem System der totalen Verwaltung, einer totalen Projektierung. Verschiedene Genossen wirkten bei der Entwicklung solcher Ideen mit. Dies bedeutet, daß dafür gewisse allgemeine Auffassungen vorhanden waren. Ich erwähne z.B. Bogdanow, einen bekannten Theoretiker, Philosophen. Man beschimpfte ihn mächtig (jetzt wird er offen akzeptiert) unter anderem für sein Werk "Die Textologie", d.h. eine universelle Verwaltungslehre. Dort sind viele interessante Gedanken drin. Was ist aber seine grundlegende Idee? Er träumte von einer republikweiten Maschine, die alles organisatorisch ideal erfaßt. Der Mensch und die Natur werden ausschließlich als Objekte der Verwaltung verstanden. Das steht aber im krassen Widerspruch zu den Grunderkenntnissen des Marxismus, zu dem gegenwärtigen Verständnis der Ökologie und des Humanismus. Und dennoch haben wir derartige Vorurteile nicht ganz überwunden.

Endlich zum Wichtigsten. Zur Zeit besprechen wir in den Periodika, in unseren scharfen Diskussionen in der Literatur, die Sozialismusproblematik. Dabei wird nicht selten der Sozialismus mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit identifiziert. Sogar die Demokratie wird hin und wieder dahingehend interpretiert, daß sie die Gesellschaft wirtschaftlich potenziert, leistungsfähiger macht. Das kann ich nicht befürworten. Die Demokratie ist ein Wert an sich, weil sie eine Voraussetzung für die Freiheit des Menschen ist.

Das Problem der Freiheit des Individuums ist der allergrößte Wert. Ein Fortschrittskriterium darf nicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit reduziert werden. Irgendein weiteres, umfassenderes Kriterium ist vonnöten, vielleicht eins der sozialen Gerechtigkeit. Im großen und ganzen wird die letztere oft als Gleichmacherei empfunden, und dem ist nicht so. Das ist ein riesiges soziales Problem, dem wir nie aus dem Wege gehen können. Man kann eine wirtschaftlich leistungsfähige Gesellschaft aufbauen, die das Problem der sozialen Gerechtigkeit nicht zu lösen vermag, solch eine Gesellschaft kann nicht als eine fortschrittliche gelten.

Nehmen wir ein anderes, ähnliches Problem, das des Rechtsstaates. Ein Rechtsstaat ist nicht einfach ein Staat, in welchem alle Gesetze eingehalten werden - der Kern der Sache liegt im Charakter der Gesetze selbst. Die

Gesetze können respektiert werden, aber ihrer Qualität nach können sie den Menschen nicht frei machen. Es ist nicht schwer, sich eine Despotie vorzustellen, in der alle Gesetze eingehalten werden, aber der Mensch ist dort erniedrigt. Das ist kein Rechtsstaat. Und ein Rechtsstaat setzt hohe politische Kultur der Persönlichkeit voraus. Das kann wohl das Schwierigste sein.

Dimension der Sozialisation

Stepin: Meine Überzeugung ist, daß der Sozialismus, besonders auf seinen höheren Entwicklungsstufen, sich nicht aus seiner Realisierung in einem einzelnen Land heraus erkennen läßt, er stellt einen Weltprozeß dar. Ein Weltprozeß war er auch für Marx. Heutzutage ist es wichtig, nicht nur an der Vergangenheit zu kritisieren, sondern auch die Frage zu beantworten - wohin und was tun? Schon heute zeichnen sich die Konturen einer neuen Zivilisationsspirale ab, mit ungeahnten Perspektiven neuer Kommunikationstechnologien, neuen Informationsübermittlungsmethoden, mit voranschreitender Vielfalt und Dynamik des sozialen Lebens. Die Perestrojka läßt uns den Weg beschreiten, der uns den Zutritt in diese Zivilisation ermöglichen kann, durch die Humanisierung unserer Gesellschaft und die Beibehaltung der Grundlagen der sozialistischen Lebensweise. In Übereinstimmung mit dem Neuen Denken nehmen wir nicht nur beide sozialpolitischen Lager, sondern auch eine ganzheitliche Welt wahr, und von der Warte dieser Welt aus müssen wir die Entwicklungswege des Sozialismus überblicken. Dann soll der Sozialismus als eine Gesellschaft erscheinen, die maximal aufgeschlossen ist für alle Errungenschaften der Zivilisation, aufnahmefreudig nicht nur für modernste Technologien, sondern auch offen für die Entwicklung der Alltagskultur, für die Akkumulierung von demokratischen Formen und von Methoden der Regulierung des öffentlichen Lebens, der schöpferischen Persönlichkeitsentfaltung u.ä.m.

Diese zivilisatorischen Prozesse sind in unterschiedlichen Subsystemen der modernen ganzheitlichen Welt im Gange. Es darf nicht vergessen werden, daß der Kapitalismus seiner Zeit die tiefe Krise der 30er Jahre durch die Übernahme von zivilisatorischen, im Prinzip als sozialistisch zu bezeichnenden Errungenschaften überwunden hat, welche mit einer Reihe von die Spontaneität des Marktes regulierenden Maßnahmen (Steuerpolitik u.a.) einerseits, und mit der Entwicklung des sozialen Schutzes des Individuums andererseits, verbunden waren.

Man braucht keine Angst vor dem Wort "Konvergenz" zu haben, wenn darunter keine Gleichschaltung verschiedener Gesellschaften, keine Einverleibung des Sozialismus durch den Kapitalismus gemeint ist, sondern ein Zusammenwirken und eine gemeinsame Entwicklung, die mit der Akkumulierung von Elementen des Sozialismus einhergeht. Die Hypothese

einer friedlichen Evolution von beiden Systemen auf irgendeinen einheitlichen globalen Zustand zu hat zweifelsohne Existenzberechtigung.

Klar, dieser Prozeß ist äußerst widersprüchlich: technologisch voranschreitende Gesellschaften sind mit den Problemen der Knappheit von Naturressourcen, der Ökologie, der Entfremdung der sozialen Strukturen vom Mensch konfrontiert. Die Tendenz zur Lockerung der Zentralisation und zur Vervielfältigung verschiedener Subsysteme des sozialen Lebens tritt als eine Magistrale der Weltentwicklung hervor. Nebenbei sei bemerkt, daß ein gewisser Erfolg des Neokonservatismus im Westen gerade dadurch bedingt wurde, daß er diese Tendenz herausgespielt hatte. Im Produktionsbereich ist sie mit den EDV-Technologien verbunden, die neue Möglichkeiten für die Anwendung einer individualitätsbezogenen schöpferischen Arbeit eröffnen. Im Bereich der sozialen Beziehungen wird das Problem der individuellen Sozialisation durch die immer größer werdende Vielfalt der Lebensformen, durch den Austausch zwischen mannigfaltigen kulturellen Traditionen in ein neues Licht gerückt. Das Ideal des Neokonservatismus besteht in der Reproduktion von solchen regionalen Sozialisationsstrukturen, in denen die religiösen Traditionen und die familiären Erziehungsformen zusammenwirken und eine gewisse soziale Kontrolle über die Herausbildung der jungen Generation sichergestellt werden sollen, damit die Moral nicht leidet.

Ich halte diese Herangehensweise sehr wichtig für die Entwicklung aller technologischen Zivilisationen in der gegenwärtigen Etappe, unabhängig von der politischen Ordnung.

In der nächsten Zukunft müssen wir uns nicht nur darüber Gedanken machen, wie wir unser Konsumniveau an das amerikanische angleichen, sondern auch über die Sozialisationsbedingungen der Persönlichkeit: wie sollen die Mechanismen dieses Prozesses aussehen, wie müssen die nationalen Kulturtraditionen weitergepflegt werden, wie ist die Familie als die primäre Keimzelle des sozialen Lebens vor Zerstörung in Schutz zu nehmen, wie können wir den Eintritt einer jeden neuen Generation in das soziale Leben würdig sicherstellen?

Ein Millionär oder eine Million Bettelarme

Arab-Ogly: Zur Frage, wer profitierte mehr vom Oktober - der Sozialismus oder der Kapitalismus? Ich möchte sagen: Rußland hat zum zweiten Mal die Welt errettet. Das erste Mal von dem Eroberungszug der Tataren, beim zweiten Mal vom ... Sozialismus. Von so einem, meine ich, den wir aufgebaut haben und der mit dem wahren Sozialismus nichts zu tun hat. Und gerade deshalb bin ich der Meinung, es wäre viel zu früh, den Sozialismus zu Grabe zu tragen. Wie tief auch die jetzige Krise auch sein möge. In der Tat ist es eine Krise des von uns als Sozialismus apostrophierten administrativen Weisungssystems. Also, was haben wir denn?

Die Dialektik hilft diese Frage beantworten, vor allem das Gesetz der Negation der Negation. Der Kapitalismus entstand auch aus einer Negation der Vergangenheit. Nicht zuletzt aus der Negation der tradierten Kulturen. Der Sozialismus tritt in Erscheinung als ihre Antithese. Daraus folgt, daß wir keinen Sozialismus aufbauten, sondern eine Antithese zum Kapitalismus, d.h. einen Anti-Kapitalismus. Im Ergebnis empfanden wir unseren Sozialismus als einen umgekrepelten Kapitalismus. Wenn dem Kapitalismus die Ware-Geld-Beziehungen eigen sind, so verwerfen wir sie. Drüben diktiert alles der Markt, bei uns darf er das nicht tun. Drüben Spontaneität der Produktion, bei uns allumfassende Planung. Drüben Privateigentum, bei uns dessen Ausrottung und so fort. Aber eine Synthese läßt bis heute auf sich warten.

Und jetzt gelangen wir zum Schluß, daß der Anti-Kapitalismus weder gesund, noch stabil sein kann, wenn einer jeden Gesellschaft keine Verneinung, sondern eine Bejahung zugrunde liegen soll. Eine solche Bejahung aber ist mit der zweiten Negation, mit der Synthese verbunden, d.h. mit Beerbung aller Errungenschaften der vorhergehenden Zivilisationen.

Und was ist Sozialismus? Abstrakt gesehen gehören dazu Befreiung der Arbeit, allseitige Persönlichkeitsentfaltung, harmonische Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft, Sicherheit vor der Zukunft. Einiges davon sind die Ideale der entfernten kommunistischen Zukunft. Gleichzeitig aber sind diese Ideale in Bewegung, durch ihre Realisierung wird die Zivilisation reicher. Sozialistische Werte, mehr konkret gesehen, schließen ein: einen 8-Stunden Arbeitstag, Progressionsbesteuerung, allgemeine Bildungspflicht, Gleichberechtigung der Frauen, soziale Sicherheit usw. Vieles davon haben wir in unserer Gesellschaft erreicht, aber vieles wurde auch vom Kapitalismus übernommen. Die sozialistischen Werte können auch, wenn Sie wollen, als gesamt-demokratisch bezeichnet werden. Was wir heute benötigen, ist eine Synthese von gesamt-demokratischen und sozialistischen Werten, d.h. ein Sozialismus mit menschlichem Antlitz.

Was sollen wir tun, auf dem Weg von unserer Antithese zur Synthese? Zurück zur NÖP? Nein, kein Zurück, sondern nur eine Anlehnung. Wenn wir dicht vor so einem neuen Zivilisationsschub stehen, müssen wir Ware-Geld-Beziehungen und die Vielfalt von Eigentumsformen fördern, einen Startimpuls für den Markt geben. Solange im Massenbewußtsein solche Einsichten fehlen, solange man sich über einen einzigen Millionär-Genossen empört und die Millionen von Bettelarmen in Kauf nimmt, werden wir auch kein neues Sozialismusverständnis haben.

Und dennoch Sozialismus

Grekow: Aus meiner Sicht ist die sowjetische Gesellschaft eine sozialistische Gesellschaft und keine andere. Ich erspare mir eine Aufzählung von sozialistischen Kriterien, denen sie entspricht. Davon war schon die Rede.

Seien wir uns doch über eins einig: der Sozialismus ist kein Schlaraffenland, er hat auch seine Mängel und Krankheiten. Er leidet nicht nur an einigen vom Kapitalismus geerbten Krankheiten ("Muttermale"), sondern an seinen hausgemachten. In einigen wesentlichen Punkten weicht unsere Gesellschaft von der ab, die Marx vorgezeichnet hat. Ungefähr genauso, wie sich die christliche Bewegung von heute vom frühen Christentum unterscheidet. So etwas ist in der Geschichte möglich, und niemand spricht heute von "einem großen Debakel" dieser Weltreligion. Eine sozialistische Gesellschaft entwickelt sich durch Widersprüche, zum Teil auch durch antagonistische Widersprüche.

Die Attestierung unserer Gesellschaft als eine sozialistische hält unter anderem eine Perspektive offen, kann zum Ausgangspunkt einer Regenerierung der sozialistischen Idee, der Diskussionen um ein neues Sozialismusbild werden. Eine Gegenposition brächte uns in Zugzwang, d.h. zum Gerede über ein neues Sozialismusverständnis von gewandelten Grundpositionen aus, was von Anfang an sinnlos wäre und in eine Sackgasse führen würde.

Eine andere Frage ist, wie sich dieses neue Verständnis formieren soll? Aus welchem Gedankengut? Der Rahmen unserer theoretischen Arbeit muß ganz entschieden ausgeweitet, die Quellen, die Grundlagen der sozialistischen Idee müssen breiter aufgefaßt werden, weit über die Grenzen des im Verlauf von Jahrzehnten entstandenen marxistischen Theoriefeldes hinaus. Marx und Engels hatten ihr Milieu, ihre Gesinnungsgenossen, bedeutsame Theoretiker des Sozialismus. Dasselbe läßt sich mit Blick auf Lenin und seine Mitstreiter sagen.

Ein Verleger wie ich kann sich nur schwer Reklame verkneifen. Besonders, wenn ein Anlaß so günstig wie heute ist. Die Idee der Bereicherung des marxistischen sozialistischen Gedankengutes durch die Ausbreitung seiner Informationsbasis findet ihre praktische Realisierung im Vorhaben unseres Verlages "Politizdat", ab 1990 eine "Bibliothek des sozialistischen Gedankengutes" herauszugeben. Schon im begonnenen Jahr sollen die Werke von R. Luxemburg, A. Bogdanow erscheinen, ihnen folgen W. Brandt, G. Lukács u.a.

Lange Jahre hatten wir Hemmungen, in unseren Büchern über andere sozialistische Denker - außerhalb des klassischen Trios - zu schreiben. Mehr als einmal haben wir Verleger unseren Autoren vorgeschlagen, in einer Studie oder einem Buch etwas von den sozialistischen Ansichten anderer zu schreiben (z.B. Taghor, Neru, Russel, Sombart u.a.). Solcherart Initiativen stießen aber immer auf Unverständnis. So errichtete der klassische wissenschaftliche Sozialismus eine "chinesische Mauer" um sich herum. Diese Selbstabkapselung von anderen sozialistischen Konzeptionen ließ die Theorie austrocknen, förderte ihre Schematisierung, ihre Verwandlung in ein System von unumstürzbaren Dogmen und Wahrheiten, und die Konsequenz war, daß sie nicht greifen.

Nach Petersburg über Rjasan

Pantin: In unserer Perestrojka-Zeit wird der Sozialismus mitunter mit der Abschaffung des stalinistischen Erbes identifiziert. Und damit Punktum. Was soll das heißen - mehr an Sozialismus? Woran eigentlich mehr? An Demokratie, die, wie bekannt, als eine nichtsozialistische Errungenschaft entstanden war? Mehr am Rechtsstaat, der sich auch früher als der Sozialismus herausgebildet hat? Da entsteht der Eindruck, daß für uns die Erneuerung des Sozialismus nur mit der Überwindung von Deformationen in unserer gesellschaftlichen Entwicklung verbunden ist. Das wäre viel zu kurz. Marx sagte, daß, wenn ich z.B. den chinesischen Zopf ablehne, so bin ich von dem Objekt meiner Ablehnung auch nicht besonders weit weg. Was ähnliches widerfährt uns: mitten in der Perestrojka verurteilen wir die Greuelthaten von Stalin und den Stalinismus selbst, auf eine gebotene Distanz zum Ablehnungsobjekt aber haben wir uns bis jetzt nicht begeben können. Mit größter Mühe machen wir unsere Schritte. Daher nehme ich an, besteht die Suche nach einem neuen Sozialismusverständnis in der Beantwortung der Frage: und was wollen wir weiter, nach der Kritikwelle, nach der Zurechtbiegung von Deformationen? Nicht vom Standpunkt von gestern aus müssen wir unsere Probleme überschauen, sondern unter dem Gesichtswinkel der Zukunft. D.h. wir müssen genau sehen, wie die zivilisierte Welt ihre Probleme löst. Klug geworden aus ihrer Erfahrung, können wir auch an unsere Lösungen heran.

Jedenfalls müssen wir aus westlichen Entwicklungen unsere Lehren ziehen. Tschernischewskij sagte sinngemäß folgendes: wenn du aus Moskau nach Petersburg willst, warum reist du über Rjasan? Wir, hingerissen durch die Kritik an der Vergangenheit, fahren heute auch nach Petersburg über Rjasan. Und das in einer Zeit, wo wir eines möglichst kurzen Wegs bedürfen! Mindestens einige Probleme sind doch im Westen schon gelöst. Wir brauchen nur zu erforschen, wie. Bis heute versprechen wir uns die Steigerung der Wirtschaftsleistungen aus dem voranschreitenden Wachstum von stofflichen Produktionsfaktoren, was vollauf im Interesse der Ministerien liegt. Gleichzeitig beweisen die internationalen Erfahrungen, daß der kürzeste Weg zum gesellschaftlichen Reichtum über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt führt. Wir haben in verschlafen, dann laßt uns nachholen! Verbal tun wir das seit geraumer Zeit, in der Tat aber heizen wir weiter an der Ausstoßmenge fixierte Produktion der Produktionsmittel an, die laute Produktion. Zur Zeit der Industrialisierung entwickelten wir selbstverständlich auch die Arbeiterklasse, aber wie? Politisch, sozial, aber nicht als Subjekt der Arbeit. Wir weckten in ihr keine Arbeitsmoral, keine Eigentümereinstellung. Heute haben wir das teuer zu bezahlen. Wie sollen diese Eigenschaften entwickelt werden? Es kommt auf die Vervollkommnung von Stimuli der Arbeit, auf die Individualisierung der Betätigungsmotivationen an.

Karpinskij: Ich meine, es sollte nicht um eine Erneuerung des Sozialismus gehen, sondern um seinen Neuaufbau. Ich würde mich hüten, von einem neuen Atem des Sozialismus zu sprechen, da schon der alte, wenn wir an unsere Wirklichkeit denken, ziemlich fragwürdig war. Neulich fragte ich einen sehr einflußreichen Genossen aus dem ideologischen Bereich: Was meinen Sie, nachdem wir den Sozialismusbegriff von stalinistischen Verunstaltungen gesäubert haben, wird an ihm noch etwas attraktives haftenbleiben, davon abgesehen, was die anderen Länder schon haben? Seine Antwort: Na ja, klar. Nicht von ungefähr bauten mehrere Generationen von Sowjetmenschen den Sozialismus begeistert auf und träumen auch heute von ihm.

Der Traum vom Sozialismus lebt selbstverständlich weiter. Meine Frau sagt mir immer wieder: warum seid ihr so panisch und lautstark, Sozialismus und Kommunismus gehen zugrunde, neue Krisen und Pleiten stünden ins Haus. Jeden Morgen erwache ich mit dem Traum vom Kommunismus, und darunter verstehe ich absolut klare Dinge: möge mein Enkel artig sein, unsere Familie komplett zur richtigen Zeit am Tisch, mögen alle nett zueinander sein ...

Ich glaube, das ist eine recht bemerkenswerte Wendung. Wir müssen ganz zurück, an das primärste Niveau der kommunistischen Idee - an die primitivsten Dinge, ans Leben und reale Lebensinteressen der Menschen, wovon hier schon die Rede war. Es handelt sich um realen Humanismus, um allseitige Persönlichkeitsentwicklung, um die Überwindung des Konfliktes zwischen der Gattungs- und Individuumsentwicklung, wovon Marx träumte. Von dieser allgemeinsten Ebene des Kommunismus klappt ein Sprung in die Weltzivilisation irgendwie leichter, wo wir Ausschau nach den Elementen halten wollen, die eigentlich zum Kommunismus führen. Wir brauchen eine maximal hohe theoretische Verallgemeinerungsebene im Suchen nach einem neuen Sozialismusverständnis.

Von Bedeutung ist aber auch das Konkrete. Ein Schlüsselbegriff ist für uns heute die Zusammenführung von Arbeit und Eigentum. Zugegeben, jahrzehntelang lebten wir in einer Situation der Trennung zwischen dem Arbeitsmann und dem Eigentum. In unseren Köpfen sitzt unheimlich fest - bist du ein Eigentümer, dann bist du auch ein Schurke, ein Schieber. Unsere ganze Geschichte belehrt uns jedoch vom Gegenteiligen. Der Mensch ist Werktätiger, weil er Eigentümer ist, und er ist Eigentümer, weil er Werktätiger ist.

Laßt uns ein paar Überlegungen anstellen. Es gibt Privateigentum, ein privatkapitalistisches Eigentum, ein parasitäres ausbeuterisches Eigentum. Aber es gibt auch ein wirklich privates Eigentum. Das ist, ja, ganz elementar, wenn eine Gruppe Arbeiter einen Teil irgendeines Objektes, der Produktionsmittel oder der Produkte besitzt, sie verwaltet, über sie verfügt, sie aneignet. Aus dieser Sicht ist ein jedes Eigentum privat. Die Rückkehr zu diesem echten Inhalt des Eigentums, das in seinen vielfältigsten Formen

mit der Arbeit zusammengeführt werden muß, ist unsere wichtigste Aufgabe. Sehr gut hat einst Gavriil Popow es ausgedrückt: wir hätten genauso Angst vor dem Privateigentum, wie das primitive Bewußtsein aus dem Urzustand die Angst vor dem Wort "Krokodil" hatte - spricht man es nur aus, kriecht eines sofort herbei und frißt alles auf. Hier hat jemand treffend bemerkt, daß die konservativen Kräfte an diesem Krokodilgespenst schmartzern.

Jetzt zum Gemeinschaftseigentum. Ein bitterer Witz besagt, es sei Niemandseigentum. So ist es falsch. Es ist für die hier Anwesenden wirklich ein Niemandseigentum, aber gleichzeitig soll es doch jemandem gehören. Solch ein entfremdetes Eigentum fällt einem Verwaltungsapparat, einem Amt, einer Bürokratiegruppierung in den Schoß, freilich nicht als ein absolutes Eigentum, nur als ein funktionales. Und gerade deshalb verrostet, verkommt es und bringt uns lauter Unkosten.

Das müssen wir als Fakt zur Kenntnis nehmen, und unser Herangehen und unseren für den Sozialismus konstitutiv wichtigen Vergesellschaftungsbegriff neu überdenken. Zum früheren Verständnis der Vergesellschaftung gehörte die Trennung des Eigentums zuerst vom einzigen Menschen, dann von einer Gruppe, seine Beförderung auf die entfernteste und höchste gesellschaftliche Ebene. In meinen Augen besteht eine echte Vergesellschaftung in der Ermöglichung des Eigentumsrechtes für jedermann.

In diesem Zusammenhang wäre eine auf den ersten Blick paradoxe These gut am Platze: wir müssen von der "angemessenen Entlohnung der Arbeit" abrücken! Die Arbeit ist ein kooperierter Prozeß, der keinen Wert besitzt, der nicht abgewogen werden kann. Mit Mühe und Not erfinden wir bestimmte Vermessungseinheiten, allerhand ausgeklügelte abstrakte Normierungen. Die Entlohnung muß in allen Fällen von dem Gebrauchswert des geschaffenen Produktes, vom Konsumenten abhängig sein. Wenn wir "nach der Arbeit" bezahlen, so bedeutet es praktisch, daß man nach der bürokratischen Willkür entlohnt wird. Die einen werden dabei über-, die meisten aber mächtig unterbezahlt. Und der Sinn der Bezahlung besteht jedoch einzig und allein in der Ermittlung meines Beitrages als Produzent zur Schaffung eines Gebrauchswertes, zum Wohle des Konsumenten. Meinen Beitrag zu ermitteln und ihn irgendwie einschätzen - und das wär's! Wenn schon wir unbedingt nach der Arbeit bezahlen wollen, dann soll das nicht den Kosten nach, wie es heute üblich ist, erfolgen, sondern gemessen an der im verkauften Produkt kristallisierten Arbeit.

Meshujew: Unser Problem besteht darin, die Kultur eines Menschen zurückzugewinnen, welcher vom Privateigentum lebt, das sich auf die eigene Arbeit gründet. Das ist es gerade, was in Rußland fehlt, weshalb sich der Sozialismus als totalitär erwiesen hat. Das Volk wurde um die Macht gebracht, und es hat sich damit abgefunden. Vor allen Dingen ist ein Freiheitssinn vonnöten.

Sdrawomislow: Ich möchte noch einmal den Gedanken betont wissen von der Notwendigkeit, bei der Analyse unserer Umgestaltung die äußeren gesamtzivilisatorischen Prozesse und die inneren Probleme und Widersprüche in Verbindung zu bringen. Die Frage, in was für einer Gesellschaft wir leben, läßt sich nur aus der Erkenntnis der modernen Welt mit ihren komplizierten Zusammenhängen beantworten. Wir sind ein Teil dieser Welt, wir haben unser eigenes Schicksal, wie ein jedes andere Volk. Und dieses Schicksal ist fest mit der sozialistischen Idee und mit der Entscheidung zugunsten des Sozialismus verbunden. Die Idee, das Ideal aber dürfen nicht die Wirklichkeit überschatten und verdrängen.

* Das vorstehende Rundtischgespräch, an dem bekannte sowjetische Wissenschaftler und Publizisten teilnahmen, wurde am 21. und 22. Januar 1990 in der 'Prawda' veröffentlicht. Einlader und Gesprächsleiter war W. Poschataew, Leiter des Ressorts 'Ideologie' in der Prawda-Redaktion.

Die Übersetzung besorgte Wadim Jerusalimski.

Klaus Rendgen

Frühe sozialistische Systeme

Hypothesen für den Vergleich

1. Eine Epoche

1917 und 1989 benennen zwei Punkte auf dem Zeitstrahl der Geschichte. Für deren Auswahl spricht: Das erstmalige Entstehen gesellschaftlicher Systeme, die sich selbst als nachkapitalistische, sozialistische verstanden und der Zusammenbruch grundlegender Strukturen dieser Systeme in einer Reihe von "osteuropäischen" Ländern. Beide Punkte sind hinreichend markant, um eine Epoche zu beschreiben, die vorläufig als Epoche des Entstehens und Vergehens früher sozialistischer Systeme bezeichnet werden könnte.

Die Bezeichnung als "sozialistische Systeme" stützt sich zunächst auf die Selbstwahrnehmung dieser Systeme und auf ihre Fremdwahrnehmung in jener wissenschaftlichen Literatur, die sich nicht aus ideologischen Gründen zur Wahl einer anderen Bezeichnung gedrängt sah. Diese Bezeichnung stützt sich auf solche gesellschaftlichen Realitäten wie das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln, die Planung des Wirtschaftsprozesses sowie die Führung und Kontrolle des Staates und der ganzen Gesellschaft durch eine kommunistische Partei.¹

Der Zusammenbruch dieser Systeme hat nicht nur marxistisches Denken verunsichert. Die Welt ist in Unordnung geraten, obgleich die große Stunde der Ordnungskräfte geschlagen hat. Der Ost-West-Konflikt versagt seinen Dienst als zuverlässige und damit auch bequeme Orientierung politischen Denkens und Handelns. Aber der Preis, den der Marxismus für die mit dieser Unordnung neuen schöpferischen Möglichkeiten zu zahlen hat, ist sehr hoch: Als Anleitung zum Handeln erscheint er nach dem Zusammenbruch einer vom Marxismus (oder zu mindest von marxistischen Versatzstücken) geleiteten Praxis vielen, die sich an ihm orientiert hatten, nicht einmal mehr fragwürdig. Nun ist der Marxismus keine Glaubenslehre, die schwierige Zeiten im Getto überdauern könnte. Er ist eine Schule/Strömung sozialwissenschaftlicher Analyse, deren Anziehungskraft vor allem auch auf der Radikalität des wissenschaftlichen Anspruches von Marx und der daraus erwachsenden Gründlichkeit der Kritik gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse beruhte. Dies machte ihn zur geistigen Orientierung für jene Menschen und politischen Kräfte, die aus ihrer Lebenslage heraus ein sehr dringendes Interesse an der Überwindung oder zu mindest grundlegenden Veränderungen dieser Verhältnisse

hatten. Es sind nicht nur die sozialistischen Systeme zusammengebrochen, sondern auch diese politischen Kräfte befinden sich in einer Umbauphase, die mit erheblichen Rückzügen verbunden ist.

Wenn der Marxismus fürderhin als eine Strömung wissenschaftlichen Arbeitens für die Analyse gesellschaftlicher Entwicklungsprobleme in der wissenschaftlichen Gemeinschaft noch akzeptiert werden soll, dann muß er die in seinem Namen geleitete Praxis wissenschaftlich besser als andere theoretische Ansätze erklären können. Das stellt heute eine (oder: die?) entscheidende Probe auf die Wissenschaftlichkeit des Marxismus dar. Dabei wirkt für die Lösung dieser Aufgabe erschwerend die tiefgreifende Betroffenheit und Verunsicherung marxistischen Denkens angesichts der nun schonungslos aufgebrochenen Wahrheit über die verdrängten Wirklichkeiten dieser Gesellschaften aber auch das verstehbare breite Desinteresse an einer objektiven Erkenntnis und Wertung dieser Praxis sine ira et studio. Wer kann schon ohne Zorn und Eifer mitten in diesem Umbruch über diese Fragen nachdenken. Und dennoch muß es geleistet werden. Der Verlust einer Hoffnung würde sich zum totalen kulturellen Verlust für die weitere Evolution ausweiten, wenn diese mehr als siebzehnjährige menschheitsgeschichtliche Erfahrung nicht mit wissenschaftlichem Ernst aufgearbeitet sondern verdrängt würde. Und Verdrängung bedeutet es auch, wenn man mit schon lange fertigen Wertungen es schon immer gewußt haben will. Selbst diejenigen, die auf die 1989er Pointe der Geschichte hingearbeitet, haben mit einem solchen Verlauf nicht gerechnet.

Marxistische Analyse muß ihre Leistungsfähigkeit in der "normalen" wissenschaftlichen Diskussion erweisen. Auch diese ist gewiß nicht "herrschaftsfrei". Der andere Weg aber, der Weg einer aparten wissenschaftlichen Kultur hat sich als eine Sackgasse erwiesen und liefert heute Stoff für makabre Scherze.² Marxistisches Denken sollte sich von anderen Vorgehensweisen auch durch die Bedachtsamkeit des Urteils unterscheiden, schließlich haben die Verlierer am meisten zu lernen.

Was zunächst Not tut ist eine gründliche Verständigung über die zu diskutierenden Fragen. Nur dazu soll der vorliegende Aufsatz beitragen.

2. Einige Fragen

Die Situation stellt für Marxisten ein durchaus schwieriges Dilemma dar: Wenn dies überhaupt Sozialismus war, so belastet die Frage, was er am Ende den Menschen brachte. Wenn dies kein Sozialismus war, so belastet der ungeheure Mißbrauch der sozialistischen Idee. Ist nur das stalinistische Sozialismuskonzept gescheitert oder der Sozialismus generell? War das ganze nur ein Umweg zum "vollständigen und endgültigen Sieg des Kapitalismus", dem nun als freie ökologische und soziale Marktwirtschaft die Zukunft gehört? Warum war der Sozialismus nur in dieser Gestalt mög-

lich? Warum konnte dieser große Plan nicht auf die "Grundrisse" hin verwirklicht werden, wie es Volker Braun mit anderen anstrebte? Müssten wir über den Sozialismus sagen: Das war's, und nun zu den eiligen Geschäften des Tages fortlaufen? Hatten alle die Recht, die sagten: Sozialismus ist so oder gar nicht möglich und daher die unglückliche Praxis der glücklichen Idee vorzogen (was ja der Kern der Rede vom "realen Sozialismus" war)?

Wenn wir unterstellen, daß die sozialistischen Systeme nicht nur Krisen und Deformationen produzierten, sondern auch Fortschritt (was im einzelnen zu prüfen wäre), dann ergibt sich die Frage nach den Ursachen für die herbe Beschränktheit des Fortschrittspotentials dieser Systeme (sie waren schließlich konzipiert als Einstieg in den unbegrenzten Fortschritt). Und wenn diese Systeme in ihrer geschichtlich ersten Gestalt nur über ein hart limitiertes Fortschrittspotential verfügten, warum gelang es ihnen bisher nicht, eine Evolution zu einer höheren Problemlösungskapazität zu gewährleisten (diese ist auch nach fünf Jahren Perestroika nicht erreicht)? Warum geraten diese Systeme bei so vielen Unterschieden alle in sehr vergleichbare Schwierigkeiten?

Die wissenschaftliche Analyse kann die Probleme nicht so bearbeiten, wie sie auf der Straße dahergelaufen kommen.

In den Mittelpunkt der Untersuchungen gehören m.E. Fragen nach den objektiven Determinanten, die dazu führten, daß

- in den Ländern mit einer eigenständigen Revolution (also mindestens: Rußland, China, Jugoslawien, Kuba) die Lösung der gesellschaftlichen Probleme in einer sozialistischen Orientierung gesucht wurde;
- die sozialistischen Systeme gerade in diesen nun zerbrechenden Grundstrukturen entstanden und sich entwickelten und nicht in anderen, die eine höhere Problemlösungskapazität gehabt hätten.

Die Frage nach den objektiven Determinanten ignoriert nicht den Einfluß von Ideologien, Konzepten und gut organisierten Gruppen (Parteien). Sie geht aber davon aus, daß die Geschichte von mehr als einer Milliarde Menschen in einem Zeitraum von mehr als einem halben Jahrhundert nicht aus einzelnen Köpfen, Ideen oder Organisationen heraus begriffen werden kann. Diese sind vielmehr selbst als Bestandteile dieser Geschichte zu erklären. Gerade die jüngsten Entwicklungen in der DDR haben gezeigt, wie eine straff organisierte Millionenpartei ihre Handlungsfähigkeit verliert und zusammenfällt und kleine sehr locker organisierte Gruppen Millionen von Menschen bewegen können.

Die folgenden Überlegungen sollen dazu beitragen, objektivierbare Fragen zu dem Komplex b) zu formulieren.

**Beschränkte
Fortschritts-
potentiale**

3. Kriegskommunistische Politik

Ein tragfähigen Zugang zur Auffindung der objektiven Determinanten von denen die Grundstrukturen der sozialistischen Systeme geprägt wurden, erschließt m.E. die Klassifizierung dieser Systeme als "kriegskommunistische Systeme". Sie wurden durch folgende vier komplexen Determinanten geprägt:

1. ein kriegskommunistischer Typ von Politik,
2. permanente extensiv erweiterte Reproduktion der Wirtschaft,
3. politische Hegemonie ländlich-kleinbäuerlicher und wenig entwickelter Arbeiterschichten,
4. Marxismus-Leninismus als ideologische Form des Selbstverständnisses und der Stabilisierung dieser Systeme.

In einer Reihe von Aufsätzen zu den Problemen sozialistischer Entwicklung in den achtziger Jahren wurde in mehr oder minder allgemeiner Form auf den "kriegskommunistischen" Zuschnitt der bisherigen Gestalt der sozialistischen Gesellschaften verwiesen. Im Mittelpunkt stand dabei aber vor allem die Frage, inwiefern das Konzept der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) Ansätze und Anregungen geben könne für eine radikale Reform des Sozialismus. Dieser kriegskommunistische Politiktyp wurde aber, abgesehen von älteren und rein historischen Arbeiten, nicht systematisch untersucht. Der historische Sachverhalt, daß dieser Politiktyp ab 1921 von der NÖP abgelöst wurde, erzeugte die Vorstellung als sei er begrenzt auf den knappen Zeitraum vom Sommer 1918 bis zum Dezember 1920. Erst jüngst entwickelt sich die Einsicht (Vermutung), daß dieser Politiktyp in der Wende von 1929 rekonstruiert wurde³ und strukturell die ganze seitherige Entwicklung sozialistischer System prägte⁴.

Eine typologisierende Beschreibung der kriegskommunistischen Politik aus dem Zeitraum von 1918 bis 1920 läßt deren strukturbildende Wirkung erkennen:

1. Möglichst vollständige Zentralisation aller ökonomischen Ressourcen und deren konzentrierter Einsatz für die Verteidigung und Festigung der Sowjetmacht ("Alles für die Front!").
2. Sicherung der für das Leben (Überleben) der Werktätigen, insbesondere der städtischen Arbeiter notwendigen Lebensmittel durch gesamtstaatliche Organisation und Zuteilung unter weitgehender Ausschaltung oder strikter Einschränkung von Kauf- und Verkaufsbeziehungen.
3. Vollständiges Primat der gesamtstaatlichen Interessen (Erhaltung der Sowjetmacht) und gesellschaftlicher Elementarinteressen (Überleben, Brennstoffe, Lebensmittel) gegenüber den differenzierten Interessen differenzierter Subjekte. Dies erscheint als die Dominanz des Enthusiasmus gegenüber dem Interesse.

4. Direkt adressierte Gebrauchswertplanung statt planmäßige Gestaltung ökonomischer Verhältnisse.
5. Vollständige Konzentration aller politisch-gesellschaftlichen Aktivität auf den von der kommunistischen Partei organisierten und kontrollierten Staat. Negierung einer vom Staat unterschiedenen politischen Gesellschaft, militärischer Zwang statt politischem Diskurs.

Dieser Politiktyp entstand nicht primär aus einem vorgefaßten ideologischen Konzept, sondern aus den Zwangslagen des Interventions- und Bürgerkrieges. Das Konzept einer friedlichen Herausbildung sozialistischer Verhältnisse hatte Lenin in dem Komplex von Reden und Aufsätzen entworfen, in deren Zentrum "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" steht und das zusammengefaßt als Konzept zur tatsächlichen Vergesellschaftung zu charakterisieren ist.⁵

In dessen Mittelpunkt stand die Frage, wie die russischen Arbeiter lernen können und lernen müssen, den in der politischen Revolution eroberten Staat und die Wirtschaft Rußlands auf dem Niveau fortgeschrittenster Kultur zu leiten.

Historische Situation und Zwänge

Diese Frage wurde durch den Krieg verdrängt. Alles reduzierte sich auf die Frage nach den spezifischen Potenzen, die der ökonomisch und kulturell rückständige Sowjetstaat gegen die militärische Existenzbedrohung mobilisieren konnte. Hier standen keine anderen Ressourcen zur Verfügung als die sofortige maximale Entfaltung und militärische Nutzung struktureller Vorteile des neuen gesellschaftlichen Systems. Insbesondere waren die radikale Brechung und Ausschaltung jeglichen Privatinteresses und die vermittels des Staates realisierte vollständige Erfassung und Umverteilung aller verfügbaren ökonomischen Ressourcen als strukturelle Vorteile nutzbar. Da hierbei wichtige einzelne Merkmale der vorgestellten neuen Gesellschaftsordnung in extremer Weise realisiert wurden (werden mußten), entstand die Illusion, dieser aus militärischen Zwangslagen erwachsene Politiktyp sei die Realisierung grundlegender kommunistischer Zielvorstellungen oder zumindest ein wesentlicher Schritt auf einem Weg, den man nur hinreichend konsequent fortsetzen müsse, um zum Kommunismus zu gelangen. Diese Illusion gab diesem Politiktyp den Namen "Kriegskommunismus".

Obwohl Lenin mehrfach bezug genommen hatte auf die Kriegswirtschaft des Kaiserlichen Deutschland als der bis dahin höchsten Ausprägung staatsmonopolistischer kapitalistischer Strukturen, blieb die Frage nach einem "Kriegskapitalismus" und seiner strukturellen Ähnlichkeiten zum Kriegskommunismus ungestellt.

An die Frage des Verhältnisses der kriegskommunistischen Strukturen zu den klassischen Marxschen Prognosen kommunistischer Gesellschaftlichkeit muß man m.E. aus zweifacher Perspektive herangehen: Zum einen ist ein kriegskommunistisches Konzept über die genannten Merkmale durch-

aus als teilweise Einlösung dieser Prognosen zu interpretieren. Zum anderen wäre zu prüfen, in welchem Maße die kriegskommunistische Praxis die Rezeption und Interpretation der Marx'schen Prognosen durch die Protagonisten dieser Entwicklung bestimmte. Für diese zweite Perspektive ist immer wieder daran zu erinnern, daß Schlüsseltexte für das Marx'sche Gesellschafts- und Kommunismusverständnis wie die "Ökonomisch-philosophischen Manuskripte" von 1844, "Die deutsche Ideologie" von 1845 und die "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" von 1857/58 erst publiziert wurden, als das sowjetische System des Sozialismus bereits fest etabliert und strukturiert war und ihre Rezeption im Bereich des Marxismus-Leninismus eigentlich erst in den sechziger Jahren begann.

4. Industrielle Modernisierung

Das Leninsche Konzept der friedlichen Entwicklung sozialistischer Verhältnisse beruhte auf der Annahme, daß die russische Revolution nur der Vortrupp der Weltrevolution ist, was sich in wesentlicher Übereinstimmung mit der Marx'schen Voraussicht befand, daß der Übergang zum Kommunismus "empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker 'auf einmal' und gleichzeitig möglich (ist), was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt."⁶

Wenn die Notwendigkeit kriegskommunistischer Politik den ersten Bruch in der Leninschen Strategie erzwang, so die Einsicht in das Ausbleiben der Weltrevolution den zweiten, weitergehenden, der irreversible Folgen hatte.

Der Kriegskommunismus konnte durch die NÖP eine bestimmte Korrektur erfahren. Das Ausbleiben der Weltrevolution erzwang eine strategische Orientierung, die zu einer weitgehenden Vertauschung von Mittel und Zweck führte: Nicht die politische Macht von Arbeitern und Bauern und das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln waren mehr das vor allem zu entwickelnde, sondern diese verwandelten sich in gesetzte Bedingungen für die rasche Modernisierung Rußlands. Diese Wende vollzog Lenin in den Notizen "Über unsere Revolution"⁷. Damit war an die Stelle der Entwicklung sozialistischer Verhältnisse ein Konzept der Modernisierung unter politischer Hegemonie von Bauern und Arbeitern und bei Ausschluß von privatkapitalistischen Strukturen getreten. Dies blieb nach dem Ausbleiben der Weltrevolution an realistischer Perspektive für die geschaffene und zunächst gesicherte Sowjetmacht.

Die Erklärung kriegskommunistischer Praxis und Illusion begründet noch nicht die formulierte Hypothese von der durchgängigen kriegskommunistischen Prägung der bisherigen sozialistischen Systeme. Hierzu ist in einem

zweiten Schritt der Sachverhalt durchgängiger Dominanz extensiv erweiterter Reproduktion, extensiver Wachstumsstrategien heranzuziehen.

Der Reproduktionstyp "extensiv erweiterte Reproduktion" ist in der marxistisch-leninistischen Literatur erstaunlich wenig untersucht, obwohl er die gesamte bisherige Entwicklung der sozialistischen Systeme bestimmte und einen wesentlichen Schlüssel zum Verständnis ihrer Genesis und ihres Niederganges darstellt. Vielleicht erschien er zu einfach oder vielmehr als zu normal, um differenzierte wissenschaftliche Anstrengung darauf zu konzentrieren. Die Tücke dieses Reproduktionstyps kann man aber daran ermesen, daß es prinzipiell keinem sozialistischen Land bisher gelungen ist, aus den Funktionsmustern dieses Typs auszurechnen und zur intensiv erweiterten Reproduktion dauerhaft und in volkswirtschaftlicher Dimension überzugehen.

D.h., die Problemlösungskapazität der bisherigen sozialistischen Systeme beschränkt sich auf die Klasse von Problemen, die sich im Rahmen des kriegskommunistischen Politiktyps und des extensiv erweiterten Reproduktionstyps bewältigen lassen.

Die systemspezifische Symbiose dieses Politik- und dieses Reproduktionstyps ist zu erklären.

Die beiden hier genannten Reproduktionstypen unterscheiden sich nach der Art und Weise des Einsatzes der für das ökonomische Wachstum verfügbar gemachten Ressourcen. Die elementarste und für die hier zu beantwortende Frage ausreichende Unterscheidung besteht in dem Kriterium, ob das "Produktionsfeld" (die Menge und Größe der produzierenden Einheiten) vergrößert wird (extensiv erweiterte Reproduktion) oder ob die gegebenen produzierenden Einheiten qualitativ entwickelt werden (intensiv erweiterte Reproduktion).⁸ Dieser elementare Unterschied hat weitreichende Folgen bis hin zur Reproduktion von Entfremdung, denen in weitergehenden Untersuchungen nachgegangen werden müßte.

Hier interessiert zunächst nur die Frage, welche ökonomischen Funktionen das politische System bei extensiv erweiterter Reproduktion vor allem zu gewährleisten hat. Die folgenden lassen sich sofort aus dem Grundmerkmal dieses Typs und seiner historischen Realisierung ablesen:

Ökonomische Reproduktion und Politik

1. Erfassung und Zentralisierung aller für die Vergrößerung der Anzahl der produzierenden Einheiten mobilisierbaren ökonomischen Ressourcen;
2. Brechung aller Widerstände (Privatinteressen), die die zentrale Verfügbarkeit der ökonomischen Ressourcen verringern können;
3. Zentralisation der Entscheidung über den konzentrierten Einsatz dieser Ressourcen;

4. disziplinierte und initiativreiche Durchführung der zentralen Beschlüsse über den Aufbau neuer produzierender Einheiten.

Diese für die extensiv erweiterte Reproduktion durch das politische System zu realisierenden Funktionen fanden im kriegskommunistischen Politiktyp ein in den Grundzügen fertiges und funktionales Konzept und System vor. Die Beendigung der Neuen Ökonomischen Politik und der Beginn der forcierten Industrialisierung in der UdSSR im Jahre 1929 fallen daher keineswegs zufällig mit der Reaktivierung kriegskommunistischer Konzepte und Praktiken zusammen.

Während der kriegskommunistische Politiktyp seine strukturbildende Wirkung aus der permanenten akuten oder latenten militärischen Bedrohung der sozialistischen Staaten zog, so erwuchs die permanente Dominanz der extensiv erweiterten Reproduktion aus der ökonomischen Rückständigkeit der meisten dieser Gesellschaften.

Zugleich zwang die militärische Bedrohung zur äußersten Forcierung der extensiven Reproduktion, wie umgekehrt die kriegsbedingten Verwüstungen ökonomische Rückstände verstärkten und dadurch zusätzliche Zwänge in Richtung extensiver Erweiterungsstrategien bewirkten.

Der kriegskommunistische Politiktyp gewährleistete eine effektive und konsequente Durchsetzung extensiv erweiterter Reproduktion. Dabei wurden folgende Ziele verwirklicht:

- Aufbau einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie angesichts des drohenden Krieges;
- Organisierung der Kriegswirtschaft mit großräumigen Umverteilungen produktiver Kapazitäten;
- Wiederaufbau der Industrie nach dem Krieg (zwei Mal innerhalb von 40 Jahren in der UdSSR);
- breite Industrialisierung zur Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit;
- Aufbau isolierter Hochtechnologiebereiche zur Erlangung des militärstrategischen Gleichgewichtes im kalten Krieg.

Diese System verlieren ihre Funktionalität und brechen zusammen in dem Zeitraum, wo Probleme des friedlichen Wettbewerbs und der intensiv erweiterten Reproduktion der geschaffenen industriellen Potentiale bewältigt werden müssen.

5. Ein komplexes Syndrom

Kriegskommunistische Politik und extensiv erweiterte Reproduktion erschienen so über Jahrzehnte als das sozialistische Normal; diese Symbiose und die durch sie erzeugten gesellschaftlichen Strukturen und Funktionsweisen wurden in einem entsprechenden Sozialismuskonzept reflektiert

und stellten sich so als der Sozialismus schlechthin dar, eben der "reale". Der Marxismus-Leninismus wurde zu dem ideologischen Konzept, mit dem unter nicht unbegründeter und doch entstellender Berufung auf Marx und Lenin die Politik des permanenten kriegskommunistischen Ausnahmezustandes ideologisch normalisiert und legitimiert wurde.⁹ Diese Legitimation funktionierte trotz beständiger antihumaner und antidemokratischer Praktiken im wesentlichen so lange, wie das System selbst sich als funktional erwies, also mit solchen Problemen konfrontiert war, die es auch lösen konnte.

Es versteht sich, daß dieses Syndrom politischer, ökonomischer und ideologischer Verhältnisse bei jahrzehntelanger Existenz zur Verfestigung, Verselbständigung und Hervorbringung von Eigenlogik tendierte, die im einzelnen untersucht werden muß. Hier wären dann auch die Antworten zu suchen, warum bisher keine Evolution zu einer höheren Problemlösungskapazität gelungen ist bzw. warum solche Systemaufbrüche mit einiger Zwangsläufigkeit zur "sozialen Marktwirtschaft" führen.

Die behauptete Hegemonie ländlich-kleinbäuerlicher und wenig entwickelter Arbeiterschichten ist wohl mit am schwierigsten aufzuweisen, obwohl sie gerade für die beiden sozialistischen Großmächte UdSSR und China mit ihren hohen Anteilen ländlich-kleinbäuerlicher Bevölkerung wenigstens in den ersten Jahrzehnten auf der Hand zu liegen scheint.

Die Schwierigkeit scheint zunächst objektiv darin begründet zu sein, daß gerade hier der eigentliche Kern der ideologisch-politischen Differenzen zwischen den kapitalistischen Zentren und den sozialistischen Modernisierungssystemen zu liegen scheint: unter wessen Hegemonie wird die unumgängliche Modernisierung vorangetrieben. Und erst davon abgeleitet durch die Frage nach den vorherrschenden politisch-staatlichen und ökonomischen Methoden. Zum anderen haben die stark vulgarisierenden Formen klassenanalytischen Vorgehens im Marxismus-Leninismus dieses Analysekonzept weitgehend desavouiert und den Tendenzen seiner prinzipiellen Negation kräftig aufgeholfen. Moderne Produktivkraftentwicklungen tun ein übriges, um klassenanalytisches Vorgehen aufzulösen. Aber wir haben es hier zunächst *nicht* mit Problemen zu tun, die aus der Entwicklung *moderner* Produktivkräfte erwachsen. Zum anderen bildet es doch wohl einen wissenschaftlichen Minimalkonsens, daß es unterschiedliche soziale Gruppierungen mit unterschiedlichen sozial-kulturellen Lagen gibt, von denen unterschiedliche politische Wirkungen ausgehen.

**Sozialstruktur
und Hegemonie**

So unterscheidet Dirk Berg-Schlosser im Anschluß an Lepsius in bezug auf die Weimarer Republik unterschiedliche "Lager" und "Sozialmilieus", "insbesondere ein kleinbäuerlich-katholisches, ein sozialistisch-proletarisches und ein protestantisch-kleinbürgerliches".¹⁰ Diese Unterscheidung wäre hinreichend, um die Frage zu untersuchen, welcher Einfluß in den

frühen sozialistischen Gesellschaften von der faktisch gegebenen gesellschaftlichen Dominanz der ländlich-kleinbürgerlichen Kräfte auf die besondere politische Ausprägung und ideologische Verselbständigung der kriegskommunistischen Grundstrukturen ausging. Hier wäre z.B. eine der Grundlagen für den primitiven Antikapitalismus zu suchen, der sich gegen kulturellen Fortschritt ebenso sperrte wie gegen notwendige soziale Differenzierung, der Erscheinungen rückständiger Zwangslagen in sozialen Fortschritt umdeutete.

Das Aneinanderreihen von Fragen und Andeuten von Richtungen, in denen Antworten vielleicht gefunden werden können, ist natürlich keine befriedigende Lektüre. Aber Eile ist hier nicht geboten, sondern Gründlichkeit, die mit der Verständigung über die Fragen beginnt. Das Urteil über die Bestandsfähigkeit dieser kriegskommunistischen Systeme hat die Geschichte gesprochen. Wie es zu deuten ist, muß herausgefunden werden. Auch die Vertreter anderer theoretischer Konzepte sollten berücksichtigen, daß die Beantwortung der mit den sozialistischen Systemen verbundenen Fragen nicht nur für die Marxisten von existenzieller Bedeutung ist.

Der Zusammenbruch dieser Systeme hat keines der Existenzprobleme der Menschen gelöst oder beseitigt, auch nicht die Kriegsgefahr. Die richtige Deutung dieses Zusammenbruches kann ein wichtiger Beitrag sein, um Wege zur Lösung dieser Probleme zu erarbeiten. Hans Jonas: "Wir wissen nicht, welche politischen Instrumentalitäten unsere Kompatibilität mit der Biosphäre erhalten können, aber wir müssen danach suchen."¹¹

¹ Vgl. z.B.: K.v. Beyme: Ökonomie und Politik im Sozialismus, München 1975, 1977. J. Hartmann: Politik und Gesellschaft in Osteuropa, Frankfurt/New York 1983.

² So berichtet "Le Monde" am 19.4.1990 auf S. 9 über die Stiftung eines Lyssenko-Preises, der jährlich an solche Persönlichkeiten vergeben werden soll, die exemplarisch zur wissenschaftlichen Desinformation mit ideologischen Argumentationsmethoden beigetragen haben.

³ Vgl.: G.A. Bordjugow/W.A. Koslow: Die Wende des Jahres 1929 und die Alternative Buchrins, in: Initial (Zeitschrift für Politik und Gesellschaft), 1/1990, S. 96.

⁴ Vgl.: M. Gorbatschow: Die sozialistische Idee und die revolutionäre Umgestaltung, in: Sozialismus, 1/1990, S. 31.

⁵ Vgl.: W.I. Lenin, Werke, Bd. 27, S. 231.

⁶ K. Marx/F. Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 35.

⁷ Vgl.: W.I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 462 ff.

⁸ Vgl.: K. Marx: Das Kapital. Zweiter Band, in: MEW, Bd. 24, S. 172.

⁹ Vgl.: H.-P. Krüger: Moderne Gesellschaft und "Marxismus-Leninismus" schließen einander aus; in: Initial, 1/1990, S. 149 ff.

¹⁰ D. Berg-Schlosser: Entwicklung der Politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland; in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament', B 7/90 v. 9.2.1990, S. 36.

¹¹ "Die Zeit", Nr. 1/1990 v. 29. Dezember 1989, Zeit-Symposium, S. 3.

Josef Schleifstein

Historische Krisen und ihre Verarbeitung

Das Beispiel des August 1914

1. Die revolutionäre, von marxistischen Ideen geleitete Strömung des modernen Sozialismus durchlebt die schwerste Krise ihrer Geschichte, eine Krise von weltweiten Ausmaßen und Wirkungen. Krisen von derartiger Tiefe rufen unvermeidlich Erschütterung und Zweifel, Resignation und Flucht, Unsicherheit und Gärung hervor - in Theorie und Praxis, im kollektiven wie individuellen Verhalten der Betroffenen. Und die Arbeiterbewegung bildet hier naturgemäß keine Ausnahme. Die beispiellose Wirkung dieser Krise, die einen simplen Vergleich selbst mit 1914 oder 1933 ausschließt, ist sicher darin begründet, daß es um das Scheitern des ersten *praktischen* Gestaltungsversuchs einer Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft geht.

Wie immer wir diese Alternative im Rückblick benennen wollen - Marxisten werden sich voraussichtlich darüber noch lange streiten -, Freund wie Feind, Kapitalisten, Sozialdemokraten und Kommunisten, sie alle wußten zumindest eines: es waren *antikapitalistische* Ziele, die da angestrebt wurden. Inzwischen ist es Mode geworden, auch unter sowjetischen Historikern und hiesigen Marxisten, diesen Versuchen den sozialistischen Charakter abzuspochen. Ich halte das für *ahistorisch* und sehe darin eher die apologetische Flucht vor den Schrecken und Niederlagen der eigenen Geschichte, etwa nach dem Motto: alle menschlichen Bemühungen dürfen scheitern, alle humanen Ideale dürfen vergewaltigt werden, nur der Sozialismus nicht. Ehrlicher, mutiger, aber auch *historischer* scheint mir das Eingeständnis: die bisherige sozialistische Praxis der Gesellschaftsgestaltung (in ihrer unvermeidbaren Unreife und Unentwickeltheit) hat neben ihren Erfolgen von Weltbedeutung, wie dem epochalen Durchbruch der russischen Oktoberrevolution, dem entscheidenden Beitrag der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale zum Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems, dem opfervollen Sieg über den deutschen Faschismus - der bisherige Sozialismus hat seine *eigenen* Deformationen und Pervertierungen, seine *eigene* Schmach und Schande hervorgebracht; er war nicht imstande, die Schrecken früherer Gesellschaften und Klassen, politischen Regimes und Parteien zu vermeiden.

2. Damit sind wir bei einem strukturellen Kern der Verarbeitung historischer Krisen: sie ist unmöglich ohne das, was Rosa Luxemburg nach dem August 1914 (in Anlehnung an Marx) die *"grausam-gründliche Selbstkritik"* genannt hat. Auch wenn der Charakter und die Probleme unserer Krise von ganz anderer Art sind als 1914, lernen können wir von

der Folgerichtigkeit und Schärfe derjenigen unter den damaligen Marxisten, die dem *internationalistischen* Sozialismus die Treue hielten. Im Rahmen eines Zeitschriftenaufsatzes ist es nicht möglich, das Thema ausführlich am historischen Stoff zu illustrieren, obwohl dies sehr reizvoll wäre. Man muß sich mit einigen wenigen Gesichtspunkten begnügen, die die Grundlinien dessen betreffen, was unseren heutigen Lernprozeß vielleicht befördern könnte.

Zunächst: Die psychologische Reaktion der internationalistischen Kriegsgegner von 1914 auf die damalige Krise der sozialdemokratischen Parteien und der II. Internationale weist eine erstaunliche Ähnlichkeit mit unserer gegenwärtigen Reaktion auf, eine Ähnlichkeit, die bis zur Anwendung derselben Begriffe, derselben Eigenschaftswörter, derselben Metaphern und Stimmungsbilder reicht. Wen immer wir nehmen - Lenin oder Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin oder Karl Liebknecht -, bei allen äußert sich die tiefe Erschütterung in Begriffen wie "Zusammenbruch", "Katastrophe", "Bankrott", "Weltwende", "beispielloser Fall".

So Rosa Luxemburg im April 1915 in der ersten, damals einzigen Nummer der theoretischen Zeitschrift "Internationale": "Noch nie seit es eine Geschichte der Klassenkämpfe, seit es politische Parteien gibt, hat es eine Partei gegeben, die in dieser Weise, nach fünfzigjährigem unaufhörlichen Wachstum, nachdem sie sich eine Machtstellung ersten Ranges erobert, nachdem sie Millionen um sich geschart hatte, sich binnen vierundzwanzig Stunden so gänzlich als politischer Faktor in blauen Dunst aufgelöst hat wie die deutsche Sozialdemokratie."¹ Oder W.I. Lenin im Mai 1915: "Unter dem Zusammenbruch verstehen sie (die klassenbewußten Arbeiter, d.Verf.) den himmelschreienden Verrat der Mehrheit der offiziellen sozialdemokratischen Parteien an ihren Überzeugungen, an den feierlichen Erklärungen in den Reden auf den internationalen Kongressen zu Stuttgart und Basel, in den Resolutionen dieser Kongresse usw." Er nennt es "ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung", daß sich "die meisten sozialdemokratischen Parteien und an ihrer Spitze vor allem die größte und einflußreichste Partei der II. Internationale, die deutsche, auf die Seite ihres Generalstabs, ihrer Regierung und ihrer Bourgeoisie gegen das Proletariat gestellt haben."²

3. "Grausam-gründliche Selbstkritik" bedeutete für die sozialistischen Internationalisten im ersten Weltkrieg vor allem anderen: *die tiefe Kluft zwischen Wort und Tat* aufdecken, zeigen, was die sozialistische Arbeiterbewegung, was die Internationale zu sein versprach, und wie diese Hoffnung in der bis dahin schwersten Prüfung und Bewährungsprobe scheiterte. Es könnte scheinen, als ob das eine rein moralische Kritik sei, als ob Luxemburg und Lenin die Ursachen der Katastrophe nur im praktischen Versagen, im Mangel an Charakter, an Mut, an Opferbereitschaft, an Handlungsfähigkeit in einer Gefahrensituation gesehen hätten. Aber diese moralische Kritik war *Teil* einer theoretisch-

historischen Kritik, die alle damals leidenschaftlich debattierten Themen umfaßte: die Stellung zu Imperialismus und Krieg vor und nach dem 4. August 1914; das komplizierte Wechselverhältnis von Nation und Internationalismus; die Möglichkeit oder Unmöglichkeit des Klassenkampfes in einer "nationalen Krise".

Die Fragen waren von ähnlich gravierender, bohrender und schmerzhafter Art wie in späteren geschichtlichen Krisen der Arbeiterbewegung (etwa 1933 oder heute). War die Analyse des Imperialismus und des zu erwartenden Krieges richtig gewesen? Stimmt die von der Sozialdemokratie auch offiziell verkündete Alternative: Imperialismus oder Sozialismus? War die Erwartung der Marxisten, eine Periode revolutionärer Krisen und Ausbrüche stünde bevor, nicht völlig illusionär? Wenn die Internationale so kläglich zusammengebrochen ist, hieß das nicht, daß die internationalistische Grundidee der Arbeiterbewegung, das "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" eine Fiktion, eine nie zu realisierende Illusion war? Kann eine sozialistische Arbeiterpartei im Kriege Klasseninteressen angesichts einer Invasionsgefahr und der Bedrohung durch fremde Unterdrücker und Ausbeuter "über die Nation" stellen?

Dann die vielen Fragen, die sich auf den Charakter und die Substanz der Partei selbst, auf das *eigene* Wirken in der Partei bezogen: Hatten sie als Marxisten und Internationalisten die nationalistischen und opportunistischen Zersetzungs- und Versumpfungstendenzen offen und scharf genug bekämpft? Hatten sie deutlich genug vor dem wahrgenommenen Verfall gewarnt? Waren sie der Bürokratisierung der - wie man damals sagte - "Parteiinstanzen" rechtzeitig und entschieden genug entgegengetreten? Ja, hatten sie die gegen sie selbst als Linke gerichtete Diffamierung und Verfolgung in den letzten Vorkriegsjahren - so die Verjagung Rosa Luxemburgs, Franz Mehrings und Julian Marchlewskis (Karski) aus den Redaktionen der Leipziger Volkszeitung und der Neuen Zeit - laut genug angeprangert und bekämpft?

Das eigene Versagen

4. Der Katalog der Fragen war für die Betroffenen 1914 oder 1915 kaum weniger bedrückend als der, den uns gegenwärtig der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" präsentiert, auch wenn Schwere und Tiefe der Wirkungen nicht vergleichbar sind. Franz Mehring, der große Historiker der deutschen Sozialdemokratie, schreibt im Januar 1915 an den alten deutschen Sozialisten Hermann Schlüter in Amerika: "Freilich den fürchterlichen Zusammenbruch der letzten Monate hat keiner von uns geahnt. Man muß ihn in allen Einzelheiten kennen, um zu begreifen, wie grauenvoll er ist."³ Doch die Marxisten und Internationalisten jener Jahre besaßen einen großen Vorteil: sie hatten die Beschlüsse der Internationale und der einzelnen Parteien zu Imperialismus und Krieg *auf ihrer Seite*. Sie konnten sich auf die Proklamationen und Aufrufe ihrer Parteiführungen berufen; sie befanden sich in Übereinstimmung mit den kurz zuvor noch in

Büchern und theoretischen Zeitschriften publizierten Analysen und Prognosen der angesehensten Theoretiker und Publizisten. Sie konnten also in fast allen Punkten die *Taten* nach dem 4. August an den *Versprechungen* vor dem 4. August messen, die Verkündungen des Parteivorstands vor dem 4. August mit denen nach dem 4. August vergleichen, die Kautsky-Thesen nach dem 4. August 1914 mit dem Kautsky der Vorkriegsjahre glänzend widerlegen. Die Kritik war ihnen gewissermaßen gratis geliefert worden, sie brauchten sich nur zu bedienen.

Wenn es um die Analyse des Imperialismus und des nun ausgebrochenen Krieges ging, so konnten die Kriegsgegner auf die internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart 1907, Kopenhagen 1910 und vor allem auf das Manifest des Baseler Kongresses 1912 verweisen, wo genau der imperialistische Krieg der Großmächte vorausgesagt worden war, der dann kam. Der Krieg, den die sozialdemokratischen Parteien mit allen Mitteln zu bekämpfen und zur Aufrüttelung des Volkes zu nutzen versprochen hatten, um "die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft" zu beschleunigen. Immer wieder rekurrierten die Marxisten und Internationalisten seinerzeit auf das Baseler Manifest, maßen sie die kriegsbejahende, sozialchauvinistische und sozialimperialistische Praxis der offiziellen Sozialdemokratie nach dem 4. August und die jämmerlichen Sophismen und Ausflüchte Kautskys (die Internationale sei ein Instrument des Friedens, nicht des Krieges) an den Versprechungen des Baseler Kongresses. Rosa Luxemburg antwortete mit bitterem Sarkasmus, Kautsky prostituiere den Marxismus "zum feigen Apologetentum des Sozialimperialismus" und ergänze den Appell des "Kommunistischen Manifests" "Proletarier aller Länder vereinigt Euch im Frieden und schneidet Euch die Gurgel ab im Kriege!"

Dieselbe *Methode* der Kritik, die bloße Gegenüberstellung zu den Dokumenten und Reden der Vorkriegsjahre, konnten die sozialistischen Kriegsgegner auch in vielen anderen Fragen, so den revolutionären Perspektiven, der Alternative "Imperialismus - Sozialismus" usw. anwenden. Lenin liebte es, immer dann, wenn es um die revolutionären Prognosen vor dem ersten Weltkrieg ging, auf Kautskys "Der Weg zur Macht" aus dem Jahre 1909 zu verweisen, in dem er die herannahende Epoche als "Zeitalter der Revolutionen" und den Zusammenhang von Krieg und Revolution vorausgesagt hatte. Während des Krieges wollte Kautsky das vergessen und vertuschen, aber in der späteren Entwicklung hat es sich absolut bewahrheitet. Rosa Luxemburg zitierte in ihrer im Frühjahr 1915 in der Haft geschriebenen berühmten Junius-Broschüre ("Die Krise der Sozialdemokratie") nicht nur Bebels Reichstagsrede in der Marokkodebatte 1911, in der er den herrschenden Klassen vorausgesagt hatte: "Die Götterdämmerung der bürgerlichen Welt ist im Anzuge", sie wies auch darauf hin, daß die Alternative "Imperialismus oder Sozialismus" als Titel einer in Hunderttausenden Exemplaren verbreiteten offiziellen Parteiflugschrift in den Vorkriegsjahren diente, in deren Schlußabsatz es gelaute hatte: "So wächst sich der Kampf

gegen den Imperialismus immer mehr zum *Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit* aus. Kriegsgefahr, Teuerung und Kapitalismus - Friede, Wohlstand für alle, Sozialismus, so ist die Frage gestellt."⁴ (Sie hätte genauso gut darauf hinweisen können, daß nicht sie oder Lenin, sondern Rudolf Hilferding im Schlußsatz des ökonomischen Klassikers "Das Finanzkapital" 1910 prophezeit hatte: "In dem gewaltigen Zusammenprall der feindlichen Interessen schlägt schließlich die Diktatur der Kapitalmagnaten um in die Diktatur des Proletariats."⁵)

5. Viel komplizierter war es um die Fragen bestellt, die sich auf die Wirksamkeit der Linken in der deutschen Sozialdemokratie als Warner, als Mahner, als Kritiker gegen jene Versumpfungsprozesse bezog, in denen sich die Katastrophe des 4. August 1914 (das war aber erst im Rückblick erkennbar) ankündigte. (Lenin hatte es hier leichter, infolge der zugespitzteren sozialen und politischen Kämpfe und der ersten russischen Revolution, traten hier alle innerparteilichen Gegensätze offener zutage, sodaß spätere Kriegsgegner und Kriegsbejaher sich schon vor 1914 geschieden hatten.) Die deutschen marxistischen Linken konnten angesichts des Zusammenbruchs von 1914, wenn sie selbstkritisch auf ihre eigene Tätigkeit zurückblickten, eine durchaus positive Bilanz ziehen. Sie hatten seit Jahren gegen die rechten, mehr und mehr zu nationalistischen und sozialimperialistischen Tendenzen neigenden "Sozialistischen Monatshefte" angekämpft. Sie hatten immer wieder die Halbheiten und Inkonsistenzen des Parteivorstands kritisiert (1904 beim Verzicht auf eine spezifische antimilitaristische Agitation unter der Jugend; 1905 und 1906 in der Frage des Massenstreiks; am deutlichsten 1910 im Widerstand gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht, für die Anwendung radikalerer Kampfmittel; 1911 in der Kritik an der Passivität des Parteivorstands in der Marokkokrise; schließlich 1913, als die Parlamentsfraktion erstmals für die Deckungsvorlage zum Wehretat stimmte).

Die führenden Köpfe der damaligen marxistischen Linken haben leider keine Zeit und Gelegenheit gefunden, der Nachwelt zu überliefern, wie sie nach dem August 1914 ihre eigene Stellung in der innerparteilichen Entwicklung einschätzten, ob sie da die Bilanz ihrer Tätigkeit ähnlich positiv hätten bewerten können. Als Kämpfende, die bis zuletzt das innere Kräfteverhältnis in der Partei nach links hin zu verändern hofften, waren sie ständig gezwungen, den Mitstreitern - und sich selbst - den Mut nicht zu nehmen, sich immer wieder zu sagen, daß der Lauf der Dinge erst im Kampfe selbst entschieden wird.

So finden wir in ihren *veröffentlichten* Arbeiten, was den inneren Zustand der Partei betrifft - die Bürokratisierung, die Bequemlichkeit und Phantasielosigkeit des Apparats, alle die gefährlichen Anzeichen des Verfalls - kaum Zeugnisse ihrer *wahren* Meinung. Erst ihre nachgelassenen *Briefe*, publiziert oft lange nach ihrem Tod, geben uns Aufschluß über die ver-

**Mut und Zweifel
- offizielle und
persönliche
Bekanntnisse**

zweifelte Stimmung und die tiefe innere Skepsis, mit der sie die Entwicklung der Partei bereits in den Jahren vor dem Kriege betrachteten. Um nur zwei Urteile aus derselben Zeit, dem Dezember 1913, anzuführen - Marchlewski schreibt am 16. Dezember an den Chefredakteur der "Leipziger Volkszeitung" Hans Block (der Brief wurde erstmals von Ernst Meyer 1927 im Heft 5 der "Internationale" veröffentlicht): "Worauf es ankommt, ist dies: wir drei (Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Julian Marchlewski, d. Verf.) und ich ganz besonders, was ich betonen möchte, sind der Auffassung, daß die Partei eine innere Krise durchmacht, viel schwerer als zu der Zeit, da der Revisionismus aufkam. Das Wort mag hart sein, aber es ist meine Überzeugung, daß die Partei dem Marasmus zu verfallen droht, wenn es so weitergeht. In einer solchen Zeit gibt es für eine revolutionäre Partei nur eine Rettung: die denkbar schärfste, rücksichtsloseste Selbstkritik."⁶ Und Franz Mehring in einem Brief vom 4. Dezember 1913 an den alten deutschen Sozialisten H. Schlüter in den USA: "Das große Elend der deutschen Parteizustände mag ich Ihnen freilich auch nicht schildern. Aus den beiden Invalideninstituten 'Neue Zeit' und 'Vorwärts' können Sie es ungefähr abmessen. Es ist die reine Offiziöswirtschaft, wer nicht so tanzt, wie der Parteivorstand pfeift, der fliegt. ... Demnächst werden Karski, Rosa Luxemburg und ich eine Korrespondenz für die etwa 15 kleinen Parteiblätter herausgeben, die noch radikal sind. Versagt dieser Pfeil, so haben wir freilich keinen zweiten mehr zu versenden, und man muß dann auf einen Sturm warten, der die bornierte und verknöcherte Parteibürokratie über den Haufen wirft. Erleben wird ichs freilich nicht mehr."⁷

6. So offen aber haben sie in ihren publizierten Arbeiten und Artikeln vor dem August nie sprechen können. Heißt das, daß sie die Tiefe des Falls der deutschen Sozialdemokratie doch hätten voraussehen können, ja hätten voraussehen müssen? Es scheint, daß bei den unmittelbar Kämpfenden, die in den Reihen der Organisation selbst (mit Hilfe der objektiven "Stürme") noch an eine Veränderung glauben, eine psychologische Schranke wirksam ist, die Hoffnung, die sie vor dem Aussprechen der ganzen Tiefe eines Krisenprozesses zurückschrecken läßt. Wie die Marxisten die historische Krise jener Jahre in der politischen Strategie und in der Theorie verarbeitet haben, ist weit besser bekannt. Die neue Partei, die sie am Ende des Krieges anstrebten und gründeten, sollte eine die alten Inkonsequenzen überwindende antiimperialistische, revolutionäre Partei sein. Die neue Internationale, die aus dem Zusammenbruch des Weltkriegs entstehen würde, sollte die ausschlaggebende Rolle in der Politik aller Parteien übernehmen (so die von Rosa Luxemburg entworfenen Leitsätze der Spartakusgruppe). Die Akzentuierung der aktivistisch-praktischen, nicht auf den Parlamentarismus beschränkten Kampfmittel (im Unterschied zu 1914 sollte "das zweite Lebenselement der Arbeiterbewegung: der tatkräftige Wille, um die Geschichte nicht bloß

zu verstehen, sondern sie auch zu machen" nicht wieder versagen, forderte Rosa Luxemburg) sollte vorherrschen.

Wir wissen, daß der aus dem Zusammenbruch des 4. August hervorgegangene revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung, die von Luxemburg, Liebknecht und Mehring noch begründete neue Partei der Kommunisten, daß die gesamte deutsche und internationale Arbeiterbewegung nicht imstande waren, spätere historische Krisen, in ihren weltweiten, grauenvollen Wirkungen noch furchtbarere Katastrophen - den Faschismus und den zweiten Weltkrieg - zu verhindern. Die geschichtliche Entwicklung schlug weit schwierigere, widerspruchsvollere Wege ein, als die Sozialisten und Internationalisten im und nach dem ersten Weltkrieg annahmen. Auch ihre in ernster Selbstkritik gewonnenen Einsichten vermochten Einseitigkeiten, Verabsolutierungen, Irrtümer, Illusionen, falsche Gewißheiten, Vereinfachungen nicht zu vermeiden. Die historische Krise von 1933 und der folgenden Jahre erforderte von den dann agierenden Generationen neue Lernprozesse - eine offenbar unendliche Kette.

- 1 Rosa Luxemburg: Der Wiederaufbau der Internationale; aus: Die Internationale, Heft 1/1915; in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 21.
- 2 W.I. Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale; in: Werke, Bd. 21, Berlin/DDR 1974, S. 199/200.
- 3 Franz Mehring: Brief an Hermann Schlüter (21.1.1915); zit. nach: Josef Schleifstein: Franz Mehring - Sein marxistisches Schaffen 1891 - 1919, Berlin/DDR 1959, S. 300 (Original im Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, "Kleine Korrespondenz").
- 4 Zit. in: Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie; in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, a.a.O., S. 57.
- 5 Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital - Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Nachdruck der Erstausgabe von 1910, Berlin 1947, S. 518.
- 6 Julian Marchlewski: Brief an Hans Block (16.12.1913); zit. in: Ernst Meyer, Zur Loslösung der Linksradiakalen vom 'Zentrum' in der Vorkriegszeit; in: Die Internationale, Heft 5/1927.
- 7 Franz Mehring: Brief an Hermann Schlüter (4.12.1913); zit. in: Josef Schleifstein, a.a.O.

Heinz Jung

Der Zerfall des Sozialismus, der Abgang der DDR und die Linke

Ein Versuch der Rekonstruktion

Noch in Heft 1 dieser Zeitschrift waren die meisten Beiträge zum Thema von der Hoffnung getragen, der bisherige Sozialismus der DDR könne doch noch in einen demokratischen Sozialismus transformiert und die staatliche Selbständigkeit der DDR so oder so gewahrt werden. Die Beiträge reflektierten die Situation bis Anfang Januar 1990. In der Tat, bis dahin enthielt aus der Sicht der Beteiligten die Entwicklung diese Möglichkeiten. Außerdem erscheinen im Fluß der Ereignisse die Dinge anders als vom Standpunkt des Ergebnisses. Spätestens seit dem 18. März 1990, dem Tag der DDR-Volkstammerwahlen, ist jedoch für diese Hoffnungen kein Raum mehr. Sie erweisen sich im Nachhinein als illusionär.

Daß die Repräsentanten und Anhänger des alten Sozialismus die Verlierer sein würden, war schon relativ früh erkennbar. Sie hätten nur eine Chance gehabt, wenn sie willens und/oder in der Lage gewesen wären, die "Pekinger Karte" zu ziehen und zu spielen. Mit der Entmachtung Erich Honeckers und seiner Vertrauten Mitte Oktober 1989 war diese Frage entschieden. Zu den wichtigsten Determinanten gehörte die Haltung der Moskauer Gorbatschow-Führung. Aber auch jene Richtung in der SED, die sich dann mit dem alten Apparat und den alten Kadern anschickte, Perestrojka und Glasnost bedingungslos in der DDR zu praktizieren, war nur noch die Getriebene der Entwicklung und konnte mit vorgehenden Manövern den Zerfall der Macht nur vorantreiben. Schließlich mußte sie in der SED und im Staatsapparat der sozialistisch-kommunistischen Reformströmung weichen, die jedoch auch nicht mehr bestimmend für die Entwicklung werden konnte und ebenfalls zu den Verlierern gehört.

Einige Monate hatte es den Anschein, als hätten die demokratischen und sozialistischen Dissidenten das Heft des Handelns in der Hand. Ihre Lösungen bestimmten die Massenbewegung der ersten Wochen und sie wurden die Frauen und Männer der Stunde - der wunderbarsten in der Sicht der nichtkommunistischen Linken: der Stunde einer siegreichen demokratischen Volksrevolution, der ersten in der deutschen Geschichte. Aber der Schein trog.

Längst wurde der Unterstrom der Ereignisse durch andere Kräfte und Interessen angetrieben, die der demokratischen Revolution nur bedurften, um Legalität und Legitimität zu erlangen und anstelle der Demokratisierung des Sozialismus "Marktwirtschaft" und "Wiedervereinigung" durchzusetzen. Dies wurden die Kennworte und Synonyme der Restauration, die

im Zusammenspiel äußerer und innerer Faktoren szenenbestimmend wurde und den Gang der Dinge entschied. Bis zum 18.3.1990 waren die Initiatoren der Bürgerbewegung, die ihren Zielen in der Haupttendenz treu geblieben waren, schon auf eine politische Größenordnung zurückgestutzt, die ihnen bei bundesdeutschen Wahlen noch nicht einmal den Einzug ins Parlament getattet hätte. Auch sie - und all jene, die an einer DDR-Identität und -Staatlichkeit festhalten wollten - gehören zu den Verlierern.

Allenfalls sind diese Kräfte offenkundig noch weit davon entfernt, aus der Niederlage ihrer gemeinsamen Anliegen und Interessen auch zu einer gemeinsamen Widerstandsfront zusammenzufinden. Sind die Verfechter des alten Regimes gegenwärtig ohnehin aus der Politik verbannt, so trifft die Ausgrenzung durch die "Solidarität der Demokraten" auch die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), die aus der SED hervorgegangen ist. Hier wie anderswo ist die Hand des Bonner Paten zu spüren, der nicht daran interessiert ist, daß es im neuen deutschen Staat eine relevante linke Opposition mit marxistischem Hintergrund gibt.

Daß die SPD der DDR, das ursprüngliche Produkt einer Pastorenregie, in deren Führung auch heute noch Konsistorialräte und Pastoren den Ton angeben, keine Neigung zu Linksbündnissen verspürt, entspricht ebenfalls den Intentionen der Bonner Mentoren und äußerte sich schon früh darin, daß sie ein Wahlbündnis mit den späteren Partnern von "Bündnis 90" gleich nach der Gründung wieder verließ. Genau genommen gehört auch sie zu den Verlierern, denn ihr und Willy Brandts Traum von einer sozialdemokratischen DDR war mit dem 18.3.1990 ebenfalls ausgeträumt. Der Zerfall des Sozialismus und der Abgang der DDR hat also keine sozialdemokratischen Erben.

Die Sozialdemokratie wäre aber schlecht beraten, wenn sie die PDS und ihre Anhänger - vor allem im betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich - als Kolonisierungsobjekte sieht. Diesen Eindruck hat man neuerdings bei der Politik der DGB-Führung gegenüber den DDR-Gewerkschaften (oder den die Konservativen übertrumpfenden Forderungen der SPD zur Enteignung der PDS/SED und deren früherer Repräsentanten). Denn hier wird die rüde konservative Marschtaktik nahezu kopiert. Von Partnerschaft ist keine Rede mehr. Es geht offenkundig nur noch um die Kontrolle des Organisationspotentials. So wird man den Kampf um die sozialen Belange der in Zukunft marktwirtschaftlich gebeutelten Werktätigen der DDR kaum erfolgreich organisieren können.

Es ist verständlich, daß es bei den Repräsentanten der Bürgerbewegung gegenüber früheren SED-Mitgliedern und der heutigen PDS noch viele Vorbehalte und mentale Gräben gibt. Diese könnten allerdings ebenfalls ihre Gegenrechnungen aufmachen. Aber politische Gründe zur Ausgrenzung und zur Blockierung von Bündnissen der Linken unter Einschluß der

PDS können kaum vorgetragen werden. Wie überall ist natürlich auch hier die Zeit ein Faktor. Aber angesichts der wahrscheinlich vorgezogenen gesamtdeutschen Parlamentswahlen - ganz abgesehen von der breiten Sozialdemontage, die wohl mit der Wirtschafts- und Währungsunion in Gang kommen wird - gibt es im gesamtdeutschen Raum für diese Formationen nur im Rahmen eines linken Bündnisses parlamentarisch-politische Überlebenschancen. Von ihrem Zusammengehen in der DDR würden zweifellos wichtige Impulse auf die westdeutsche Linke zu einem gesamtdeutschen Zusammenschluß - oder doch einem kampagnemäßigen Zusammengehen - ausgehen.

Dies wird für die Linke zu einer Hauptfrage, wenn sie auf die zukünftige Entwicklung in Deutschland Einfluß nehmen will. Ausgangspunkt ist dabei, daß sich in der DDR mit Versprechungen, Hilfe und Druck Bonns die konservativen Kräfte der Restauration bürgerlich-kapitalistischer Machtverhältnisse durchgesetzt haben und daß der Weg der Unterstellung und Angliederung der DDR an und unter das politische, soziale und ökonomische System der BRD nach allen Überlegungen politischer Wahrscheinlichkeit kaum noch verhindert werden kann.

Damit wären über 40 Jahre Sonderentwicklung der DDR zu Ende, die in den antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen der Nachkriegszeit ihren Anfang nahmen und dann in ihrer staatlichen Form die Antwort auf die Spaltung Deutschlands durch die Westmächte und die Adenauerregierung waren. Für die Entwicklung auf dem Territorium der BRD fand damals die Formel von der "Restauration alter Besitz- und Machtverhältnisse" Eingang in das Programm des DGB. Mit ihr war der antifaschistisch-demokratische Ansatz der Nachkriegsjahre eliminiert worden oder vielleicht genauer gesagt: er erlor in der DDR den Frost des kalten Krieges. Diese Restauration wird nun für die DDR "nachgeholt". Die roten und Hammer-und-Zirkel-Fahnen einer alternativen deutschen Entwicklung sind heruntergerissen und in den Dreck getreten. Aber der Abgang der DDR ist nur ein Teilprozeß in einem welthistorischen Drama, das sich vor unseren Augen abspielt und in das wir mehr oder weniger einbezogen sind.

Die Niederlage im Systemwettkampf

Die DDR als antikapitalistische Gesellschaft verdankte ihre Existenz von Anfang an dem Sieg der UdSSR über den deutschen Faschismus und ihrem Aufstieg zur Weltmacht. Die Existenz kleinerer sozialistischer Länder war nur im Verbund übergeordneter Strukturen möglich. Dies machte den substanziellen Inhalt der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) und des bi- und multilateralen Vertragssystems der früheren sozialistischen Staaten aus. Ihre Ideologie speiste sich aus einem Sozialismus- und Fortschrittsverständnis, wonach die Option für den Sozialismus und

die Durchsetzung des sozialistischen Gesellschaftssystems als historisch unumkehrbar anzusehen ist. Sobald diese Auffassungen ausgehöhlt und hinfällig wurden, konnten die Sanktionsmechanismen des Systems nicht mehr in Gang gesetzt werden. Damit mußte der Zerfall des Gesamtsystems einhergehen.

Freilich kann eingewandt werden, daß dies nur ein Ausdruck des historischen Versagens und inneren Bankrotts der alten sozialistischen Systeme war. Hätte es sich um moderne Gesellschaften gehandelt, die den Interessen der Menschen und Völker gedient hätten, würde aus deren Sicht kein Grund zu ihrer Beseitigung bestanden haben. Abstrakt ist dieser Einwand richtig. Er übersieht aber die realen Ausgangsbedingungen und die Dimensionen der Systemauseinandersetzungen. Er kann vor allem nicht erklären, weshalb es 1989/90 zu einer Beschleunigung des Zerfallsprozesses und einem nahezu kampflösen Abgang des alten Sozialismus und seiner Repräsentanten kam. Demgegenüber muß auf den Zusammenhang der tiefen Krise der UdSSR, die mit dem Kurs der Perestroika unter Gorbatschow offen ausgebrochen ist - wiewohl in diesem Kurs nicht die wesentlichen Ursachen der Krise zu suchen sind -, und der internationalen Krise des sozialistischen Staatensystems verwiesen werden, in deren Sog die einzelnen Länder hineingerissen und verschlungen werden. Die DDR ist hier nur ein Staat neben anderen, deren Abgang aus dem Sozialismus allerdings insofern Sonderbedingungen aufweist, als dieser Prozeß mit der Angliederung an die BRD verbunden ist und somit auch andere Perspektiven eröffnet.

Der bisherige Zerfall des sozialistischen Weltsystems ist in **Ein einmaliger** der bekannten Geschichte einmalig. Bisher war der **Zerfallsprozeß** Abgang übergreifender Imperien dieser Größenordnung das Ergebnis langer innerer Kämpfe, Aufstände und Zersetzungen und meist an militärische Niederlagen geknüpft. Auf der Strecke blieben dann meist die Imperien mit rückwärts gewandten Prinzipien. Man muß daran erinnern, daß noch bis vor kurzem mit plausiblen Gründen das Konzept einer Epoche begründet worden war, in deren Mittelpunkt der Übergang vom kapitalistischen zum sozialistischen System stand. (Nach nur wenigen Monaten hat sich das Epochenverständnis nahezu völlig umgekehrt, soweit man an den früheren Kriterien festhält oder es erhält abseits der marxistischen Tradition eine globalistische Bestimmung.)

Militärische Niederlagen im traditionellen Verständnis können beileibe nicht konstatiert werden. Sie wären auch bei vollem Einsatz der Potentiale mit der Vernichtung der Welt einhergegangen. Aber offenkundig hatte der Rüstungswettlauf für die minder produktiven sozialistischen Länder eine ähnliche Wirkung wie früher militärische Niederlagen. Die generelle technologische und ökonomische Rückständigkeit konnte nur durch die immense Ressourcenkonzentration im Rüstungssektor ausgeglichen werden - auf Kosten der zivilen Produktion, der Infrastruktur, des Massenkonsums

usw. Die Herausforderung des US-amerikanischen SDI-Projektes konnte durch die UdSSR schon nicht mehr angenommen werden.

Ihr Ausstieg aus der alten Logik und der Übergang zum 'neuen Denken' erschien als die Option historischer Vernunft. Und aus dem neuen Kurs erwachsen fürs erste die Initiativen der UdSSR auf den Gebieten der Abrüstungs- und Entspannungspolitik. Gorbatschows politischer Stern, als Repräsentant dieser neuen menschheitlichen Vernunft und der UdSSR, stieg ungeheuer schnell und wurde zum weltpolitischen Faktor. Es schien somit für eine kurze Periode, als erhielte der Sozialismus neue Dynamik. Dabei wurden nur zu gern von Sozialisten die harten Fakten übersehen, die die Situation des Sozialismus bestimmten.

Man muß allerdings auch an die Periode des kalten Krieges erinnern, in der von weitaus ungünstigeren Voraussetzungen und Bedingungen dem politischen Druck des imperialistischen Systems standgehalten wurde. Gerade damals entstand die Grundüberzeugung von Sozialisten, daß die neue Gesellschaft dann triumphieren würde, wenn der Imperialismus zu Koexistenz und Frieden gezwungen werden könne. Aber die Wirklichkeit erwies sich auch hier gegenüber versimpelten Denkansätzen als sperrig. Denn es kam ja zu der Situation, daß sich unter dem Schirm militärstrategischen Gleichgewichts Formen der friedlichen Koexistenz durchsetzen mußten, die Rüstungsschraube aber nach wie vor durch den Westen weitergedreht wurde. Schon die Reaktionen auf die Helsinki-Abkommen (1975) zeigten, daß die sozialistischen Länder offensichtlich über kein strategisches Konzept zur Bewältigung der neuen Probleme verfügten, es sei denn, man betrachtet das Dogma, der Sozialismus gedeihe am Frieden, als ein solches.

Aber gerade damit wurden die neuen Probleme der Systemauseinandersetzung übergangen und verdrängt, daß man auf Menschenrechts- und Demokratisierungskampagnen mit einem tiefgreifenden Konzept innerer Reformen und Modernisierungen hätte antworten müssen, anstatt sich auf bürokratische Abblock- und Sicherheitspraxen zu beschränken. Ebenfalls mußte die "Entideologisierung" in einer solchen Situation den Verzicht auf die Mobilisierung der Anhänger des Sozialismus und auf ein offenes Austragen der Gegensätze und Konflikte bedeuten.

Die Ersetzung von Politik durch Administration und Bürokratie mußte für den Sozialismus tödlich werden, weil er als Gesellschaft ja nicht durch das Privatinteresse konstituiert und zusammengehalten wird. Nur so wird es erklärlich, daß der Sozialismus in vielen Ländern nahezu kampfflos zusammenbrach und niemand die Hand zur Verteidigung des alten Systems rührte, als die Repression der Apparate als Mittel der Krisenlösung - auch wegen der Fragen der internationalen Reputation und der zur politischen Priorität deklarierten Ausgleichspolitik mit dem Westen, der eigenes Wohlverhalten vom Verzicht auf Repression gegenüber seinen Anhängern abhängig machte - nicht mehr möglich war.

So bricht der Sozialismus als Weltsystem also auch nicht wegen zurückgebliebener und antiquierter Prinzipien zusammen, sondern weil er die historisch fortschrittlichen Prinzipien von gesellschaftlicher Produktion, Kontrolle und Planung nicht verwirklichen und in Systemüberlegenheit umsetzen kann. Dies gilt vor allem für die Ökonomie der Gesellschaft.

Domino-Theorie in Aktion

Schon seit Beginn der 80er Jahre machte die Entwicklung **Polen, Ungarn undsoweiter** in Polen deutlich, daß die Probleme nicht mehr in alter Weise zu lösen waren. In Polen hatte sich die Opposition vor allem im Schoße der katholischen Kirche entwickelt und nach der Wahl des polnischen Kirchenfürsten Wojtyla zum römischen Papst starken Auftrieb erhalten. Die Industriearbeiterschaft verwandelte sich zum starken Arm der Opposition und vereitelte durch Massenaktionen auch noch die zartesten Ansätze zur Konsolidierung der ökonomischen Verhältnisse. Daran vermochte auch der Übergang zu einem sozialistischen Militäregime nichts zu ändern. Die sowjetische Perestroika-Politik hatte für die Bestrebungen der Opposition in der Hauptsache legitimierenden Charakter und ermutigte sie, den Griff nach der Macht und zur Abschaffung des Sozialismus zu wagen. Dies lief über die Stationen der Bildung eines Runden Tisches, der Durchsetzung und Durchführung freier Wahlen und der Bildung einer bürgerlichen Regierung 1989. Aus steht nun noch die Eroberung des Präsidentenamtes durch die bürgerlichen und klerikalen Kräfte. Der neu entstehende Staat fördert treibhausmäßig die Rekonstruktion einer neuen Bourgeoisie und bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse. Alle früher von Solidarnocz vereitelten Konsolidierungsmaßnahmen werden nun von ihr durchgepeitscht und durch die in der Opposition errungene Hegemonie abgedeckt. Faktisch geht es um ein Sanierungskonzept, wie es die Weltbank früher gegenüber verschuldeten Entwicklungsländern durchgesetzt hatte und in deren Mittelpunkt Umverteilungen zugunsten der Profite, Abbau von sozialen Subventionen und Staatsaktivitäten, Privatisierung, "freier" Wettbewerb u.a. - kurz gesagt die Durchsetzung einer kapitalistischen Marktwirtschaft - stehen. Zwar konnte man sich einige Zeit damit trösten, daß Polen infolge seiner Geschichte ein durch und durch katholisches und antirussisches Land sei, in dem der Sozialismus eben keine Wurzeln geschlagen habe und dem man deshalb eine Sonderrolle zubilligen müsse. Dies war aber nur die halbe Wahrheit. Polen war vielmehr das Symptom einer allgemeinen Krise des Sozialismus.

Ungarn wurde lange als das interessanteste Experiment im Sozialismus angesehen, das sich angeblich auf der Suche nach einem neuen reformkommunistischen Konsens und einer effektiven sozialistischen Marktwirtschaft befand. Der "Gulasch-Kommunismus" unter Janos Kadar hatte Bedürfnisse geweckt und freigesetzt, die er nicht befriedigen konnte. Ungarn

wurde das Land der Reform von oben und entsprach so in gewisser Weise auch den Intentionen der sowjetischen Politik. Ungarn machte überall dort den Vorreiter, wo es um Einführung des politischen Pluralismus und der Marktwirtschaft, um die Einordnung in den Weltmarkt und um Offerten an Bankkapital, Konzerne und auch die ungarische Emigration ging. Ähnlich wie Polen hat auch Ungarn eine starke Emigration, die sich besonders nach 1958 sprunghaft verstärkte. Die früher kommunistische Führung Ungarns betrieb eine Politik vorgeifenden Wandels und der offensiven Auseinandersetzung mit konservativen kommunistischen Strömungen oder was von ihr dafür gehalten wurde. Dies galt auch für die RGW-Ebene. Sie zog in der Politik zum Schutz der ungarischen Minderheiten, vor allem in Rumänien, immer wieder die nationalistische Karte, um ihre Basis zu festigen.

Besonders spektakulär, weil damit die Destabilisierung eines "Bruderlandes", der DDR, befördert wurde, war der Abbau des "eisernen Vorhanges" seit Mai 1989 gegenüber Österreich und dann die Grenzöffnung nach Österreich für Flüchtlinge aus der DDR - gegen den erklärten Willen der DDR-Regierung und die Vertragslage. Diese Haltung wurde mit einem 500-Millionen-Kredit der BRD honoriert. Dies verwies darauf, daß die Bündnisbeziehungen des RGW und der WVO schon nichts mehr wert waren. Gleichwohl zahlte sich dieser "Reform"-Kurs für seine Initiatoren nicht aus. Nachdem die früheren Reformkommunisten, die sich nun als sozialdemokratische Richtung darstellen, ihre kommunistischen Widersacher aus der Partei verdrängt hatten, landeten sie bei den ersten freien Parlamentswahlen im Frühjahr 1990 bei knapp 10 Prozent der Stimmen. Es setzten sich die konservativ-bürgerlichen Kräfte durch. Die Sozialdemokraten wurden ebenfalls abgeschlagen.

In der DDR zerbrach das alte sozialistische Regime ab Oktober 1989 unter den Schlägen einer breiten Volksbewegung und unter dem Druck der BRD in weniger als einem halben Jahr. Bestand vor allem in der Periode der Zuspitzung der Widersprüche ein Zusammenhang mit der ungarischen Entwicklung, so wurde die Entwicklung in der DDR zum Anstoß einer im Zeitraffer vollzogenen Ablösung des alten Regimes und der Entmachtung der kommunistischen Partei in der *Tschechoslowakei*. Die Phasen und Formen des Kampfes gleichen in vieler Hinsicht jenen in der DDR. Der faktische Machtwechsel vollzieht sich im Dezember 1989.

In den Sog der Entwicklung gerieten dann auch die beiden südöstlichen RGW-Staaten. In *Bulgarien* ergreift die perestroika-orientierte Richtung in der Partei die Macht und hält bisher dem Druck der bürgerlichen Oppositionsbewegung stand. Wahlen stehen noch bevor.

In *Rumänien* wird Ende Dezember 1989 auf dem Hintergrund einer vor allem von der ungarischen Minderheit getragenen Protestbewegung, die sich der direkten Unterstützung der Budapester Regierung erfreut, sich ansonsten bei den Rumänen aber auf Bukarest konzentrierte, das alte au-

tokratische Ceausescu-Regime durch einen Putsch der Armee entmachtet. Ceausescu hatte vorher die Sicherheitskräfte seines Regimes (Securitate) zur blutigen Niederschlagung der Protest- und Aufstandsbewegung eingesetzt. Diese wurden dann von der Armee niedergedrungen und entwaffnet. Nicolae und Elena Ceausescu wurden in einem fragwürdigen und widerwärtigen, vom Fernsehen übertragenen Militärverfahren verurteilt und sofort hingerichtet. An die Macht kamen vor allem Kräfte der kommunistischen Anti-Ceausescu-Opposition, die sich in den ersten freien Parlamentswahlen Ende Mai 1990 als Mehrheitsgruppierung gegen die bürgerliche Opposition behaupten konnten. Ihre weitere Mission dürfte darin bestehen, den Übergang zur Marktwirtschaft und zu einem pluralistischen politischen Regime weiter voranzutreiben und vor allem die Abschließung des Landes zu überwinden. Sie selbst bezeichnen sich als sozialdemokratisch. Ihr Ziel sind schwedische Verhältnisse.

Die antisozialistische Woge erreichte auch ein Land, das als Antipode des stalinistischen Sozialismus schon lange Wirtschaftsdemokratie, Öffnung zum Westen und Marktwirtschaft praktiziert, *Jugoslawien*. Hier liegt der Sprengstoff vor allem im Gefälle der Wirtschaftsentwicklung der Teilrepubliken, und entsprechend etablierten sich bürgerliche Regierungen, die aus freien Wahlen hervorgegangen waren, in den wirtschaftlich entwickeltesten Republiken Slowenien und Kroatien. Ob die derzeitige Föderationsstruktur Jugoslawiens gehalten werden kann, erscheint fraglich. Jugoslawien, das in der marxistischen Debatte mitunter ignoriert wird, verweist vor allem darauf, daß erstens aus dem Erbe des Stalinismus nicht alle Probleme abgeleitet werden können und daß zweitens der Übergang zu einer sozialistischen Marktwirtschaft bestenfalls zeitweilige Entwicklungsimpulse vermitteln, nicht aber die grundlegenden Strukturprobleme lösen kann.

Auch *Albanien*, das letzte europäische sozialistische Land, auf dessen Plätzen Stalin-Denkmäler stehen, wird in jüngster Zeit in den Umbruchsog hineingezogen. Darauf verweist die vorsichtige Außenöffnung des Landes, die Wiederzulassung der Religion u.a.

Mit diesen Entwicklungen ist das System des RGW und der WVO faktisch zerbrochen, obwohl die formale Struktur nach wie vor besteht und sowjetische Truppen in einzelnen Ländern stationiert bleiben. Dies kann jedoch nur als relativ kurzfristige Übergangszeit angesehen werden.

Mit der Entwicklung in den *baltischen Republiken der UdSSR* wird deutlich, daß sich dort analoge Prozesse vollziehen, deren Vehikel die ungelöste nationale Frage ist. Auch dort sind bürgerliche Kräfte als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen, die die Loslösung von der Union und die Einführung der Marktwirtschaft betreiben. Infrage steht gegenwärtig nicht dies, sondern der Modus und das Tempo des Vollzugs. Auch in den kaukasischen Republiken und jenen in Mittelasien mit moslemischer Bevölkerungsmehrheit steht die

Erosion der Sowjetunion

Sezession und die Abkehr vom Sowjetregime auf der Tagesordnung. Auftrieb hat auch die bürgerlich-nationalistische Bewegung in der Ukraine erhalten. Rußland und die Union stehen an der Schwelle des Übergangs zu einem Mehrparteiensystem. Starke Kräfte drängen auf den Nachvollzug einer Entwicklung, wie sie in der Ökonomie in Polen abläuft und die man beim besten Willen nicht als Durchsetzung einer sozialistischen Marktwirtschaft bezeichnen kann. Auf Kundgebungen werden schon jetzt die Fahnen der Kerenski-Republik und des alten zaristischen Rußland geschwenkt, Symbole dafür, daß die Entwicklung hinter den Oktober 1917 zurückrollt. Die Zeichen stehen auf Sturm. Gorbatschow setzt den anstehenden Übergang zur Marktwirtschaft in der Bedeutung mit der Oktoberrevolution gleich. Das erhält einen makaberen Unterton.

Aus dem Scheitern des sozialistischen Perestroika-Konzepts und den zunehmenden inneren Konflikten und Spannungen wird die außenpolitische Schwäche der UdSSR verständlich. Die Preisgabe des Systems von Jalta markiert ihren Abgang von der Rolle als Hegemonialmacht. Der Rückzug aus der DDR - auch hier geht es nicht mehr um die Sache, sondern nur noch um die Formen - erscheint nur als Konsequenz und Indiz dieses Prozesses. Der Sachverhalt der Aufgabe des westlichen Glacis und die damit verbundenen Konsequenzen werden der sowjetischen Bevölkerung und Führung erst schrittweise bewußt. Ihre Präsenz in der DDR ist Ausdruck des Sieges über den Faschismus, der mit dem Opfer von fast 30 Millionen Toten erkämpft wurde. Der Rückzug wird für viele Sowjetbürger die Revision des Sieges von 1945 bedeuten. Außerdem verliert die UdSSR mit der DDR und der CSFR ihre wichtigsten industriellen Handelspartner, und selbst Milliardenkredite des Westens, die ohnehin fraglich sind, werden die ökonomischen Verluste nicht ausgleichen können.

Inwieweit diese Entwicklung einem strategischen Plan oder nur einem nahezu naturwüchsig spontanen Zerfallsprozeß entspricht, läßt sich heute kaum beurteilen. Die Vermutung, daß ein "big deal" mit den USA unter dem Motto "Selbstbestimmung für Osteuropa - Achtung der Integrität der UdSSR" zugrunde liegt, ist kaum verifizierbar. Allerdings könnten die Bemühungen des baltischen Nationalismus, sehr schnell Tatsachen zu schaffen und die Zugehörigkeit zu Osteuropa - nicht zur Sowjetunion - zu betonen, als Beleg interpretiert werden.

Auf jeden Fall können die Entwicklungen 1989/90 nur im Zusammenhang mit der sowjetischen Politik und ihrer Umorientierung verstanden werden. Dazu gehört auch der Ausstieg aus einer Haltung und Politik des "proletarischen Internationalismus", des Anti-Imperialismus und des Anti-Kapitalismus. Statt dessen wird auf die Zusammenarbeit mit den entwickelten kapitalistischen Ländern gesetzt. Freilich bleibt angesichts der Dringlichkeit der globalen Probleme auch keine andere Alternative. Aber es stellt sich natürlich die Frage, ob sie schneller oder überhaupt ohne die

antiimperialistische Emanzipationsbewegung und ohne die Existenz sozialistischer Gesellschaften gelöst werden.

Ohne die ökonomische Hilfe und die politische Rücken-
deckung der sozialistischen Länder war die Existenz **Sozialismus in
der Dritten Welt**
sozialistischer Regime in außereuropäischen Erdteilen von vornherein unmöglich. Der Zusammenbruch des Sozialismus in Europa zieht auch sie in den Abgrund. Was China betrifft, so wird es, wie in der Vergangenheit auch, seinen eigenen Weg gehen können. (Dies könnte auch zum Rückhalt des sozialistischen Vietnams und Nordkoreas werden.) Das zeigte sich auch bei der Niederschlagung der demokratischen Revolte im Sommer 1989 - ein Kurs, der deutlich im Kontrast zur sowjetischen Gorbatschow-Linie stand. Damit bleibt für die sowjetische Politik immer noch die Variante eines Zusammenrückens mit China und anderen Entwicklungsländern offen, die als Block den neuen kapitalistischen Imperialismus in Schranken halten könnten, aber natürlich nicht als Lokomotiven des sozialen und demokratischen Fortschritts angesehen werden könnten. Angesichts der innersowjetischen Problemlagen ist es allerdings eher unwahrscheinlich, daß sich als Weg aus der Krise diese Variante durchsetzen wird.

Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß mit dieser Entwicklung auch schon längst das zur Disposition gestellt ist, was als internationale kommunistische und Arbeiterbewegung bezeichnet wurde. Wollen kommunistische Parteien in kapitalistischen Ländern überleben, müssen sie entweder die Metamorphose zu einem Typ neuer, in der Struktur "pluralistischer" und in der Zielsetzung reformorientierter Linksparteien vollziehen, oder sie müssen sich auf die Rolle marxistischer Zirkel und Propagandagruppen beschränken.

Das Scheitern der Perestroika und der kapitalistische Konsumismus

Läßt man die Entwicklung seit April 1985, dem Datum des Machtantritts Gorbatschows, Revue passieren und unterzieht sie einer kritischen Beurteilung, dann muß für die ersten Jahre festgehalten werden, daß die drängendsten Probleme der internationalen und innersozialistischen Entwicklung thematisiert und die Ursachen für das Zurückbleiben der Produktivkräfte in strukturellen Fehlentwicklungen gesehen wurden. Die Niederlage im Kampf der sozialökonomischen Systeme war schon eine Tatsache, bevor sie in der allgemeinen Gesellschaftskrise des Sozialismus durchschlug.

Im Nachhinein wird klar, daß das Konzept des "neuen Denkens" von dieser Konstellation ausging. Es wurde der Versuch unternommen, mit dem neuen Politikansatz der globalen Probleme dem Terrain der Niederlage zu entfliehen. Diese Flucht nach vorn hatte fürs erste den Überraschungseffekt

fekt, sie wurde jedoch dann von der Wirklichkeit eingeholt. Das 'neue Denken', bestimmt man seine ideologische Komponente, stellt sich als Mantel dar, der den faktischen Zerfall des Sozialismus als alternatives Gesellschaftssystem verdeckt und ihn in annehmbare Formeln hüllt.

Wie schon ausgeführt, mehren sich die Stimmen, die die Politik der Perestroika als gescheitert ansehen. (Der Devisenmarkt reagiert mit einem Wechselkurs von 6 Pfennig für 1 Rubel bei einem offiziellen Kurs von über 3 DM für 1 Rubel.) Damit wird auch jene Begründung hinfällig, die Analogien zur von Lenin 1921 konzipierten Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) zieht. Der damalige Rückzug des Sozialismus in der Ökonomie setzte eine starke proletarische Staatsmacht voraus. Außerdem war das damalige Rußland ein Land der Bauernwirtschaften, der kriegsbedingten Zerrüttung und generell der Kleinproduktion.

Die rechte Kritik der Perestroika verweist heute auf die zu langsame und inkonsequente Einführung der Marktwirtschaft. Diese politische Richtung lebt von der Legende, mit der Einführung der Marktwirtschaft würden die Probleme der UdSSR schnell lösbar. Sie setzt dabei auf die konsumistischen Orientierungen in den Volksmassen, die allerdings offenkundig ausgeprägt sind. Vom Standpunkt der inneren Logik ist die marktwirtschaftlich orientierte Kritik zutreffend, wobei festzuhalten bleibt, daß darunter nicht irgendwelche Marktbeziehungen im Sozialismus, sondern der Übergang zu einem kapitalistischen Wirtschaftsmodell verstanden werden. Gegenwärtig hat es den Anschein, als ob die UdSSR auf den ungarischen Entwicklungsweg schlittere.

Für das Verständnis des Zerfalls des Sozialismus ist die Funktion des marktwirtschaftlichen bzw. kapitalistischen Konsumismus von zentraler Bedeutung, weil sich hieraus die Wendung der Volksmassen gegen den Sozialismus erklärt. Er ist bekanntlich die Grundlage der Funktionsfähigkeit und Effektivität des modernen Kapitalismus. Dieses System beruht nach wie vor auf der Ausbeutung des Menschen in der Produktion. Aber diese Ausbeutung und Beherrschung wird durch die Kompensation des modernen Konsums für den Lohnarbeiter erträglich. Marxisten haben oft verkannt, daß damit auch Bedingungen der Persönlichkeitsentwicklung im Kapitalismus installiert werden, die an die Weckung, Erweiterung, Diversifizierung und Befriedigung der Bedürfnisse geknüpft ist, die sich über die Ware-Geld-Beziehungen realisieren. Dieser konsumistische Typ der Persönlichkeitsentwicklung unterliegt zwar den Widersprüchen der kapitalistischen Produktions- und Konsumtionsweise, er erweist sich jedoch dem sozialistischen Typ als überlegen.

Zum einen weil eine überlegene Warevielfalt und ein höheres Einkommensniveau eine breitere Palette von Bedürfnissen befriedigen kann. Zum anderen weil zwischen Bedürfnis und Befriedigung nur das Geld steht und nur der entwickelte Kapitalismus die Produktionsbasis besitzt, um die im

neuen Milieu der Internationalisierung entstehenden Bedürfnisse befriedigen zu können. Dies machte und macht für die Massen der sozialistischen Länder die Faszination der westlich-kapitalistischen Lebensweise aus. Der Sozialismus wurde also von seinem Systemantagonisten auf jenem Feld geschlagen, auf dem er einst angetreten war, um den Kapitalismus abzulösen: dem Versprechen, mit der Abschaffung der Ausbeutung eine freiere und reichere Entwicklung des arbeitenden Menschen durchzusetzen.

Dieses kapitalistische Konsumtionsmodell setzte sich in Westeuropa erst nach dem 2. Weltkrieg durch. Es war das Ergebnis der Kombination von Massenproduktion, keynesianistischer Wirtschaftssteuerung, gewerkschaftlichem Druck und parlamentarisch-demokratischem Repräsentativsystem, und erst damit entstand - auch als Reaktion auf die uneingelösten Verheißungen des Sozialismus - jener breite Systemkonsens, in den auch die Arbeiterklasse eingebunden war und ist. Es setzte sich im entwickelten Kapitalismus jener Klassenkompromiß durch, der im Konsumismus seine wesentliche Grundlage hat, mit dem Sozial- und Wohlfahrtsstaat seine Befestigung und mit der antagonistischen Kooperation seine Bewegungsform erhält. Für dieses System steht im Osten der Begriff Marktwirtschaft.

Mit dem bewußten Abbau der Systemkonfrontation und der breiteren Internationalisierung schwindet auch das Bild vom häßlichen Kapitalismus; er wird in den sozialistischen Staaten zunehmend als die bessere Alternative zum eigenen System wahrgenommen. Dies wird der Hintergrund restaurativer Massenbewegungen, die der Rückkehr der Herren von gestern die Tür öffnen, wenn sie nur auch das Modell des kapitalistischen Konsumismus mitbringen. Die reformsozialistischen bzw. -kommunistischen Kräfte werden zwischen dem repressiven Konservatismus des alten Regimes und den restaurativen Massenbewegungen zerrieben und können ihre Konzepte nicht geschichtswirksam machen.

Die Hauptursachen des nahezu kamflösen Zusammenbruchs des Sozialismus liegen in dieser Konstellation. Sie bestehen in der Unfähigkeit und im Unvermögen, jene Modernisierungsschübe freizusetzen, die zum Aufholen des Entwicklungsrückstandes und zur Abwehr des Drucks des Systemwettkampfes hätten führen können. Freilich kommt es einer Geschichtsklitterung gleich, wenn nun behauptet wird, die kapitalistischen Länder hätten sich aus der Sache heraus gehalten. Das war und ist nicht der Fall. Nach wie vor beträgt das Jahresbudget des US-Geheimdienstes für Osteuropa über 15 Milliarden Dollar. Welche manpower damit der antisozialistischen Opposition zugeführt werden kann, läßt sich unter Beachtung der Wechselkurse etc. leicht nachrechnen. Und die US-Regierung ist nur ein Interessent am Fall des Sozialismus.

Allerdings haben die Ebenen und Formen des Systemkampfes schon längst gewechselt. Dies läßt sich nirgends deutlicher beobachten als in Deutschland. Der Hauptsieger und die weiteren Nutznießer stehen ebenso fest wie

Moderner Kapitalismus der Nachkriegszeit

die Verlierer. Aber da die DDR nur ein Teilprozeß in einem noch nicht zu Ende gekommenen Gesamtprozeß ist, gibt es die unterschiedlichsten Interessen an der Verschleierung der Ergebnisse. Gegenüber den Verbündeten muß der Triumphalismus der BRD gebremst bleiben, und die Niederlage des Sozialismus und der UdSSR muß in für Gorbatschow erträgliche Formeln gekleidet werden - hier leisten sich nur die US-Amerikaner Klartext -, hat er doch in der Sicht dieser Kräfte seine Mission noch nicht erfüllt.

DDR: Von der demokratischen Revolution zur Restauration und zum Protektorat

Noch im Sommer 1989 hatten weder Freund noch Feind mit der dann folgenden Entwicklung in der DDR und anderen Ländern gerechnet. Erst im September 1987 war für Erich Honecker in Bonn der rote Teppich ausgerollt worden, der bis dahin größte außenpolitische Triumph der DDR. Von einer akuten Wirtschaftskrise konnte nicht die Rede sein. Nach ihrem Lebensstandard - ganz abgesehen von der sozialen Sicherheit - gehörte die werktätige Bevölkerung der DDR zu den privilegierten 10 - 20 Prozent der Menschheit. Auf dem Gebiet der Mikroelektronik schien die DDR mit einer aufwendigen Mega-Chip-Produktion die Herausforderung der westlichen Konzerne angenommen zu haben. Das Wohnungsbauprogramm verlief im großen Ganzen planmäßig. Aber der schöne Schein trog. Längst hatten sich innere Widersprüche hochgeschaukelt, die nach Entladung drängten.

Die faktische Niederlage im Systemwettbewerb war in keinem anderen Land ausgeprägter als in der DDR, denn ihr unmittelbarer Widerpartner war die BRD. Längst hatte die DM, das Symbol der überlegenen Wirtschaftskraft der BRD, die Breschen in die Festungsmauern geschossen und die Besatzung demoralisiert. Der zunehmende Reiseverkehr und die wachsenden Besucherströme zwischen der DDR und der BRD hatten der DDR und den Anhängern ihres Gesellschaftssystems in der BRD wenig Punkte eingebracht. Umgekehrt in der DDR. Die gesellschaftspolitischen "Missionare" kamen nicht mehr, wie noch in den 40er und 50er Jahren, aus dem Osten, sondern aus dem Westen. Die in der DDR geborenen und herangewachsenen Generationen akzeptierten nicht mehr die Maßstäbe der Kriegs- und Nachkriegszeit und des kalten Krieges. Sie brachten die Ansprüche der Modernisierung und Internationalisierung zur Geltung und darunter wurden die aus politischen und ökonomischen Gründen limitierten und reglementierten Westreisen zu einem wesentlichen wunden Punkt. Für einen beachtlichen und wachsenden Teil vor allem der jüngeren Generation trat der Übersiedlungswunsch in die BRD auf die Tagesordnung. Ein offizieller Ausreiseantrag war aber der Anlaß zur sozialen Isolierung und bürokratischen Diskriminierung. Es bildeten sich "Ausreisemilieus",

die Massencharakter annahmen. Die daraus entstehende Bewegung leitete die Unterminierung und Ablösung des DDR-Systems ein.

Welchen Charakter hatte die damit beginnende Bewegung? Welche Begriffe werden ihr gerecht? Revolution, Konterrevolution, Reaktion, Restauration - mit und ohne Adjektive?

Bevor wir unsere Meinung dazu äußern, möchten wir die Entwicklung seit Sommer letzten Jahres Revue passieren lassen. Aus unserer Sicht läßt sie sich in fünf Etappen darstellen, deren Wechsel auch jeweils den Umschwung in der Bewegung zum Ausdruck bringt.

Die 1. oder die Voretappe beginnt im Sommer 1989 und endet mit der Leipziger Massendemonstration am 9. Oktober 1989. Sie wird bestimmt durch die anschwellende Fluchtwelle von DDR-Bürgern seit dem Sommer, die in den BRD-Botschaften in Warschau, Prag, Budapest und Ostberlin Asyl suchen, um damit, d.h. mit Hilfe der BRD-Regierung, ihre Ausreise zu erzwingen. Diese Bewegung wird von den westdeutschen Medien, vor allem den Fernsehanstalten ARD und ZDF, hochgezogen und von der Bonner Regierung - auf der Bühnenrampe allerdings in passiver Haltung und vorgeblich nur dem Anspruch der Menschenrechte und der Obhutspflicht für alle Deutschen folgend - angestachelt. Der Sieg ist errungen, als die Budapester Regierung ihre Grenzen für Bürger der DDR öffnet. In der DDR entsteht eine Massenpsychose, auf deren Hintergrund die vorher nur kleinen politischen Oppositionsgruppen, die vielfach unter dem Dach der evangelischen Kirchengemeinden Zuflucht gesucht hatten oder dort entstanden waren, Zulauf erhalten. Die damit entstehende breite Bürgerbewegung fordert vor allem innenpolitische Demokratisierung in der DDR. Ein besonderer Punkt sind die Anklagen wegen Fälschung der Ergebnisse der Kommunalwahlen vom Mai 1989.

Im September und Oktober formiert sich die Opposition in politischen Gruppierungen und kämpft um ihre Legalität und öffentliche Anerkennung.

Die DDR-Regierung wird der Fluchtwelle nicht mehr Herr. Versuche bürokratischer Schikanen und der Wahrung des Scheins von Hoheitsgewalt, z.B. bei der Ausbürgerung von Flüchtlingen, die aus der Prager BRD-Botschaft in Zügen der DDR-Reichsbahn über die DDR nach der BRD transportiert werden, rufen Spott, Hohn und Wut hervor. Es kommt auf Durchfahrtstationen wie in Dresden zu gewalttätigen Auseinandersetzungen von Demonstranten und Sicherheitskräften. Die Untergrabung der Autorität der Staatsorgane der DDR schreitet schnell voran.

Auch die Öffentlichkeit der BRD ist von der Fluchtwelle überrascht. Die Medienkampagne war vor allem auf den Termin des 40. Jahrestages der DDR-Gründung am 7. Oktober 1989 zugeschnitten. Es sollte nachgewiesen werden, daß im Falle der DDR von einem besseren Deutschland nicht

die Rede sein könne. Die Strategie war darauf angelegt, ein Einschwenken der DDR auf den Perestroikakurs Gorbatschows zu erzwingen, um lang- und mittelfristig - wie in Polen und Ungarn - eine Plattform der antisozialistischen Opposition und der Transformation des Sozialismus - eine Restauration wage noch niemand so schnell zu erhoffen - durchzusetzen. Freilich waren die auf Angliederung der DDR ausgerichteten Grundpositionen der BRD u.a. im Grundgesetz, in Verfassungsgerichtsurteilen, Parteiprogrammen usw. eindeutig fixiert, so daß eine flexible Einstellung auf die neue Situation schnell möglich war.

Der Gorbatschow-Besuch zum DDR-Jahrestag muß der DDR-Führung endgültig klar gemacht haben, daß die UdSSR einen Kurs der Repression, das Spielen der "Pekinger Karte", nicht mittragen würde. (Dies war auf diplomatischem Parkett auch dem Westen signalisiert worden, was Bonn als grünes Licht für eine offensive Haltung interpretieren konnte. Nicht von ungefähr wird später bei Willy Brandt immer wieder der "russische Offizier" auftauchen, dem die Deutschen Dank zu sagen hätten, weil durch ihn die Panzer in den Kasernen geblieben seien.) Damit ist diese Variante der Krisenbewältigung hinfällig geworden. Am 7. Oktober beherrscht die offizielle DDR nochmals Straßen und Plätze. Protestkundgebungen bleiben Randerscheinungen und werden von den Sicherheitskräften zusammengeknüppelt. Noch scheint die Macht intakt. Einschließlich der Kampfgruppen hat die DDR fast eine Million Menschen unter Waffen zur Verfügung. Der Staatsapparat funktioniert. Die SED hat 2,4 Millionen Mitglieder, die zentralistisch organisiert sind. Hinzu kommen Organisationen wie der FDGB, dem 8 Millionen Werktätige angehören. (Bei einer Gesamtbevölkerung der DDR von 16 Millionen Menschen.) Jedoch nur zwei Tage später erfolgt am 9. Oktober mit der von Kirchenvertretern und Bürgerbewegungsgruppen organisierten Massendemonstration in Leipzig der politische Umbruch. Dies leitet eine Welle von Massenkundgebungen und Demonstrationen in der gesamten DDR ein, auf denen Änderungen demokratischen Charakters gefordert werden, solche Verhältnisse, daß eine Ausreise überflüssig wird.

Man sieht also, wie in dieser ersten Etappe der Umbruch der DDR durch die Fluchtbewegung und die Legalisierung der Opposition eingeleitet wurde, und zwar in einer Situation, in der strategisch-politische Differenzen zwischen den Führungen der DDR und der UdSSR zutage traten und zu einer starken Verunsicherung der Träger des sozialistischen Systems geführt hatten. Ferner reagierte die DDR-Führung relativ ohnmächtig auf die neuen Formen der Systemauseinandersetzung. Da die Friedens- und Entspannungspolitik Vorrang hatte und faktisch ein breiter Bereich zwischenstaatlicher Beziehungen (Häftlingsfreikauf, Übersiedlerquote, Transitwege nach Westberlin, Besucherumtauschquoten usw.) schon monetarisiert war, wurde gute Miene zum bösen Spiel gemacht. Ein strategisches Konzept, das auch inneren Krisensituationen unter diesen neuen Bedingungen Rechnung getragen hätte, gab es nicht.

Im Mittelpunkt der 2. Etappe, die bis zum 9. November reicht, steht die demokratische Volksbewegung, die in ihren Wirkungen und Zielen auch als demokratische Revolution bezeichnet werden kann. Die Szene wird durch die früheren Kritiker und Dissidenten, die sich nun in den Bürgergruppen organisiert haben, beherrscht. Sie formulieren die Parolen eines Protestes, der den Sozialismus und die DDR nicht abschaffen, aber grundlegend verändern will. Es geht im Prinzip um die Errichtung eines parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaates und einer vom Bürger frei konstituierten Zivilgesellschaft im Sozialismus. In eine gleiche Richtung zielt auch die reformkommunistische Perestroika-Richtung in der SED und ihrem Umfeld. Eine solche Zielsetzung richtet sich fundamental gegen die bestehende Form des Staatssozialismus und das Einparteiensystem. Entsprechend sind deren Bastionen die Zielpunkte des Protestes.

Nicht vergessen werden darf, daß die Fluchtbewegung weiter geht und für die breiten Massen zweifellos die Freiheit für Westreisen an der Spitze ihrer Interessenhierarchie steht. Die Fluchtbewegung wird gewissermaßen die Kette zwischen Opfer und Täter. Soll sie in der DDR ohne Repression bewältigt werden, müssen die demokratischen Änderungen sehr schnell in Gang kommen und eine Angleichung an den ökonomischen Standard der BRD zum greifbaren Ziel werden. Dies ist nur mit wirtschaftlicher Unterstützung der BRD möglich. Außerdem kosten Westreisen Devisen. Das Geld kann auf die Schnelle nur von Bonn kommen. Auf der anderen Seite ist die offizielle Politik der BRD nur so lange am Fließen der Fluchtwelle interessiert, wie damit Druck auf die DDR auszuüben ist. Sozialpolitisch wird sie in der BRD selbst eine zunehmende Belastung. Bonn hat aber mit der Flüchtlingsfrage den unmittelbaren Hebel zur Beeinflussung und Bestimmung der DDR-Politik in der Hand: "Ihr braucht Devisen? Gut, gebt zuerst Eure eigenen für die Reisefonds aus. Ihr wollt Wirtschaftshilfe? Gut, das macht erst Sinn, wenn Ihr freie Wahlen gestattet und zur Marktwirtschaft übergeht. Ihr wollt schnell einen westlichen Lebensstandard? Gut, dann müßt Ihr für die Wiedervereinigung und die Marktwirtschaft sein" usw. usf. Die damit in Gang kommende Logik ist völlig eindeutig. Sie reicht bis in die Gegenwart und ist inzwischen auch längst der Knüppel zur Anpassung der DDR-Bevölkerung und der neuen DDR-Führung an die Bonner Politik geworden.

So war die Fluchtbewegung sowohl der Ausdruck der langfristigen Niederlage der DDR in den Systemauseinandersetzungen als auch ein Faktor des Durchbruchs der aktuellen Krise. In ihr kam die sich dann durchsetzende Restaurationsbewegung nur in einer zugespitzten Form zum Ausdruck: Was hier die Option für den Westen als individueller Akt, ist durch die Wiederherstellung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse auf dem Niveau und durch den Anschluß an die Bundesrepublik als politische Bewegung. Dieser Sachverhalt ist deshalb wichtig, weil die demokratische Bewe-

**Die Kette
zwischen Opfer
und Täter**

gung davon ja nicht isoliert entstanden ist und existiert. Zugespielt könnte man sagen, in der Flucht- und dann der Restaurationsbewegung formiert sich die soziale Frage des Zerfallsprozesses des Sozialismus. Die demokratische Bewegung ist deshalb auch in jeder Phase von diesem Tiefenprozeß gespeist, und vom Ergebnis her betrachtet besteht ihre Funktion darin, die Tür für die Restaurationsbewegung zu öffnen.

Noch im Oktober tritt Erich Honecker mit seinen Vertrauten von der Staats- und Parteiführung zurück. Unter Egon Krenz wird der Versuch unternommen, mit den alten Apparaten und Kadern nun eine Politik der bedingungslosen Perestroika und Glasnost für die DDR zu praktizieren, um an die Spitze der Bewegung zu kommen. Aber dies ist nicht mehr möglich. Die zunehmende Abrechnung mit der alten Führung und der Vergangenheit, die Aufdeckung von Korruption und Mißwirtschaft radikalisieren die Bewegung. Nach wie vor gehen in Leipzig Montags Hunderttausende auf die Straße. Aber auch andernorts nimmt die Massenaktivität noch zu. In den Keimformen entwickeln sich Ansätze einer Doppelherrschaft, Kennzeichen jeden revolutionären Umbruchs, mit der Konstituierung von Bürgerkomitees, Runden Tischen usw. Gerade diese basisdemokratischen Formen üben in jener Phase Faszination auch auf die westdeutsche Linke aus und erwecken die Hoffnung, daß nun die Stunde eines demokratischen Sozialismus geschlagen habe. Aber diese Hoffnung ist nicht nur wegen der andersartigen inneren Bedingungen trügerisch, sondern auch deshalb, weil die Bewegung von vornherein außengesteuert ist. Dies kommt darin zum Ausdruck, daß das bundesdeutsche Fernsehen auch in der DDR die unbestrittene Vorherrschaft ausübte und sich die Führung der DDR, wenn sie ihr Volk erreichen wollte, die Auftrittsmöglichkeit in diesen Medien erbitten mußte. Es war deshalb auch nicht ungewöhnlich, daß die Sentenzen der ZDF-Kommentare vom Sonntag in den gleichlautenden Massenchören der Leipziger Montagsdemonstrationen ihr Echo hatten.

Da es der Staats- und Parteiführung unter Krenz nicht gelingt, den Druck aufzufangen, sondern Züge des Machtverfalls zunehmen, versucht sie es mit dem Coup der Grenzöffnung am 9.11. Damit entsteht eine neue Massenbewegung - die Massenbewegung von 10 Millionen DDR-Bürger an die Begrüßungsgeldschalter Westberlins und der BRD. Der erste Westbesuch ist für viele ein schockartiges Erlebnis, denn hiermit wird die Brücke zwischen Bedürfnis und ihrem Objekt kurzgeschlossen. Der Bananenrausch wird zum materiellen Untergrund der nationalen Euphorie. Der massenhafte Wunsch nach Teilhabe am kapitalistischen Konsumismus wird aus der Latenz entbunden und zur materiellen politischen Gewalt.

Fürderhin stehen die Forderungen nach freien Wahlen, Wiedervereinigung, Marktwirtschaft, Abrechnung mit dem alten Regime und Verhinderung jeglicher sozialistischer Experimente auf der Tagesordnung der Massenbewegung. Mit diesem Datum treten die sogenannten Unterschichten,

also vor allem die Arbeiterklasse, in die aktive Bewegung ein. Es ist allerdings ein Charakteristikum der Zerfallsbewegung des Sozialismus in der DDR, daß die Arbeiterklasse nicht als Subjekt in Erscheinung tritt. Nicht sie prägt die Massenbewegung. Nicht die Betriebe sind die Bastionen und Sammelpunkte der demokratischen Revolution. Streiks sind die Ausnahme. Freilich stellt sie wie überall die Mehrheit der Teilnehmer an den Bewegungen. Unter ihren Führern treten jedoch kaum Arbeiter und Angestellte aus den Betrieben in Erscheinung. Es sind Pastoren, Anwälte, Intellektuelle, Künstler usw., die hier den Ton angeben. Freilich rührt die Arbeiterklasse auch keinen Finger zur Verteidigung sozialistischer Errungenschaften.

Der Zerfall der alten Mächte

Die folgende 3. Etappe kann bis etwa Mitte Januar, den Tagen des Sturms auf die Stasi-Gebäude, datiert werden. In ihr geht der Zerfall der Institutionen und Autoritäten der alten Macht weiter. Erfasst wird nun in vollem Maße die SED als Hauptträger des alten politischen und sozialen Systems. Im gleichen Zug erfolgt eine Umgruppierung der politischen Kräfte. Es tritt eine Verschiebung zu jenen Parteien und Kräften ein, die als Parallelformationen zu jenen in der BRD in Erscheinung treten. Die CDU tritt schnell aus dem Schatten ihrer Vergangenheit als Blockpartei heraus und wird zur Hauptpartei der bürgerlich-konservativen Opposition. Mit Hilfe der SPD-West formiert sich die Sozialdemokratie in der DDR, jedoch nicht auf Basis der Betriebe, Gewerkschaften und Arbeiterviertel, sondern im Milieu der Bürgerbewegung.

Der Hintergrund und Antrieb dieser Umgruppierung ist die Durchsetzung der Forderung nach der Wiedervereinigung und der offene Positionsbezug der Bonner Regierung in dieser Frage (10-Punkteprogramm von Helmut Kohl im Bundestag am 28.11.1989 und stehendes Absingen des Deutschlandliedes durch Regierungsparteien und Opposition - mit Ausnahme der Grünen). Bonn gibt nun auch relativ offen die Parolen und das Tempo der DDR-Entwicklung vor. Die sowjetische Politik bleibt seltsam passiv und schwenkt auf den allgemeinen Trend der durch Bonn und die Restaurationsbewegung der DDR geschaffenen Fakten ein.

Für den Zerfall der alten Autoritäten spielen die Enthüllungs- und Antikorruptionskampagnen eine große Rolle, in die sich mit Verhaftungen und phantastischen Anklagen - die später zum größten Teil fallen gelassen werden müssen - nun auch die DDR-Justiz einschaltet. Sie sind ein wichtiger Faktor für das entsetzte Abwenden vieler Menschen von den Verhältnissen und Repräsentanten der Vergangenheit. Es setzt im großen Stil das ein, was man als das politisch-moralische Niedermachen der DDR bezeichnen könnte, bei dem es zu einer totalen Umbewertung des Lebens, zu einer ideologischen und moralischen Werterevolution kommt und sich dem äußeren Betrachter das Bild eines erbarmungswürdigen Volkes bietet. Dem geht allerdings der reale Machtverlust und Machtwechsel voran.

Auch hier fungieren die Medien der BRD als Stichwortgeber und Kampagnenführer.

Noch Mitte November tritt Hans Modrow an die Stelle von Willy Stoph als Regierungschef. Er wird von der Volkskammer vereidigt. Neben die Volkskammer tritt ab dem 7.12.1989 als das dann entscheidende Konsensorgan der Runde Tisch, der unter Moderation von Kirchenvertretern alle politischen Kräfte der DDR vereinigt. Hier sind auch die nicht in der Volkskammer vertretenen Repräsentanten der Bürgerbewegung und der neuen politischen Gruppierungen präsent. Für die Politik des Runden Tisches ist noch bis in die nächste Entwicklungsetappe die Linie der demokratischen Revolution und der DDR-Identität bestimmend. Das verdeckt, daß sich im Wechselspiel mit der Politik Bonns längst die Richtung der Restauration und des Anschlusses an die BRD durchgesetzt hat.

Anfang Dezember kommt es zum Rücktritt von Egon Krenz als Staatsratsvorsitzendem und einige Tage später zu seinem Abgang als SED-Chef. Unter dem Druck der verunsicherten und empörten Parteibasis führt die SED am 8.12.1989 einen vorgezogenen Parteitag durch, auf dem ein tiefgreifender programmatischer, politischer und organisatorischer Erneuerungsprozeß eingeleitet wird. Der Parteitag wird am 16.12. fortgesetzt; die SED nennt sich "Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS) um. Die Repräsentanten des alten Regimes, später auch der Krenz-Richtung, werden aus der Partei ausgestoßen. Dies wird freilich den Zerfallsprozeß der SED nicht stoppen. Der März des kommenden Jahres wird sie zwar mit über 0,5 Millionen noch als mitgliederstärkste Partei der DDR sehen, aber gegenüber den 2,4 Millionen SED-Mitgliedern vom Oktober 1989 ist dies ein Schrumpfen auf 20 Prozent (!).

Schon im Dezember wird die DDR zunehmend zum Tummelplatz politischer Funktionäre und Repräsentanten und von Kundschaftern des großen Geldes aus der BRD. Am Runden Tisch wird die Forderung nach freien Wahlen und einem neuen Wahlgesetz erhoben. Dem kommt später die Volkskammer nach. Der Termin wird zuerst auf den 6. Mai 1990 festgesetzt und dann auf den 18. März vorgezogen. Damit ist eine entscheidende Weichenstellung für die weitere Entwicklung erfolgt. Sie bedeutet, daß die SED die Macht abtreten oder richtiger gesagt: die Ministerien und Ämter nach den Wahlen räumen wird. Denn die reale Macht hat sich schon längst zu anderen Zentren und Kräften verschoben.

Zum Jahreswechsel greift eine große Verbrüderungsfeier am Brandenburger Tor symbolisch dem zukünftigen Prozeß voraus. Auf der ersten Montagskundgebung des neuen Jahres ertrinkt Leipzig in schwarz-rot-goldenen Fahnen aus bayerischen Manufakturen. Aus dem "Wir sind das Volk" ist längst "Wir sind ein Volk" geworden. Und "Deutschland einig Vaterland!" ist der Hit der neuen Saison.

Zum Jahresbeginn ergreift die PDS nochmals die Initiative. Am Treptower Ehrenmal der Sowjetarmee versammeln sich mehrere Hunderttausend

Menschen zu einer Protestversammlung gegen den Neofaschismus, der nun auch in der DDR wieder aktiv geworden war. Diese Kundgebung führt zum wütenden Protest der Repräsentanten der Bürgerbewegung, die befürchten, nun setze die Gegenbewegung der PDS/SED/Stasi zur demokratischen Revolution ein. Sie übersehen, daß die eigentliche "Gegenrevolution" schon längst begonnen hat, denn welche Restauration könnte ihrem Sinn und Inhalt nach revolutionären Charakter haben, selbst wenn sie von großen Massenbewegungen getragen wird?

Nach den Enthüllungen der vergangenen Wochen ist der Haß, gleichzeitig aber auch die irrationale Furcht vor dem Stasi-Apparat gewachsen - unvermeidlich, wenn die Sphäre des Geheimen vor der Öffentlichkeit gelichtet wird. Es beginnt eine Kampagne, die bis in die Gegenwart reicht, und die ihren ersten Höhepunkt mit dem Sturm einer Menschenmasse auf die Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße am 15. Januar 1990 findet. In diesem Ereignis liegt das Moment der Unwägbarkeit, denn sehr schnell hätte es bei der angeheizten Stimmung bei der geringsten Gegenwehr zu Vandalismus und Lynchjustiz kommen können. Daran kann keine der politisch relevanten Kräfte interessiert sein, am wenigsten die Bonner Regierung, der der reife Apfel ja nur bei der Erhaltung des friedlichen Charakters der Umwälzung in den Schoß fallen kann. Aber auch die alten Kräfte der SED, die ja noch immer die Kommandoposten in Armee und Polizei innehaben, sind offenkundig schon viel zu geschwächt und ohne die dann erforderliche Militanz, um aus einer solchen Situation Nutzen ziehen zu können. Sie haben sich mit dem Machtverlust und dem Zerfall des Sozialismus und der DDR abgefunden. Der Kurs von Modrow ist die friedliche und zivilisierte Übergabe der "Festung".

Man könnte sagen, daß mit diesen Ereignissen der Interessenkonsens an einer weiteren friedlichen Entwicklung **Die Straße regiert nicht mehr** bestätigt wird und somit vom Übergang zur 4. Etappe gesprochen werden kann. In ihrem Mittelpunkt steht der Wahlkampf und die Auseinandersetzung über den Charakter der Wiedervereinigung. Sie wird mit den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 und dem formellen Machttritt der SED/PDS abgeschlossen.

Die Straße verliert ihren Charakter als Ort der Entscheidung. Die DDR-Entwicklung wird zunehmend ein Aspekt der politischen Entwicklung in der BRD. Dies wird mit dem Wahlkampf offenkundig. Bonn knüpft Wirtschaftshilfe für die DDR an immer neue Forderungen, die dann von der Opposition aufgegriffen werden. Zunehmende Bedeutung gewinnt der internationale Aspekt, weil Bonn mit seinen forcierten Wiedervereinigungsplänen auch seine Verbündeten überrollt, aber offensichtlich die Interessenlage richtig einschätzt. Inzwischen hat die UdSSR faktisch ihr gesamtes westliches Glacis verloren; sie setzt der Bonner Politik keinen ernsthaften Widerstand entgegen. Für das bundesdeutsche Engagement beim Aufbau

der Parallelstrukturen und beim Wahlkampf fallen alle diplomatischen Schamgrenzen.

Noch zum Jahresbeginn schien die Stimmung in der DDR auf einen großen Wahlsieg der SPD hinzudeuten. Die Richtlinienkompetenz für die Deutschlandpolitik war in der SPD offensichtlich Willy Brandt zugefallen, der sich bemühte, im nationalistischen Zug einen Platz in der Lokomotive einzunehmen. Die damit verknüpften Ambitionen wurden jedoch, wie die Wahlergebnisse zeigten, hinfällig, als die CDU/CSU die schnelle Angliederung und damit den Anschluß an die westdeutschen Wirtschaftsverhältnisse versprach. Zu Recht hat man von einem DM-Wahlkampf gesprochen. Damit wurde auch sehr klar, woran der Sozialismus und die DDR letztlich gescheitert sind: am ökonomischen Gefälle.

Die Ziele der Restauration bekommen in dieser Etappe klare und härtere Konturen: Abbau der Subventionen des Sozialsystems, Privatisierung der VEBs, Rücknahme früherer Verstaatlichungsmaßnahmen, Anpassung der Wirtschaft an den Weltmarkt, Preiserhöhungen, Massenarbeitslosigkeit usw. Für den Großteil der Bevölkerung liegt der Ausweg aus der Krise im schnellen Anschluß an die BRD, was die Ablehnung sozialistischer aber auch sozialdemokratischer Experimente einschließt.

In den Wahlen selbst fällt die Entscheidung für den Anschluß à la Bundeskanzler Kohl überraschend eindeutig aus. Die konservative Allianz für Deutschland erhält 48 Prozent der Stimmen, die Liberalen 5 Prozent. Die Sozialdemokratie landet mit knapp 22 Prozent abgeschlagen auf dem zweiten Platz. Die PDS behauptet sich ebenfalls überraschend mit 16 Prozent auf dem dritten Platz. Die aus den Bürgerbewegungen hervorgegangenen politischen Gruppierungen des Bündnis '90, die Triebkräfte der demokratischen Revolution, kommen auf 2,9 Prozent der Stimmen. Die Entscheidung für die Konservativen fällt vor allem in den volkreichen südlichen Landesteilen (Sachsen, Thüringen) und durch das Votum der Arbeiter, während es im Norden und vor allem in Berlin ausgeprägte linke Mehrheiten gibt.

O bwohl die DDR formell ein selbständiger Staat bleibt, beginnt nun mit der 5. Etappe das Übergangsstadium der DDR als faktischem Protektorat der BRD. Ihre erste Phase reicht bis zum Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990, dem Datum der Währungsumstellung. Mit der Übertragung von Souveränitätsrechten an Bonn, beginnt danach die zweite Phase, das formelle Stadium des Protektorats, das wohl mit den gemeinsamen Parlamentswahlen und der Integration der noch zu bildenden Länder der DDR in die Bundesstruktur zu Ende gehen wird.

Die wichtigsten Entscheidungen der ersten Phase sind die Optionen der regierenden konservativen Kräfte in Ost und West für die Angliederung nach Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD und für die Forcierung des

Tempos. In der DDR geht bei breiten Bevölkerungsschichten die Furcht vor den sozialen Folgen der Angliederung und der Restauration um. Zentrales Thema sind die Umtausch- und Umstellungsquoten bei der Umstellung auf die DM-Währung. Jedoch wird in Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 das Ergebnis vom 18. März im Wesentlichen bestätigt.

Als zentrales Problem taucht die Bündnisfrage auf. Noch gehört die DDR dem Warschauer Pakt und dem RGW an. Die UdSSR unterhält dort etwa 400.000 Mann an Stationierungstruppen. Aber auch in dieser Frage setzt Bonn, durch die jüngsten Erfahrungen ermutigt, auf die Schwäche und Handlungsunfähigkeit der UdSSR und vertritt, unterstützt durch die USA, die Position der NATO-Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands.

In der Bundesrepublik breitet sich in dieser Phase ein Gefühl der Überrumpelung durch die Bonner Regierung aus. Das Motto des neuen DDR-Ministerpräsidenten de Maizière (CDU) "Die Teilung durch Teilen überwinden" findet hier in der Bevölkerung nur wenig Anklang. Sie sieht eine Kostenlawine auf sich zukommen, die die Inflation antreibt und den Lebensstandard beeinträchtigt. Diese Stimmung schlägt sich auch in CDU-Niederlagen bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Mitte Mai nieder, mit denen die Bonner Koalition die Mehrheit im Bundesrat verliert. Demgegenüber erwartet die Bevölkerung der DDR, nachdem sie unter nicht unwesentlicher Regie Bonns ihre alte Gesellschaft und ihren alten Staat niedergemacht oder abgeschüttelt hat - wie man es auch immer ausdrücken mag -, nun von der BRD die Kostenübernahme für den schnellen Anschluß und die Erhebung in den DM-Bürger-Status. Aus diesem Unterschied entwickeln sich nun die Widersprüche der Anschlußdialektik.

Kanzler Kohl reagiert auf die neue Situation mit der Forderung, die gesamtdeutschen Wahlen vorzuziehen und sie schon anstelle der für Dezember geplanten Bundestagswahlen abzuhalten. Obwohl die SPD im Prinzip auf die Bonner Linie (Art. 23) eingeschwenkt ist, ist unterhalb dieser Schwelle wieder eine offene Situation entstanden. Es wird nun darum gehen, ob die Restauration nach dem Muster der Konservativen oder dem der Sozialdemokratie ablaufen wird. Freilich werden sich die Sozialdemokraten - wie bisher - den beiden Hauptgründen der Bonner Regierung für die Tempoforcierung nicht verschließen, nämlich erstens der Gefahr der wieder ansteigenden Umsiedlerzahlen, wenn nicht schnell 'durchgezogen' würde und zweitens der schwächer werdenden Position Gorbatschows und der Gefahr eines Machtwechsels in Moskau, mit dem Kräfte an die Regierung kommen könnten, die nicht auf die Anwendung militärischer Gewalt zur Verteidigung ihrer Interessen verzichten würden (noch stünden ja 400.000 sowjetische Soldaten in der DDR).

D ie Skizze des Ablaufs des Zerfalls des Sozialismus und der DDR, wie sie hier versucht wurde, kann die Sicht des Verfassers nur in groben

**Widersprüche
der Anschluß-
dialektik**

Strichen wiedergeben. Sie erscheint jedoch ausreichend, um auf die Einleitungsfrage dieses Abschnitts zu antworten. Zwischen Oktober 1989 und März 1990 vollzieht sich in der DDR der Zusammenbruch der Machtverhältnisse des alten Sozialismus und der Übergang zu Verhältnissen der Restauration des Kapitalismus durch Anschluß an das staatlich-gesellschaftliche System der BRD. Die Änderung der staatlich-politischen Machtverhältnisse ist die Voraussetzung und der Hebel zur Restauration des Kapitalismus in den sozialökonomischen und sozialen Verhältnissen. Die Mission des Restaurationsstaates besteht in der Unterstellung der DDR unter die ökonomischen, sozialen, politischen, staatlich-rechtlichen, kulturellen usw. Verhältnisse der BRD und in der treibhausmäßigen Förderung der kapitalistischen "Marktwirtschaft" und einer neuen Bourgeoisie in der DDR. Diese bildet sich vor allem durch Metamorphose der früheren sozialistischen Leitungskader in eine bürokratische Bourgeoisie, aus der sich die reale Bourgeoisie rekrutieren wird. Hinzu kommen natürlich die organisch kapitalistischen Elemente des privaten Unternehmertums, der Spekulation usw. - abgesehen von der anstehenden herrschenden Stellung der Großaktionäre und Chefs der westdeutschen Konzerne, Großbanken, Großunternehmen auch über die Wirtschaft der DDR. Hier sind Interessenten und Profiteure der Restauration zu suchen. Aber nicht sie haben den Sozialismus gestürzt. Er brach durch die Aktionen der Volksmassen zusammen, die nach Lösungswegen für ihre Probleme und Interessen suchten. Und er brach zusammen durch die mehr oder weniger aktive Beihilfe der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Regierung, ihres Staates, ihrer Geheimdienste, ihrer Medien, der Mehrzahl ihrer Parteien usw. Aber dies wäre niemals möglich gewesen, wenn nicht die Mehrzahl der Menschen in der DDR die bundesdeutschen Lebensbedingungen im Vergleich zu ihren eigenen als erstrebenswert angesehen und wenn sie nicht das Leben unter einem nationalstaatlichen Dach der Existenz in einer selbständigen DDR vorgezogen hätte.

Revolutionen sind immer der Aufbruch in Neuland. Restaurationen sind die Rückkehr zu dem Bekannten. Aber gerade daraus erwächst die Kraft von Restaurationsbewegungen. Ihre Vorbilder und Ziele sind konkret, anschaulich, faßbar. Dies gilt auch für die politischen Formen. Revolutionen sind ohne neue gesellschaftliche Organisations- und Interaktionsformen undenkbar. Für Restaurationen reicht das Bewährte. Deshalb treten die Ansätze zur Basisdemokratie und zur Präferenz für Bürgerbewegung und Initiativen, die in den ersten Etappen eine Rolle spielten, relativ schnell wieder zugunsten des Parteiensystems zurück. Es geht in dieser Bewegung eben nicht um die Realisierung des "utopischen Überschusses", sondern der Massenhörizont begnügt sich mit dem, was in der BRD schon real ist. Zu den Kennzeichen gehört auch, daß nicht das Bewußtsein des Aufbruchs oder ein neues Selbstwertgefühl und Sozialverständnis bei den Menschen vorherrschend ist, sondern eher Unsicherheit, Selbstde-montage, Zweifel und Selbstzweifel, bedingungslose Anlehnung an die

neuen Autoritäten, was in etwas kindlicher Weise auf einem Plakat zur Begrüßung Kanzler Kohls in Dresden treffend zum Ausdruck gebracht wurde: "Helmut nimm uns an der Hand und führe uns ins Wirtschaftswunderland!".

Der Zerfall des Sozialismus war ein Prozeß des Klassenkampfes auf der Ebene der Systemauseinandersetzungen, und unter diesem Blickpunkt ist er in erster Linie die Niederlage der Arbeiterklasse und ihres historischen Versuches, eine nicht-kapitalistische Gesellschaft aufzubauen. Aber der alte Sozialismus war durch wachsende ökonomische Defizite und durch die Entfremdung der Arbeiterklasse von ihrer eigenen Staatsmacht gekennzeichnet, die zu einem die Gesellschaft erdrückenden Leviathan geworden war. Sie mußte aufgebrochen und überwunden werden, wenn neue Perspektiven der Entwicklung eröffnet werden sollten.

Deshalb erscheint dieser Prozeß nicht als Auseinandersetzungen von Klassen und sozialen Schichten, sondern die Gesellschaft, das Volk steht gegen den Staat und seine Machthaber auf, die angesichts dieses Kräfteverhältnisses noch nicht einmal mehr in der Lage sind, für die eigenen Interessen die Hand zu heben. Allerdings dauert diese Einheit nur einen historischen kurzen Augenblick. Dann treten unterschiedliche politische Interessen und Parteikämpfe wieder in den Vordergrund, mit der Restauration werden wieder die unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Interessen wirksam, und es konstituiert sich die der BRD analoge Klassengesellschaft. Dies ist der Zeitpunkt, wo sich auch große Teile jener, die die alte Macht stürzten, bewußt werden, daß sie mit zu den Verlierern gehören. Dies werden selbst die für die Beschäftigten höheren Reallöhne nicht überdecken.

Der kurze Augenblick der Einheit

Probleme und Aufgaben der deutschen Linken im neuen Deutschland

Zu den offenen Fragen gehört, welche Spuren der Sozialismus im Verhalten und im Bewußtsein der Menschen hinterlassen hat, oder welchen Widerstand die Wiedereinführung des Kapitalismus (= Marktwirtschaft) und die entsprechenden sozialen Folgen hervorrufen werden. Dies wird sich schon in der nächsten Zeit zeigen, wenn es nach dem Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in der DDR zu Massenarbeitslosigkeit, Preis- und Mietsteigerungen, Umverteilungen von Eigentum und Besitz kommen wird. Wir hatten schon ausgeführt, daß sich die DDR-Bevölkerung gegenüber den Völkern Ost- und Südosteuropas in einer privilegierteren Lage befindet, da ihr Aufstieg in die Oberliga der 1. Welt in den Anschluß an die BRD eingeschlossen ist, während bei den anderen vielfach der Abstieg in die 3. Welt auf die Tagesordnung treten wird.

Für die Bundesregierung ist das Hauptmotiv des schnellen Anschlusses nicht das Interesse der Menschen in Ost und West, sondern die Sicherstellung der "Beute". Obwohl damit die Option für die teuerste Variante erfolgt ist, wird die Angleichung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse einige Zeit auf sich warten lassen und äußerst widerspruchsvoll verlaufen. Das deutsche Monopol- und Finanzkapital wird eine Schwächung der DM und eine Beeinträchtigung der Export- und Konkurrenzfähigkeit nicht dulden. Deshalb wird das mit der Anschlußfinanzierung freigesetzte Inflationspotential, was immer auch heute die Regierungssprecher sagen mögen, durch Steuer-, Beitrags- und Abgabenerhöhungen in der BRD kompensiert werden. Die Weichen sind jedoch auf die Herstellung eines einheitlichen staatlich-gesellschaftlichen Raumes gestellt.

Davon ausgehend wird es der Linken in Deutschland-Ost und Deutschland-West darum gehen müssen,

- den Kampf um die Errungenschaften, die bei allen Defiziten der Sozialismus auf vielen Gebieten eben auch hervorgebracht hat, gemeinsam zu führen und zwar unter der Zielsetzung ihrer Erhaltung in den Ländern der ehemaligen DDR und der Verallgemeinerung für Gesamtdeutschland;
- sich mit allen Mitteln gegen die Ideologie der Restauration zur Wehr zu setzen, weil sonst keine Ansätze linker Kritik und Politik zu erreichen sind;
- die in den Rang des Vereinigungsdogmas erhobene Allerweltsweisheit "Was zusammengehört, soll auch zusammenwachsen" für die Linke selbst zu verwirklichen.

Wir hatten im Einleitungsabschnitt schon die gegenwärtige Problemlage skizziert. Demnach wird eine breitere Linke (noch) nicht als Zusammenschluß oder Wahlbündnis Wirklichkeit werden können. Wirksam werden kann sie allerdings in der Kampagne, in der Aktion. Damit bleibt die Frage offen, ob ein Zusammengehen der Linken außerhalb der SPD und der Grünen möglich ist. Daß es notwendig wäre, kann kaum bestritten werden. Es geht also um das "Zusammenwachsen" der sozialistisch-kommunistischen Kräfte.

Im Unterschied zu allen anderen politischen Kräften gibt es hier eine Asymetrie. In diesem Sektor sind die Kräfte in der DDR stärker, denn die PDS konnte sich bisher als Massenpartei behaupten. Will sie diese Rolle im gesamtdeutschen Raum behalten, muß sie in den Westen expandieren bzw. hier Partner suchen. Sie wird dabei allerdings ihr bisher gewonnenes Profil als einer ideologisch pluralistischen Linkspartei mit marxistisch-sozialistischem Hintergrund - der Kommunismus gilt nur noch als eine der Traditionslinien - kaum aufgeben und weiterhin Front gegen kommunistischen Dogmatismus und Konservatismus und gegen den Stalinismus bis in seine letzten Ausläufer beziehen. Ihre programmatische Einstellung auf

die Realitäten der Restauration und des gesamtdeutschen Kapitalismus, auf die neue kapitalistische Weltordnung und die Fortschrittspotentiale ist noch sehr verschwommen und von Unsicherheiten geprägt und in vieler Hinsicht, wie die Partei auch, Produkt des Zerfalls des Sozialismus und der Stimmungslage in der DDR. Die marxistische und sozialistische Linke der BRD wird kaum größere Neigung verspüren, diese Plattform zu ihrer eigenen zu machen oder sich der Hegemonie der DDR-Linken, in welchen Formen auch immer, zu unterstellen. Trotz dieser Differenzen gibt es aber auch für sie keine Alternative zum Zusammenwachsen.

Welchen Problemen wird sich die Linke gemeinsam zu stellen haben? Dazu sollen abschließend einige der zentralen Felder skizziert werden.

Die Linke im wiedervereinigten Deutschland wird es mit einem starken und expansiven Kapitalismus zu tun haben, dessen Repräsentanten im Vollgefühl ihres Triumphes sich vor allem der Neuordnung in Ost- und Südosteuropa widmen werden. Diese Gebiete sind schon jetzt machtpolitisch zu einem Vakuum geworden und es spricht vieles dafür, daß sie in die Rolle eines subalternen Kapitalismus, ähnlich der Zwischenkriegsperiode, zurückfallen, der sich der Hegemonie des ökonomisch Stärkeren unterstellen muß. Und dies wird der deutsche Imperialismus sein. Obwohl die dort entstehenden Regime vielfach eine Kombination von Nationalismus, Klerikalismus und reaktionärem Konservatismus sein werden, kann es für die Linke nicht den geringsten Grund geben, in eine ostpolitische Partnerschaft mit den Herrschenden Deutschlands zu treten. Noch weniger Grund gibt es, der Umleitung von Entwicklungshilfe für die 3. Welt in diese Region zuzustimmen. Ihr Antimperialismus und Internationalismus ist also in jeder Hinsicht gefordert.

Neue alte Realität

Die neue Welt, das neue Europa und das neue Deutschland werden kapitalistisch sein oder unter dessen Vorherrschaft stehen. Es wird eine Realität ohne die Alternative des realen Sozialismus und ohne die Systemauseinandersetzungen sein. Damit ist jene Konstellation außer Kraft gesetzt, in der die Bourgeoisie seit 1917 auf den Klassenkompromiß eingehen mußte, in dessen Gefolge für viele Jahrzehnte eine Art sozial gezähmter Kapitalismus, der Sozial- und Wohlfahrtsstaat bzw. die soziale Marktwirtschaft entstanden war. Es läßt sich noch nicht voraussehen, ob dies die Verschärfung der Klassenkämpfe mit sich bringen wird oder ob die Arbeiter- und die demokratische Bewegung Schutzwehren gegen die neue Aggressivität des Kapitals werden errichten können.

Dies gilt auch für die Tragfähigkeit linker Kampfstrategien. Es spricht vieles dafür, daß fundamentalistische Kapitalismuskritik auch für eine reformpolitische Bewegung (Reformalternative) größere Bedeutung besitzen wird als früher, denn die Perspektive einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus liegt heute mehr im Nebel als jemals zuvor und das gilt auch für die Zu- und Übergänge, für die Transformation.

Manche Liberalen vermuten, daß nun mit dem Verschwinden des Ost-West-Gegensatzes die Stunde zur Lösung der globalen Probleme geschlagen habe. Es spricht aber nur wenig dafür, daß der Abgang des Sozialismus als weltpolitischer Faktor ihre Lösung leichter macht. In den imperialistischen Metropolen besteht gegenwärtig noch nicht einmal die Neigung, die Rüstung wesentlich zu reduzieren. Vielmehr ist die Propagandamaschinerie schon jetzt dabei, die Feindbilder für den Nord-Süd-Konflikt im Massenbewußtsein zu befestigen. Militärische Konflikte sind in dieser Konstellation wieder wahrscheinlicher geworden.

Die Lösung nahezu aller globalen Probleme ist auch mit der Lage und den Entwicklungsproblemen der 3. Welt verbunden, die globalen Verteilungskonflikte werden in Zukunft erst in vollem Umfang zu sozialen Konflikten werden. Aber der Kapitalismus hat nichts anderes anzubieten, als die Verallgemeinerung seines Ebenbildes, und dies kann ihm nur in der verzerrten Form einer imperialistischen Herrschaftsstruktur gelingen. Sein Ebenbild ist aber auch die Profitsteuerung und die Ablehnung gesellschaftlicher Planung. Auf jeden Fall ist die Welt um eine Hoffnung ärmer, nachdem sich das sozialistische Planungssystem der kapitalistischen Marktwirtschaft als unterlegen erwiesen hat.

Der Imperialismus wird versuchen, globale Probleme auf Kosten der Entwicklungsmöglichkeiten der 3. Welt zu entschärfen, ohne selbst zum "großen Teilen" bereit zu sein. Der Druck des Konsumismus wird dazu ein übriges beitragen. Unter diesen Bedingungen wird eine gemeinsame Kampffront der linken und demokratischen Bewegung im entwickelten Kapitalismus mit den Emanzipationsbewegungen der 3. Welt zum entscheidenden Erfordernis. Ein Programm der Reformalternative muß hier Lösungswege entwickeln, wo auch das sozialdemokratische Konzept des sozialökologischen Umbaus der Marktwirtschaft schnell an seine Grenzen stoßen müßte.

Eine der Grundfragen der europäischen Entwicklung wird es sein, ob das Geflecht der vertraglichen und sonstigen Beziehungen stark genug sein wird, das neue Deutschland einzubinden, oder ob es zur Hegemonie Deutschlands über Europa kommt. Zwar schwören heute alle deutschen Politiker die geforderten europäischen und atlantischen Eide, aber ökonomische Expansionsinteressen entwickeln eine eigene Logik. Von einem europäischen Haus gleichberechtigter Mieter wird angesichts des ökonomischen Gefälles ohnehin keine Rede sein können. Hinzu kommt der gravierende Machtverlust Osteuropas und der UdSSR bzw. des zukünftigen Rußland. Unter diesen Bedingungen und angesichts ihres Perspektivziels eines demokratischen Sozialismus, der nur als möglich erscheint, wenn er sich in einer Region des entwickelten Kapitalismus und dort in mehreren Ländern auf den Weg begibt, muß die deutsche Linke auf eine europäische Einbindung des neuen Deutschland drängen und alle Hegemonialambitionen bekämpfen.

Der erste große welthistorische Versuch des Sozialismus zerfällt vor unseren Augen in den Staub der Geschichte. Eine neue - oder alte - Geschichtsdialektik kommt in Gang, aber damit kann auch die frühere genauer erkannt werden. Von der Deformation des Sozialismus und seiner ökonomischen und zivilisatorischen Rückständigkeit ging eben auch ein Immunsisierungseffekt auf die Arbeiterklasse des Westens aus. Ohne dies wären die aus den inneren Gegensätzen hervorgehenden Bewegungen nicht immer wieder an die Grenzen des Antisozialismus und Antikommunismus gestoßen. Diese Grenzen sind jetzt hinfällig geworden bzw. können nicht mehr in der alten Form aufrecht erhalten werden. Neue soziale und politische Kräfte sind mit den jüngsten Veränderungen des Kapitalismus zur Aktivität gekommen. Wie die alter Arbeiterklasse entwickeln auch sie Optionen für ein System der gesellschaftlichen Für- und Vorsorge gegenüber Mensch, Menschheit und Natur und für eine Non-Profit-Organisation des menschlichen Lebens. Aber sind nicht gerade das die Tendenzen zum Sozialismus, wie sie nahezu naturwüchsig ins moderne Leben treten?

Es ist also alles andere als nur eine Trotzhaltung, wenn die Linke am Sozialismus festhält und seine Zukunft diskutiert und ins Visier nimmt. Dies verlangt aber eine rücksichtslose **Mehr als eine Trotzhaltung**

Kritik des ersten historischen Versuchs und die Aufdeckung der Ursachen seines Scheitern. Ohne dies ist keine Perspektive zu gewinnen. Wo und wann auch immer man die Weichenstellung zur Deformation und strukturellen Fehlentwicklung sieht - in der Oktoberrevolution selbst, in der Diktatur des Proletariats als Einparteiensystem, im Aufbau des Sozialismus in einem Lande, in der Zwangskollektivierung und der administrierten Industrialisierung, im Terror und den Deformationen des Stalinismus, im Unvermögen zur Überwindung des autoritären Staatssozialismus oder im Versagen beim Übergang zu einem intensiven Entwicklungsweg und zur Einführung der wissenschaftlich-technischen Revolution -, alle Konsequenzen laufen darauf hinaus, daß es einen Sozialismus der Zukunft ohne Demokratie nicht geben kann und daß der Weg dahin ein Weg des demokratischen Kampfes sein muß.

Aus der Sicht der sozialistischen und marxistischen Linken, die in der jüngsten Vergangenheit die Notwendigkeit der Ablösung von Positionen des marxistisch-kommunistischen Konservatismus gerade durch die Adaption der Politik Gorbatschows und des von ihm kreierten "neuen Denkens" vollzogen hat, steht mit den jüngsten Erfahrungen nach Ansicht des Verfassers heute eine kritische Aufarbeitung und Überwindung der Theorie und Praxis des "Gorbatschowismus" an. Dies nicht nur, weil sie sich als ein unzureichender Reflex auf Krise und Zerfall des Sozialismus erwiesen haben, sondern auch deshalb, weil die politische Option des "Gorbatschowismus" heute faktisch auf nichts anderes hinausläuft, als auf eine "sozialdemokratische Variante" des Kapitalismus, die allerdings - wie

die politischen Tatsachen liegen - in Osteuropa ohnehin nicht zum Zuge kommen wird.

Eine Linke, die ihre Perspektive nicht in der Integration in die heutige Sozialdemokratie sieht, kann diesen Weg nicht mitgehen. Die linke Kritik am "Gorbatschowismus" kann aber auch nicht die Rückkehr zum marxistischen Konservatismus bedeuten, sie muß vielmehr mit der Entwicklung eigenständiger sozialistischer Positionen für die Gesellschaften des entwickelten Kapitalismus in einer Welt der globalen Probleme verbunden sein. Auch die deutsche Linke muß sich bewußt sein, daß in Zukunft ein neuer Durchbruch zum Sozialismus in diesem Bereich der Welt oder überhaupt nicht mehr stattfinden wird und kann. Insofern entsprach das Motto der Westberliner Volks-Uni zu Pfingsten 1990 nicht nur ihrer gegenwärtigen Stimmungslage, sondern provozierte auch das Ausrufezeichen der Antwort. Das Motto lautete "Der Sozialismus ist tot - Es lebe der Sozialismus?".

Albert Engelhardt

Zurück zur Bewegung und Selbstorganisation?

Die IG Medien auf der Suche nach neuen Wegen ihrer Betriebspolitik

Der gesellschaftliche Wandel läßt auch die Gewerkschaften nicht ungeschoren. Keine Neuigkeit also, die hier zu vermelden wäre. Neu hingegen ist, daß einzelne Gewerkschaften sich zunehmend bemühen, diese Herausforderung in ihrer ganzen Tragweite zu begreifen. Berichtenswert scheint, daß der Landesbezirk Hessen der IG Medien auch neue Wege der Erkundung des bislang vernachlässigten Terrains zu gehen bereit ist und erste Vorschläge zur praktischen Bewältigung einiger brisanter Defizite und Probleme zur Diskussion gestellt hat.

Zum "1. Forum der IG Medien Hessen: 'Neue Wege gewerkschaftlicher Betriebspolitik'", das am 20. April in der zentralen Bildungsstätte der Gewerkschaft in Springen/Ts. stattfand, konnte deren Landesvorsitzender, Ernst Kersting, 80 betriebliche und hauptamtliche Funktionsträger seiner Gewerkschaft, Wissenschaftler und Publizisten begrüßen. Ein in dieser Hinsicht gelungener Start des Versuchs, die gewerkschaftliche Diskussion zu öffnen, Kompetenz und Meinungen abzufragen und sich der Debatte und Kritik zu stellen. Daß gerade auch auf gewerkschaftlicher Seite das Interesse an solchen Foren groß ist, bewies die Teilnahme von Hauptvorstandsmitgliedern aus der Stuttgarter Zentrale, von Funktionären anderer DGB-Gewerkschaften und von zum Teil auch aus anderen Bundesländern angereisten IG Medien-Mitgliedern.

Das Ende der Stellvertreterpolitik

Ernst Kersting umriss in seinem kurzen Begrüßungswort einige Eckpunkte gesellschaftlichen Wandels, die die Überprüfung gewerkschaftlicher (Betriebs-)Politik notwendig machten.

Nicht alleine, aber besonders drastisch signalisierten die vielzitierten Schwierigkeiten, in bestimmten Zielgruppen Fuß zu fassen, generelle Probleme gewerkschaftlichen Selbstverständnisses und gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Angestellte, Frauen und Jugendliche seien immer weniger mit tradierten Argumenten und Formen als Mitglieder und AktivistInnen zu gewinnen. Gerade sie äußerten besonders deutlich das auch allgemein zunehmende Interesse, vielgestaltige Ansprüche und Erfahrungen in gewerkschaftliche Diskussion und Gestaltungspolitik einbringen zu können. Dem widerständen bislang noch manche überholte Strukturen und Mechanismen der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in der Or-

ganisation. Generell sei es notwendig, den realen Widerspruch zwischen zunehmend differenzierten individuellen Lebensentwürfen einerseits und der Notwendigkeit solidarischer Interessenvertretung andererseits nicht zu ignorieren, sondern für die Erneuerung gewerkschaftlicher Diskussion und Aktion nutzbar zu machen. Nicht zuletzt zwingen die krisenhaften Umbruchprozesse in den sozialistischen Ländern, vor allem das historische Scheitern des dort dominierenden zentralistisch-bürokratischen Modells gesellschaftlicher Regulierung, auch die Gewerkschaften zu radikalem Umdenken. Auch wer der bisherigen Realität in der DDR kritisch gegenüber gestanden habe, werde vom Strudel des Zerfalls 'alter Gewißheiten' und mancher politisch-kultureller Traditionen der Arbeiterbewegung erfaßt.

Manfred Balder, stellv. Landesbezirksvorsitzender der IG Medien Hessen, sprach dann in seinem das Forum einleitenden Referat zum konkreten Thema der Veranstaltung. Es erwies sich als Vorteil für die Diskussion, daß die schon von seinem Vorredner skizzierten und später in weiteren längeren Beiträgen als Einzelaspekte aufgegriffenen allgemeinen Fragestellungen gesellschaftlichen und politisch-kulturellen Wandels von Balder auf die veränderten Bedingungen und Erfordernisse gewerkschaftlicher Betriebspolitik herunterbuchstabiert wurden. So konnten in der anschließenden Diskussion konkrete Erfahrungen in die Debatte eingebracht und die Brisanz praktischer Schritte des anvisierten Erneuerungsprozesses thematisiert werden. Gleichzeitig wurde deutlich, daß heute auch im Micro-Bereich 'Betriebspolitik' keine Fortschritte zu erzielen sind, wenn außerbetriebliche, gesamtgesellschaftliche, ja globale Fragestellungen nicht ernstgenommen bzw. nur im Gegensatz zu betrieblicher und sozialer Interessenvertretung erörtert werden.

Balder griff die These von der 'kopernikanischen Wende' in der Beziehung Individuum - Gesellschaft auf, um auszuführen, daß seiner Meinung nach gerade die Gewerkschaften gefordert seien, ihr Verständnis des Verhältnisses von Individualität und Kollektivität neu zu bestimmen. Zur Kenntnis zu nehmen sei endlich, daß das bisherige gewerkschaftliche Organisations- und Interessenvertretungsmodell einem Erosionsprozeß ausgesetzt sei. Stellvertreter-Handeln werde zu einem Anachronismus. Es müßten neue Strukturen und Formen entwickelt werden, die es ermöglichen, daß die Betroffenen zu wirklichen Beteiligten gewerkschaftlicher und betrieblicher Diskussion und Politik würden. Gewohnte und schon ritualisierte Formen der Entscheidungsfindung seien ebenso zu überwinden, wie hierarchische Strukturen innerhalb der Organisation abgebaut werden müßten. Das jeweilige Gewicht von Zentralität und Dezentralität sei neu zu begründen. Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Gewerkschaften sei nicht mehr länger alleine durch Professionalisierung ihres Apparats zu gewinnen; diese sei auf Dauer nur durch gleichzeitige Demokratisierung der Organisation und stärkere Gewichtung der gewerkschaftlichen Basis

von Nutzen. Gerade weil im Zuge der technologischen Umwälzungen die lebendige Arbeit und damit auch betriebliche Schutz- und Gestaltungspolitik an Bedeutung gewinnen, müsse die Gewerkschaft auch organisationspolitische Konsequenzen ziehen.

Noch sei man auf der Suche nach dem 'veränderten Subjekt' gewerkschaftlicher Politik der 90er Jahre. Mit ihrem Konzept der Einrichtung von Betriebsgruppen wolle die IG Medien dazu beitragen, das durch veränderte Motivationen, Interessen und Ansprüche geprägte Potential progressiver Gestaltungsfähigkeit zu aktivieren. Der Zugang zur Gewerkschaft soll erleichtert werden, sie selbst müsse an Attraktivität gewinnen. Vom Bewegungscharakter der Gewerkschaften war an dieser Stelle die Rede.

Die wichtigsten Aspekte des neuen Betriebsgruppen-Modells der IG Medien können folgendermaßen skizziert werden: Schon auf betrieblicher, nicht erst auf Ortsvereinsebene soll die gewerkschaftliche Mitgliedschaft organisiert, also v.a. auch in die Diskussion und Entscheidungsfindung einbezogen werden. Der 'relativ stabile Teil' der Betriebsgruppe (deren Leitung, die Vertrauensleute und Betriebsräte bzw. Betriebsrätinnen) habe initiiierende und Moderatoren-Funktion. Hinzu komme ein 'variabler Teil', der bewußt als Potential nur zeitweiligen und/oder themenspezifischen Engagements gewertet wird. 'Aktive auf Zeit' sollen größere Anerkennung finden. Gerade sie könnten in Zukunft wirklich motiviertes Engagement repräsentieren. Die Einrichtung von (gruppen- und themenorientierten oder für einen bestimmten Zeitraum vorgesehenen) Arbeitskreisen könne die sich auch so äußernde Differenzierung von Erwartungen und Aktivitätsbereitschaft in der Mitgliedschaft produktiv erschließen. Und, diese Arbeitskreise sind als Forum für die Teilnahme von nicht in der Gewerkschaft organisierten Kolleginnen und Kollegen zu verstehen, deren Kompetenz, Ansprüche und Vorschläge zunehmend gefragt sein werden.

Offenheit und Öffnung gewerkschaftlicher Diskussions- und Entscheidungsprozesse ist das Ziel. Persönliche Alltagsinteressen und kollektive Interessenvertretung, Arbeitszeit und Lebenszeit sollen in ihren jeweiligen Zusammenhängen Berücksichtigung finden. Gewerkschaftliche Eingriffsfähigkeit und Gestaltungsfähigkeit hänge mehr und mehr von motiviertem Engagement, Selbstbewußtsein und Solidarität der Beteiligten ab. Nichts könne mehr einfach 'verordnet', der Gedanke der Selbstorganisation und autonomen Handelns müsse wiederbelebt werden.

'Das Leben' wird's alleine nicht richten können

Unter linken Gewerkschaftsmitgliedern mag das vorgestellte organisationspolitische Konzept, einschließlich seiner Begründung, auf weitgehende Zustimmung stoßen. Doch schon die Diskussion in Springen zeigte, daß

Das Betriebsgruppen-Modell und absehbare Widerstände

die Praxis seiner Umsetzung von allen Betroffenen und Beteiligten radikales Umdenken und Konsequenz erfordern wird. Viele Diskussionsteilnehmer gaben sich nicht damit zufrieden, daß nach Meinung der 'Vordenker' der mit der Realisierung des Konzepts verbundene Lernprozeß zehn bis fünfzehn Jahre dauern könne. Und Balders Hinweis, so mancher absehbare hartnäckige Widerstand und die Zählebigkeit 'altbewährter' Strukturen und Mechanismen werde 'durch das Leben gerichtet', erschien eher hoffnungsschwangerer Erwartung geschuldet, denn Ausdruck eines erfolgsträchtigen Veränderungskonzepts zu sein.

Dabei sind die absehbaren Widerhaken und Widerstände keineswegs spektakulär. Sie werden als langjährige Praxis und Gewohnheit, aber auch als nur-formale Neuerung daher kommen. Noch ist zum Beispiel nicht klar, welche tatsächliche Kompetenz den Betriebsgruppen und deren Arbeitskreisen zukommen soll. Spielwiesen am Rande der bislang allein satzungsrechtlich abgesicherten alten Strukturen? Inwieweit wird der Apparat (auch der vor Ort) bereit sein, autonome Entscheidungsfindung, an der 'sogar' auch Nicht-GewerkschafterInnen beteiligt sein sollen, zu akzeptieren? Unausweislich wird die Rolle bisheriger 'Bastionen' gewerkschaftlicher Betriebspolitik, der Betriebsratsmitglieder und des Vertrauensleutekörpers, neu zu definieren sein. 'Fürstentümer' werden fallen (müssen). Wird die praktische Initiierung und Durchsetzung des neuen Konzepts nicht von denen getragen werden (müssen?), die schon heute an Überlastung und oft an damit zunehmend verbundener Lust- und Initiativlosigkeit leiden? Neue Funktionen werden zu besetzen sein; also 'Zwang' zu weiterer Ämterhäufung? Der Vorschlag des Betriebsgruppen-Konzepts wurde nicht zufällig von oben in die Organisation gegeben; ein Geburtsfehler?

Andererseits zeigten Erfahrungsberichte aus sehr unterschiedlichen Organisationsbereichen der noch jungen IG Medien (z.B. einer Großdruckerei, einem mittelständischen Verlag und einer Jugendmusikschule), daß so manche Überlegung und Neuerung, die das Betriebsgruppen-Konzept auszeichnet, schon vor Ort und ohne Vorgabe gedacht und praktisch umgesetzt wurde. Dies betrifft v.a. den Umgang mit gruppenspezifischen Erwartungen und Interessen, die Offenheit von Diskussionsprozessen und das Abfragen individuellen Sachverstands und Veränderungswillens. Gerade die IG Medien sei wegen des Hintergrunds ihrer Entstehungsgeschichte und der Differenziertheit ihrer Mitgliederbasis (bzw. der ehemals eigenständigen 'Vorgängerorganisationen') gefordert, pragmatisches Mehrheitsdenken zu überwinden und in allen Bereichen auch auf Randgruppen und Randbelegschaften, auf Minderheiten in der Mitgliedschaft und bislang randständige Interessen und Ansprüche einzugehen. Eine moderne IG Medien vertrage sich z.B. nicht mehr mit dem tradierten Bild und Selbstverständnis einer männerdominierten Facharbeitergewerkschaft der 30- bis 50jährigen.

Welcher Typ FunktionärIn wird gefragt sein? Wie steht es um die Handlungs- und weitergehende soziale Kompetenz, um Überzeugungskraft und geistige Offenheit der Mitglieder, der Aktivisten und Aktivistinnen, der Funktionäre und Funktionärinnen? Werde das neue organisationspolitische Konzept ernstgenommen, müsse auch darüber geredet werden, ob die gewerkschaftliche Bildungs- und Schulungsarbeit heute noch den veränderten Ansprüchen entspreche. Was und wie wird derzeit in und mit der Organisation gelernt?

Lebens- und Alltagsinteressen der Mitglieder und der zu gewinnenden Beschäftigten ernstzunehmen heiße auch, Tabus zu überwinden bzw. bislang nur eher gezwungenermaßen berücksichtigte Bedürfnisse und Wünsche selbst in gewerkschaftlicher Politik aufzuheben. Zum Beispiel das Interesse an flexibler Arbeitszeitgestaltung, oder die spezifischen Interessen, die auf konkrete Arbeitsinhalte und -prozesse bezogen sind. Zum betrieblichen Alltag, vielfach jedoch nicht zum Standard gewerkschaftlicher Betriebspolitik gehöre z.B. auch das Leistungs- und Aufstiegsinteresse, das in einzelnen Beschäftigtengruppen besonders ausgeprägt sei. Wer solidarische Interessenvertretung propagiere, könne nicht länger alleine auf 'objektiven Interessen' herumreiten, sondern habe die begründete Vielfalt subjektiver Erwartungen, Hoffnungen und Bedürfnisse zu berücksichtigen. Die Gewerkschaft(sgruppe) sei für große Teile der Beschäftigten nicht mehr als identitätsstiftende 'Heimat' von Interesse, sondern als sozialer Zusammenhang, der konkrete Dienste und individuellen Nutzen zu erbringen habe und dem man persönliche Kenntnisse und Initiative zu geben bereit ist.

Natürlich kann das Schaubild, das das Betriebsgruppen-Konzept der IG Medien als Schema darstellt, nicht anders als schematisch sein. Schon die ersten Diskussionen zeigen jedoch, daß sich seine Väter und Mütter auf Fragen gefaßt machen müssen, die weit über die im Konzept selbst namentlich benannten Problemkreise hinausgehen. Nichts kann von vorneherein ausgeschlossen werden, wenn das neue Konzept mehr sein will, als ein neues Korsett für einen schlaffer werdenden Körper. Umwege und selbst Irrwege werden einzukalkulieren sein; sie kosten nicht nur Zeit und Kraft, sie erhöhen in der Regel auch die Kenntnis des Terrains, auf dem man sich bewegt.

Rahmenbedingungen und Herausforderungen gewerkschaftlicher Politik

Franks Deppe, Marburger Politikwissenschaftler, skizzierte in seinem Diskussionsbeitrag die gesellschaftspolitische Ausgangslage, mit der die Gewerkschaften zu Beginn der 90er Jahre konfrontiert sind. Bis heute seien sie damit beschäftigt, Defizite des vergangenen Jahrzehnts aufzuarbeiten, das von zunehmender Internationalisierung des Kapitalismus und

Korsettstangen
oder Mut zu
Umwegen?

der Herausbildung eines neuen Wachstums- und Akkumulationstyps geprägt gewesen sei. Die Schwierigkeiten der Gewerkschaften, sich rechtzeitig und umfassend auf diesen Wandel einzustellen, habe zu ihrer Schwächung in den 80er Jahren geführt.

Heute seien sie als weiterhin bedeutender gesellschaftspolitischer Faktor mit gravierenden internationalen politischen Veränderungen konfrontiert. Das 'Ende des Kommunismus', der Integrationsprozeß im Rahmen der EG und das damit zusammenhängende wahrscheinliche Ende des 'USA-Zeitalters' markierten die internationale Konstellation, die auch für die Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung seien. Und: Deutschland werde als ökonomisch und politisch um Dominanz bemühte Kraft in diesem Koordinatensystem eine herausragende spielen. Noch sei offen, inwiefern die Gewerkschaften dieses Landes die Grundlinien der weiteren Entwicklung zu beeinflussen vermögen.

Zu problematisieren sei, daß gewerkschaftliche Gegenmacht-Politik sich nicht nur in der Organisations- und Mobilisierungskraft der Gewerkschaften selbst, sondern in deren Ergebnis auch in gesetzlich fixierten (sozialpolitischen) Regelungen, in Institutionen und Mechanismen der Beteiligung und Kooperation äußere. Überlegungen, die die Nachfrage provozierten, was heute unter "moderner Gegenmacht-Politik" zu verstehen sei bzw. inwieweit Gestaltungskraft und die Durchsetzung von Alternativen heute auch über Beteiligungsformen 'des modernen Kapitalismus' realisiert werden könnten. Gefragt wurde auch nach den wichtigsten Konfliktlinien, auf die sich gewerkschaftliche Politik, nach Meinung Deppes, heute einzulassen habe. Dieser thematisierte in diesem Zusammenhang v.a. die "demokratische Frage", die als eine Schlüsselfrage des neuen Jahrzehnts anzusehen sei.

Leider wurde in diesem Diskussionsblock, wie zu den folgenden Kurzfisierungen, weniger engagiert gestritten als zu den neuen organisationspolitischen Vorstellungen. Zu groß war offenbar die Scheu, vorbehaltlos Fragen und andere Auffassungen vorzutragen. Insofern können die folgenden, abschließenden Bemerkungen auch nur Kerngedanken bzw. einzelne Argumente aus weiteren vorbereiteten Diskussionsbeiträgen referieren. Von anregenden Kontroversen kann nicht berichtet werden.

Gisela Kessler (Hauptvorstand der IG Medien) überraschte mit selbstkritischen Bemerkungen zur bisherigen Frauenpolitik ihrer Gewerkschaft. Zu sehr sei diese Politik auf Arbeiterinnen, auf 'das ausgegrenzte Drittel', auf die auch weiterhin brisanten Fragen ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse konzentriert, vielleicht auch reduziert gewesen. Zu wenig habe auch ihre Organisation die veränderten Ansprüche von Frauen in ihrer wirklichen Breite und Bedeutung aufgegriffen. Die 'Zielgruppenpolitik' der IG Medien habe in dem von ihr verantworteten Bereich, so Kessler, zur Kenntnis zu nehmen, daß 60% der Frauen Angestellte seien und unter diesen der Anteil qualifizierter und in vielerlei

Hinsicht anspruchsvoller Frauen zunehme. Nicht zuletzt sei die Realität des Geschlechterkonflikts in Familie, Betrieb und Gewerkschaft geringgeschätzt worden.

Kaspar Maase (Kulturwissenschaftler, Bad Vilbel) plädierte für eine 'Kulturrevolution des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses'. Die auch auf Errungenschaften der Kampfes der Arbeiterbewegung basierende Lebensweise in hochentwickelten Industrieländern könne und dürfe nicht verallgemeinert werden. Damit waren brisante Fragen eines zukunftsfähigen Fortschrittskonzepts, Wachstums- und Zivilisationsmodells angesprochen. Wie gesagt, auch die mögliche Kontroverse um erstrebenswerte Lebensstandards, um globale Verantwortung und hiesigen Verzicht kam nicht auf. Dies betraf auch Maases Hinweis auf die außerhalb der Gewerkschaften vorhandene Kompetenz in Fragen der Ökologie, auf die damit verbundenen neuen Anforderungen an gewerkschaftliche Bündnispolitik und an die so zu befruchtende eigene betriebliche Umwelt- und Gesundheitsschutzpolitik.

Zum letztgenannten Zusammenhang sprachen auch die Frankfurter Sozialwissenschaftler André Leisewitz (IMSF) und Klaus Pickshaus (Redaktion 'Ökologische Briefe'). Ausgangspunkt war für sie, daß bestimmte gravierende ökologische Probleme in außerbetrieblichen Reproduktions- und Lebenszusammenhängen wirkten, aber in Betrieben entstünden und nur dort ihre Ursachen behoben werden könnten. Dies verlange zwingend ein verändertes Herangehen auch der betrieblichen Interessenvertretung an die damit zusammenhängenden Fragen.

Immer mehr wirke die Ökologiefrage in die Betriebe hinein. So habe eine Untersuchung des Göttinger SOFI ("Facharbeiter und Umweltschutz") bestätigt, daß das Bewußtsein dieser Fragen sich entwickelt habe, die wesentlichen Anstöße dazu jedoch immer noch von außen (über die Familie, v.a. über die in diesen Fragen engagierten Kinder, und über Freundes- und Bekanntenkreise) kämen. Auch so äußere sich die (Präge-)Wirkung außerbetrieblicher Zusammenhänge für Diskussionen innerhalb des Betriebes. Das Beispiel der Asbest-Verseuchung betrieblicher wie außerbetrieblicher (Schulen, Turnhallen usw.) Lebensräume zeige, wie eng diese auch unter dem Blickwinkel ökologischer und Gesundheitsfragen zusammenhängen.

Das letzte Kurzfisierat, vorgetragen von Ulrich Pekruhl (ISO-Institut Köln), war einem Themenkomplex gewidmet, der bislang eher in der Literatur, denn in der Praxis die nötige Beachtung findet. Gemeint sind modernere Unternehmensstrategien und Managementkonzepte, soweit sie sich auf Fragen der Personalführung konzentrieren. Pekruhl formulierte die eindeutige These: "Gewerkschaftliche Politik läßt sich nicht an solchen Unternehmensstrategien vorbei entwickeln." Es ist tatsächlich an der Zeit, diesen Versuch der Kapitalseite, selbst und aktiv die (eben auch die ge-

Die Brisanz der großen Veränderungen

werkschaftliche Interessenvertretung und Gestaltungspolitik berührenden) objektiven wie subjektiven Folgeerscheinungen des technologischen, sozialen und kulturellen Wandels mitzugestalten und im eigenen Interesse zu nutzen, zur Kenntnis zu nehmen.

'Gruppenarbeit' werde als Form kooperativen und (in bestimmten Grenzen) selbstbestimmten Handelns, aber auch als Möglichkeit horizontaler Leistungskontrolle gefördert. Das 'Produktivismus'-Konzept setze darauf, über die Förderung 'interessanter Arbeit' die Motivation der Beschäftigten zu erhöhen. Die vielfältigen Mechanismen und Wege zur Entwicklung von unverwechselbarer 'Unternehmenskultur' zielten insgesamt auf Identifikation, Motivation und Beteiligung. Den Unternehmensleitungen gelinge es, bestimmte Bedürfnisse und Ansprüche einzelner Beschäftigtengruppen aufzugreifen und in ein dem technologischen, sozialen und Wertewandel angepasstes Gesamtkonzept der Unternehmensführung zu integrieren.

Welche Aspekte und Instrumente moderner Unternehmensstrategie und Personalführung heute auch von Seiten gewerkschaftlicher Interessenvertretung und Gestaltungspolitik aufgegriffen und genutzt werden können, ist noch lange nicht gründlich geprüft und beraten. Sicher ist: Es reicht nicht mehr aus, die differenzierten Konzepte der stärkeren Bindung an das Unternehmen und seine Ziele allein als im Verwertungsinteresse des Kapitals liegend zu denunzieren. Wenn die ganze Wahrheit nur darin bestünde, daß allem Wandel zum Trotz das Wesentliche also doch beim Alten bliebe, dann hätte sich auch der Meinungs-austausch, von dem hier berichtet wurde, von vorneherein erübrigt.

Sybill-Anka Klotz

Bewegte Frauen aus Ost und West

Gedanken zum ersten gemeinsamen Frauenkongreß

Da war er nun endlich: der erste gemeinsame Kongreß von frauenbewegten Frauen aus beiden deutschen Staaten. Organisiert vom Unabhängigen Frauenverband (UFV)/DDR und Frauen aus der autonomen Frauenbewegung/München fand dieses Ereignis am 27. und 28. April in der Ostberliner Dynamohalle und am 30. in der TU/Westberlin statt.

An den verschiedenen Veranstaltungen haben insgesamt ca. 1000 Frauen teilgenommen, wobei der Eindruck, daß es alles in allem mehr Teilnehmerinnen aus der Bundesrepublik und Berlin/West waren, sicherlich nicht falsch ist. Eine Ursache dafür liegt darin, daß die UFV-Frauen seit Monaten unter Daueranspannung arbeiten: ein Wahlkampf jagt den anderen, jeder Tag bringt neue Meldungen und Hiobsbotschaften, von denen Frauen betroffen sind und auf die reagiert werden muß.

Auch unter Berücksichtigung dieser Bedingungen können der Verlauf und die Ergebnisse des Kongresses nur positiv bewertet werden: Frauen aus beiden Ländern haben sich kennengelernt und in der Erörterung der unterschiedlichen Sachthemen Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgefunden. Sie waren sich einig, daß ein Prozeß des Lernens und Aufeinanderzugehens beiderseitig sein muß, weil aus 20 Jahren Frauenbewegung BRD und einem halben Jahr Frauenbewegung DDR (vor der sogenannten Wende haben nur wenige kirchliche Frauengruppen gearbeitet) unterschiedliche Erfahrungen, Sichtweisen und Zugänge resultieren, die nicht verlorengehen dürfen.

Das wichtigste Ergebnis aber ist wohl, daß Frauen aus Ost und West gemeinsam zum Ausdruck gebracht haben, daß sie sich mit einer völligen Vereinnahmung der DDR durch die BRD nicht einverstanden erklären. In der verabschiedeten Resolution heißt es dazu: "Die große Chance, die es hätte geben können, besteht nicht mehr. Der hoffnungsvolle gesellschaftliche Aufbruch in der DDR ist im Keim erstickt worden. Es besteht die reale Gefahr, daß der Prozeß der deutsch-deutschen Vereinigung zu einem historischen Rückschritt im Emanzipationsprozeß von Frauen in Ost und West führt. Wir laufen Gefahr, daß verloren geht, was sich Frauen in beiden deutschen Staaten geschaffen und darüber hinaus an feministischen Alternativen entwickelt haben. Wollen wir das verhindern, müssen wir uns dem männlich national dominierten Vereinigungswahn entgegenstellen und unsere Forderungen selbst in der Öffentlichkeit massiv vertreten und durchsetzen."

Die am Ende des Kongresses verabschiedete Resolution ist auch ein Ergebnis kontroverser Diskussionen zwischen den Frauen gewesen. Die oben angesprochenen unterschiedlichen Erfahrungen und Zugänge wurden in verschiedenen Fragen deutlich, so z.B. in der "Männerfrage" oder in der Diskussion zum Paragraphen 218, in der eine Frau aus der DDR eine Beratungspflicht forderte, eine Meinung, mit der sie in der DDR vermutlich nicht allein steht, eben weil es bislang fast keine Beratungsmöglichkeiten gab.

In sieben Arbeitsgruppen, die zu den Themen "Ausländerinnen", "Arbeit/Erwerbsarbeit", "Mißbrauch/Gewalt/Pornographie", "Paragraph 218", "Alternative Lebensformen/Lesben-Strategien", "Familie/Erziehung/ Sozialisierung" und "Autonomie/Autonomie Projekte" stattfanden, wurde auf der Grundlage der im Plenum gehaltenen Referate diskutiert. Trotz aller Unterschiede in den Lebensbedingungen stellten die Frauen aus Ost und West viele Gemeinsamkeiten zwischen ihren gesellschaftlichen Systemen fest, wenn es darum geht, Frauen von der Macht auszugrenzen, sie zu benachteiligen, zu demütigen und zu diskriminieren. Über Unterschiede und Gemeinsamkeiten hinaus wurde darüber nachgedacht, welches die absehbaren Folgen der nicht mehr zu verhindernden bundesrepublikanischen Vereinnahmung der DDR für die Frauen in beiden Ländern sind, und welche Möglichkeiten es gibt, einem konservativen Ruck in der Frauenpolitik entgegenzuwirken.

In der Resolution heißt es dazu: "Wie meinen: der Verfassungsentwurf des Runden Tisches geht über die im Grundgesetz formulierten Grundwerte hinaus. Wir bestehen darauf, daß das qualitativ Neue dieses Entwurfes im Prozeß der Vereinigung öffentlich und mit der nötigen Zeit diskutiert und in einer neuen, gemeinsamen Verfassung verankert wird. Diese Verfassung soll von einem paritätisch (DDR/BRD) und quotiert (Frauen/Männer) besetzten Gremium erarbeitet und dann per Volksentscheid abgestimmt werden."

Der Anschluß nach Artikel 23 und die Übernahme bundesrepublikanischer Gesetzlichkeit hätte verheerende und weitreichende Folgen für die Frauen in beiden Ländern, die sich schon jetzt abzeichnen. Armut hat in der Bundesrepublik ein weibliches Gesicht, und sie wird es erst recht in der "Noch-DDR" und einem zukünftigen "Ganz-Deutschland", dessen Gesicht ausschließlich von der heutigen Bonner Koalition diktiert wird, haben, denn:

- die in der DDR prophezeiten 1 bis 3 Millionen Arbeitslose werden vor allem weiblich sein; typisch weibliche Berufszweige wie die Nahrungsgüter-, Textil- oder Heimelektronikindustrie sind die ersten, die Konkurs anmelden müssen;

- so werden viele Frauen an den häuslichen Herd zurückgedrängt, werden sie das Maß an ökonomischer Selbständigkeit, das sie in der DDR durch ihre Berufstätigkeit erreicht haben, wieder aufgeben müssen;

- alleinerziehende Frauen und Rentnerinnen leben schon heute am bzw. unter dem Existenzminimum, nach dem Abbau von Subventionen und Sozialleistungen wird sich dieses noch verschärfen;

- der sich schon jetzt in der DDR immer offener zeigende AusländerInnenhaß stärkt die in der BRD agierenden nationalistischen Kräfte, politische Gruppen und Parteien und ermutigt sie zu offensiven Aktionen;

- die Übernahme des Paragraphen 218 für die DDR würde für lange Zeit die heute in der BRD praktizierte Indikationslösung für "Ganz-Deutschland" festschreiben und damit einen wahrhaft historischen Rückschritt im Emanzipationsprozeß der Geschlechter bedeuten.

Die Reihe ließe sich noch fortsetzen, eines jedoch wurde in allen diskutierten Sachverhalten deutlich: eine regressive Frauenpolitik in der DDR, die mit der Zurücknahme sozialer Leistungen und Werte verbunden ist, wird notwendig auch einen Rückschlag für die Frauen in der BRD und ihr Maß an Gleichberechtigung zur Folge haben und damit vieles, was die Frauenbewegung erstritten hat, wieder zerstören können. Soll dies verhindert werden, muß eine starke Frauenopposition geschaffen werden.

Der Blick der Teilnehmerinnen des Ost-West-Frauenkongresses reichte jedoch über die "deutschen Dächer" und das europäische Haus und die Befürchtung, daß ihnen in diesem Haus die Putz- und Hegearbeiten zugeordnet sind, hinaus. Die Frauenfrage ist kein europäisches und schon gar nicht ein ausschließlich deutsch-deutsches, sondern ein globales Problem. Frauen stellen die Hälfte der Weltbevölkerung, sie leisten zwei Drittel aller Arbeitsstunden, besitzen nur ein Zehntel des Welteinkommens und weniger als ein Prozent des Weltvermögens. Die überwiegende Mehrheit der 800 Millionen Analphabeten der Welt wird von Frauen gestellt. In den Ländern der sogenannten Dritten Welt sind es Frauen und Kinder, die am meisten und unmittelbar betroffen sind von Ausbeutung, militärischen Konflikten und ökologischer Mißwirtschaft. Die globalen Menschheitsprobleme können nicht ohne die Frauenfrage gedacht und nur auf der Basis einer qualitativ neuen, das heißt auch nichtpatriarchalen Weltwirtschaftsordnung gelöst werden.

Putz- und Hegearbeiten im europäischen Haus?

In der Resolution des Kongresses heißt es dazu: "Unsere Vorstellungen von einem besseren Leben sind unteilbar wie die politischen und sozialen Menschenrechte, und sie sind Vorstellungen von einer besseren Welt. Es ist offensichtlich geworden, daß patriarchale Wirtschaftsordnungen, insbesondere der Industrieländer, Raubbau und Verschwendung, die Natur zerstören und immer wieder Kriege auslösen."

Doch zurück zur deutsch-deutschen Problematik. Daß es *die* Frauenbewegung in der BRD nicht gibt, wurde zum Schluß des Kongresses noch einmal sehr deutlich, als es um die - dann unter Schwierigkeiten zustande gekommene - Verabschiedung der hier schon mehrmals zitierten Resolution ging. Lautstark fanden da zum Teil Auseinandersetzungen statt, deren Inhalte durchaus konsensfähig waren. Auseinandersetzung um der Auseinandersetzung willen? Dies fragte sich wohl so manche Frau des UFV, in dem die Ausdifferenzierung einen bestimmten Grad noch nicht überschritten hat.

Es muß und wird sicherlich einen Prozeß des Lernens und Aufeinanderzugehens von beiden Seiten geben müssen. Wie die Perspektiven der Frauenbewegung in Ost und West aussehen werden, läßt sich heute noch nicht sagen. der Unabhängige Frauenverband der DDR braucht Zeit, um stärker sein inhaltliches Profil zu entwickeln, sich auch auszudifferenzieren und Stabilität zu gewinnen. Gleichzeitig rollt die deutsch-deutsche Vereinigungswelle und es ist eine breite Frauenopposition aus beiden Staaten notwendig, die die Rechte der Frauen öffentlich und massiv einklagt. Der Kampf gegen den Paragraphen 218 hat die Frauenbewegung der BRD in den siebziger Jahren zu einer nicht mehr zu überhörenden politischen Kraft gemacht. Vielleicht kann dieser Kampf in den neunziger Jahren - dieses Mal von den Frauen aus Ost und West gemeinsam und mit Erfolg geführt - einen ähnlichen Impuls für die Frauenbewegung vermitteln.

Auch darum forderten die Teilnehmerinnen des ersten Ost-West-Frauenkongresses: "Frauen in Ost und West, Nord und Süd, vernetzt und verbündet Euch!"

Resolution

von in- und ausländischen Frauen aus der DDR und der BRD an die Regierungen und Parlamente in beiden Staaten, verabschiedet auf dem Ost-West-Frauenkongreß vom 27.-29.4.1990 in Berlin.

Wir sind Frauen, die die demokratische Revolution in der DDR aktiv mitgestaltet und dabei Fraueninteressen vertreten haben; und wir sind Frauen und Lesben, die sich innerhalb der bundesrepublikanischen Frauen- und Lesbenbewegung seit Jahren für ein selbstbestimmtes Frauen- und Lesbenleben einsetzen.

Unsere Vorstellungen von einem besseren Leben sind unteilbar wie die politischen und sozialen Menschenrechte, und sie sind Vorstellungen von einer besseren Welt. Es ist offensichtlich geworden, daß patriarchale Wirtschaftsordnungen, insbesondere der Industrieländer, Raubbau und Verschwendung, die Natur zerstören und immer wieder Kriege auslösen. Und es ist offensichtlich geworden, daß es Menschen zerstört, wenn sie nicht selbst darüber entscheiden können, wie sie leben wollen. Gerechte Gesellschaften kommen dann nicht zustande. Die DDR und die BRD sind Staaten der Nachkriegsordnung: Parteiendemokratie ist keine Demokratie. Staatssozialismus ist kein Sozialismus. Arbeit ohne Selbstbestimmung ist Ausbeutung.

Die sogenannte soziale Marktwirtschaft basiert auf der unentgeltlichen Arbeit von Frauen im Haus, bei der Kindererziehung und der Pflege alter und kranker Menschen. Frauen zu benachteiligen, ihnen das Recht auf unabhängige materielle Exi-

stenz vorzuenthalten, liefert sie der Willkür persönlicher Beziehungen und dem Risiko sexueller Ausbeutung aus. Das ist Gewalt gegen Frauen.

Mit Blick auf die derzeitige deutsch-deutsche Entwicklung stellen wir fest: Die große Chance, die es hätte geben können, besteht nicht mehr. Der hoffnungsvolle gesellschaftliche Aufbruch in der DDR ist im Keim erstickt worden. Es besteht die reale Gefahr, daß der Prozeß der deutsch-deutschen Vereinigung zu einem historischen Rückschritt im Emanzipationsprozeß von Frauen in Ost und West führt. Wir laufen Gefahr, daß verloren geht, was sich Frauen in beiden deutschen Staaten geschaffen und darüber hinaus an feministischen Alternativen entwickelt haben. Wollen wir das verhindern, müssen wir uns dem männlich national dominierten Vereinigungswahn entgegenstellen und unsere Forderungen selbst in der Öffentlichkeit massiv vertreten und durchsetzen.

Wir meinen: der Verfassungsentwurf des Runden Tisches geht über die im Grundgesetz formulierten Grundwerte hinaus. Wir bestehen darauf, daß das qualitativ Neue dieses Entwurfes im Prozeß der Vereinigung öffentlich und mit der nötigen Zeit diskutiert und in einer neuen, gemeinsamen Verfassung verankert wird. Diese Verfassung soll von einem paritätisch (DDR/BRD) und quotiert (Frauen/Männer) besetzten Gremium erarbeitet und dann per Volksentscheid abgestimmt werden. Die damit eingeforderten Grundrechte gelten für Frauen und Männer unabhängig von ihrer Nationalität, Herkunft, Sprache, der sexuellen Lebensform, ihrer sozialen Stellung, ihrer religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung, ihrem Alter und unabhängig davon, ob sie behindert sind oder nicht.

Folgende Grundwerte wollen wir so festgeschrieben sehen:

- Sicherung einer menschenwürdigen materiellen Existenz durch das Recht auf bezahlte Arbeit, soziale Grundsicherung und Grundrente;
- Recht auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung der Persönlichkeit;
- Abbau der Geschlechterhierarchie und Emanzipation von Frauen und Männern als gesellschaftliche Notwendigkeit;
- Recht auf unentgeltliche Bildung;
- Sorge für die ältere und die nachwachsende Generation als gesellschaftliche Aufgabe;
- konsequente ökologische Umgestaltung, Entmilitarisierung und Demokratisierung aller Lebensbereiche;
- Schonung und Respektierung der natürlichen Überlebensgrundlagen.

Aus Frauensicht ergeben sich daraus folgende, rechtsverbindliche Forderungen:

- gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit;
- rechtliche und soziale Absicherung jeglicher Erwerbsarbeit (ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse, auch Prostitution);
- drastische Reduzierung der Gesamtarbeitszeit;
- Ermöglichung bedürfnisgerechter Arbeitszeiten im Interesse der ArbeitnehmerInnen;
- rechtzeitige staatlich bzw. kommunal finanzierte Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme für Frauen ohne Altersbegrenzung und ohne sozialen Abstieg;
- Quotierung aller Ausbildungs- und Erwerbsarbeitsplätze;
- konsequente gewerkschaftliche Interessensvertretung von Frauen für Frauen;
- soziale Absicherung von RentnerInnen bzw. Alleinerziehenden;
- bezahlte Erziehungszeiten für biologische und soziale Mütter und Väter;

- staatliche Subventionierungen, die den Kindern zugute kommen anstelle der Subventionierung der Ehe;
- staatlich und kommunal subventioniertes Netz von Einrichtungen zur Kinderbetreuung - kindgerecht und entsprechend dem Bedarf von Eltern;
- Abbau traditioneller Rollenklischees in der Erziehung von Mädchen und Jungen;
- Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft, auf kostenlose Beratungsangebote, Verhütung und auf kostenlosen, frauengerechten Schwangerschaftsabbruch;
- Ablehnung von Genmanipulation, Embryonenforschung und Leihmütterschaft; pränatale Diagnostik darf keine Verpflichtung sein;
- Aufhebung der bestehenden und der neu verabschiedeten Sondergesetze für AusländerInnen; Verbot jeglicher Diskriminierung von AusländerInnen; Antidiskriminierungsgesetz für alle Frauen (unter Berücksichtigung aller Minderheiten);
- Gewährleistung des eigenständigen Aufenthaltsrechtes und konsequente Rechtsgleichheit in allen Lebensbereichen, Anerkennung von Verfolgung wegen des Geschlechtes und der sexuellen Orientierung als Asylgrund;
- Aufhebung aller Privilegien für Lebensformen;
- wirksame Regelungen und Maßnahmen, um jeder Form von Sexismus entgegenzuwirken, d.h. jeder geschlechtsbedingten Diskriminierung von Frauen;
- wirksame Maßnahmen gegen jede Form männlicher Gewalt und Ausbeutung weiblicher Sexualität, denen Frauen und Mädchen ausgesetzt sind;
- Schaffung eines Frauenministeriums;
- Ausbau des vorhandenen Netzes von Gleichstellungen/Frauenbüros auf allen Verwaltungsebenen mit dem Ziel der realen Gleichberechtigung/Gleichstellung von Frauen und Männern;
- Förderung von Fraueninitiativen und Frauenprojekten, in denen wir Alternativen zur patriarchalen Lebensform entwickeln können;
- frauengerechte Regional-, Stadt- und Verkehrsplanung;
- Freilassung von allen Frauen, die deshalb in Psychatrien und Knästen sind, weil sie aus ihrer Rolle ausbrechen oder aufgrund ihres politischen Widerstandes inhaftiert sind.

Das Staatmachen ist eine öffentliche Angelegenheit und keine Verschlussache von Regierungskommissionen. Wir fordern die Hälfte der Welt für die Frauen. Frauen gewinnen an Macht, indem sie sich aufeinander beziehen.

Frauen in Ost und West, Nord und Süd, vernetzt und verbündet Euch!

Der spätabsolutistische Despot.

Dimitri Wolkogonow: Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt. Düsseldorf: Claassen 1989, 831 S., Pp., DM 48,-

Der Diktator Stalin hat schon etliche engagierte Biographen gefunden. Es ist nicht sonderlich verwunderlich, daß dieser umstrittene Mann dabei durchaus unterschiedliche Bewertungen gefunden hatte. Manchem galt er als Inkarnation von Zynismus und Gewalt, was beispielsweise in dem inzwischen auch in der UdSSR greifbaren "Porträt einer Tyrannei" von Anton Antonow-Owssejenko zur vereinseitigen Präsentation eines geborenen Satans in Generalissimus-Uniform führte. Andere, wie Issac Deutscher, betonten die Rolle Stalins bei der politischen Ausgrenzung und schließlichen physischen Vernichtung der innerparteilichen Opposition um Trotzki und Bucharin in den 20er und 30er Jahren. Viele sowjetische Autoren suchten bis in die Perestroika hinein die schrecklichen Seiten des sozialistischen Exekutators durch seine Industrialisierungserfolge, den Waffensieg über den internationalen Faschismus und Expansionismus und den Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht Nr. 2 dialektisch-apologetisch "aufzuheben". Dimitri Wolkogonow, selbst Opfer der stalinistischen Repressionen, hat demgegenüber seine 15jährigen schwierigen Forschungen in den Dienst der Perestroika und Aufklärung gestellt. Die Erinnerung an die Opfer soll wachgehalten und die Kenntnisse über die diktatorischen Machenschaften sollen erweitert wer-

den. Die Lektüre dieser ersten in der UdSSR erschienenen monographischen Gesamtdarstellung über Triumph und Tragödie Stalins lohnt zweifelsohne, wenngleich dieser anregende Publikation hoffentlich noch weitere Studien folgen werden.

Warum heute noch über Stalin schreiben und lesen? Scheinbar ist doch alles klar! Denn der Konsens über diesen sowjetischen Herrscher ist in den letzten Monaten gewachsen: Zweifellos war er das Schwein, das einer ganzen Epoche sozialistischer Entwicklung den Stempel aufdrückte und Millionen Menschen den Tod brachte. Heute nach dem Scheitern des Staatssozialismus zwischen Baltikum und Bessarabien findet die Beschäftigung mit der stalinistischen Diktatur allerdings auch neue Beweggründe. Denn die Person des Diktators bietet beste Auswege aus historischen Zwickmühlen. Beispielsweise in der DDR entwickelt sich ein "anti-stalinistischer" Diskurs, der über die kollektive Nutznießung eines bürokratischen Privilegiensystems und die eigene Beteiligung an gesellschaftlichen Fehlentwicklungen den historischen Nebel einer vermeintlichen stalinistischen Fremdherrschaft legen will. Mal abgesehen von dem Umstand, daß nunmehr faktisch alle hierarchischen und autoritären Maßnahmen von Staat, Repressionsinstitutionen, Parteien und Personen unisono als stalinistisch bewertet werden; die Funktionalisierung des Stalinismus-Vorwurfes zur Diskreditierung sozialistischer Auffassungen und marxistischer Utopien und Entwürfe liegt auf der Hand. Mithilfe dieser problematischen Geschichtsentsorgung in den sowjetischen "Satelliten-staa-

ten" soll ein widerspruchsfreier Austritt aus dem realen Beziehungsgefüge ermöglicht werden, der mit dem Eintritt ins Persil-Zeitalter auch die Wendewesten im unbefleckten, strahlenden Weiß erstrahlen lassen will. In diesem Sinne findet der "Historiker-Streit" seine konservativ hegemonisierte Fortsetzung.

Ob willentlich oder unvermeidlich: die Historiographie wirkt in komplexen Nutzungszusammenhängen. Die Ergebnisse der Stalinismus-Forschung und mithin auch die angesprochene Stalin-Biographie sind gegenwärtig sogar von eminenter tagespolitischer Bedeutung. Legitimatorische Ansprüche bedienen sich ihrer Aussagen. Auch mit der Wolkogonow-Arbeit waren die unterschiedlichsten Hoffnungen verbunden: Mit der sowjetöfentlichen wissenschaftlichen Aufdeckung der stalinistischen Verbrechen sollte innenpolitisch die Perestroika-Bewegung gestärkt und der internationalen kommunistischen Bewegung ein erster Zwischenstand der sowjetoffiziösen Forschung vermittelt werden, der vielleicht auch auf die auseinanderstrebenden Diskussionen Einfluß nehmen wollte. Die Wirklichkeit hat internationale Sprachregelungsmöglichkeiten beschnitten. In dieser Hinsicht kommt die materialreiche und gewichtige Stalin-Biographie zu spät. Insgesamt scheint hierzulande die öffentliche Beachtung dieses wichtigen sowjetischen Beitrages zur Stalin-Forschung von den DDR-Ereignissen in den Hintergrund gedrückt worden zu sein. Die BRD-Lesereise Wolkogonows im Dezember 1989 fand nur mittelmäßiges Interesse, obgleich der Autor für frühere sowjetische Verhältnisse ungewöhn-

liche Offenheit an den Tag legte. Da das Scheitern des staatssozialistischen Entwicklungsmodells aus heutiger Sicht eng mit der Stalin'schen Praxis verbunden zu sein scheint, interessieren die jüngeren Forschungsergebnisse aus der Sowjetunion auch weiterhin, um das Bedingungsgefüge und die Strukturmerkmale stalinistischer Herrschaft zu begreifen.

Wolkogonows Gesamtdarstellung will in etwas altemodischem Zugriff die "Wahrheit über Stalin" (24) sagen: Dazu bedient sich der 61jährige Generaloberst und Leiter des Instituts für Militärgeschichte des sowjetischen Verteidigungsministeriums erstmalig eines breiten Quellenfundus, der bislang der wissenschaftlichen Forschung vorenthalten wurde. Neben einer Vielzahl von instruktiven Interviews mit Zeitzeugen, die an mancher Stelle das Fehlen schriftlicher Quellen wettmachen konnten, recherchierte Wolkogonow ausgiebig in den Unterlagen des "größten Diktatoren" und durchforstete die hinterlassenen Briefe, Telefonmitschriften, Befehle und Redeentwürfe. Sein Ergebnis ist eindeutig: Stalin entwickelte sich spätestens in den frühen 20er Jahren zu einem zügellosen Diktator, der die persönliche Macht liebte und der Gewalt huldigte. Aus Eitelkeit und moralischer Verworfenheit strebte der "grausame Despot" (9) nach gottgleicher Herrlichkeit, die ihm die Möglichkeit gab, über Tod und Leben seiner Landsleute zu bestimmen. Stalin schuf eine "Symbiose von Bürokratie und Dogmatismus" (ebd.), die in ihrer menschenverachtenden Praxis als Stalinismus ein "Synonym für die Pervertierung der Theorie und Praxis des wissenschaftlichen So-

zialismus" (22) bildete. Seite um Seite füllen Beispiele der Grausamkeit des Diktators. Ein ums andere Mal schüttelt der Leser den Kopf über die Ungerührtheit, mit der Stalin seine politischen Mitkämpfer, Familienangehörige und engste Vertraute dem angezettelten Massenterror auslieferte und zu Tode bringen ließ. Insgesamt etwa 22 Millionen Menschen fielen nach Schätzungen Wolkogonows den Erschießungskommandos, der ökonomischen Ausbeutung der Häftlingssklaven, dem Hunger, der Folter und den Schikanen der Wächter zum Opfer.

Die umfängliche Biographie, die in gewissem Umfange auch die bisherige historiographische Legitimationsliteratur korrigieren soll, fügt den bekannten Tatsachen, wie dem Mechanismus der ausufernden "Entkulakisierung" oder die Rekonstruktion der Schauprozesse der Jahre 1936ff., manche Neuigkeit hinzu. Nicht zuletzt aufgrund des Rückgriffs auf die Amtunterlagen des sozialistischen Potentaten kann er Impressionen der autokratischen Arbeitsweise Stalins bieten, die sich u.a. in einer unbeschreiblichen Liebedienerei seiner Zuarbeiter ausdrückte. Weiterhin belegt Wolkogonow etwa die depressive Stimmung Stalins nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR, der Ende Juli 1941 über den bulgarischen Botschafter mit der deutschen Regierung Kontakt aufnehmen wollte, um zu einem unterwürfigen Verständigungsfrieden zu kommen.

Jedoch kann man sich kaum des Eindrucks erwehren, daß der besondere Wert dieser recht anekdotenhaften Stalin-Biographie darin liegt, endlich an den Kenntnisstand der außersowjetischen

Forschung aufzuschließen. Zudem bleibt das "politische Porträt" in seinem Erklärungszusammenhang denkwürdig konventionell: Zwar stellt Wolkogonow die Bedeutung des gering entwickelten politischen Bewußtseins der weitgehend agrarisch geprägten sowjetischen Bevölkerung und die schwachen demokratischen Traditionen in Rußland heraus. Aber selbst sein Hauptargument, die Herausbildung eines monolithischen Marxismus durch Unterbindung des revolutionären Pluralismus, läßt Lenins Glorienschein unbeschadet. Konsequenterweise hätte der Autor dessen harsche Behinderung innerparteilicher oppositioneller Betätigung und manche Härte bei der physischen Verfolgung politischer Gegner vermelden müssen. Aber dankenswerterweise legt Wolkogonow sein politisches Credo dem Leser offen: In seinem Engagement für die Perestroika-Politik möchte er den sowjetischen Sozialismus von seinen Deformationen befreien und es liegt nahe, den integren Urvater Lenin nicht in das Bedingungsgefüge der stalinistischen Entwicklung einzubeziehen, um zu neuen Konsensstrukturen gelangen zu können.

Allerdings stellen diese politisch motivierten Regressionen nicht das eigentliche Problem der verdienstvollen Wolkogonow-Studie dar. In seinem konzeptionellen Zugriff auf die sowjetische Gesellschaftsentwicklung der 20er bis 50er Jahre bleiben meines Erachtens die blinden Flecken im historiographischen Spiegelbild des terroristischen Sozialismus erhalten. Die Herausstellung des Terrors, des pseudoreligiösen Personenkults, der kollektiven Speichelleckerei und der menschlichen Schwächen

und Ängste vieler staatlicher, militärischer und parteilicher Funktionsträger benennen wichtige Eckpfeiler der stalinistischen Praxis, bieten aber für sich genommen keineswegs ein konsistentes Modell stalinistischer Herrschaft. Vielleicht zeigt sich auch hier der strukturelle Nachteil biographischer Studien, die fast zwangsläufig die beschriebene Person in den Mittelpunkt der Handlungen rücken. Bei Wolkogonow findet sich zudem ein autokratisches Herrschaftsmodell, das Stalin faktisch unabhängig von den gesellschaftlichen Strukturen darstellt. An dieser Stelle soll die Kritik des Gesellschaftsmodells ansetzen:

Wolkogonow inauguriert u.a. durch die Begriffswahl einen spätabsolutistisches Potentaten, der durch Lockung und Terror seine Gefolgsleute gefügig machte und uneingeschränkt walten und schalten konnte. Zwar soll mit den folgenden Einwänden keineswegs das verbrecherische Wesen Stalins bzw. des Stalinismus in Frage gestellt werden, jedoch erscheinen die Funktionen und die Arbeitsweise der stalinistischen Herrschaft durchaus komplexer und kollektiver Natur zu sein. Wenn Wolkogonow uns auf die spätfeudale Fahrte setzt und auch die Debatte um die Struktur des DDR-Ständesozialismus eine ausführlichere Beschäftigung mit den historischen Assoziationsgesellschaften nahelegt, so sollte an uns die Prüfung des Analyseangebotes sein. Nun zeigt sich, und Norbert Elias hat in seiner bahnbrechenden Studie über "Die höfische Gesellschaft" (Frankfurt/M. 21986) bereits darauf aufmerksam gemacht, daß der absolutistische Herrscher keineswegs uneingeschränkt auto-

kratisch regieren konnte. Vielmehr fand er sich in ein Elitekollektiv der höfischen Gesellschaft eingebunden, deren komplexe Figuren und Abhängigkeiten der Individuen entscheidend prägten. Elias entschied sich deshalb die Interdependenzen zwischen den Individuen herauszuarbeiten, um die Strukturen einer abgeschlossenen und herrschaftsnahen Elitengesellschaft aufzuzeigen. Da Wolkogonow die Segregation eines Stalin'schen Führungsklüngels zwar benennt, die Funktionsweise aber weitgehend auf Charakterschwäche und mitunter auf Ängste der betreffenden Personen reduziert, erscheint die Liebedienerei allein als moralisch verwerflich.

Richtiger wäre es meines Erachtens, soziologische Theoreme über die Hierarchisierung von Fach- und soziale Reproduktion von Machteliten in die Überlegungen einzubeziehen. In diesem Blickwinkel erweisen sich das Verhalten und die Gesinnung, die Wolkogonow wohl als "niedrig" einordnet, als Funktionen der Machtstrukturen. Die Etikette und das höfische Zeremoniell hatten zwischenzeitlich sicherlich ihre äußere Form verändert, aber der Nutzen für die Beteiligten muß wohl recht ähnlich beschrieben werden: In der Etikette "stellt sich die höfische Gesellschaft für sich selber dar, jeder einzelne abgehoben von jedem anderen, alle zusammen sich abhebend gegenüber den Nicht-Zugehörigen und so jeder einzelne und alle zusammen ihr Dasein als Selbstwert bewährend" (158). Der Einherrscher nutzt Zeremonie und Etikette als "Instrument zur Beherrschung der Untertanen", wobei er charakteristischerweise die

"Feindseligkeiten zwischen den Beherrschten untereinander zur Minderung der Feindseligkeit, zur Vergrößerung der Abhängigkeit ihrer Beziehung zu dem Einherrscher" (184) nutzt. Schon auf den ersten Blick kommen auffallende Parallelentwicklungen zutage: Stalin kann mithin im Sinne Elias' als "konservierender Einherrscher" bewertet werden, der "gewissermaßen von der Eifersucht, den Gegensätzen und Spannungen in dem sozialen Felde, das seine Funktion schuf, getragen und in seiner Stellung gehalten (wird); er braucht nur regulierend in diese Spannungen einzugreifen und Organisationen zu schaffen, welche die Spannungen und Unterschiede aufrechterhalten und den Überblick über sie erleichtern." (197)

Nunmehr hält man den Schlüssel für ein Verständnis des stalinistischen Herrschaftsmodells in der geschlossenen Kremlgesellschaft in der Hand: Ein soziologisches Machtmuster, das eine zentrale Machtpersonlichkeit schuf, die die innere Differenziertheit durch Konfliktregulationen und Spannungsperpetuierung zur eigenen Machterhaltung ausnutzte. Zwar zeigt sich auch hier die besondere Bedeutung der Kontrolle von Armee und Geheimdiensten, die Verfügung über Recht und Gesetz sowie die Staatseinnahmen, die die Voraussetzung bildeten, um auf Dauer auch mithilfe zeitgenössischer Formen der Etikette und des Zeremoniells eine soziale und politische Überwachung zu etablieren und das Gegeneinanderauspielen fortsetzen zu können. Denn ohne geschickte Handhabung dieser spezifischen Herrschaftsinstrumente durch die Einherrscherpersönlichkeit wäre

diese "sehr leicht unter die Kontrolle einer der rivalisierenden Gruppen oder Personen gekommen und hätte damit zugleich einen Teil seiner Verfügungsgewalt über die Grundmonopole der physischen Gewalt (...) verloren" (212). Die politische Ausgrenzung der innerparteilichen Opposition um Trotzki mithilfe Bucharins und dessen nachfolgende Isolierung im Bündnis mit aufgestiegenen Parteikadern, die ständigen Liquidierungen von Facheliten in den 30er Jahren, die Wiederaufnahme der Massenrepressionen in den späten 40er Jahren müssen wohl auch als Gegenwehr des Diktators gegen Machtverfall und Abwehr von Machtkonzentrationen bei potentiellen Konkurrenten angesehen werden. Nun soll nicht behauptet werden, die barbarischen Verfolgungsmaßnahmen resultierten allein aus dem binnensoziologischen Mechanismus des Machterhalts in zentralisierten Gesellschaften. Jedoch scheint mir dieser Aspekt materialreich und soziologisch aufbereitet noch weithin unbearbeitet, obgleich Wolkogonow vielfältiges Material über die Atmosphäre des Neides und der Angst präsentiert, die den möglichen Aufstieg durch Konkurrenteneleminierung präformiert.

Insgesamt mangelt es der Wolkogonow-Biographie an theoretischer Absicherung und sozialgeschichtlicher Einordnung der Fakten. Der Leser vermißt schmerzlich Hinweise auf die soziale Motivlage der handelnden Persönlichkeiten und bekommt beispielsweise die Häsher des NKVD immer als "Monster" präsentiert, die sich ggfls. monsterlike auch gegenseitig umbringen. Dabei liegt vermutlich

in der sozialen Gliederung der stalinistischen Handlanger ein wichtiger Befund zum Verständnis des dynamischen Terrors. Wolkogonow verweist zwar auf Karrierismus und moralische Verkommenheit der Täter. Eine vollständige Sichtweise wird sich allerdings auch den qualitativen und quantitativen Aufstiegsmuster der Widerspruchsexterminatoren zuwenden müssen. Denn ohne materielle und symbolische Anreize und internalisierbare ideologische Utopieangebote bliebe die Partizipation an den Mordtaten ein ungreifbarer Sachverhalt. Stattdessen müßten die sozialen und politischen Gewinner der bäuerlichen Massenenteignungen, von Industrialisierung und der Ausweitung des Bürokratismus herangezogen werden, um neben den Terror mit seiner durch Angst persönliche Unterwerfung erheischenden Gewalt die integrierenden Momente zu stellen, was die Konsensstrukturen dieser auf Vernichtung und Entwicklung basierenden Gesellschaft konturierte.

Vielleicht erweist sich in soziologischer Sicht und sozialgeschichtlicher Einbindung von Terror und Progress die stalinistische Herrschaft als Entwicklungsdiktatur, die mit den traditionellen Regulierungsmitteln eine dynamische Gesellschaftstransformation anstrebte. Mittelfristig mußte angesichts der dem Industrialisierungsgang folgenden gesamtgesellschaftlichen Machtverlagerung zu dezentralisierten Facheliten ein archaisches Zentralisationsmodell scheitern. Die Entstalinisierung in den Ländern Osteuropas und auch der UdSSR belegt schlagend, daß die megazentralisierten Staaten ihre gesellschaftliche Praxis eben

nicht durch die Zentral- sondern durch ad hoc-gegründete Spezialinstanzen regelten, was natürlich wichtige Implikationen für eine zentralisierte Machtausübung hatte. M.E. hatte auch Stalin mit dem Problem zu kämpfen, daß er auf Informationen und Zuarbeit angewiesen war und seine Macht notgedrungen auch delegieren mußte. Zweifelsohne waren die komplexen und vielschichtigen Prozesse der Industrialisierungsdynamik, der Außen- und Militärpolitik und nicht zuletzt auch die Inponderabilien des hinzugewonnenen Imperiums objektiv nicht mehr von einer Person zu bestimmen. Deshalb sollte sich selbst die biographische Forschung zu Stalin dem Problem der Machtdelegation und symbolischen Machtbündelung in den Händen der charismatischen Persönlichkeit widmen.

Die Erwartungen an die erste sowjetische Stalin-Biographie sind groß; wahrscheinlich darf man gerade sie nicht überfordern. Wolkogonow hat ein ordentliches, informatives, flüssig zu lesendes, jedoch oftmals anekdotenhaftes Buch vorgelegt. Auch die Richtigstellung zahlreicher Legenden um den "Gottgleichen" zählt zu den Aktivposten des Buches. Wolkogonow hat an die Stalinismus-Debatte angeschlossen, wenngleich kommende Arbeiten neben den politischen Ränkespielen und der Nachzeichnung der ideologischen Dogmatisierung ausdrücklicher soziologische und sozialgeschichtliche Fragestellungen einbeziehen sollten, um das Fakteneingeständnis durch die Analyse der Bedingungsstrukturen zu ergänzen. Bedeutsam sind im Wolkogonow-Beitrag insbesondere die Präsentation von personalen Alternativen in Trotzki

Buchbesprechung

und Bucharin, die nunmehr gerechtere Bewertungen finden. Immanuel Wallerstein sieht demgegenüber kaum alternative Entwicklungsmöglichkeiten: Angesichts der spezifischen Bedingungen in Sowjetrußland und eines ideologischen Industrialismus der meisten politischen Führungspersönlichkeiten einschließlich Lenins muß seiner Meinung nach unklar bleiben, inwieweit die Bucharin-Pläne zur Landwirtschaft politische Realisierungsmöglichkeiten hatten, vielmehr führten die Bedingungen der Zwangskollektivierung "direkt (wenn auch vielleicht nicht unvermeidlich) zum Terror und den Säuberungen" (Prokla 78, S. 131). In der Rückschau erweist sich der Stalinismus mithin als voluntaristischer Versuch, mithilfe der radikalen Industrialisierung aus dem Semiperipherie-Status in das Zentrum des Weltsystems zu gelangen. Da die ökonomischen Parameter hierzu allerdings aufgrund der verschiedenen Gegebenheiten keineswegs hinlangten, erweist sich das sozialistische Weltsystem der RGW-Staaten als welthistorischer Zwischenschritt, der die Beharrung in der Semiperipherie eines imperialistisch dominierten Weltsystems offenbart. Wolkogonow bietet spannendes Material, um sich die Frage nach möglichen Alternativen und dem Anteil Stalins am realen Scheitern des staatsförmigen Sozialismus vorzulegen.

Manfred Grieger

Georg Herwegh

Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz. Hrsg. von Georg Herwegh. Erster Theil. Zürich und Winterthur 1843, Verlag des Literarischen Comptoirs. - Neuauflage: Verlag Philipp Reclam jun. Leipzig 1989, Reclams Universalbibliothek Band 1282, 480 S.

Nach dem durchschlagenden Erfolg der *Gedichte eines Lebendigen* (1841) plante Georg Herwegh die Gründung einer oppositionellen Zeitschrift, die von der Schweiz aus auf die öffentliche Meinung in Deutschland wirken sollte. Noch vor ihrem Erscheinen wurde sie in Preußen verboten. Herwegh sammelte die eingegangenen Beiträge von Bruno Bauer, Hess, Engels, Nauwerck, Ludwig und Adolf Seeger, Hecker, Jachmann, Nees von Esenbeck und D.F. Strauß und gab sie 1843 unter dem Titel *Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz* heraus.

Die einzige Nummer der bedeutenden, schwer zugänglichen Zeitschrift des Vormärz liegt als diplomatischer Abdruck der Erstausgabe vor. Die Herausgeberin Ingrid Pepperle, Spezialistin für junghegelianische Geschichtsphilosophie und ehemalige Mitarbeiterin des Herwegh-Forschers Bruno Kaiser, hat eine fundierte Einleitung (57 S.) vorangestellt, in der sie die entstehungsgeschichtlichen Voraussetzungen, die Themen und Autoren sowie die zeitgenössischen Wirkungen der Publikation untersucht. Auf Grund von um-

fangreichen Forschungen ist es ihr gelungen, einen Großteil der meist anonymen Verfasser zu identifizieren. Die diversen Verbotsmaßnahmen in einigen deutschen Bundesstaaten werden anhand von Archivmaterial nachgezeichnet. Als rezeptionsgeschichtliches Beispiel analysiert sie den Einfluß der Beiträge von Bruno Bauer und Hess auf Marx. Der Band umfaßt ein Personenregister sowie als Anhang acht Briefe Georg Herweghs, darunter zwei unveröffentlichte, an verschiedene Adressaten. Sie dokumentieren seine Bemühungen als Redakteur und definieren die Ziele der Zeitschrift, in der sich die hervorragendsten Vertreter der deutschen Linken zu juristischen, religiösen, historischen, philosophischen, politischen und literarischen Themen äußerten.

Ingo Fellrath

PRV PRV PRV PRV PRV

Frank Deppe, Rainer Falk, Georg Fülberth, Hans Heinz Heldmann, Matthias von Hellfeld, Florence Hervé, Jörg Huffschmid, Mechtild Jansen, Sabine Kebir, Arno Klönne, Otto Köhler, Jürgen Kuczynski, Reinhard Kühni, Edith Laudowicz, Gert Meyer, Frank Niess, Susanne Petersen, Gisela Preuschoff, Winfried Schwamborn, Renate Wurms u. v. a.

Wir setzen unser Programm fort: 40 Standardtitel aus dem Pahl-Rugenstein Verlag und 12 Neuerscheinungen – **fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an.**



301 S., DM 24,-

308 S., DM 24,-

208 S., DM 20,-

PapyRossa Verlag

Gottesweg 52, 5000 Köln 51
(0221) 3604144 und 361677